

1. IV. 1919

L 70000

53

1919

1. IV. - 30. IV.

Anna Politk.

34

Titel, Orden und so Sachen.

Wien ist am Höhepunkt von Not, Hunger und Krankheit angelangt. Von ganz wenigen oberen (oder unteren?) Hunderten — Tausenden kann man wirklich nicht mehr sagen — abgesehen, kennt die lammsgeduldige Bevölkerung kein Fleisch, keinen Kartoffel, keine Milch und kein Fett mehr, unsere Kinder weisen ein erschreckendes Untergewicht auf, ein Zurückbleiben in geistiger und körperlicher Beziehung, das das kommende Geschlecht für die ungeahnte Arbeitslast des Wiederaufbaues unfähig macht. Unsere abgehärteten Hausfrauen sind den ganzen Tag auf ventilierten Sohlen bei Wind und Regen auf der Jagd nach einem Bissen für die hungrigen Mäuler der Familie, „und wenn's Knödel einen Stüben kost'“ (wo sind die Zeiten!), der gute Familienvater muß fleißig achtgeben, daß ihm ja keine „Vollzugsanweisung“ — das schöne Wort ist uns gerade noch abgegangen — auskommt, daß er seine paar Reich rechtzeitig abstempeln läßt und sein Schrankfach in der Bank anmeldet. Die brave Tochter feiert ein Jubiläum nach dem anderen des 50. und 100. Besuches bei der Brotkommission und der Herr Sohn, der um jeden Preis Hochschule studieren muß statt Lokomotivführer zu werden, hat jede Woche eine „Stellungnahme“, weil es nach wie vor an allen Kliniken und in allen Laboratorien von polnischen Juden wimmelt und die Deutschösterreicher keinen Platz finden können. Freilich, Theater, Kino und besonders Tanzunterhaltungen — ach, der affig süße Joz traut! — sind hundertfach, wer aber Wien nur von dieser Seite kennt, hat keine Ahnung von dem Elend im Mittelstand, ebensowenig wie die Herren der zahlreichen Verhandlskommissionen, die sich bei den äppigen Frösterweien und Gourigabendchen, zu denen sie von ganz charakterlosen Preisen noch immer eingeladen werden, ein ganz falsches Bild machen müssen.

Zu all dem das brückende Gespenst: was kann der morgige Tag bringen? Wir sind arme Hascherln und sind mit unserer Lebensmittelversorgung auf Gnade und Ungnade dem Verbandsauslieferung; ein ausgebliebener Zug, ein Dammrutsch oder gar ein Eisenbahnereignis kann das volle Maß zum Ueberlaufen bringen, irgendeine Gruppe, die heute ein Rad aus der mit Mühe im Betrieb erhaltenen Maschine ausbricht, hat es in der Hand, uns in das Chaos zu stürzen und dann „wehe, wenn sie losgelassen!“

Aber nur nicht verzagen, wir haben ja eine herrliche Regierung, es weht ja ein frischer Zug durch alle Ämter, alle Wochen seit November kommt mit großem Getöse ein neues Gesetz heraus, das sich in der Praxis freilich nicht durchführen läßt und was die Hauptsache ist, das wichtigste kommt zuerst dran.

Da haben wir z. B. die Landesverweisung des Hauses Habsburg. Ist das eine Heldentat oder nicht? Gibt es noch ein sozialistisches Kleingeirn, das sich so viel kindlich-politisches Gemüt bewahrt hat, daß es diesem Eiselstritt zuzubeln kann? War das jetzt wirklich das Dringendste? Sonderbar, den Erzherzog Wilhelm hat man mit Dreck beschmissen, weil er außer Landes gegangen ist und den Erzherzog Karl traf das gleiche Schicksal, weil er im Lande bleiben wollte. Ja, die Logik ist ein Laster und Diachylum ein Pflaster! Oder hat Seid der Erste doch Angst, daß in diesen Kreisen auch nur ein Versuch zur Wiederaufrichtung der Monarchie gewagt werden könnte? Dann stünde die Republik wohl auf schwachen Füßen. Worin besteht bei uns überhaupt der Unterschied zwischen Monarchie und Republik? Früher hat man die Protektion eines Erzherzogs oder Erzbischofs gebraucht, um sein Plazetl an der Staatskrippe und sein Heubündel zu ergattern und jetzt geht man halt zum Knecht oder Austerlich und wenns im guten nicht geht, dann schreit man recht laut und droht mit der Strage. So war's bei uns immer und so wird es bleiben in Ewigkeit.

Und die Abschaffung von Adel, Titeln und Orden? Jauchze, deutsches Volk, es gibt keinen Fürsten Riechstein, keinen Grafen Witzel und keinen Baron Rothschild mehr, aber zur Kräutlerin wirst du weiter „füß d'Hand Frau von Pavlicel“ sagen müssen, wenn du ihre Gnade nicht einblähen und ein Viertel Rilo Svinaterfaz ersuchen tollst. O. Ihr armen kaiserlichen

Räte, meine Israel! Trauerfahnen heraus am Franz Josephs-Kail! Wenn man heute alle Hof- und Regierungsräte, alle Sektionschefs und Inspektoren ausrottet, so wird man morgen eben dafür andere Titel schaffen, der Wiener braucht einmal sein Zuckerl und wenn er keine klingende Ansprache gebrauchen kann, dann g'freut ihn am Ende die ganze Republik nicht. Mit den Orden scheint man eine Ausnahme machen zu wollen. Warum? Sollten sich unter den Parteigenossen Leute befinden, die auf ihre ehrlich verdienten Tapferkeitsmedaillen — mit Recht — stolz sind? Das wäre zwar nicht ganz republikanisch, aber menschlich verständlich.

Man mag es drehen und wenden, wie man will, die beiden Gesetze sind dumm und kindisch. Sie sind der Ausfluß von Unfähigkeit, von dem Brocken, der da den Massen hingeworfen wird, kann niemand satt werden. Schließlich hat auch die Demagogie ihre Grenzen. Ein halbes Jahr erfreuen wir uns nun der Fürsorge der roten Regierung und der Karren versinkt immer mehr im Dreck, die Hungerblöcke ist aufrecht, der Friede in weiterer Ferne denn je, jeder Tag bringt einen neuen Streif oder die Verteuerung der nötigsten Lebensmittel. Wo ist ein einziger Aktivposten, der nicht schon im Abendblatt demontiert würde? Auf diese Weise häuern wir mit vollen Segeln in den Bolschewismus hinein. Sei's drum! Es ist vielleicht besser, er bricht jetzt elementar durch, als er wird diesmal noch mit Gewalt unterdrückt und glimmt weiter unter der Asche fort. Abwirtschaften wird er in kürzester Zeit, noch rascher als die Sozialdemokratie, deren Macht ja auch schon lange den Gipfel überschritten hat.

Was soll aber dann kommen? Es wird sich bald zeigen, daß man es mit Soldaten- und Arbeiterräten nicht „dermachen“ kann, man wird doch die heute vielgelästerte Intelligenz holen müssen. Sorgen wir heute schon dafür, daß uns die Lage nicht unvorbereitet trifft. Die dumpfe Niedergedrücktheit, die heute auf dem ganzen Mittelstand auch außerhalb unserer Grenzen lastet, muß übermunden werden. Es wird und muß der Tag kommen, an dem den breiten Massen die Augen aufgehen, wer an unserem Niedbruch die ganze Schuld trägt, welche Partei uns nach jahrelangen, siegreichen Kämpfen ins tiefste Elend gestürzt hat. Die ganze Welt ist heute krank und läuft unhaltbaren Schlagworten nach. Zustände, wie sie heute in Ungarn herrschen, können nicht von Dauer sein und leicht ins Gegenteil umschlagen. Dann heißt es für uns: Heraus mit den besten Köpfen! Wir haben sie zur Genüge, es fehlt nur an dem Selbstbewußtsein. Unter den vielen Köpfen muß sich ein Kopf, unter so vielen Männern ein Mann finden.

Reden wir einmal von was anderem, als den Sorgen uns liebe Brot, raffen wir uns aus unserer teilnahmslosen Stumpfheit auf, der Staatsbeamte und Mittelständler hat im Staat das gleiche Recht, wie der Eisen dreher oder Eisenbahner, nur muß er sich zur Geltung bringen. Und das geht heutzutage nur im Wege festen Zusammenschlusses und energischen Auftretens. Eine einzelne Partei kann nicht herrschen, von der Mitarbeit ausgeschlossen darf im demokratischen Staat aber auch keine Partei sein. Die letzten Wahlen haben kein richtiges Bild der Volksseele gegeben, weil unser „demokratischstes“ Wahlrecht viele Fehler aufweist und unsere Kreise teilnahmslos und zerplittert waren. Das muß anders werden.

Akademisch Gebildete, Beamte, deutsche Handwerker, reißt euch zusammen, zeigt, daß ihr auch auf der Welt seid und vertraut der Zukunft. Sie wird euer sein, aber ihr müßt sie euch in zäher Arbeit verdienen!

Hermann Rib.

1. IV. 1919

2

Arbeiterzentralrat.

Am 29. März nachmittags trat im Saale der Allgemeinen Krankenkasse der Arbeiterzentralrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Vertreten waren der Reichsvollzugsausschuss der Arbeiterräte, der Reichsvollzugs-

ausschuss der Soldatenräte, die Gewerkschaftskommission, der Zentralverband der Konsumvereine, der sozialdemokratische Parteivorstand, der Vorstand der kommunistischen Partei, der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und das Frauenreichscomité. Unter dem Vorsitz der Genossen Paul Müller, Janeczek und Schubauer fand eine vierstündige Aussprache über die durch die Ereignisse in Ungarn geschaffene Lage statt. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt. Als deren Abschluß wurde über folgende Resolution der Genossin Schlesinger abgestimmt:

Der Zentralrat beschließt in seiner Sitzung am 29. März, daß dem Beschluß des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte, der am 22. März gefaßt und in der Arbeiter-Zeitung am 23. März abgedruckt wurde, **a n z u s c h l i e ß e n**. Auch er bedauert aus tiefster Seele derzeit der bewundernswürdigen Aktion der ungarischen Genossen nicht anschließen zu können, weil das deutschösterreichische Proletariat in seinem durchbaren Elend und seiner schweren Abhängigkeit außerhande ist, dem Willen seiner imperialistischen Bedrücker Trost zu bieten, und darum leider abwarten muß, bis sich ihm neue Möglichkeiten eröffnen, um seine Handlungsfreiheit zurückzugewinnen. Der Zentralrat fordert die versammelten Arbeitervertreter auf, den Ausbau der Arbeiter- und Soldatenräte mit allen Kräften zu fördern, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

Der erste Teil der Resolution wurde mit allen gegen eine, der letzte Absatz mit allen gegen drei Stimmen zum Beschluß erhoben.

Bolschewistische Agenten aus Ungarn in Wien.

In Wien sind zahlreiche Emigranten der Budapester Bolschewikeregierung eingetroffen, um hier ihr Operationszentrum für die bolschewistische Auslandspropaganda zu errichten. Sie machen kein Geheimnis, daß sie mit großen Geldmitteln ausgerüstet sind, und eines der führenden Mitglieder dieser „Mission“ rühmte, es stünde ihm fürs erste der Betrag von 15 Millionen Kronen zur Verfügung.

Nach russischem Muster ist hier auch eine ungarische „Rote-Kreuz“-Abteilung eingetroffen, unter dem Deckmantel der Krankenfürsorge, in Wirklichkeit bolschewistische Propagandisten. Das Hauptquartier bildet ein vornehmes Restaurant in der Giselstraße.

Es ist unzweifelhaft, daß die bolschewistische Abenteuerregierung in Ungarn sich vor dem unfehlbar baldigen Zusammenbruch dadurch zu retten sucht, daß sie auch Deutschösterreich in das bolschewistische Zerstörungsgebiet einbezieht.

Was gedenkt die deutschösterreichische Regierung gegen die verbrecherische Züdelei dieser Agenten eines fremden Staates zu tun? Zu den dringlichsten Maßnahmen gehört die Ausweisung dieser gefährlichen Fremden und eine strenge Absperrung der Grenze gegen Ungarn.

1. IV. 1919

Die verfassungsrechtlichen Vorlagen.

Wien, 31. März.

Auf der Tagesordnung der übermorgigen Sitzung der Nationalversammlung stehen vorläufig die von den Ausschüssen fertiggestellten Gesetzesvorlagen über Kreditoperationen, über die Regelung der Arbeit in den Betrieben zur Erzeugung von Backwaren, über die Krieges- gefangenenernährung und über die Landesverweisung und die Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen.

Der Verfassungsausschuß hat heute die Bestimmungen über die Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen reassumiert und die frühere Regierungsvorlage mit der Definition des hofärarischen Vermögens teilweise wiederhergestellt. Ferner wurde vom Verfassungsausschuß heute das Exterritorialgesetz und die Vorlage über die Abschaffung des Adels und der Titel erledigt. Die letztere Vorlage erhielt eine Einschaltung, nach welcher die weltlichen Ritter- und Damenorden aufgehoben werden, die bisher verliehenen Orden und Ehrenzeichen dürfen weitergetragen werden. Morgen werden auch die übrigen Ausschüsse die ihnen zugewiesenen Vorlagen und Anträge aufarbeiten. Die Nationalversammlung wird am Mittwoch, am Donnerstag und eventuell auch am Freitag Sitzungen abhalten, um die in den Ausschüssen fertiggestellten Vorlagen zu erledigen. Es heißt, daß dann bis Ostern eine Pause in den Sitzungen der Nationalversammlung eintreten soll.

Die Bezüge der Staatsfunktionäre.

Unter den Parteien zirkuliert ein Initiativantrag über die Regelung der Dienstbezüge und Dienstzulagen der Staatsorgane. Ein solches Gesetz wurde bereits von der provisorischen Nationalversammlung beschlossen. Dieses Gesetz tritt nach Ablauf von sechs Monaten nach dem Tage des Zusammentretes der konstituierenden Nationalversammlung außer Kraft. Trotzdem besteht die Absicht, die Gehalte der Staatsfunktionäre womöglich schon jetzt von der konstituierenden Nationalversammlung in Gesetzesform festlegen zu lassen. Nach dem unter den Parteien zirkulierenden Antrag würden die bisherigen Gehalte des Staatskanzlers, der Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre keine Änderungen erfahren. Nur für den Präsidenten Seiz sollen als Zulage für die Führung der Präsidialagenden monatlich 1500 Kronen bewilligt werden. Auch sollen die Repräsentationsauslagen vom Staate gedeckt werden. Die bisherigen Gehalte der beiden anderen Präsidenten würden in der bisherigen Höhe verbleiben. In dem Antrag sollen schließlich auch Pensionsbezüge für Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre vorgesehen sein. Der Antrag soll, wenn er die Genehmigung aller drei Parteien erhält, als Initiativantrag in einer der nächsten Sitzungen der Nationalversammlung eingebracht werden.

Die Bestimmungen über das Vermögen des Habsburger.

Der Verfassungsausschuß trat heute nachmittag unter Vorsitz seines Obmannes Dr. Eisler zu einer Beratung zusammen. Zunächst wurden in Reassumierung des in der letzten Sitzung angenommenen Gesetzes, betreffend die Landesverweisung und die Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen, die §§ 5 und 6 gemäß der ursprünglichen Regierungsvorlage in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben:

§ 5. Die Republik Deutschösterreich ist Eigentümerin des gesamten in ihrem Staatsgebiete befindlichen beweglichen und unbeweglichen hofärarischen sowie des für das früher regierende Haus oder für eine Zweiglinie desselben gebundenen Vermögens.

§ 6. Als hofärarisches Vermögen gilt das bisher von den Hofstätten und deren Aemtern verwaltete Vermögen soweit es nicht ein für das früher regierende Haus oder für eine Zweiglinie desselben gebundenes Vermögen oder nachweisbar freies, persönliches Privatvermögen ist.

Der § 6 der ursprünglichen Regierungsvorlage hatte gelautet: Als hofärarisches Vermögen gilt das bisher von den Hofstätten und deren Aemtern verwaltete Vermögen, soweit es nicht nachweisbar freies, persönliches Privatvermögen ist.

Das Gesetz über Adel, Orden, Titel und Würden.

Der Verfassungsausschuß hat heute auch das Gesetz über die Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel und Würden gemäß der Vorlage der Staatsregierung unter Einschaltung eines neuen § 5, die in Deutschösterreich bestehenden weltlichen Ritter- und Damenorden werden aufgehoben. Die bisher verliehenen Orden und Ehrenzeichen dürfen weitergetragen werden zum Beschlusse erhoben. Zum Berichterstatter für das Haus wurde Abg. Dr. Gleissin bestellt.

Schließlich gelangte das Gesetz über die Abschaffung der nicht im Völkerrecht begründeten Exterritorialität unverändert zur Annahme. Als Berichterstatter im Hause wird Abg. Dr. Schacherl fungieren.

Nächste Sitzung morgen Dienstag, den 1. April, 11 Uhr vormittags.

Zulassung der Frauen zu der juridischen Fakultät.

Untersaatssekretär Otto Glöckel hat heute eine Abordnung empfangen, in der vertreten waren der Bund österreichischer Frauenvereine, der Verein für erweiterte Frauenbildung, der Verein für realgymnasiale Mädchenschule, der Akademische Frauenverein, die Vereine der deutschen, katholischen, sozialdemokratischen und jüdischen Studentinnen. Die Abordnung verlangte die Zulassung der Frauen zu den juridischen Studien. Die Abordnung erhielt die Antwort, daß die Unterrichtsverwaltung schon mit dieser Sache beschäftigt sei; ebenso wie mit der von den Frauen schon oft verlangten Zulassung zur Lehranstalt und zur Hochschule für Bodenkultur.

Untersaatssekretär Glöckel versprach die rascheste zunehmende Erledigung und unbedingt Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen

Studenten, ebenso wie die Errichtung einer staatswissenschaftlichen Lehranstalt nach deutschem Muster.

Verbreitung falscher Nachrichten über die Deutschen in Böhmen.

Ämtlich wird mitgeteilt: Das Prager Blatt „Benkov“ erzählt seinen gläubigen Lesern, daß in Leitmeritz und „wahrscheinlich im ganzen Grenzgebiet“ in den letzten Tagen kommunistische Flugzettel verbreitet worden seien, in denen die Kommunisten aus Deutschböhmen aufgefordert werden, sich für den richtigen Augenblick bereitzuhalten, um vereint mit den Ungarn den Kampf gegen die imperialistische tschechische Regierung zu beginnen. Das vom „Benkov“ glücklicherweise rechtzeitig entdeckte Schreckgespenst aus Papier fordert ferner die Köpfe Masaryks und Kramars und schließt mit dem Rufe: „Frankreich muß ebenso wie Tschechoslowakien vernichtet werden.“

Wenn der „Benkov“, dem die tschechischen nationalistischen Blätter diese grausame Geschichte natürlich fleißig nachdrucken, etwas weniger faulbiid aufgetragen hätte, wäre er seines Erfolges sicher gewesen. Aber der Satz, der von der Vernichtung Frankreichs handelt, wird wohl auch das gläubigste Gemüt verstümmen, weil man gar zu deutlich merkt, in welcher Absicht und von welchen Urhebern dieser gruselige Aufruf in die Welt gesetzt worden ist.

1. IV. 1919

Die Sommerzeit.

Nur in Deutschösterreich.

Im Staatsamte für Verkehrsweisen werden gegenwärtig Erhebungen gepflogen, ob es aus verkehrstechnischen Gründen möglich ist, in Deutschösterreich allein die Sommerzeit einzuführen. Alle unsere Nachbarstaaten sind nämlich entschlossen, die Sommerzeit entweder gar nicht einzuführen, wie Jugoslawien und Tschecho-Slawien,

oder, wie Deutschland, sie zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Darum ergeben sich natürlich schwierige Fragen bezüglich des Eisenbahnverkehrs, die nun gelöst werden sollen.

Wenn die Entscheidung des Staatsamtes für Verkehr günstig ausfällt, so wird Deutschösterreich allein die Sommerzeit einführen; es wurde ja bei Besprechung der Kohlenparmaßnahmen im Staatsamte für öffentliche Arbeiten öfter darauf hingewiesen, daß die baldige Einführung der Sommerzeit geeignet sei, große Mengen von Kohle zu ersparen. Das Staatsamt des Innern, an das man sich aus diesem Grunde mit der dringenden Aufforderung um Einführung der Sommerzeit gewendet hatte, hat nun das Staatsamt für Verkehr um eine Entscheidung angegangen, ob es mit dem Eisenbahnverkehr in Einklang zu bringen ist, daß Deutschösterreich allein die Sommerzeit einführt.

Der Termin der eventuellen Einführung ist noch nicht bestimmt, dürfte aber in Anbetracht der Dringlichkeit schon auf den 14. April festgesetzt werden.

In Amerika.

New-York, 31. März. (Funkspruch des Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Heute um 2 Uhr morgens wurden alle Uhren in Amerika in Befolgung des Licht einschränkungs-gesetzes um eine Stunde vorgerückt. Schätzungsweise betrug die bezügliche Kohlenersparnis im verfloffenen Jahre in zwanzig amerikanischen Städten 100,000 Tonnen. Aus Kanada wird berichtet, daß sich die Landbevölkerung weigere, die Uhren vorzurücken, während dies in den Städten geschehen sei. Infolgedessen würden während des laufenden Jahres in Kanada zwei verschiedene Zeiten gelten.

1./IV. 1919

Die „Diktatur des Proletariats“.**Eine kommunistische Matrosenversammlung.**

Im Militärkasino fand Sonntag eine vom Marinerrat einberufene Matrosenversammlung statt. Es waren außer den Vertretern der verschiedenen Soldatenräte die Vertrauensmänner der Matrosen der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, der Süddeutschen D. D. S., der Schiffswerfte Stornenburg, die Vertreter der bewaffneten Marineure und ein Abgesandter des reichsdeutschen Arbeiter- und Soldatenrates erschienen.

Kommunist Grill, der nach dem Vorsitzenden Marinerrat Ellensky das Wort ergriff, bemerkte, daß man in Deutschösterreich knapp vor der Proklamierung der Räterepublik stehe, und forderte die Matrosen auf, sich bereit zu halten, wenn der Ruf an sie ergehe. Der aus Budapest erscheinene Kommunist Kovacs schilderte die Verhältnisse in der ungarischen Räterepublik. Die ungarische Bourgeoisie habe auf allen Linien nachgegeben; es sei ihm kein Fall von Sabotage von dieser Seite bekannt. Jeder, der sich gegen die Räterepublik wende, werde einfach erschossen.

Der Wiener Führer Forst sagte: Nur Stunden trennen uns von der Verkündung der Diktatur des Proletariats in Wien. Ich erkläre namens der kommunistischen Partei, daß wir gegen alle Gegner bewaffneten Widerstand leisten werden, der stärker sein wird, als jener an der Front war.

Es sprachen hierauf Schmidt aus Nürnberg und für die Vereinigung der sozialdemokratischen Soldaten Kernbichler, der die Stunde des Handelns noch nicht für gekommen erachtet. Kernmann wandte sich gegen die Ententeimperialisten. Soldatenrat Schneider der Volkswehr teilte mit, daß bereits ein Bataillon der Volkswehr ins kommunistische Lager übergegangen sei. Schwantaler sagte, daß das Proletariat nicht den Hunger fürchten und das Letzte wagen werde. Oberleutnant Kolitscher vom Revolutionären Soldatenkomitee teilte mit, daß aus Italien ein Brief eingelangt sei, wonach das gesamte italienische Proletariat ins kommunistische Lager übergetreten sei. Die Versammlung wurde mit der Annahme einer Resolution im Sinne der gehaltenen Reden geschlossen.

Ungarische Kommunisten in Wien.

Die Vereine „Deutschungarn“ und „Brüderlichkeit“, die in Wien lebende ungarische Staatsbürger zu Mitglieðern zählen, hielten gestern eine

Versammlung ab. Benedikt (Budapest) machte heftige Ausfälle gegen die deutschösterreichische Regierung. Die Ungarn seien gewillt, dem deutschösterreichischen Proletariat zu helfen und wollen gern einige Monate hindurch hungern, um Deutschösterreich mit Lebensmitteln auszuheilen zu können. Pvor, der sich als Sekretär des Volkskommissars Bela Kun vorstellte, erörterte die Umwälzung in Ungarn und legte dar, weshalb sich die Sozialisten mit den Kommunisten vereinigt haben. Es wurde eine Entschließung angenommen, worin die Bewaffnung des Proletariats, der Anschluß des deutschösterreichischen Proletariats an das ungarische und die Waffenhilfe für die bedrohte ungarische Räterepublik gefordert wird.

Wiener = Stimmen

2. IV. 1919

9

Von der Tat — zum Rat.

Zeichnung von Theo Gafke.



Fink Jodocus Cincinnatus.

2./IV. 1919

10

Die Einführung der Sommerzeit.

Die Frage der Einführung der Sommerzeit in Deutschösterreich, die insbesondere für den Eisenbahnverkehr von großer Wichtigkeit ist, dürfte in den nächsten Tagen zur Entscheidung gelangen. Hier besteht die Absicht, gegen Mitte April, vielleicht am 14., die Sommerzeit einzuführen. Man hat jedoch den begreiflichen Wunsch, wenn möglich im Einvernehmen mit den Nachbarn vorzugehen. Dies stößt indessen auf gewisse Schwierigkeiten, da die Tschechen sich dagegen ausgesprochen, die Jugoslawen noch keine Antwort gegeben haben und nur von ungarischer Seite die Geneigtheit erklärt wurde, sich der deutschösterreichischen Anregung anzuschließen. Die Bayern werden dieselbe Entscheidung treffen, die im übrigen Deutschen Reich zur Geltung kommt, wo die Entscheidung durch die Nationalversammlung getroffen werden soll. Man könnte auch in Deutschösterreich selbstständig vorgehen, doch ist hierbei darauf Bedacht zu nehmen, daß der Eisenbahnverkehr keine Störung erfährt, da der Uebergang ein Einvernehmen über die Fahrpläne erfordert.

Der Neue Tag
2. IV. 1919

14

Deutschösterreich hält am Selbstbestimmungsrecht fest.

Das Wiener Organ der dem Zusammenschluß Deutschösterreichs mit Deutschland feindlichen Entente kreise setzt seine Bemühungen fort, durch sensationelle Meldungen über materielle Vorteile, die Deutschösterreich im Falle des Verzichts auf seinen vom Volk feierlich betätigten Beschluß zuteil werden würden, die öffentliche Meinung zu verwirren und zu forumpieren. So hat das bezeichnete Blatt die Nachricht aufgetischt, daß die Entente durch Frankreich Deutschösterreich als Belohnung für den Nichtanschluß die Einverleibung der westungarischen Komitate versprochen habe und daß Tirol eine selbständige Republik werden solle, damit Deutschösterreich von diesem „passiven Lande“ entlastet werde.

Es bedarf wohl nicht erst der Versicherung, daß diese Nachricht jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Bekanntlich hat die Entente überhaupt noch keine auf Deutschösterreich bezüglichen Beschlüsse gefaßt, noch hat man irgendwelchen Grund, anzunehmen, daß derartige politische Phantasien den Bereich privater, unverantwortlicher Kannegießerei überschritten hätten. Jedenfalls steht das Volk der deutschösterreichischen Republik in seiner politischen Moral zu hoch, als daß es nicht mit Verachtung die Zumutung zurückwiese, ein Stück deutschösterreichischen Landes daran, weil es Luggetär nichts abwirft, mit Trödlergeinnung zu verschachern. Deutschösterreich hält den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes für die Länder, die ihm bisher zugehört haben, ebenso aufrecht, wie für jene Gebiete, deren Bevölkerung den Wunsch haben sollte, sich ihm anzuschließen. In keinem Falle wird Deutschösterreich die schimpfliche Rolle annehmen, von einer imperialistischen Gewaltpolitik zu profitieren, die sich anstehen wollte, ein besiegtes Land zu zerreißen.

Die Jagd auf christliche Namen.

Fortgesetzt gehen uns aus der Bevölkerung zahlreiche Schreiben zu, welche die Frage der Abschaffung des Adels und der in der Nationalversammlung eingebrachten bezüglichen Gesetzesvorlage betreffen.

Ein angesehenener Wiener Geschäftsmann schreibt uns: „Es ist doch sehr lehrreich, daß die erste Handlung, die in unserem Staate gegen einen ganzen Stand gerichtet wird, nicht gegen die wucherischen Kriegsgewinner, nicht gegen die in gewissen Berufen konzentrierten Hinterlandstachenierer, die im Etappenraum fröhlich gelebt und mitunter auch lustig gestohlen haben, gelehrt ist, auch nicht gegen die jüdischen Millionäre, die vor kurz oder gar nicht lang in Oesterreich eingewandert und hier rasch mit anderer Hände fleißiger Arbeit sehr reich geworden sind, auch nicht gegen preistreiberische Zwischenhändler und sonstige Schmarotzerexistenzen, sondern gegen den Adel, der — man mag sich sonst zu ihm stellen, wie man will — doch ein Glied des christlichen Volksganzen ausmacht. Man kann nicht einmal sagen, daß der Adel der Republik unbequem geworden wäre. Einzelne Adelige, wie Graf Czernin, waren ja sogar die Wegmacher der Republik. Was geht da vor, daß man gerade den christlichen Adel entwurzeln will, in den einzubringen dem zersekenden Judentum in der letzten Zeit schon leichter gelang als früher, aber doch immer noch schwerer, als in eine andere christliche Gesellschaftsschicht? Wer sieht da nicht, daß das Bestreben ist, in einem besonderen Vertreter den Sinn für Familienzusammenhalt und Familien tradition, alte christliche Kulturwerte, auszurotten?“

Eine andere Zuschrift lautet:

Die „Ap.“ hat in einer ihrer letzten Nummern (Mittagsblatt vom 29. März) in klarer Weise dargelegt, wie berechtigt die Anhänglichkeit vieler an ihren Namen, ihre Pietät gegenüber den Vorfahren ist, wie sie dadurch sogar bewogen werden, nach immer größerer Vervollkommnung zu streben. Aber selbst wenn es sich bei der Führung von Adelstiteln nur um törichte Eitelkeit handeln würde: berechtigt dies schon irgend jemanden zu einem Eingriffe in wohlverworbene fremde Rechte? Zumal wenn deren Ausübung niemandem schadet, der Eingriff niemandem nützt? Auch die Jüdin, die einen riesigen Reiterbusch auf dem Gut trägt, handelt aus Eitelkeit und Buzjucht, und zur Zeit allgemeiner Not mag ihr Vorgehen vielen aufreizend erscheinen. Trotzdem wird jede Instanz sich hüten, ihr den Reiterbusch kurzerhand wegzunehmen. Dies gleichviel, ob sie ihn selbst — mit eigenem oder fremdem Geld — gekauft oder ererbt hat.

Ein Leser schreibt uns:

„Es ist ein feststehender Kulturgrundsatz, daß nur jenem ein Nachteil zugefügt werden soll, der seinerseits gegen Einzelne oder gegen die Allgemeinheit gesündigt hat. Beim Adelsstand trifft weder das eine noch das andere zu. Im Gegenteil wird jeder sagen müssen: Der Bürgerstand und innerhalb seiner gerade so manche Adelsfamilie — ich nenne nur die Liechtensteins — haben seit vielen Jahren Mühen und Fleiß, auch Opfer darauf verwendet, den „Enterbten“ zu nützen, zu helfen. Es ist doch ein Zeichen sonderbarer Gesinnung, daß die erste Handlung dieser, da sie zur Macht kamen (wobei auch viele Adelige mitgeholfen haben), nun darin besteht, ihren Förderern zwecklos eine solche Rechtsverletzung zuzufügen. „Als Beispiel erinnere ich an die seinerzeit nach ihrem Ableben viel genannte Baronesse von Smola, Tochter eines hohen Offiziers, der sich im Kriege hervorragende Verdienste erworben und dafür den Freiherrnstand erhalten hatte. Aber er war mittellos gestorben. Seine Tochter brachte sich ehrlich aber kümmerlich durch. Die einzige Freude ihres Lebens war das weise Gedanke an ihren Vater und seine Verdienste. Persönlich von größter Bescheidenheit, von jedem „Prozentum“ unendlich weit entfernt, ehrte sie den toten Vater in seinem Titel.“

Aus einem weiteren Briefe entnehmen wir:

„Ein Teil der Presse ereifert sich darüber, wenn bei jedem Anlasse der Ruf: „Jud! Jud!“ erschallt. Aber sollen andere sich nicht gekränkt fühlen, wenn man den durchaus nicht volksfremden Adel, der sich zum Teil wesentlich Verdienste um die Allgemeinheit erworben hat, noch viel feindseliger behandelt? Er ist ein Adeltiger! Bezaubert ihn!“

Wenn man schon den Adel abschaffen will, so beschränke man dies auf die amtlichen Akte; der Adelige soll im Rechtsverkehr des Staates sich nur mit seinem einfachen Familiennamen bezeichnen dürfen, aber für den privaten Verkehr muß es gleichgültig bleiben, wie einer sich bezeichnet.

Ebenso wie es vernünftigerweise heute dem Herrn Staatskanzler Dr. Renner freisteht, sich in einem Privatbriefe als den größten Staatsmann des Jahrhunderts zu unterzeichnen, muß es doch mindestens im Privatverkehr jedem Staatsbürger erlaubt sein, sich so zu bezeichnen, wie sein Vater, Großvater und seine Vorfahren sich bezeichnet haben.“

3./IV. 1919

**Die Aufenthaltsbeschränkungen —
ungefährlich.****Eine Erklärung des Staatskanzlers.**

Von mehreren Landesregierungen (Salzburg, Tirol) wurden wegen der Ernährungsschwierigkeiten Verfügungen getroffen, durch die Einreisenden oder Durchreisenden gewisse Beschränkungen des Aufenthaltes auferlegt werden, die dem staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte der Freizügigkeit widersprechen. In einer Verfügung werden sogar im Lande anwesende Deutschösterreicher aus andern Ländern unter Androhung der Abschiebung und Bestrafung zu einer besonderen Meldung verhalten. Die Staatskanzlei hat nunmehr, wie die deutschösterreichische Staatskorrespondenz mitteilt, in einem Erlaß die Landesregierungen darauf aufmerksam gemacht, daß derartige Verfügungen nicht nur den Staatsgrundgesetzen widersprechen, sondern auch mit dem Grundgedanken eines auf demokratisch-freieitlichen Prinzipien aufgebauten Staatswesens in grossem Widerspruch stehen. Die schon getroffenen Verfügungen müßten trotz aller Berücksichtigung der schwierigen Ernährungsverhältnisse mit den Reichsgesetzen immer im Einklang stehen.

Volkswehrtruppen marschieren nach Ungarn.

In Laufe des gestrigen Tages haben zahlreiche Kommunisten, darunter auch ein großer Teil der Mannschaft des Volkswehrbataillons Nr. 41 — 5. Bezirk, Siebenbrunnengasse —, Wien ver-

lassen, um sich nach Ungarn zu begeben. Auch aus der Provinz treffen Nachrichten ein, daß die Ungarn starken Zuzug durch kommunistische Elemente aus Deutsch-Österreich erhalten sollen.

Wiener - Stimmern
3. IV. 1919

21

Die Freiheit, die sie meinen!

Zeichnung von Fritz Schönplug.



"... Nachdem das Ihr's wißt, jetzt herrscht die Freiheit! Wer sich nicht einer sozialdemokratischen Organisation anschließt oder wer andere als sozialdemokratische Zeitungen liest, fliegt stantepebe aus den Hemtern — wie aus den Fabriken hinaus, verstanden!"

4./IV. 1919

Die Bezüge der Volksbeauftragten.

Der Verfassungsausschuß hat in seiner heutigen Sitzung das Gesetz über die Bezüge der Volksbeauftragten in folgender Fassung angenommen:

Die Entschädigung der Mitglieder und die Amtsgehühren des Präsidenten sowie des zweiten und des dritten Präsidenten der Nationalversammlung sind im Gesetze über die Geschäftsordnung der konstituierenden Nationalversammlung bestimmt.

Die Vorsitzenden und die Mitglieder des Hauptausschusses haben ihren Wohnsitz in Wien zu nehmen; sie erhalten einen Quartierbeitrag von 500 K. monatlich.

Der Präsident der Nationalversammlung bezieht eine Dienstzulage von monatlich 2000 K. Außerdem gebührt für außerordentliche Auslagen eine angemessene Vergütung.

Mitglieder der Staatsregierung, die aus der Nationalversammlung herborgehen, erhalten außerdem eine Dienstzulage. Sie beträgt für den Staatskanzler monatlich 3000 K., für den Vizkanzler 2500 K., für Staatssekretäre monatlich 2000 K., für Unterstaatssekretäre monatlich 1500 K.

Die Entschädigung, die den Landesabgeordneten aus dem Landesfond zu leisten sind, setzt der Landtag fest.

Die Dienstesbezüge des Landeshauptmannes werden in Niederösterreich mit monatlich 3000 Kronen und in den anderen Ländern mit 2500 Kronen, die der Landeshauptmann-Stellvertreter in Niederösterreich mit monatlich 2000 Kronen und in den anderen Ländern mit 1800 Kronen, die der Landesräte in Niederösterreich mit monatlich 1250 Kronen und in den anderen Ländern mit 1000 Kronen festgesetzt und gehen zu Lasten des Staatsschatzes.

Dem Staatskanzler, dem Vizkanzler, den Staatssekretären sowie den Landeshauptmännern gebührt überdies eine Dienstwohnung und ein Wagen.

Das Ausmaß der für Dienstreisen zukommenden Vergütungen richtet sich nach den jeweils für Staatsbeamte geltenden Vorschriften. Dabei sind der Staatskanzler einem Staatsbeamten der 1. Rangklasse, der Vizkanzler und die Staatssekretäre Beamten der 2. Rangklasse und die Unterstaatssekretäre Beamten der 3. Rangklasse, die Landeshauptmänner den Beamten der 3. Rangklasse, die Stellvertreter der Landeshauptmänner den Beamten der 4. Rangklasse, die Landesräte den Beamten der 5. Rangklasse gleichzuhalten.

Bauernräte für Niederösterreich.

Der Niederösterreichische Bauernbund teilt folgendes mit: Der Niederösterreichische Bauernbund, der im Lande mehr als 81.000 Mitglieder zählt, hat im Rahmen seiner Organisation die Bildung des Bauernrates beinahe zu Ende geführt. Es sind nur mehr einige Gerichtsbezirke ausständig. In jeder Ortsgruppe traten die Mitglieder zusammen und wählten aus sich heraus die Ortsbauernräte (für ungefähr je fünfzehn Mitglieder einen Bauernrat). Diese gewählten Vertrauensmänner hielten in jedem Gerichtsort eine Versammlung ab und bestimmten aus ihrer Mitte die Bezirksbauernräte. (Für ungefähr je zehn Ortsbauernräte einen Bezirksbauernrat.) Diese Bezirksbauernräte ernannten für jeden Gerichtsbezirk einen Delegierten. Die siebenzig Delegierten Niederösterreichs treten in allernächster Zeit in Wien zusammen und wählen den Landesbauernrat.

4./IV. 1919

Falsche Gerüchte über eine Besetzung Deutsch- Österreichs.

Von unterschiedlichen Sensationsblättern war gemeldet worden, daß nach Deutschösterreich fremde Truppen gebracht würden. Unrichtig wird nun erklärt, dazu liege nicht ein einziger Anhaltspunkt vor:

Die fremden Missionen in Wien haben in allen Deutschösterreich berührenden Angelegenheiten bisher mit der deutschösterreichischen Regierung ein vorheriges Einvernehmen gepflogen, und es ist darum nicht anzunehmen, daß sie von dieser Vorgangsweise abweichen werden. Keine auswärtige Vertretung hat der deutschösterreichischen Regierung gegenüber jemals die Absicht geäußert, Besetzungstruppen hieherzubringen oder irgend einen Punkt Deutschösterreichs zu besetzen. Ebensovienig ist von irgend einer Stelle die Absicht kundgegeben worden, von Deutschösterreich aus gegen Ungarn irgend welche militärische Operationen einzuleiten. Es liegen vielmehr wiederholte gegenteilige Aeußerungen vor. Die hundert Ententezüge, die in einem Zeitraum von drei Monaten abgewickelt werden sollen, betreffen **Dei-
m-
le-
h-
r-
e-
r**, und zwar Kriegsgefangene, Flüchtlinge, Kranke und Legionäre, die letzteren namentlich mit ihrer Ausrüstung. Die Regierung würde sich, wenn irgend eine Ententemacht ihre Absicht ändern sollte, natürlich dagegen mit allem Nachdruck verwahren und jedenfalls sofort die Öffentlichkeit aufklären.

Auf Anfrage bei der italienischen militärischen Mission wird der Staatskanzlei ausdrücklich bestätigt, daß über die seit längerer Zeit in Wien und anderen Orten Deutschösterreich weilenden italienischen militärischen Kräfte hinaus **keine
a-
n-
d-
e-
r-
e-
n
B-
e-
s-
e-
t-
u-
n-
g-
s-
t-
r-
u-
p-
p-
e-
n
e-
i-
n-
g-
e-
t-
r-
o-
f-
f-
e-
n** sind, daß also die Nachricht, es sei **W-
ö-
l-
l-
e-
r-
s-
d-
o-
r-
f
o-
d-
e-
r
S-
l-
u-
m-
a-
u** von italienischen Bataillonen besetzt, unrichtig ist.

4./IV. 1919

28

Die Wahlen für die besetzten Gebiete.

Wien, 3. April.

Die Tagesordnung der morgigen Sitzung der Nationalversammlung ist abermals umfangreich. Außer den Vorlagen über die Heranziehung von Grundstücken zur Gewinnung von Torf und über die Bezüge der Volksbeauftragten befinden sich auf der Tagesordnung die wichtige Vorlage über die Brotanlage und der Bericht der Kommission über die besetzten Gebiete. Diese Kommission hat bekanntlich beschlossen, der Nationalversammlung die Ernennung von Notabgeordneten für die besetzten Gebiete in Südtirol und in Süddeiemark vorzuschlagen. Ueber die Ernennung von Notabgeordneten für die besetzten Gebiete in den Sudetenländern konnte infolge des Widerstandes der Sozialdemokraten eine Einigung nicht erzielt werden. Infolgedessen lautet der Bericht der Kommission über diese Gebiete negativ. Die deutschen Gebiete in den Sudetenländern werden also in der Nationalversammlung keine Vertreter erhalten. Schon über diese prinzipielle Frage, insbesondere aber weil die Ablehnung der Sozialdemokraten speziell von der Großdeutschen Vereinigung bekämpft wird, dürfte in der Nationalversammlung morgen eine größere Debatte stattfinden. Außerdem ist aber auch bei der Verteilung der Mandate für Südtirol entgegen dem in Tirol selbst abgeschlossenen Kompromiß der Parteien die deutschfreiheitliche Gruppe im Nachteil geblieben. Nach dem ursprünglichen Kompromiß wäre der Verteilungsschlüssel vier Christlichsoziale, zwei Sozialdemokraten, zwei Deutschfreiheitliche gewesen. Nach dem Ausschlußbeschlusse sollen fünf Christlichsoziale, zwei Sozialdemokraten und ein Freiheitlicher ernannt werden.

Eine Aenderung an den Beschlüssen der Kommission dürfte von der Nationalversammlung kaum vorgenommen werden, da diese Beschlüsse auf einer Abmachung zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten beruhen. Man erwartet auch, daß Staatssekretär Dr. Bauer in der morgigen Sitzung der Nationalversammlung einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Sozialisierungskommission erstatten wird. Das umfangreiche Arbeitsprogramm der Nationalversammlung bringt es mit sich,

daß eventuell auch noch Samstag eine Sitzung abgehalten wird. Dann würde in den Sitzungen der Nationalversammlung eine Pause bis nach Ostern eintreten.

Ende dieser Woche finden in Wien auch die Länderkonferenzen statt. In der letzten Zeit haben sich zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten verschiedene Differenzen ergeben, die auch in einer entsprechenden Strömung in den einzelnen Ländern ihren Ausdruck fanden. Staatskanzler Dr. Kerner ist heute im Klub der Christlichsozialen erschienen, um beruhigend zu wirken. Das Eingreifen des Staatskanzlers scheint insofern Erfolg gehabt zu haben, als die Christlichsozialen bei der Abstimmung über das Gesetz, betreffend die Abschaffung des Adels und der Titel, nicht wie ursprünglich geplant war, korporativ den Saal verließen, sondern nur starke Absenzen aufzuweisen hatten.

Abtchaffung des Adels, der Orden und — der Todesstrafe.

Die Nationalversammlung hat heute folgerichtig nach dem Landesverweisungsgesetze, das heute auch in dritter Lesung und wieder nicht einstimmig angenommen wurde, die „Abtchaffung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel und Würden“ beschlossen. Folgerichtig, denn es ist heute ebenso eine eigenmächtige Enteignung erworbener Rechte und eine Umstößung rechtsgültiger Testamente und Stiftungen erfolgt wie gestern. Die bodenkündliche Bestimmung dieses Gesetzes sind die Strafandrohungen für die „Führung dieser Adelsbezeichnungen, Titel und Würden“. In der Begründung des Ausschusses heißt es zwar, daß dieses Verbot nur für den Verkehr mit Behörden, öffentlichen Stellen, sowie im öffentlichen Leben überhaupt gelten solle; allein der Antrag des christlichsozialen Abgeordneten Prof. Dr. Mahr, diese Beschränkung der Strafandrohung auch ins Gesetz aufzunehmen, um volle Klarheit zu schaffen, wurde von den Sozialdemokraten und Großdeutschen bezeichnenderweise abgelehnt, worauf die Christlichsozialen neuerlich zum großen Teile den Saal verließen und an der Abstimmung über das Gesetz nicht teilnahmen. Denn durch die Verweigerung dieser Klarstellung wird der Angeberei Tür und Tor geöffnet und jede „Führung“ des Adels oder dieser Titel als straffällig erklärt; es fehlte nur noch, daß die Republik den Sytophanten, welche eine „Führung des Adels“ aufstößern, auch noch Prämien aussetzt, und man könnte sogleich an Stelle der heute aufgehobenen Auszeichnungen einen republikanischen Demunziantenorden gründen. Die bisher erworbenen Orden und Auszeichnungen werden übrigens, wie der Berichtstatter mit anerkennenswerter Mäßigung hervorhebt, den Trägern belassen, dies hauptsächlich mit Rücksicht auf die Kriegsauszeichnungen; es sollen bloß keine neuen Orden mehr verliehen werden. Abgeschafft werden dagegen neben dem Adel und seiner Ehrenvorfänge die „bloß zur Auszeichnung verliehenen, mit einer amtlichen Stellung, dem Berufe oder einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Befähigung nicht im Zusammenhang (?) stehenden Titel und Würden und die damit verbundenen Ehrenvorfänge deutschösterreichischer Staatsbürger“, ferner die in Deutschösterreich bestehenden weltlichen Ritter- und Damenorden. Das Erfordernis des Adels als (testamentarische!) Bedingung für den Genuß von Stiftungen entfällt ebenso. Dieses stolze Ergebnis feierten heute die Sozialdemokraten mit einem wilden Indianertanz, den Abgeordneter Deutner als roter Mediziner mit Huronengeschrei auf dem Grabe wahrloher, stolzer Traditionen ausführte; die widerliche Schimpferei dieses fanatistischsten aller Geschichtsverfälscher fand in der Rede Prof. Dr. Mahr's eine ruhige, aber sachlich-wirkungsvolle Widerlegung und Zurückweisung.

Die Nationalversammlung hat ferner heute ohne Debatte die Einschränkung der Exterritorialität, die Neuregelung der Befugnisse des Verfassungsgerichtshofes, über die Abg. Dr. Weiskirchner berichtete, und durch die nun auch die Ministeranklage in die Kompetenz dieses Gerichtshofes fällt, und endlich die

Begnadigung russischer und finnischer Kriegsgefangener gemäß den Friedensverträgen beschlossen. Sie wird auch morgen eine sehr interessante Tagesordnung beraten, vor allem die Brotaufgabe und die Zulassung der Vertreter aus den besetzten jüdischen Gebieten. Man erwartet für morgen auch eine Antwort auf die Anfrage über die Tätigkeit der Sozialisierungskommission über die bisher dort in Angriff genommenen Sozialisierungsgesetze. — Wir berichten über den Verlauf der Sitzung.

4./IV. 1919

30

Deutschösterreich

(Von unserem Korrespondenten)

Wien, Mitte März.

Endlich scheinen die ersten schüchternen Hoffnungstrahlen die trübe Stimmung, das graue Elend, unter denen wir schmachten, zu durchbrechen. Es heißt, daß die Entente die Blockade gegen uns aufhebt, uns — freilich um schweres Geld — Lebensmittel liefern will und die ersten Sitzungen unserer konstituierenden Nationalversammlung haben einen erhabenen Verlauf genommen. Die Verfassung der neuen Republik ist festgelegt, eine neue Regierung eingesetzt und das Programm, das sie entwickelte, war klar und äußerst vernünftig. Freilich, noch im letzten Moment vorher sah es recht böse aus. Am Tage der Eröffnung unserer Konstituante fanden in Deutschböhmen und im Sudetenland, in denen die Tschechen Wahlen zur deutschösterreichischen Nationalversammlung — aus naheliegenden Gründen — nicht zugelassen hatten, als Demonstration gegen dieses Vorgehen, Streiks der Deutschen statt, die leider zu blutigen Zusammenstößen führten. Zahlreiche Todesopfer bezeichneten daher diesen historischen Tag und den Deutschen in Böhmen schlugen wehmütvoll alle Herzen Deutschösterreichs entgegen. Gleich darauf ereignete sich einer jener „Zwischenfälle“, der beinahe zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschösterreich und der tschechoslowakischen Republik geführt hätte. Glücklicherweise gelang es unserer Regierung sehr bald, den hiesigen Vertreter der tschechischen Regierung zu überzeugen, daß die „Beweise“ bestenfalls auf einer Mystifikation beruhten und daß Deutschösterreich kein „Heer“ zum „Einfall“ bereit an seiner Grenze habe. Aber die Sache hatte doch höchst überflüssigerweise hüben und drüben viel böses Blut gemacht.

Die Nationalversammlung nahm vor allem ihre neue Geschäftsordnung an und wählte ihren Präsidenten. Zu dieser Würde wurde der Sozialdemokrat Karl Seih berufen. Er ist ein Wiener, wurde in einem städtischen Waisenhaus erzogen, sollte das Schneiderhandwerk erlernen, wurde aber infolge seiner Fähigkeiten und seines Fleißes in das Lehrerseminar in St. Pölten aufgenommen. Nach Absolvierung desselben wurde er Volksschullehrer, widmete sich aber gleich der politischen Tätigkeit, die ihm wiederholte Maßregelungen eintrug. Mit 32 Jahren wurde er 1901 das erste Mal in das Abgeordnetenhaus gewählt. Zu seinen Stellvertretern werden der Prälat Hauser und der deutschnationale Dr. Dinghofer bestellt.

Die Konstituante genehmigte sodann nach kurzer Verhandlung die ersten Grundgesetze Deutschösterreichs: das Gesetz über die Staatsform, jenes über das besetzte Staatsgebiet und dann jene über die Volksvertretung und Staatsregierung. Die zwei erstern sind eigentlich nur feierliche Deklarationen, die die früheren Beschlüsse der provisorischen Nationalversammlung bestätigen: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik und ein Bestandteil des Deutschen Reiches; Deutschböhmen und Sudeten-

Land und die deutschen, von den Jugoslawen sowie von den Italienern besetzten Gebiete werden kraft Selbstbestimmungsrechtes als „unverzichtbare Bestandteile der Republik Deutschösterreich“ erklärt und gegen ihre gewaltsame Besetzung und gegen die erfolgte Verhinderung der Wahlen in diesen Gebieten wird feierlicher Protest erhoben. Verfassungsänderungen sind der Volksabstimmung (Referendum) zu unterwerfen. Die Versammlung wählt einen Hauptauschuß, dessen Beratungen vertraulich sind und der dem Hause die Wahl der Regierung vorzuschlagen hat. Diese besteht aus dem Staatskanzler und seinem Vertreter und zehn Staatsämtern.

Der neue Staatskanzler, Dr. Renner, hielt nach der Bestellung der Regierung eine glänzende Programmrede. Dr. Renner ist ein außerordentlich geschickter und kluger Mann und trotz aller Schlichtheit ein trefflicher Redner. Er trat wieder den richtigen Ton und erfrischte mit seiner klaren Sachlichkeit alle, die Zeugen dieses historischen Momentes gewesen sind. Alle, sagte er, müssen jetzt vor allem arbeiten, fleißig arbeiten, und die Besitzenden müssen in erster Linie materielle Opfer bringen, dann aber wird Deutschösterreich gesunden und im Rahmen des Deutschen Reiches im Geiste der Völkerversöhnung, die der Völkerbundsidee Wilsons zugrunde liegt, einem dauernden Frieden und einer schönen, glücklichen Zukunft entgegengehen.

Neue Unterstaatssekretäre.

Heute nachmittag tritt der Hauptausschuß zusammen, um über der Nationalversammlung zu unterbreitende Vorschläge zur Wahl von vier neuen Unterstaatssekretären schlüssig zu werden. Es werden bereits Kandidaten, die in Aussicht genommen sind, genannt, und zwar: für das Amt für soziale Fürsorge Abg. Dr. Resch, für das Gesundheitsamt Professor Dr. Zandler, für das Auswärtige Amt zur Vertretung von Tiroler und Vorarlberger Angelegenheiten in der Schweiz Dr. Blügl, ferner eine in politischen Kreisen unbekannte Persönlichkeit namens Baron Pflanzner. Als Präsident der Kriegsgefangenenkommission ist Professor Doktor Schöpfer in Aussicht genommen.

5. IV. 1919

**Beginn der Sommerzeit am
28. April.**

Der gestrige Kabinettsrat beschloß, die Einführung der Sommerzeit mit Rücksicht auf den späteren Termin in Deutschland auf den 28. d. zu verlegen.

Die Mitglieder der Sozialisierungskommission.

Der Vorstand der Staatskommission für Sozialisierung hat in die Kommission die folgenden Fachmänner berufen:

Sektionsrat Dr. Emanuel Adler, Oberbaurat Ingenieur Karl Alter, Gemeinderat Hugo Breiner, Ministerialrat Dr. Karl Dorret, Bernhard v. Ehrenfels (Präsident der Landwirtschaftsgesellschaft), Gemeinderat Georg Emmerling (Gemeinde Wien), Abgeordnete Emmy Freundlich (Konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsausschuss), Abgeordneten Mag. Friedmann, Baurat Moritz Gerbel, Schriftsteller Rudolf Goldscheid, Professor Dr. Karl Grünberg, Dr. Georg Günther (Vereinsverband der österreichischen Industrie), Dr. Michael Hainisch, Fritz Hamburger (Hauptstelle industrieller Arbeitgeberorganisationen) Abgeordneten Josef Hollersbacher, Landwirt, Abgeordneten Anton Hueber, Stephan Hüppert, Obmann des Verbandes der Lebensmittelarbeiter, Mag. Klein, leitenden Beamten der Krankenkasse der Handlungsgehilfen, Sektionsrat Dr. Ditolar Mazanec, Vizepräsidenten Dr. Anton Ritter v. Panh, Sektionsrat Dr. Karl Pribram, Sektionschef Richard Riedl, Ministerialrat Ingenieur Otto Rottky, Professor Dr. Walter Schiff, Professor Ernst Seblmayr, Gewerbeinspektor Hans Tausch, Abgeordneten Josef Wiedenhofer, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Abgeordneten Josef Wiesmaier, Landwirt.

Gegen den Terrorismus in den Werkstätten.

Ein Protest gegen die Schändung der Republik.

Der Ortsauschuß der christlichen Gewerkschaften Wiens und der Zentralverband christlicher Angestellter veranstalteten am Sonntag im großen Saale des Gesellenvereinshauses in der Sumpendorferstraße eine massenhaft besuchte Protestversammlung gegen den unerträglichen Terror der sozialdemokratischen Organisationen in den Betrieben auf die christlich organisierten Angestellten.

Abg. Dr. Seipel führte als erster Redner u. a. aus: Im Auftrage und im Namen der Christlichsozialen Vereinigung in der Nationalversammlung überbringe ich die aufrichtigsten Grüße und habe ich zu sagen, daß sämtliche Christlichsozialen Abgeordneten in diesem Abwehrkampf treu und geschlossen zu Ihnen stehen. (Beifall.) Es gibt in dieser Hinsicht keinen Unterschied zwischen den städtischen und Bauernvertretern, alle sind wir einig, daß Freiheit auch in Zukunft herrschen muß. Fast in jeder Besprechung mit der Regierung ist gefordert worden, daß endlich dem Terror Einhalt geboten werde, und erst nachdem man die Vergeltlichkeit dieser Versuche eingesehen hat, hat man beschlossen, den Weg der Öffentlichkeit zu betreten. Die Versammlung ist zusammengelommen, um ihren energischen Protest gegen die Vergewaltigungen von Seiten der Sozialdemokraten zu dokumentieren, und ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein Staat, in dem es keine Freiheit gibt, kein Recht hat, weiter zu bestehen. (Großer Beifall.)

Abg. Landesrat Kunze sagte u. a.: Wir christlichen Vertreter sind uns des Volkes, Prellstein und Sturmbock der christlichen Bevölkerung zu sein, vollkommen bewußt, wir sind vertraut mit allen Schwierigkeiten und erfüllt von Liebe und Begeisterung für die Erfüllung dieser Aufgabe. Im weiteren Verlaufe seiner Rede gedachte der Redner der schwierigen Verhältnisse, unter denen die Partei groß geworden war, sowie der Anfeindungen von Seiten der Sozialdemokraten, besonders gegen die christlichen Arbeiter, gab seiner Bewunderung und seinem Danke für ihre tapfere Haltung, Treue und Opferwilligkeit Ausdruck und fuhr fort: Auch heute will man uns in noch gesteigertem Maße mit Gewalt und Terrorismus niederwerfen. Man geht daran, die christlichen Arbeiter zu zwingen, nicht nur in die sozialdemokratischen Organisationen einzutreten, sondern auch unter Eid sich von ihren christlichen Organisationen loszusagen. Das kann uns nicht erschrecken. Wenn wir uns aber heute trotzdem zur gemeinsamen Abwehr zusammengefunden haben, so geschieht es deswegen, weil es eines aufrechten Mannes unwürdig ist, wie ein stummer Hund Fußtritte von seinen Gegnern anzunehmen. (Allseitige Zustimmung.) Die neue Regierung, sagte Redner weiter, ist sehr besorgt um den Bestand der Republik. Dies kennzeichnet sich in verschiedenen Maßnahmen, wie in der Ausweisung des gewissen Herrscherhauses und in der Abschaffung des Adels. Jedoch waren ihre Organe bis jetzt nicht in der Lage, sich die Liebe und Achtung aller Bürger zu erwerben. Der große Hebel für die Bildung der Republik war die Sehnsucht nach Freiheit und der Glaube, daß diese in der Republik besser verbürgt werde als in der Monarchie. In demselben Maße aber, in dem sich die Freiheit von der Republik entfernt, untergräbt diese auch ihre Existenz und gelangt zur Wertlosigkeit in den Augen der Bürger. Was sich jetzt uns gegenüber unter stillschweigender Duldung der Regierung abspielt, ist im höchsten Maße geeignet, den Glauben an die Republik auf das schwerste zu erschüttern. Die Sozialdemokraten haben sich die Methode zurechtgelegt, daß jeder Arbeiter in den Betrieben Sozialdemokrat sein muß. Nicht nur das, er muß sich sogar losagen von der christlichen Organisation. (Stürmische Entrüstung.) Das sind Zustände, die weit über den alten Polizeigeist hinausgreifen.

Es fragt sich nun, was die Sozialdemokraten damit bezwecken. Sie gewinnen nur Geld, wenn sie unsere Leute zwingen, die Mitgliedsbeiträge zu zahlen, aber keine Anhänger. Dr. Renner hat gestern vor den versammelten Landeshauptleuten feierlich die Erklärung abgegeben, er sei „gegen jede Diktatur, komme sie von welcher Seite immer“. Wir nehmen diese Erklärung mit Befriedigung und Dank entgegen und haben nur den einen Wunsch, daß seine Worte so aufrichtig sind wie unser Dank. Tatsache ist nur, daß diese Diktatur bereits vorhanden ist, zwar noch nicht in der ganzen Republik, aber doch in den Aemtern, bei den Angestellten und Arbeitern. Darum soll jetzt Staatskanzler Dr. Renner durch die Tat beweisen, daß seine Worte in seinem Herzen empfunden und nicht leere Phrasen sind. Das ist es, was uns zu dieser Kundgebung veranlaßt hat, daß in einer freien Republik ein Großteil der Bürger vergewaltigt wird. Wir protestieren deshalb gegen diesen Terrorismus nicht nur im Namen unserer persönlichen Ueberzeugung, unserer politischen Freiheit und unserer Organisation, sondern auch im Namen der Republik, die durch diesen Terrorismus geschändet und bedroht ist. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall.)

Abg. Spalow führte u. a. aus: Unsere Organisation soll durch Terror ausgerottet werden. Die Sozialdemokraten erklären, daß sie für den Terrorismus nichts können, daß das hauptsächlich Umtriebe kommunistischer und bolschewistischer Elemente sind. Es kann aber festgestellt werden, daß das nicht richtig ist, sondern mit dem Willen und Willen der Sozialdemokraten erfolgt. Sie wenden den Bolschewismus mit der Absicht an, um ihn zu ihren Drohungen und Erpressungen zu benutzen. Dagegen haben andere Arbeiter in den Betrieben sich in den letzten Wochen heldenhaft gewehrt. (Beifall.)

Abg. Dr. Hemala betonte, daß die Sozialdemokraten mit dieser Art und Weise des Kampfes nur erreichen, daß diejenigen, die bis jetzt noch den „Schlaf des Gerechten“ geschlafen haben, aufgerüttelt und zur Arbeit entflammt werden. Trotz der verschiedenen Verluste, die wir durch die Gewalttätigkeit der Sozialdemokraten erlitten haben, sind fast ebenso viele neue Männer in unsere Reihen gekommen. Wir müssen uns zu einer Abwehrorganisation zusammenschließen und einen Abwehrfonds schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Matzja führte u. a. aus: Dr. Renner hat in seiner ersten Rede gesagt: Ueber den Toren der neuen Republik stehen zwei Worte: Freiheit und Arbeit. Mit der Freiheit ist es bisher noch nicht besonders weit gekommen und auch nicht mit der Arbeit. Die Sozialdemokraten wissen das ganz genau und suchen jetzt dieses Manko von der Regierung dadurch abzulenken, daß sie den Terrorismus als Damm aufgerichtet haben. Es sind nicht nur die Arbeiter, gegen die sich der Terrorismus richtet. Man muß schon heute erkennen, daß sich der ganze Verlauf dieser Bewegung nicht bloß auf die Arbeiter, sondern auf die ganze Bevölkerung ausdehnen wird. Darum ist es eine Verpflichtung, daß die gesamte Partei ohne Unterschied für die Arbeiterkraft mit allen wirtschaftlichen und politischen Mitteln eintritt. Ich überbringe Ihnen den Dank der gesamten Christlichsozialen Partei, die geschlossen wie ein Mann hinter der christlichsozialen Arbeiterkraft steht. (Stürmischer Beifall.)

Darauf gelangte über Antrag des Vorsitzenden Rechner folgende

Entschließung

zur einstimmigen Annahme: „Seit dem Abschluß der Wahlen in die Nationalversammlung macht sich in den Betrieben, Werkstätten und Aemtern ein brutaler Terrorismus geltend, welcher die Arbeiter und Angestellten in die sozialdemokratische Organisation zu pressen sucht. Die heutige Versammlung legt gegen dieses, allen freiheitlichen Grundgesetzen höhnsprechende Vorgehen feierlichste Verwahrung und schärfsten Protest ein. — Der Gewissenszwang, der auf die christlichen Arbeiter und Angestellten ausgeübt wird, ist eine Schändung der jungen Freiheit eine Verfündigung gegen die Grundlagen des freien Volksstaates, eine Schmach für die Republik, die allen ihren Bürgern Erlösung aus den Fesseln, die engherziger Polizeigeist geschmiedet, verheizen hat. — Es ist Ehren- und Anstandspflicht der sozialdemokratischen Partei, diesem Terror zu entsagen. Es ist republikanische Pflicht der Regierung, die Organisations- und Gewissensfreiheit aller Bürger, daher auch der christlichen Angestellten und Arbeiter sicherzustellen. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung aller Ehrlichgesinnten, die christlichen Arbeiter und Angestellten in der Abwehr des Terrorismus tatkräftig zu unterstützen. An die christlichen Arbeiter und Angestellten aber richten wir die Aufforderung, in ihrer Standhaftigkeit nicht zu erlahmen und den stärksten Schutz ihrer persönlichen und politischen Freiheit in dem Ausbau der eigenen Organisation und Presse zu suchen. Das sei die Abwehr, die wir dem sozialdemokratischen Terror entgegenzusetzen wollen, in dem festen Glauben, daß sich die Republik als Hort der Freiheit erweisen muß. Es lebe die Freiheit im freien Staate! Es lebe die christliche Arbeiter- und Angestelltenbewegung!“

Nachdem noch einstimmig beschlossen worden war, diese Entschließung durch eine Abordnung dem Staatskanzler Dr. Renner zu überreichen, wurde die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

7./IV. 1919

* (Kommunistenversammlungen in Wien.)
Gestern fanden hier zwei kommunistische Versammlungen statt, die eine im Zirkus Busch, die andre in einem Hotelgarten auf der Landstraße. In beiden Versammlungen traten als Hauptredner das Ehepaar Dr. Friedländer auf. Die Versammlung im Zirkus Busch war gemeinsam vom Volkzugsrat des revolutionären ungarischen Proletariats in Wien und der Wiener kommunistischen Partei einberufen. Die kommunistischen Redner griffen unter dem Widerspruch der anwesenden Sozialdemokraten die Koalitionsregierung Deutschösterreichs heftig an und erklärten, den sozialdemokratischen Führern nicht nachlaufen zu wollen. In wenigen Tagen, sagte ein Redner, werde die einheitliche Front des Proletariats gebildet sein und sie habe im Verein mit den Arbeiterräten die Nationalversammlung auseinanderzusagen. Die ungarischen Kommunisten verteilten in der Versammlung aufhebersche Flugzettel. Ähnlich verlief die andre Versammlung, die vom Bunde der geistigen Arbeiter der kommunistischen Partei einberufen war. Auch hier wurde dafür agitiert, in den Arbeiterrat Kommunisten zu wählen, damit ihn diese, wenn sie schon nichts andres erreichen sollten, sprengen und einen neuen, rein kommunistischen wählen könnten. Ein Bildungsrat von der Volkswehr erklärte, daß die Volkswehr geschlossen hinter dem Proletariat stehe und es keine Volkswehr mehr geben werde, wenn sich das Proletariat in entscheidender Stunde zusammengeschlossen habe.

Die Kommunisten in Wien.

Gestern haben die Kommunisten im Zirkus Busch eine Versammlung abgehalten, die sehr stark besucht war.

Frau Friedländer erklärte, das Proletariat müsse bereit sein, damit es in der entscheidenden Stunde gerüstet sei. Die Stunde sei nicht mehr ferne, wo in den Straßen Wiens die Räterepublik ausgerufen werde.

Forst meinte, daß jetzt die Entscheidungsstunde für das Proletariat Deutschösterreichs gekommen sei, denn jetzt sei der Kapitalismus am schwächsten. Es bedarf nur eines geringen Druckes mehr, und das Ziel des revolutionären Proletariats werde erreicht. Wenn man jedoch glaubt, das Proletariat dazu benützen zu können, um einen sogenannten guten Frieden zu erlangen, so ist das eine Täuschung. Mögen die Herren in Paris beschließen, was sie wollen, die wirkliche Entscheidung werden letzten Endes die revolutionären Proletarier herbeiführen.

Der nächste Redner, Herman, sagte: Die Bürgerlichen würden es gerne sehen, wenn die Entente Truppen nach Deutschösterreich herjenden würde, um die kommunistische Bewegung zu unterdrücken. Aber die Entente getraue sich dies nicht zu tun, da sie mit Recht fürchtet, es könnte dann im eigenen Lande der Bolschewismus entfesselt werden, zumal die Ententeländer ohnehin schon unterminiert sind. In Italien hat sich die Sozialdemokratie frei zum Kommunismus bekannt und das französische Proletariat, das einen schwereren Stand hat, wird es nicht so ruhig hinnehmen, daß man seinen Herois Jaurès ermorden ließ und den Meuchelmörder freisprach. Das tschechische und das rumänische Proletariat soll zu Genken gegen den Bolschewismus benützt werden, und deshalb gehen durch Deutschösterreich so massenhafte Artillerie- und Munitionstransporte. (Stürmische Pfuirufe.) So etwas darf von uns nicht gebuldet werden. (Zustimmung.) Bauer behauptet, daß die jetzige Regierung, die unfähig sei, Brot und Arbeit herbeizuschaffen, das deutschösterreichische Proletariat an die Entente verkauft habe. Das Proletariat muß die Regierung an sich reißen, wir brauchen das Hungerbrot der Entente nicht.

Der Vorsitzende Friedländer sprach in seinem Schlussworte das Bedauern aus, daß kein sozialdemokratischer Führer anwesend sei, um das Proletariat zum Durchhalten aufzufordern. Wir werden in wenigen Tagen die einheitliche Front des Proletariats zusammenbringen. Die Arbeiterräte dürfen nicht der Blinddarm der Nationalversammlung sein, wie dies von den sozialdemokratischen Führern gedacht ist, sondern sie haben die Nationalversammlung zu verjagen, denn sie stellen die eigentliche Volksvertretung dar.

Auch der Bund der geistigen Arbeiter der kommunistischen Partei veranstaltete gestern

eine Versammlung mit der Tagesordnung: Die internationale politische Lage, das geistige Proletariat und die Arbeiterratswahlen. Die Versammlung nahm einen bewegten Verlauf, da die anwesenden Sozialdemokraten, die in beträchtlicher Anzahl erschienen waren, bei den Ausführungen einzelner Redner Widerspruch erhoben.

Referent Dr. Friedländer führte aus, daß die Politik der Koalitionsregierung mit ihrer Orientierung nach den westlichen Ententeländern eine falsche sei, und sagte, daß die Engländer über die schlechte Ernährungspolitik Deutschösterreichs sehr genau Bescheid wissen und uns daher mit den Lebensmitteln knapp halten. Man hätte mit Rußland in Verhandlungen treten sollen, denn nicht der Anschluß an den Westen, sondern an den Osten, wie ihn die Kommunisten anstreben, ist der einzige richtige Weg. Die Entente würde uns nicht boykottieren, wenn wir die Räterepublik errichten, weil Deutschösterreich ein Durchfuhrland ist und von einem Boykott auch Böhmen und Polen betroffen würden. Aber selbst für den Fall eines Boykotts würden wir so viele Lebensmittel ausbringen, um uns über Wasser zu halten. Ungarn und Rußland würden uns unterstützen, und dann könnten wir bei den Reichen und bei den Bauern rüchlos requirieren und wir hätten ausreichend Lebensmittel. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten. Zwischenrufe: „Auf wie lange?“)

Unser Proletariat steht nunmehr am Scheidewege und muß sich entschließen, ob es zur Selbsthilfe greifen will. In Ungarn haben die Sozialdemokraten vor dem Kommunismus die Fahne gesenkt. Unsere sozialdemokratischen Führer sind aber noch verstockt. Allerdings zeigt sich auch bei ihnen schon eine Schwankung. Seib soll vor wenigen Tagen gesagt haben, bevor er unter die Räder kommt, werde er sich auf den Bod schwingen. Es fragt sich nur, ob das Proletariat für ihn die Köpfer abgeben will. Vor allem ist es notwendig, daß das geistige Proletariat mit dem manuellen gemeinsam vorgeht. Wenn nun ein Teil des geistigen Proletariats sich dem Kommunismus entgegensetzt und ähnlich wie in Deutschland durch Streik und Sabotage unsere Bestrebungen verhindern will, dann muß zu derselben Gewaltkur gegriffen werden wie in Rußland, wo die geistigen Proletarier nunmehr der Sowjetregierung zuströmen. Heute kann es nur eine Solidarität aller Proletarier geben, deren Konsequenz die Errichtung der Räterepublik ist. Es wird jedoch notwendig sein, die Gloriole, mit der sich die geistigen Proletarier noch immer umgeben, zu zerstören. Redner polemisierte gegen die Sozialdemokraten, die aus dem Arbeiterzentralrat nichts anderes als eine Begutachtungskommission für die Nationalversammlung machen wollen, und fordert seine Anhänger auf, für die Wahlen der Arbeiterräte lebhaft zu agitieren, damit in dem Arbeiterzentralrat recht viele Kommunisten hineinkommen, um, wenn nichts anderes zu erreichen, so doch denselben zu sprengen, falls es seine Aufgaben gegenüber dem Proletariat nicht erfüllt, und dann einen anderen, besseren zu wählen.

Hierauf sprach der englische Sozialist Zuder, der darlegte, daß er zwar mit den Ideen der Kommunisten einverstanden, aber nicht der Meinung sei, das Proletariat könne mit einem Schläge die Herrschaft erobern und dieselbe dauernd befestigen. Es könne sehr leicht der Fall eintreten, daß man, bevor noch das Ziel erreicht sei, von den oberen Stufen herabgestoßen und die sozialistische Bewegung auf ein Jahrhundert lahmgelegt werde.

Es sprachen noch mehrere Redner für und gegen die offizielle Sozialdemokratie. Die Versammlung wurde in Ruhe geschlossen.

8.7.1919

Die vierte Länderkonferenz.

Wien, 7. April.

Die vierte Länderkonferenz beschäftigte sich heute zunächst mit der Unterbringung jener deutschen Lehrer, die infolge der Sperrung deutscher Schulen in den südlichen Gebieten des ehemaligen Oesterreich steckenlos und flüchtig geworden sind. Der Vertreter der Unterrichtsverwaltung gab die Erklärung ab, daß diese an der Unterbringung solcher Lehrpersonen im Gebiete Deutschösterreichs außerordentlich interessiert sei und hiebei im Einvernehmen mit den Ländern vorgehen werde. Von den Vertretern der Länder wurde die Zusage gemacht, in dieser Angelegenheit das größte Entgegenkommen walten zu lassen, soweit die Unterbringung an den bestehenden Schulen möglich sei und die gegenwärtige Finanzlage der Länder einen weitern Mehraufwand gestatte. Es wurde auch die Möglichkeit einer Verwendung solcher Lehrpersonen in Institutionen erörtert, welche in der nächsten Zeit auf dem Gebiete der sozialen Verwaltung neu entstehen sollen.

Sodann gelangte die Frage der Prämien für Viehanlieferungen nach Wien zur Sprache. Der Vertreter des Staatsamtes für Ackerbau verwies auf das vollständige Versagen der Vieh- und Fleischlieferungen nach Wien und das infolgedessen in der letzten Zeit rapid erfolgte Anwachsen des Schleichhandels mit Fleisch nach Wien. Da sich die Viehanlieferungen trotz der jeinerzeit eingeführten Quantitätsprämien nicht gebessert haben, sehe sich das Staatsamt für Ackerbau genötigt, die Frage einer Revision, beziehungsweise Erhöhung der Viehpreise neuerlich zur Diskussion zu stellen, welche etwa in der Weise erfolgen sollte, daß statt der bisherigen Quantitätsprämie eine Erhöhung der Preise für Vieh besserer Qualität in höherem, für Vieh in minderer Qualität in geringerem Ausmaße Platz greife, was im wesentlichen einer Qualitätsprämie wie gleichkäme. Hierbei mußte dafür gesorgt werden, daß die Belieferung der Konsumzentren in den Ländern nicht gestört werde. In der Debatte wurde die Notwendigkeit einer Steigerung der Viehlieferungen für Wien allseits anerkannt und die verschiedenen Möglichkeiten für die Durchführung eingehend erörtert. Von den Vertretern der Länder wurde der Wunsch geäußert, daß durch die von der Staatsregierung geplanten Maßnahmen die Fleischversorgung der Länder und Städte nicht unmöglich gemacht werde und von einer Erhöhung der Preise dringend abgeraten. Für den Fall der Einführung einer Qualitätsprämie oder etwaiger anderweitiger Maßnahmen hätten die Preise angesetzt

Beiträge nicht den Produzenten, sondern müßten direkt den Viehanliefernden Ländern zugewiesen werden, welche die Gelder ohne Rücksicht darauf, in welchem Konsumort der einzelne Produzent sein Vieh abgibt, im Interesse aller Viehproduzenten verwenden würden.

Im weiteren Verlaufe der Beratungen teilte der Vertreter des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft Sektionschef Dr. Deutsch zur Frage des Holzexports mit, daß nachdem der ursprüngliche Plan, im Wege eines Exportindikats die notwendigen Vorschüsse für die Deckung der Lebensmittelaufnahmen zu sichern, auf allgemeinen Widerstand gestoßen sei, das Staatsamt diesen Plan aufgab und auf andere Weise das beabsichtigte Ziel zu erreichen bestrebt sei. Die Beschaffung der Kredite soll danach nicht durch Vermittlung dieses Syndikats erfolgen, sondern durch eine Simultanhypothek auf alle größeren Forste, die Staats- und Religionsfonds sowie die größeren Privatforste, wobei die Kredite unmittelbar von Staat zu Staat, mit Ausschaltung jeder Zwischeninstanz sichergestellt werden sollen. Die Lösung der Hypothek würde sukzessive nach Maßgabe der faktischen Lieferungen von Holz erfolgen. Er appelliere an die Vertreter der Länder dringend, baldigst die Holzlandesstellen zu errichten, welchen die Beschaffung des Holzes in den einzelnen Ländern in zweckmäßiger Weise möglich sein wird.

Staatssekretär Dr. Kerner unterstützt unter Hinweis auf die Dringlichkeit der Angelegenheit diesen Appell auf das wärmste. Am Schlusse der Beratungen konstatiert Staatskanzler Dr. Kerner, daß die vierte Länderkonferenz deutlich gezeigt habe, wie sehr sich die Einrichtung der Länderkonferenz bewähre. Er spreche die Hoffnung aus, daß bei der demnächst stattfindenden fünften Länderkonferenz die dringendsten Fragen, wie jene des Holzexports, und das Ernährungsproblem einer endgültigen gesetzlichen Lösung werden zugeführt werden können. Der Staatskanzler schloß mit Worten des Dankes an die Vertreter der Länder die Beratung.

Der Gesetzentwurf über den Abbau des Großgrundbesitzes.

Die Kommission zur Vorbereitung der Agrarreform beschäftigte sich unter Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Ritter v. Panz neuerlich mit der Schaffung eines Gesetzentwurfes über den Abbau des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. In der Beratung nahmen als Experten teil die Professoren der Hochschule für Bodenkultur Dr. Adolf Ostermayer und Ernst C. Sedlmayr sowie Güterdirektor Leopold Wozasek. Es wurde zur Durchberatung von Details des Gesetzentwurfes geschrieben. Wie die „Staatskorrespondenz“ mitteilt, will der Gesetzentwurf zunächst gleichmäßig dem Gesichtspunkte der größtmöglichen Förderung der landwirtschaftlichen Produktion wie sozialpolitischen Erwägungen gerecht werden. Dies soll einerseits in der großemweisen Abspaltung der neu zu bildenden Besitzkategorien, welche Güter mittlerer Größe bis zu Zielungen landwirtschaftlicher Arbeiter zu umfassen hätten, seinen Ausdruck finden; andererseits kann hiedurch die Möglichkeit geschaffen werden, sachlicher Eignung zugleich mit persönlicher Berücksichtigungswürdigkeit einen mit dem Ernährungsbedürfnisse der Gesamtheit im Einklange stehenden Vorrang einzuräumen. Steineswegs soll aber eine sinnlose Zerstückelung von Wirtschaften, die vermöge ihrer mustergültigen Einrichtung dem Volkswohle bereits Rechnung tragen, Platz greifen. Die Kommission mußte sich pflichtgemäß vor Augen halten, daß eine irrationelle Bodenreform, wie sie in einigen östlichen Nachbarländern eingeleitet worden ist, naturnotwendig nur eine Hungersnot zur Folge haben könnte, die alle arbeitenden Stände Deutschösterreichs in ihrer Existenz in gleicher Weise treffen müßte. Mit der abschließenden Redaktion des Gesetzentwurfes dürfte bereits für die nächste Zeit gerechnet werden.

Die Wählerlisten für Landtag und Gemeinderat.

Die Wählerlisten für die Wahlen in den Landtag, den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen werden im Wiener Gemeindegebiet von Donnerstag den 10. d. an bis einschließlich Samstag den 19. d., und zwar an Werktagen von 1 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends, und an dem in dieser Zeit fallenden Sonntag von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags zur allgemeinen Einsichtnahme aufliegen. Die Amtsräume, in denen die Wählerlisten aufliegen, werden vom Magistrat kundgemacht. Während der genannten Frist können auf Einwendungen gegen die Wählerlisten von den Wahlberechtigten des Bezirkes mündlich oder schriftlich eingebracht werden. Die Einwendungen sind für jeden einzelnen Fall abgefordert zu überreichen. Die zum Nachweise der Wahlberechtigung notwendigen Urkunden sind den Einwendungen beizuschließen.

Die Personalvertretung auf den Staatsbahnen.

Der Kabinettsrat hat in seiner heutigen Sitzung den zwischen dem Staatsamte für Verkehrsweisen und dem Eisenbahndirekte, der bisherigen Vertretung der Eisenbahnen, vereinbarten Gesetzentwurf über eine Personalvertretung auf den Staatsbahnen durchberaten und zur Vorlage an die Nationalversammlung bestimmt. Zugleich wurde das Staatsamt für Verkehrsweisen ermächtigt, diesen Entwurf als vorläufige Dienstausweisung an die deutschösterreichischen Staatsbahnen hinduzugeben. Hinsichtlich der noch im böhmischen Eisenbahndienste stehenden deutschösterreichischen Staatsbürger wurde das Staatsamt des Außenposten angelesen, Verhandlungen mit der tschechischen Regierung wegen ihres Dienstaustrittes und ihrer Uebernahme in den deutschösterreichischen Staatsdienst zu pflegen.

8.7.1919

Reichskonferenz der Soldatenräte.

Samstag und Sonntag tagte im Volkswehrkommando-gebäude in der Universitätsstraße die zweite Reichskonferenz der Soldatenräte Deutschösterreichs. Den Beratungen wohnten auch Staatssekretär Dr. Deutsch, Abgeordneter Skaret, der Oberbefehlshaber Bogg und als Vertreter des Landesbefehlshabers von Niederösterreich Oberst Gaas bei.

Staatssekretär Dr. Deutsch führte aus: Die zweite Konferenz der Soldatenräte findet in schicksalsschweren Tagen statt. Die Welt ist voll Gärung, und keiner von uns vermag zu sagen, was die nächsten Wochen bringen werden. Ueber die ganze Welt geht eine große Welle des Radikalismus. Sie hat die besiegten Länder stärker ergriffen als die siegreichen. Die Weltrevolution ist vorläufig nur eine halbe, sie ist die Revolution der Besiegten. Solange die Revolution nicht alle Länder, auch die siegreichen, ergriffen hat, werden wir schwach sein. Unsere Stärke wächst mit dem Fortschreiten der Revolution in der ganzen Welt. Gegenwärtig ist die Lage für uns Deutschösterreicher so, daß wir bei jeder Handlung auf die außenpolitische Lage Rücksicht nehmen müssen. Es ist nicht aufzuklären, wenn behauptet wird, daß etwa die Einführung des Räte-systems innerpolitisch bei uns besonders viel ändern würde. Wir haben deshalb durchaus keinen Grund, uns auf die oberste Ebene einer Regierung zu stellen. Ganz anders ist es

aber, wenn wir die außenpolitische Lage in Betracht ziehen. Wir müssen unsere ganze Taktik danach einrichten, daß wir endlich den ersehnten Frieden bekommen. Wir brauchen Frieden unter allen Umständen, damit wir zu arbeiten beginnen können. Jede Taktik, sei sie innerpolitisch noch so wünschenswert, die uns außenpolitisch Gefahren bringt, muß vermieden werden. Wir sind die Besiegten und müssen uns deshalb, ob wir nun wollen oder nicht, dem Sieger fügen. Frevelhaft wäre es, wenn wir nach einem viereinhalbjährigen Krieg nicht alles daran setzen würden, einen neuen Krieg zu vermeiden. Die Entente ist wirtschaftlich und militärisch so stark, daß uns jeder Konflikt mit ihr völlig unter das Rad bringen muß. Deshalb werden wir alles tun, um eine neue Hochzeit oder gar einen neuen Weltkrieg zu vermeiden. Leise dümmert auch für Deutschösterreich die wirtschaftliche Verfallung aus. Verkümmern wir die schüchternen Ansätze nicht! Warten wir ab, Gewehr bei Fuß, bis wir die Möglichkeit haben, uns zu rühren. Die Volkswehr, die so viele Gegner hat, hat sich nun doch durchgesetzt. Sie hat sich Bürgerrecht in unserem Lande erworben, allen Nörglern und Feinden zum Trost. Freilich, wir verkennen nicht, daß in der Volkswehr mitunter Dinge geschehen, die uns nicht recht sein können. Besonders in der letzten Zeit hat sich die Volkswehr einiger Gebiete Tätigkeiten zugewendet, die nicht für sie taugen. Ich möchte davor warnen, die Volkswehr in den Dienst lokaler Verwaltungsbehörden zu stellen, wie es im Ernährungswesen vielfach geschieht. Man benützt jetzt gern die Volkswehr, um einzelne Bezirke und Länder abzusperrn. Das ist eine Richturmpolitik, die nur scheinbar dem kleinen Kreise der Rätebeteiligten hilft. In Wirklichkeit leidet darunter das ganze Gemeinwesen und wir sinken immer tiefer in ein Chaos, aus dem es keinen Ausweg mehr gibt. Diese Art der Betätigung ist für uns deshalb so gefährlich, weil sie auch in die Volkswehr den Kantönlichkeit verflanzelt. Wir wollen weder eine Soldnerpolitik noch eine kleinliche Richturmpolitik. Wir wollen proletarischen Geist in der Volkswehr, der von dem festen Willen getragen ist, das ganze Gemeinwesen vorwärtszubringen. Die Volkswehr soll ein Schutz sein für die Republik und eine feste Stütze der großen wirtschaftlichen Umwälzungen, die jetzt begonnen haben. (Lebhafter Beifall.)

Delegierter Heubek erstattet den Bericht über die Tätigkeit der Volkswehr. Er teilte mit, daß die Unterhaltsbeiträge für April und Mai weiter gewährt werden und die Einheitslösung eingeführt wurde. Das Krankengeld ist auf vier Kronen erhöht worden. Bezüglich der Distinktionsänderung könne dem Staatsamt für Heerwesen ein Vorwurf nicht erpart werden, da die Schaffung einer Distinktion nicht notwendig war. An das Staatsamt werde noch mit einem entsprechenden Vorbehalt herangetreten werden. Die Abfertigung für die aus der Volkswehr scheidenden Mannschaften betrage 168 K.

Der Präsident des Soldatenrates der liquidierenden Armee Kunz bemerkt, daß den Ausscheidenden eine vierwöchige Stündigung zugewilligt wird. An Stelle der Montur wurde ein Bekleidungsanspruch von 12 K. per Monat erreicht. Die Bekleidungsaktion sei eines der schwierigsten Probleme, da schon der Kredit von 30 Millionen überschritten wurde, doch werde sie in den nächsten Tagen geregelt werden.

Weißgärber (Viz) verlangt die Beseitigung der Generalstäbler aus dem Staatsamt für Heerwesen.

Heubek meint, daß ein Delegierter in das Staatsamt gehöre, eventuell als Unterstaatssekretär oder in dessen Range.

Schließlich wird ein Antrag angenommen, worin dem Reichsvollzugsausschuß das volle Vertrauen ausgesprochen und verlangt wird, es möge ein Reichsvollzugsausschußmitglied als Vertrauensmann im Range eines Unterstaatssekretärs eingesetzt werden.

Die Sonntagssitzung war durch die Erörterung der politischen Lage ausgefüllt.

Delegierter Schaubauer erstattete das Referat und erklärte, es sei Pflicht, das Räteystem für das Proletariat vollständig auszubauen, um gerüstet zu sein. Dem Hilferuf des ungarischen Proletariats könne nicht entsprochen werden, weil wir in keiner Weise militärisch gerüstet sind, um dem Eingreifen der Entente Widerstand entgegenzusetzen zu können und uns anderseits die Sperrung der Lebensmittel binnen wenigen Tagen niederstrecken würde.

Staatssekretär Dr. Deutsch erklärt, bezüglich der vielfach geforderten Räteregierung stehe er auf dem Standpunkte, daß sich durch die Einführung wohl nicht viel ändern werde, da man die Bauern, die bei uns eine geschlossene machtvolle Organisation besitzen und die überdies der Zahl nach dem Proletariat gleichwertig sind, nicht ausschalten könne. Die Bauern werde man aber für den Radikalismus nicht gewinnen können, da sie durch und durch konservativ sind, und das Fehlen eines starken Großgrundbesitzes sie nicht wie in Rußland zum Radikalismus nötigt. Es sei alles gemacht worden, was verlangt wurde und möglich war. Aber die Menschen sind krank vor Hunger, und ihnen in dieser Beziehung durchgreifend zu helfen, ist außerordentlich schwer. Es kommt auch nicht auf die politische Verfassung allein an, sondern vielmehr auf die lebendige wirtschaftliche Kraft des Volkes. Die Bereitwilligkeit zur Einführung einer Räteregierung wurde bereits erklärt, es wird sich auch der Weg hierzu finden, nur müssen bei uns die außenpolitischen Verhältnisse gründlich beachtet werden. Diese sind also so, daß wir immer fürchten müssen, mit der Entente in Konflikt zu kommen. Davor müssen wir uns unter allen Umständen hüten, wir brauchen gar keinen Krieg zu führen, denn wenn sie uns keine Lebensmittel schickt, müßten wir zusammenbrechen. Außerdem ist es sehr fraglich, ob wir bei der Ausrufung einer Räterepublik nicht in starke innerpolitische Verwicklungen kommen. Außerdem müssen wir beachten, daß wir für den Fall, daß wir der Entente gegenüberstehen, wohl mit einer Besetzung zu rechnen haben. Redner sei nicht weniger radikal, er wolle aber nicht, daß der Radikalismus zum Totengräber der Revolution und der Republik werde. Auch die organisierte Arbeiterschaft sei kein Heißsporn. Wer treibt, das sind die sozialistischen Säuglinge, die mit dem Kopf durch die Wand wollen, die Leute aber, die mit den Führern in einer gefährlicheren Zeit zusammengestanden sind, die wollen nicht den Radikalismus. Die Gefahr komme von den Neuen, die das Wesen des Sozialismus noch nicht verstehen. Redner stellt an die Anwesenden die Bitte, den Kameraden klarzumachen, wie die Dinge stehen, sie werden sich auch nicht zu fürchten brauchen, die Wahrheit auszusprechen. Die Führer selbst werden sich auf keinen Fall von ihrer als richtig erkannten Bahn ablenken lassen: Weder von rechts, aber auch nicht von links. Der Weg ist vorgezeichnet: Die Republik muß bleiben, der Sozialismus muß werden, aber ohne Chaos. (Beifall.)

Der Vorsitzende Kunz dankt dem Staatssekretär für die Ausführungen, deren Befolgung er den Anwesenden dringend ans Herz legt.

Nach einer weiteren Debatte, an der die Delegierten Neumann, Dachs, Seiter, Jenschik, Pink und Schmalzhofner teilnahmen, wurde eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: „Die Reichskonferenz der Soldatenräte Deutschösterreichs steht fest auf dem Boden der sozialistischen Republik und es wird von den Volkswehrtruppen Deutschösterreichs, daß sie in

staatliche Verwaltung in ihrer bisherigen Form sich als ohnmächtig erwiesen hat. Wenn er für die Ausbringung von Getreide vom nächsten Erntejahre an zu dem gemischtwirtschaftlichen System der Kontingentierung übergehen will, so fordert er damit nur die Fesseln, in denen der Staat bei dem jetzigen Regime gegenüber dem bäuerlichen Produzenten lag.

Bevorstehende Abreise der Habsburger.

Besprechung der früheren Erzherzoge in Wien.

Die noch in Deutschösterreich weilenden Mitglieder der früheren kaiserlichen Familie sind in den letzten Tagen in Wien zu einer Unterredung zusammengetreten, um gemeinsame Beschlüsse wegen der erfolgten Ausweisung der Habsburger aus dem Gebiete der Republik zu fassen. Zu dieser Unterredung ist der gewesene Erzherzog Friedrich, der sich seit dem Umsturz mit seiner Familie in der Weltburg in Baden aufhält, hier eingelangt. Bei der Besprechung der Mitglieder der habsburgischen Familie, die in dem Palais eines noch hier weilenden früheren Erzherzogs erfolgte und der auch einzelne Rechtsvertreter beigezogen waren, kam die Erkenntnis zum Ausdruck, daß infolge des in der Nationalversammlung eingebrachten Ausweisungsgesetzes keiner der früheren Erzherzoge selbst bei Ablegung der Titel und Würden und aller früheren Vorrechte, auch nicht als gewöhnliche Bürger, in dem republikanischen Staat sich aufhalten könne, und es wurde daher der Beschluß gefaßt, daß sämtliche Mitglieder der entthronten kaiserlichen Familie in der allernächsten Zeit bereits Deutschösterreich zu verlassen haben.

Es dürften sich vermutlich alle in die Schweiz begeben, da angenommen wird, daß ihrer Einreise in den Bundesstaat keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Ob sie aber dort dauernd Aufenthaltserlaubnis erhalten, ist noch fraglich, nachdem schon jetzt Bedenken gegen eine Vereinnung aller Habsburger in einem Bande laut geworden sind. Es wurden daher endgültige Reisepläne noch nicht gefaßt. In der Besprechung wurden auch Angelegenheiten vermögensrechtlicher Natur zur Sprache gebracht. Die Ordnung dieser Angelegenheiten dürfte aber den Rechtsanwälten überlassen bleiben. Auch die Art der Abreise wurde besprochen. Ein Separatzug dürfte den Habsburgern wohl schwerlich beigelegt werden, es sei denn, daß ein solcher von einer der hier weilenden fremdländischen Missionen beansprucht werden sollte, welche dann auch das Geleite der Abreisenden übernehmen würde. Bis zum gestrigen Abend ist aber ein derartiger Wunsch nicht gestellt worden. Trotzdem glaubt man hier

daß die Abreise sämtlicher Mitglieder der früheren kaiserlichen Familie in das Ausland schon in den allernächsten Tagen erfolgen wird. Selbstverständlich wird in diesem Falle die Regierung darauf Bedacht nehmen, daß durch diese Ausreise keine Vermögensverschleppung und keine Verschleppung staatlicher Güter wird erfolgen können.

8. IV. 1919

Die neuen Wahlen.

Die christlichsoziale Parteileitung für Wien erläßt folgenden Aufruf an die christlichen Wählerinnen und Wähler:

Zum zweiten Male binnen kurzer Zeit sieht sich die Leitung der christlichsozialen Wiener Parteiorganisation gezwungen, an die Opferwilligkeit ihrer Angehörigen mit einer herzlichen Bitte heranzutreten. Es gilt, dem durch die letzten Wahlen in die Nationalversammlung geschwächten Wahlfonds neuerlich Spenden zu überweisen. Am 4. Mai werden abermals die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zur Urne schreiten, um Frauen und Männer ihres Vertrauens in die niederösterreichische Landesversammlung, den Wiener Gemeinderat und die Bezirksvertretungen zu entsenden.

War schon der Wahlkampf in die Nationalversammlung ein harter, das Ringen um die Herrschaft in Stadt und Land wird ein ungemein härteres sein, und der Ausgang desselben ist von geradezu unermeßlicher Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft des deutschen, christlichen Volkes von Wien und Niederösterreich.

Die christlichsoziale Wiener Partei rüstet zu dem bevorstehenden Wahlkampf. Sie nimmt denselben frisch und fröhlich auf, überzeugt von ihrer Sendung, durchdrungen vom Vertrauen auf die verbende Kraft ihres Programmes und die anlässlich der letzten Wahlen so glänzend bewiesene Treue und Unererschrockenheit ihrer Anhänger. Geeinigt und geschlossen zu einem felsenfesten Block, bauend auf die Grundsätze ihres unvergesslichen, großen und unsterblichen Führers und Begründers Dr. Karl Rieger, wird sie sicherlich auch diesen Kampf ehrenvoll bestehen. Die christlichsoziale Wiener Partei rechnet auf die rastlose und unermüdete Mitarbeit aller Bürgerinnen und Bürger, die da kämpfen wollen für die so notwendige Ruhe und Ordnung in Stadt und Land, für den Schutz des ehrlich erworbenen Besitzes und Eigentums, für die Heranbildung der Jugend zu tüchtigen, ordentlichen und brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft, sowie für die Hebung jeder produktiven Arbeit. Die christlichsoziale Partei hält diese Mitarbeit aller Gutgesinnten für sicher. Sie erbittet sich aber auch dringend die materielle Unterstützung seitens aller ihrer Anhänger.

Wie noch nie seit dem Bestande der Partei, ist jetzt unausgesetzte Aufklärungsarbeit der Massen in Wort und Schrift unerlässlich. Bis in die letzte und kleinste Wohnung müssen unser Programm, unsere Aufrufe, unsere Flugschriften getragen werden.

Diese Arbeit, die unbedingt notwendig ist, um den Wahlkampf zu einem glücklichen Ende zu führen, erfordert die Bereitstellung großer Geldmittel. Um diese bitten wir! Jede Geldgabe, auch die kleinste, ist hochwillkommen. Spenden wollen an das Parteisekretariat, 8. Bezirk, Josefstädterstraße 7 (Postsparkassenkonto Nr. 33.035) oder an Vizebürgermeister Josef Rain, 1. Bezirk, Neubes Rathaus, abgeführt werden.

Auf zur Werbetätigkeit für die Wiener christlichsoziale Partei!

Wien, im April 1919.

Dr. Weiskirchner,
Obmann.

Leopold Steiner,
I. Obmannstellvertreter.

Leopold Runschak,
II. Obmannstellvertreter.

Josef Rain,
Kassaverwalter.

Jene Gesinnungsgenossen und Freunde, welche die christliche Arbeiterbewegung fördern — und eine solche Förderung stellt die Unterstützung des Vereines „Arbeiterhaus“ dar — arbeiten damit am wirksamsten an der Errichtung eines Bollwerkes gegen die Feinde der christlichen Kultur, gegen Bolschewiken und Kommunisten.

Der Verein „Christliches Arbeiterhaus“ umfasst Einzelmitglieder (Beitrag jährlich 4 Kr.), lebenslängliche Mitglieder (einmaliger Beitrag 100 Kr.), außerdem werden Spenden jeder Art, Obligationen, Kriegsanleihe u. dgl. gerne entgegengenommen. Die verzinsslichen Anteilscheine sind mit 25 Kr. festgesetzt und können auch in Raten eingezahlt werden.

Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an das Sekretariat des Vereines Christliches Arbeiterhaus, Wien, VII. Kaiserstraße 8, zu richten. Auch können Spenden für diesen Verein an die Verwaltung des Blattes eingekendet werden, welche dieselben nach Eingang im Blatte ausweisen wird.

Für den Verein Christliches Arbeiterhaus: Obmann Leopold Runschak, Nationalrat. I. Obmann-Stellvertreter Karl Bittner, Obmann des Reichsbundes der katholischen deutschen Jugend. II. Obmann-Stellvertreter Leopold Untermüller, Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften. Schriftführerin Rosa Hafner, Sekretärin des Zentralverbandes christlicher Angestellter. Kassier Anton Knierim.

Achtung, auf die Wahltermine!

Für die kommenden Landtags-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen gelten folgende Termine für Wien: 8. und 9. April: Ueberprüfung der Wählerlisten durch die Sprengelwahlbehörden; 10. April: Auflegung der Wählerlisten; 19. April: Schluß des Reklamationsverfahrens; 20., 21. und 22. April: Entscheidungen über Reklamationen; 23. April: Letzter Tag der Zustellung; 24. und 25. April: Berufung an die Bezirks- oder Stadtwahlbehörde; 27. und 28. April: Erledigung der Prüfungen; 29. April: Zustellung; 30. April, 1. und 2. Mai: Frist zur Behebung eventueller Mängel; 4. Mai: Wahltag.

Für Niederösterreich: 3. April: Konstituierung der Landeswahlbehörden; 5. April: Konstituierung der Kreiswahlbehörden; 8. April: Auflegung der Wählerlisten; 14. April: Schluß des Reklamationsverfahrens. Bis 20. April: Entscheidungen über Reklamationen; Bis 26. April: Rekurs an die Landeswahlbehörden; Bis längstens 29. April: Erledigung des Rekurses; 4. Mai: Wahltag.

Die Wählerlisten liegen auf.

Von Donnerstag, den 10., bis Samstag, den 19. April, liegen die Wählerlisten für die kommenden Wahlen in den Landtag, in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen zur allgemeinen Einsichtnahme auf!

8. IV. 1919

Abtransport der kaiserlichen Mobilien in die Schweiz.

Wie wir an wohlinformierter Stelle erfahren, steht bereit in Koblenz ein Sonderzug von zwei Waggons abfahrtsbereit, der einen Teil des restlichen Gepäcks Kaiser Karls aus Eckartsau nach der Schweiz bringen soll. Eine Anzahl von Hofbediensteten aus dem letzten reduzierten Gefolge, das die Umgebung des Kaisers in Eckartsau bildete, reist mit dem Transport mit.

Dieser Sonderzug wurde von der englischen Mission in Anspruch genommen und auch bezahlt. Aus diesem Anlaß begab sich eine Kommission, die aus Vertretern der Staatsämter für Handel und für Finanzen sowie aus Funktionären der Verwaltung der ehemaligen kaiserlichen Güter bestand, nach Eckartsau, nahm eine vier Stunden währende gründliche Untersuchung der einzelnen Effekten vor und stellte fest, daß es sich lediglich um Privateigentum des ehemaligen Kaisers handle, gegen dessen Ausfuhr weder valutarische noch anders geartete Bedenken obwalten.

Ex-Kaiser Karl in Lugano.

Aus Lugano, 7. d., wird uns telegraphiert: Ex-Kaiser Karl ist mit seiner Familie zu einem mehrtägigen Aufenthalt hier angekommen.

Ostdeutsche -

Rundschau

9./IV. 1919

44

0
9

Seidemanns Staatsgerichtshof.

Sel nur getroßt, es kommt schon das Gericht,
Vor dem es klar wird, wem wir es verdanken,
Daß Millionen Deutsche — starben? Schwäze nicht! —
Daß nutzlos sie als Todesopfer sanken!

Das kommt, verlaß dich drauf; doch wenn es naht,
Kein Tribunal, bestechlich wie auf Erden,
Dann bist es du und ist es dein Verrat,
Den all die Millionen richten werden!

Berufe dich dann nicht, du Judentrecht,
Auf die Versucher, mit erlog'ner Neuheit
An dir gemessen, waren sie im Recht,
Denn Fremde waren sie im Land der Treue!

Dietrich Eckart.

9./IV. 1919

Die Ablösung der Jagdreservate.

Nach der am 25. Jänner von der provisorischen Nationalversammlung beschlossenen Aufhebung der kaiserlichen Jagdreservate sollten, wie die „Staatskorr.“ verlautbart, alle übrigen Jagdrechte auf fremdem Grund und Boden beseitigt werden. Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft hatte bereits einen diesbezüglichen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Da dieser aber in der provisorischen Nationalversammlung nicht mehr erledigt und diese Art „Grundentlastung“ nach Ansicht des Staatsamtes nicht länger hinausgeschoben werden konnte, hat dieses nach der Verfassungsänderung im März, wonach Jagdrechtsangelegenheiten zweifellos Sache der Landesgesetzgebung seien, den Landesregierungen diesen Gesetzentwurf zur Beratung zugewiesen. Durch Annahme dieses Gesetzes soll es, wie die amtliche Verlautbarung besagt, ermöglicht werden, den heimatischen Boden von den letzten Grundlasten zu befreien.

9./IV. 1919

**Die christlichsozialen Listenführer bei
den Landtagswahlen in Wien.**

Der Wiener Parteirat der Christlichsozialen hat als
Listenführer der Kandidaten für die Wahlen in den
Landtag aufgestellt:

1. Wahlkreis (1., 3., 4. Bezirk): Abg. Anton
Nagler;
2. Wahlkreis (6., 7., 8. Bezirk): B. Josef
Kain;
3. Wahlkreis (9., 18., 19. Bezirk): Landes-
hauptmann Leopold Steiner;
4. Wahlkreis (2., 20., 21. Bezirk): Bürger-
schullehrer Otto Volker;
5. Wahlkreis (5., 10., 11. Bezirk): Landesrat
Josef Sturm;
6. Wahlkreis (12., 13., 15. Bezirk): Abg.
Dr. Franz Gemala;
7. Wahlkreis (14., 16., 17. Bezirk): Handels-
kammerrat Heigl.

9. IV. 1919

9
47

Gegen den sozialdemokratischen Terror.

Abg. Dr. Mataja über die Notwendigkeit der Organisation.

Der politische Verein „Frauenrecht“ veranstaltete am Montag, den 7. d. im Saale des katholischen Arbeitervereines in Margareten eine Frauenversammlung. Nach Eröffnung durch die Vorsitzende Frau A. N. I. besprach Frau König die Notwendigkeit der politischen Organisation und sozialen Schulung der Frauen, sowie die Ziele und Zwecke des Vereines „Frauenrecht“, worauf Abg. Dr. Mataja n. a. folgendes ausführte: Zusammenschluß der Gleichgestellten und Gleichgesinnten! Das ist in der gegenwärtigen Zeit der schweren sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe eine Notwendigkeit. Damit ist aber zugleich ausgesprochen, daß nicht nur die gleichartige Stellung, sondern auch die gleichartige Gesinnung eine Voraussetzung jeder zweckdienlichen Organisation ist. Eine Organisation, die sich auf die Art und Weise vergrößern möchte, daß sie mit Gewalt und Terror auch diejenigen hineinpressen will, die eine andere Gesinnung haben, trägt den Keim des Todes und Verfalles in sich. So sind die brutalen Versuche, die jetzt überall gemacht werden, die Leute in Organisationen hineinzupressen, in denen sie nicht drinnen sein wollen, gegen jeden organisatorischen Gedanken und verstoßen gegen jeden Grundsatz der Freiheit und Menschlichkeit. Wohl gibt es Zwangsorganisationen, wie die Gemeinden, Länder usw. Aber die Organisationen, von denen wir sprechen, die berufsgenossenschaftlichen oder politischen Organisationen, sind ihrem Wesen nach freie Organisationen. Man kann alle Mittel der Ueberredung anwenden, aber Mittel des Zwanges und Terrors auf jemanden einwirken lassen, damit er dann scheinbar freiwillig in eine sogenannte freie Organisation eintritt, ist eine Unfreiheit und Verlogenheit. Denn dann müßte das Prinzip der Freiheit von der Sozialdemokratie prinzipiell aufgehoben werden; sie müßte sagen, wir sind für das System der brutalen Unterdrückung, gegen das wir früher so lange gekämpft haben. (Mufe: Sehr gut!) Wir hören gerade von eiten der Sozialdemokratie noch sehr viel von Freiheit reden. Aber wie sieht diese Freiheit in Wirklichkeit aus! Wir sehen sie heute in den Betrieben bei den Arbeitern und Angeestellten oft in so raffinierter Weise, daß geradezu eine tatarische Grausamkeit dazu gehört. Wir sind Fälle bekannt von einer Verladung in Floridsdorf. Dort sind die Verloader Sozialdemokraten und die Sackträger größtenteils Christlichsoziale. Wenn ein sozialdemokratischer Sackträger kommt, ladet der Verloader von der Rampe aus ruhig auf, so daß der Träger lange Zeit hindurch keine Sack abtragen kann. Kommt aber ein christlichsozialer oder deutschnationaler, so gibt der Verloader dem Sack mit der Hand einen leichten Ruck und der Sack, statt sich ruhig aufzulegen, neigt sich auf die Seite und schneidet mit dem Riemen auf der Schulter des Trägers derart ein, daß der Sackträger nur fünf bis sechs Sack tragen kann. Dazu gehört eine barbarische Phantasie, um sich ein so barbarisches Pressionsmittel auszudenken und da sind die Leute, die heute noch sich unterstehen, im Namen der Freiheit anzutreten. (Entrüstungsrufe.) Ich bin neugierig, wie lange sich die Bevölkerung von Wien, von Deutschösterreich und der ganzen Welt von diesen Leuten noch am Narrenseil wird gänge'n lassen. Die Sozialdemokraten sollen doch endlich einmal den Mut haben zu erklären, daß sie nicht mehr auf dem Standpunkte der Freiheit und Demokratie stehen. Wir haben heute die Republik. Eine Republik ohne Freiheit ist gar nicht denkbar. Unfreiheit ist das Grab der Republik. Wenn das fortgesetzt wird, sind diejenigen, die sich immer als Wächter der Republik ausgeben, diejenigen, die eine Reaktion entfesseln. Wir werden alles tun, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, wir müssen aber mit allen Mitteln gegen diesen Terrorismus Stellung nehmen, weil er nicht nur eine Ungerechtigkeit und eine ungeheure Bedrückung, sondern auch eine Gefahr für den Bürgerfrieden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb haben alle Parteimitglieder, auch wenn sie der Arbeiterklasse nicht angehören, die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, das ganze Gewicht der christlichsozialen Partei in die Waagschale zu werfen, damit dieser Terrorismus endlich gebrochen wird. (Großer Beifall.) Heute trifft es den Arbeiter, morgen den Angestellten, dann den Beamten, dann den Gewerbetreibenden, alle Stände durch. Wenn einmal der Terrorismus anfängt, hat er keine Grenzen, es handelt sich nur um die Reihenfolge und das Tempo. Wir haben die Verpflichtung, alle Mittel des Kampfes anzuwenden gegen eine Partei, welche den brutalen Terrorismus wieder einführen will. Wir stehen vor den Wahlen. Wir sind uns im klaren, daß heute noch die rote Welle über

uns geht und wir heute noch nicht auf einen Erfolg rechnen können, der im Gegensatz zum Wahlergebnis vom 16. Februar stehen würde. Wir müssen aber alles daransetzen, daß wir das Wahlergebnis verbessern. Heute schon menden sich viele von dem ab, wovon sie noch vor Wochen gewöhnt haben, daß es der Himmel auf Erden ist. Viele Teile der Bevölkerung durchschauen heute schon das verderbliche Spiel. Die Sozialdemokraten haben allen Schichten der Bevölkerung das Wort vom Himmel herunterbesprochen und gesagt, wenn wir an der Macht sind, werdet ihr sehen, was wir leisten werden und leisten können, was wir versprochen haben. Vor einigen Tagen ist Staatssekretär Berdit von Berlin zurückgekommen mit der Mitteilung, daß es ihm gelungen sei, eine Vergrößerung der Kohlenmenge durchzuführen. Ich habe mich riesig gefreut, daß wir mehr Kohle bekommen, vor allem, daß wir Industriekohle bekommen, damit bald die Arbeitslosigkeit vermindert wird. Ich habe mich aber besonders darüber gefreut, daß es ein Parteigenosse von uns gewesen ist, dem es gelungen ist, mehr Kohle herzubringen. (Lauter Beifall.) Ist denn das die Aufgabe des Staatssekretärs für öffentliche Arbeiten, Kohle aus dem Auslande herzubringen? Verträge mit dem Auslande zu machen ist Aufgabe des Staatssekretärs des Aeußern. Er soll die Nahrungsmittelnot, die Kohlennot und die Rohstoffnot beheben. Warum hat er aus Weimar und Berlin die Kohle nicht mitgebracht? Warum muß er warten, daß ein anderer Staatssekretär kommt, dessen Aufgabe es eigentlich gar nicht ist, von dem es eine Fleischaufgabe war? Das ist nur ein Beispiel. Wir sehen, daß die Sozialdemokraten nichts durchsehen und daß sie nicht die richtigen Wege einschlagen. Unsere Aufgabe ist es, über alle diese Dinge die Bevölkerung aufzuklären. Wenn einmal der Druck des Terrorismus von uns genommen sein wird, dann wird die rote Welle wieder zurückfluten und die Enttäuschten werden mit den sozialdemokratischen Führern, ihren Versprechungen und Aufhebkungen eine gründliche Abrechnung halten. (Stürmischer Beifall.) Nachdem noch Stadtrat Angermayer gesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Abdruck
9./IV. 1919

2
8
48

Niederösterreichische Landesversammlung.

Wien, 9. April.

In der heutigen Sitzung der niederösterreichischen Landesversammlung richteten die Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Landeshauptmann bezüglich der Beschlagnahmen von Immobilial und Mobilargütern durch Arbeiter- und Soldatenräte folgende Anfrage: „In mißverständlicher Auffassung ihres Wirkungsbereiches haben Arbeiter- und Soldatenräte in den letzten Wochen an verschiedenen Orten bewegliches und unbewegliches Gut beschlaggenommen. Diese Konfiskation von Gütern erfolgte ohne jeden Auftrag seitens der politischen Behörde. So konfiszierte am 28. März d. J. der Arbeiterrat von Wingersdorf an der Schneebergbahn die Guts herrschaft E m m e r b e r g, die bisher Eigentum des Erzherzogs Leopold Salvator war und erklärte, alle für dieses Gut geltenden Pachtverträge für aufgehoben. Weiters übergab dieser Arbeiterrat diesen Gutsbesitz in das Eigentum der Gemeinde Wingersdorf und beschlagnahmte gleichzeitig die auf dem Gute vorhandenen beweglichen Güter, zum Beispiel Ackergeräte, Vieh usw., die zum größten Teile im Eigentum der Pächter standen. Da bei dieser ohne amtlichen Auftrag erfolgten Beschlagnahme und Ueberführung dieses Besitzes in fremdes Eigentum die Gefahr besteht, daß durch eine unrationelle Bewirtschaftung dieses Besitzes die Allgemeinheit zu Schaden kommen könnte, stellen die Abgeordneten an den Landeshauptmann die Anfrage, ob er zur Wahrung des Gesetzes und zur Sicherung der Interessen der Allgemeinheit die notwendigen Anordnungen zu treffen geneigt sei.“

Die Abgeordneten List und Eisenhut stellten an den Landeshauptmann eine Anfrage wegen der Beunruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der niederösterreichisch-slowakischen Grenze durch czecho-slowakische Soldaten. In der Anfrage wird ausgeführt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung an der niederösterreichischen Landesgrenze, insbesondere im Raabjer Bezirke, in einer Verammlung Beschwerde darüber führte, daß sie ihre Felder nicht bestellen können, weil die czecho-slowakischen Soldaten über die Grenze schießen und es so unmöglich machen, die Feldarbeiten rechtzeitig durchzuführen zu können. Dadurch wird die Bevölkerung auf das schwerste beunruhigt, und andererseits bedeutet die Nichtbestellung der Felder eine Katastrophe für die Ernährung des ohnehin geplagten Volkes. Die Interpellanten fragen den Landeshauptmann, ob er geneigt ist, bei der deutschösterreichischen Staatsregierung dahin zu wirken, daß diesem unhaltbaren Zustand in kürzester Zeit ein Ende bereitet werde.

In einem dringlichen Antrag der Abgeordneten Karpfinger, Mayer, Reith und Genossen wird darauf verwiesen, daß mit Rücksicht auf die große Fleischnot der Kartoffel- und Gemüsebau für unsere Ernährung sehr wichtig sei. Es müsse daher ehebaldigst mit den Aubarbeiten begonnen werden, wobei es notwendig ist, daß auch Maßnahmen wegen eines wirksamen Schutzes der Felder gegen Diebstähle getroffen werden. Der bisherige Flurschutzdienst ist unzureichend. Namentlich in den politischen Bezirken von Floridsdorf, Korneuburg und Umgebung, wo sich die Bauern weigern, Kartoffeln und Gemüse insoweit anzubauen, als nicht ein ausreichender Schutz ihrer Felder gegen die Diebstähle, die dort massenhaft vollzogen werden, geschaffen wird. Die Interessenten verlangen daher, die Landesregierung möge sofort für einen ausreichenden und wirksamen Schutz der Fluren für die Zeit vom Beginne des Kartoffel- und Gemüseanbaues bis zur Beendigung der Ernte sorgen.

Die christlichsozialen Listenführer bei den Landtagswahlen in Wien.

Der Wiener Parteirat der Christlichsozialen hat als Listenführer der Kandidaten für die Wahlen in den Landtag aufgestellt: 1. Wahlkreis (1., 3., 4. Bezirk): Landtagsabgeordneter Anton Nagler; 2. Wahlkreis (6., 7., 8. Bezirk): Vizebürgermeister Josef Rain; 3. Wahlkreis (9., 18., 19. Bezirk): Landeshauptmann Leopold Steiner; 4. Wahlkreis (2., 20., 21. Bezirk): Bürgereschullehrer Otto Volker; 5. Wahlkreis (5., 10., 11. Bezirk): Landesrat Josef Sturm; 6. Wahlkreis (12., 13., 15. Bezirk): Landtagsabgeordneter Dr. Franz Semala; 7. Wahlkreis (14., 16., 17. Bezirk): Handelskammerrat Heigl.

Antrag auf Verstaatlichung des Schulwesens.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Erziehung und Unterricht wird der Antrag Straßner über die Verstaatlichung des gesamten Schulwesens zur Verhandlung kommen. Das Referat hierüber hat Abg. Pauly (großdeutsch), der den folgenden Antrag stellen wird: „Das Staatsamt für Inneres wird aufgefordert, für die Verstaatlichung des gesamten Schulwesens die nötigen Voraussetzungen zu veranlassen und diesbezügliche Gesetzentwürfe, bei welchen auf eine einheitliche Gliederung des Schulsystems (Einheitschule) bereits Rücksicht genommen wird, unter Beiziehung von Sachleuten auszuarbeiten und dem Hause ehestens vorzulegen.“ Zunächst wurde in der heutigen Sitzung des Ausschusses ein Antrag Dr. Hildegard Burjan und Genossen über die Errichtung von land- und hauswirtschaftlicher staatlichen Schulen in Verhandlung gezogen. Nach längerer Debatte wurde die Beschlußfassung über diesen Antrag auf die nächste Sitzung vertagt.

Die Exportakademie als Hochschule für Welthandel.

Sodann zog der Ausschuss den Antrag der Abg. Heintl und Genossen über den Ausbau der Wiener Exportakademie zu einer Handelschule in Beratung. Abgeordneter Kunze hat betont in seinem Referate die Notwendigkeit dieser Umwandlung und verwies auf die Handelshochschulen in Deutschland, deren erfolgreiches Wirken allgemein anerkannt wird.

Sektionsrat Mayer von Staatsamt für Unterricht führte aus, daß die Absicht bestehe, mit Beginn des nächsten Schuljahres auf Grund gesetzlicher Ermächtigung die Exportakademie in eine Hochschule für Welthandel umzuwandeln. Dieser Plan entspringe dem dringenden Bedürfnis nach Hochschulen, um so die Ausbildung von Kräften für den Welthandel, Bankinstitute und Großindustrien zu ermöglichen. In Deutschland gebe es eine Reihe solcher Schulen und es sei daher die Schaffung solcher für Wien gerechtfertigt.

Abg. Therese Schlesinger verlangte, daß auch die Frauen zu diesem Studium zugelassen werden und stellte einen diesbezüglichen Antrag. Nach einer längeren Debatte wurde der Antrag Heintl wegen Umwandlung der Exportakademie in eine Handelschule und der Antrag Schlesinger angenommen.

Bürger-, Arbeiter- und Bauernräte.

In der Umgebung Wiens.

Aus Mödling wird berichtet: Die Bürgerschaft von Mödling ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit hat, wie schon gemeldet, in Gemeinschaft mit den Festbesoldeten nach Abhaltung mehrerer Vertrauensmännerversammlungen die Bildung eines Bürgerrates beschlossen. Der neugebildete Bürgerrat hat bereits der Bezirkshauptmannschaft Mödling seine Konstituierung bekanntgegeben und die gleichen Rechte für sich in Anspruch genommen, die dem Arbeiter- und Soldatenrat von Seiten der Bezirkshauptmannschaft eingeräumt worden sind. Vertreter des Bürgerrates sind Josef Maier, Verwalter der Christlichen Waisenanstalt i. R., und Alois Schanzer, Fuß- und Wagenschmied.

Aus Gumpoldskirchen wird berichtet: In einer von der sozialdemokratischen Lokalorganisation einberufenen Volksversammlung wurden acht Vertreter der Arbeiter, vier Vertreter der Beamtenschaft und neun Vertreter der Bauerschaft in den Arbeiter-, Beamten- und Bauernrat von Gumpoldskirchen gewählt. Die Hauptaufgabe dieses Rates besteht darin, die schwierigen Lebensmittelverhältnisse Gumpoldskirchens in ruhiger, sachlicher Zusammenarbeit aller Bevölkerungskreise mit dem Bürger-

meisteramt in den kommenden schweren Wochen möglichst zu ordnen. In erster Reihe wurde eine Aufnahme aller in den Haushaltungen vorhandenen Mehl-, Mahlprodukte-, Kartoffel- und Zudervorräte angeordnet.

Beschlagnahme eines Gutes Leopold Salvators.

Aus Mödling wird uns berichtet: Der Arbeiterrat von Winzendorf an der Schneebergbahn hat die Herrschaft Emmerbach, welche Eigentum des ehemaligen Erzherzogs Leopold Salvator und augenblicklich verpachtet ist, beschlagnahmt und in das Eigentum der Gemeinde Winzendorf übergeben. Gleichzeitig wurde das gesamte Mobilienvermögen auf diesem Gute, ohne Rücksicht auf das Eigentumsrecht des Pächters, sowie sein ganzes Vieh beschlagnahmt.

Die Beschlagnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte.

Eine Anfrage im Landtag.

Die Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen stellten in der heutigen Sitzung des Landtages an den Landeshauptmann wegen der Beschlagnahmen von Immobilien- und Mobiliargütern durch Arbeiter- und Soldatenräte die folgende Anfrage:

„In mißverständlicher Auffassung ihres Wirkungsbereiches haben Arbeiter- und Soldatenräte in den letzten Wochen an verschiedenen Orten bewegliches und unbewegliches Gut beschlagnahmt. Diese Konfiskation von Gütern erfolgte ohne jeden Auftrag seitens der politischen Behörde. So konfiszierte am 28. März der Arbeiterrat von Winzendorf an der Schneebergbahn die Guts-herrschaft Emmerberg, die bisher Eigentum des Erzherzogs Leopold Salvator war, und erklärte alle für dieses Gut geltenden Pachtverträge für aufgehoben.

Weiter übergab dieser Arbeiterrat diesen Gutsbesitz in das Eigentum der Gemeinde Winzendorf und beschlagnahmte gleichzeitig die auf dem Gute vorhandenen beweglichen Güter, zum Beispiel Ackergeräte, Vieh etc., die zum größten Teil im Eigentum der Pächter standen.

Da bei dieser ohne amtlichen Auftrag erfolgten Beschlagnahme und Überführung dieses Besitzes in fremdes Eigentum die Gefahr besteht, daß durch eine unrationelle Bewirtschaftung dieses Besitzes die Allgemeinheit zu Schaden kommen könnte, stellen die Abgeordneten an den Landeshauptmann die Anfrage, ob er zur Wahrung des Gesetzes und zur Sicherung der Interessen der Allgemeinheit die notwendigen Anordnungen zu treffen geneigt ist.

Sitzung.

Zeichnung von Theo Fasche.



„Was jetzt die Bevölkerung besonders interessiert, das sind, meine Herren, die Titel und Orden.
Es gibt nichts Wichtigeres...“

**Private Anregungen zur Besetzung Deutsch-
österreichs durch feindliche Truppen.**

Wien, 8. April

Die „Staatskorrespondenz“ schreibt: Nach offiziellen Mitteilungen durch die in Wien weilenden Entente-missionen haben sich in der letzten Zeit — offenbar infolge der Verängstigung, die sich ja, wie sich zeigt, als ganz grundlos erwiesen hat — einzelne deutschösterreichische Staatsbürger dazu verleiten lassen, sich an die hiesige Vertretung fremder Mächte, die nach der derzeitigen Rechtslage noch immer als feindliche Mächte zu betrachten sind, mit Ratschlägen, Anregungen oder gar Bitten um Besetzung deutsch-österreichischen Staatsgebietes durch feindliche Truppen zu wenden. Eine derartige Handlungsweise widerspricht nicht nur der Würde des Staates und der Selbstachtung seiner Bürger, sondern bringt sich selbst in den Verdacht, etwas zu unternehmen, was auf Herbeiführung oder Vergrößerung einer Gefahr für den Staat von außen oder eines Bürgerkrieges im Innern angelegt wäre. Denn eine Besetzung durch eine feindliche Macht über das durch den Waffenstillstand gebotene Maß hinaus verschlechtert unsere Lage bei den Friedensverhandlungen überaus und bedeutet begreiflicherweise eine Gefahr für die künftige staatliche Selbständigkeit Deutschösterreichs. Andererseits kann sie bei der schweren wirtschaftlichen und sozialen Erschütterung des ganzen Volkes, die nur durch besonnenes und kluges Vorgehen aller verantwortlichen Kreise allmählich überwunden werden kann, neue Leidenschaften wachrufen, die bei der allgemeinen Spannung der Gemüter mehr zerstören als eine besetzende Truppe schützen kann. Die Erfahrungen von fünf Monaten sollten doch auch die überaus Aengstlichen schon belehren haben, daß die Volksmassen in Deutschösterreich weit mehr Besonnenheit besitzen, als ihnen eine schamale Oberhoheit von Verängstigten zuzubilligen geneigt ist. Es besteht auch bei den Ententemächten nicht die geringste Neigung dazu, ihre Landes-kinder für das Ruhebedürfnis einzelner Kreise aufzubieten, die mit derlei Bitten den fremden Mächten lästig und ihrem eigenen Lande zur Verlegenheit werden.

9./IV. 1919

Die Wahlen der Arbeiterräte.

Die Wahlen für die Bezirksarbeiterräte in Wien sollen bis zum 15. April durchgeführt sein. Um die Einberufung der konstituierenden Sitzungen der Bezirksarbeiterräte zu erleichtern, sind die Ergebnisse der Wahlen in den einzelnen Betrieben, soweit dies bisher noch nicht geschehen, an die bisherigen Vorstehenden der Bezirksarbeiterräte oder an die Vorstehenden der eingesezten Bezirkswahlkommissionen bekanntzugeben. Die Adressen in den einzelnen Bezirken lauten:

Innere Stadt: Otto Urbach, Werbertorgasse Nr. 4.
 Leopoldstadt: Hermann Fischer, Gansgasse Nr. 3.
 Landstraße: Anton Kobl, Klimschgasse Nr. 22.
 Wieden: Leopold Wiener, Goldbeggasse Nr. 31.
 Margareten: Albert Dummel, Ramperstorfergasse Nr. 32.
 Mariahilf: Michael Stein, Esterhazygasse Nr. 15 A.

Neubau: Josef Billmeyer, Wimberggasse Nr. 31.
 Josefstadt: Johann Gröbner, Stolzenthalerergasse Nr. 24.
 Alsergrund: Josef Schöber, Rotenböwengasse Nr. 9.
 Favoriten: Johann Bözger, Wielandplatz Nr. 6.
 Simmering: Alois Bauer, Felsgasse Nr. 3.
 Meidling: Karl Richter, Margaretenstraße Nr. 112.
 Döbling: Franz Kura, Gurkgasse Nr. 35.
 Rudolfsheim: Karl Frey, Kunstleingasse Nr. 25.
 Glinzhaus: Johann Grassinger, Bindgasse Nr. 17.
 Duttaring: Albert Sever, Kreitnergasse Nr. 31.
 Hernals: Karl Bachheimer, Bezalgasse Nr. 35.
 Währing: Julius Binder, Schulgasse Nr. 61.
 Döbling: Josef Seleskowitzsch, Hofzeile Nr. 10.
 Brigittenau: Johann Janecel, Vorgartenstraße Nr. 84.
 Floridsdorf: Josef Benisch, Peter Kaiserergasse Nr. 15.

In den konstituierenden Sitzungen der Bezirksarbeiterräte ist zunächst die Geltung gemäß unserem Rundschreiben vom 30. März (veröffentlicht in der Arbeiter-Zeitung vom 1. April) zu wählen. Sodann soll eine **W a h l s p r ü f u n g s k o m m i s s i o n** eingesetzt werden, die möglichst umgehend festzustellen hat:

1. ob die Zahl der von den einzelnen Betrieben gewählten Arbeiterräte dem provisorischen Statut tatsächlich entspricht;
2. wie groß die Gesamtzahl der durch den Bezirksarbeiterrat vertretenen Arbeiter ist. Diese Feststellung hat möglichst umgehend dem Reichsvollzugsausschuss mitgeteilt zu werden, damit der Schlüssel für die Wahlen in den Wiener Arbeiterräte und für die einzuberufende Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs festgestellt werden kann.

In Niederösterreich sind die Wahlergebnisse in den vier Kreisen an folgende Genossen einzusenden:

Wiertel ober dem Wienerwald: Alois Ruch, St. Pölten, Passauerstraße Nr. 52.
 Wiertel unter dem Wienerwald: Oskar Helmer, Wiener-Neustadt, Baumkirchnerring Nr. 6.
 Wiertel ober dem Manhartsberg: Eduard Bindner, Krems, Friedhofstraße, Parade Nr. 2.
 Wiertel unter dem Manhartsberg: Fritz Starck, Stoderau, Schaumannsgasse Nr. 9.

Für die übrigen Länder gelten folgende Adressen:
 Oberösterreich: Robert Mehr, Linz, Stockhofstraße Nr. 18.
 Salzburg: Karl Gmünger, Salzburg-Jüding, Hauptstraße Nr. 19.
 Kärnten: Josef Neuhuber, Villach-Lind, Oberer Heidweg Nr. 35.
 Vorarlberg: Binder, Dornbirn, Dr. Waibelstraße.

Die Adressen für Tirol und die einzelnen Kreise Steiermarks werden später bekanntgegeben werden. Worlaufig gilt für Steiermark: Johann Reichin, Graz, Mariengasse Nr. 16, Anton Wegner, Anitzfeld, Hauptplatz Nr. 2.

Auch für die einzelnen Länder und Kreise soll möglichst rasch ein nach Bezirken geordnetes Verzeichnis der bestehenden Arbeiterräte mit Angabe der Zahl der von ihnen vertretenen Arbeiter hergestellt werden. Eine Abschrift dieses Verzeichnisses ist dem Reichsvollzugsausschuss einzusenden.

Wien, 4. April.

Für den Reichsvollzugsausschuss der Arbeiterräte Deutschösterreichs:

Josef Benisch
Schriftführer.

Friedrich Adler
Vorsitzender.

Die christlichsoziale Partei und die Sozialisierung.

Programatische Erklärungen des Abg. Dr. Seibel.

In einer am Sonntag, den 6. d., abgehaltenen, äußerst zahlreich besuchten Versammlung des Volkshundes im Klemens-Hofbauer-Saal in Fernalis sprach Abgeordneter Dr. Seibel, der u. a. folgendes ausführte:

Am ersten Tage der Nationalversammlung wurde ein christlichsozialer Antrag auf Einsetzung einer Sozialisierungskommission eingebracht. So manche mögen erschrocken sein und gemeint haben, daß man nun im Ernst darangehe, der sozialistischen Zukunftsstaat zu errichten. Doch darum handelt es sich bei der Sozialisierung nicht. Der Gedanke, daß das Eigentum des Einzelnen der Gesellschaft nützlich gemacht werden soll, ist vielmehr ein alter und eigentlich ein christlicher Gedanke. Der Mensch ist nur der Verwalter dessen, was ihm Gott an Gut und Geld gegeben hat und er muß einst darüber Rechenschaft ablegen. Wenn die Besitzenden von diesem Grundsatze nicht abgewichen wären, brauchen wir heute gar keine Sozialisierung mehr. Das Angenehmste und Idealste wäre, wenn wir sagen könnten, daß wir das Eigentum wieder sozialisieren, indem wir die christlichen Grundsätze wieder zur Geltung bringen. Aber es gibt so viele, die, wo es sich um Geld und Gut handelt, von einer ausreichenden Berücksichtigung öffentlicher Interessen nichts wissen wollen. Es ist auch nicht die Zeit vorhanden, um auf die Wirkung einer rein moralischen Sozialisierungsbewegung zu warten. Die arbeitenden Schichten sagen sich mit Recht, daß die Früchte ihrer Arbeit vielfach Leuten zufallen, die mit dem Unternehmen keinen Zusammenhang mehr haben, den Großkapitalisten. Für diese Arbeit unter solchen Umständen sind die manuellen und geistigen Arbeiter begreiflicherweise nicht begeistert. Sie wollen daher eine Wirtschaftsreform. Die Sozialdemokraten gehen gerade jetzt vielfach darauf aus, möglichst viel zu sozialisieren. Auch wir sind für das Sozialisieren, aber nur dort, wo dadurch unsere Wirtschaft verbessert wird; wo die Wirtschaft durch das Sozialisieren geschädigt würde, darf nicht sozialisiert werden. Es besteht auch die Gefahr, daß viel sozialisiert werde. Hierfür haben wir an dem Schicksal Rußlands ein abschreckendes Beispiel. Um das wilde Sozialisieren aufzuhalten, müssen wir geordnet sozialisieren. Deshalb hat die Nationalversammlung das Sozialisierungsgesetz beschlossen. Es kommt sehr viel darauf an, wie dieses Gesetz gehandhabt wird. Wir haben darum die Einsetzung einer Sozialisierungskommission verlangt, in der alle Interessentengruppen vertreten sind. Es ist uns gelungen, diese Forderungen durchzuführen.

Wie soll sozialisiert werden? Gewisse Betriebe werden dem Privateigentum entzogen und der Allgemeinheit übergeben, der Stadt, dem Land oder dem Staat. In dieser Weise zu sozialisieren ist keine neue Erfindung. Schon Dr. Lueger hat die Straßenbahn, die Gaswerke und andere Unternehmungen verstaatlicht; damals nannte man dies allerdings noch nicht Sozialisieren. Nun soll diese Form der Sozialisierung auch auf andere Betriebe angewendet werden. Wenn der Bergbau z. B. nach dem Muster von Zillingdorf rechtzeitig in größerem Umfange kommunalisiert worden wäre, wäre uns gewiß manche Not erspart geblieben. Die so zu sozialisierenden Betriebe müssen natürlich enteignet, d. h. den bisherigen Eigentümern gegen Entschädigung abgelöst werden. Die Sozialisierungskommission bereitet ein diesbezügliches Gesetz vor. Aber nicht alle Wirtschaftsbetriebe sind solcher Art. Viele bleiben vorteilhafter im Privatbesitz; sie müssen nur neu organisiert werden, damit die Allgemeinheit zu ihrem Rechte kommt. Beim Sozialisieren denken die Arbeiter meistens nur daran, daß sie etwas im Betriebe mitzureden haben und am Reingewinn teilnehmen sollen. Das hätte manchen Vorteil, könnte z. B. die Arbeiter aneifern, fleißiger zu sein, um den Gewinn zu steigern. Die Arbeiter müssen in den Betrieb hineinschauen, ob der Gewinn wirklich nur so groß ist und ob gut gewirtschaftet wird. Alle können aber nicht den Einblick in die Sebarung des Betriebes gewinnen, sondern nur eine Vertretung. Unsere Partei hat diese Forderung durchgesetzt. In Zukunft werden dadurch ganz verschiedene Wirtschaftsbetriebe entstehen. Die stärkste Form der Sozialisierung, die Enteignung, führt ohnedies alles der Allgemeinheit zu. Die zweite Art bewirkt dies nur teilweise, während ein Teil der Rechte dem Unternehmer gewahrt bleibt. Bei der dritten Gattung hat ein Aufsichtsrat die Kontrolle über den Betrieb zu üben, welcher aus Vertretern der Öffentlichkeit (der Konsumenten) und der Arbeiterschaft gebildet ist.

Welche Betriebe sollen sozialisiert werden? Es ist nicht daran gedacht, das Kleingewerbe zu sozialisieren. Dennoch sind auch die Gewerbetreibenden an der Frage der Sozialisierung interessiert, denn große Gesellschaften können das Kleingewerbe zugrunde richten. Auch die verhältnismäßig kleinen landwirtschaftlichen Betriebe sollen bleiben, aber die Großbetriebe sollen sozialisiert werden. Wo zwischen Kapital und Arbeit kein Zusammenhang mehr besteht, soll dieses unnatürliche Verhältnis beseitigt werden. Wo die natürliche Verbindung zwischen Kapital und Arbeit besteht, wo der Betreffende mit seinem Kapital arbeitet, braucht nicht sozialisiert zu werden. Ob die Sozialisierung wirklich zur Förderung der Produktion und zum Wiederaufbau des ganz zusammengebrochenen Wirtschaftslebens führt, wird selbstverständlich stets davon abhängen, wer sie durchführt. Maß, Ziel und Art der Sozialisierung werden sich verschieben, wie sich die Machtverhältnisse in der Öffentlichkeit verschieben. Unser bodenständiges christliches Volk muß daher auf der Hut sein. Wenn es Gelegenheit hat, bei einer Wahl seine Stimme abzugeben, kann es nur einer Partei sein Vertrauen schenken, die auf dem Boden der Ordnung steht und die Vergesellschaftung fordert, soweit sie dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft förderlich ist, aber nicht weiter (Großer Beifall).

Es sprachen noch **H. Doppler** und **Unterschatzsekretär Dr. Resch**.

Niederösterreichische Landesversammlung.

Wien, 9. April.

Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung stellen die Abgeordneten Dr. Scholz und Dr. Nepustil Anträge, betreffend die Regulierung der Standesverhältnisse der Landesamtsdiener und der Beamtinnen im niederösterreichischen Landesdienste.

Die Bezüge des Landeshauptmannes und der Landesräte.

Die Abg. P h i l p und Genossen stellen die Anfrage über die Festsetzung der Bezüge des Landeshauptmannes und der Landesräte: Nach den Bestimmungen der niederösterreichischen Landesordnung werden die Bezüge der Landesräte (Landesausschüsse) durch den Landtag festgesetzt. Der Beschluß der Nationalversammlung in Angelegenheit der Bezüge der Landeshauptleute und Landesräte stellt sich daher als eine Verletzung der gesetzlich gewährleisteten Autonomie dar, durch welche sie zu staatlichen Organen umgewandelt werden. Was gedenkt der Landeshauptmann zu unternehmen, den Charakter und die Verantwortlichkeit der Landeshauptleute und der Landesräte als Organe der autonomen Landesverwaltung sicherzustellen?

Unterstaatssekretär M i k l a s, der mit Rücksicht auf seine Ernennung zum Unterstaatssekretär seine Stelle als Landesrat und Schulreferent zurückgelegt hat, wird mit Rücksicht auf die knapp bevorstehenden Landtagswahlen ersucht, die Amtsgeschäfte bis zur Neukonstituierung der Landesvertretung fortzuführen.

Interpellationsbeantwortungen.

Landeshauptmann Steiner beantwortet die Interpellation der Abg. List und Genossen, betreffend Sachdemobilisierung, dahin, daß diese Angelegenheit gänzlich außerhalb des Wirkungskreises des Landesrates liege; die Interpellation wurde dem Staatskanzler vorgelegt.

Auf die Interpellation des Abg. Nagler und Genossen, betreffend die Erhöhung der Parafikationszins für Hotels, die vom Eigentümer selbst betrieben werden, erklärt der Landeshauptmann, er werde sich mit der Finanzlandesdirektion ins Einvernehmen setzen, um eventuelle Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung abzustellen.

Der Landeshauptmann beantwortet die heutige Anfrage der Abgeordneten P h i l p und Genossen dahin, daß zwischen dem von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze über die Bezüge der Volksbeauftragten und den auf Grund der noch gültigen Landesordnung vom Landtage hinsichtlich dieser Entschädigungen gefaßten Beschlüssen unlösliche Differenzen bestehen. Er verfüge als Landeshauptmann, daß in Niederösterreich vorläufig die bisherigen Vorschriften in Anwendung zu kommen haben, und er werde sich mit der Staatskanzlei wegen Ausgleichung der bestehenden Differenzen ins Einvernehmen setzen.

Nach dem Bericht des Abg. P h i l p wird der Antrag des niederösterreichischen Landesrates über die Aenderung des Gesetzes, betreffend die gewerblichen Fortbildungsschulen in Niederösterreich, angenommen. Die Unterrichtsstunden werden derart anberaunt, daß sie an Werktagen in die Zeit von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends fallen.

Das Landesjugendamt.

Abg. K u l h a n e k berichtet über die Schaffung eines niederösterreichischen Landesjugendamtes. Das Erfordernis für dieses Amt beträgt eine Million Kronen und wird von Staat, Land und Gemeinde gedeckt werden. Das Land bewilligt einen Kredit von 330.000 Kronen für das Jahr 1919. Dem Landesjugendamt wird eine Kommission von Fachleuten zur Seite gestellt.

Landesrat M ü l l e r begrüßt die Schaffung des Landesjugendamtes, das den Hilfslosen, den verlassenen Kindern, zugute kommen soll. Jede Summe, die für die Hebung der Volksgesundheit verausgabt werde, bedeute eine nützliche Anlage, weil dadurch viel größere Ausgaben vermieden werden, welche die Kriminalität und die Spitäler verursachen. Redner bespricht hierauf die trüben Erfahrungen, die mit der offenen Pflege gemacht wurden. Er habe beobachtet, daß die Landwirte Pflegekinder zu schweren Arbeiten verwenden haben, die weit über die Kräfte der Kinder gingen, wobei die Verpflegung sehr viel zu wünschen übrig ließ.

Abg. Dr. D f u e r erklärt, bis jetzt habe man sich der armen Kinder nur angenommen, wenn sie schon verwahrloht waren. Das Richtige sei aber, die gesunden Kinder vor der Verwahrlosung zu bewahren. Bei den Jugendgerichten sollen die Worte „Verbrechen“ und „Strafe“ vermieden werden, diese Institution soll nicht zum Richter, sondern zum Erzieher da sein.

Abg. W o l n y verlangt eine Aktion, die es den Kindern von Wien und der größeren Städte Niederösterreichs ermögliche, einer solchen Erholung wie in Ungarn und der Schweiz teilhaftig zu werden, dabei aber in der Heimat zu bleiben.

Landesrat K u n s c h a k empfiehlt, die Fürsorge des Jugendamtes mit der Schwangerenfürsorge beginnen zu lassen. Es müssen Findlingsherbergen errichtet werden.

Was die Unterbringung von Kindern während der Ferien auf dem Lande anbelangt, so haben sich die Verhältnisse in dieser Beziehung heuer wesentlich verschlimmert. Alle um uns liegenden Staaten haben sich gegen uns abgeschlossen und es bleibt nur die Schweiz offen. Sie ist bereit, für die Wiener Kinder bis an die äußerste Grenze ihrer Kraft zu gehen. Wie tief in der Schweiz der Gedanke der Liebe zu den armen Kindern wurzelt, beweist die Tatsache, daß zum Beispiel ein armer Diensthote 200 Francs zur Verfügung stellte, damit auf seine Rechnung ein Kind längere Zeit in der Schweiz verpflegt und dann mit Lebensmitteln versorgt werde. (Bravo! Bravo!) Er sage dies nicht nur, um den Schweizer Bürgern und Bürgerinnen ein Loblied zu singen, sondern um an diesem Beispiel das Gewissen unserer eigenen Bevölkerung aufzupeitschen und unsere Bevölkerung unter den Druck der Beschämung zu stellen. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!)

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters K u l h a n e k wird der Antrag, betreffend Schaffung des niederösterreichischen Landesjugendamtes, e i n s t i m m t a n g e n o m m e n.

Der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Karpfinger und Genossen wegen Beistellung eines ausreichenden Flurschutzes, namentlich in den Gemeinden in der Nähe Wiens, wird angenommen.
Nächste Sitzung Mittwoch den 16. d., 11 Uhr vormittags.

Deutschösterreichs neue Verfassung

Parlamentarische Zentralverfassung — Demokratische Kantonalverfassung.

Deutschösterreich hat sich nunmehr durch Beschluß der Wiener Nationalversammlung seine Verfassung gegeben. Während in Weimar die Frage der Staatsform und des Staatsbetriebes lebhafteste Debatten auslöste und zu einem Kampfsobjekt der Parteien geworden ist, vollzog sich die Beschlußfassung in Deutschösterreich in aller Stille, ja unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit. So abgesehen ist heute die Aufnahmefähigkeit der durch die vier Elendsjahre herabgekommenen Bevölkerung, daß sie selbst der Frage, von wem und auf welche Weise sie künftig regiert werde, kein Interesse mehr entgegenzubringen vermochte. Die Lebensmittelnot, die heute ärger denn jemals, dazu der Verkehrsjammer — sind doch fast alle Personenzüge in den Kronländern eingestellt — absorbieren die öffentliche Anteilnahme restlos. Selbst Wien, das sonst so empfängliche, ist völlig apathisch geworden. Die Abreise des Erzherzogs Karl in die Schweiz, vor drei Monaten noch eine Sensationsnachricht, wurde mit dumpfer Gleichgültigkeit aufgenommen und so kümmerte sich auch niemand, nicht einmal die meisten Abgeordneten, um die nähere Beschaffenheit des Verfassungsentwurfes, den der Staatskanzler, Dr. Renner, der Nationalversammlung als Grundlage der jungen Republik „Deutschösterreich“ zur Beschlußfassung vorlegte. Man nahm ihn ohne weitere Debatte einfach an, im Gefühl, daß heute in Deutschösterreich die Verfassung sehr wenig, die Verwaltung alles be-

Nach den neuen Staatsgrundgesetzen stellt Deutschösterreich den reinsten Typ einer parlamentarisch regierten Republik dar, den wir zurzeit kennen. Alle Macht ruht im Parlamente, also bei den Parteien. Ein Kontrollorgan des Parlamentes gibt es nicht. Denn der Präsident der Nationalversammlung ist zugleich der Präsident der Republik, der den Staat nach außen vertritt. Irgendwelche andere als rein formale Machtbefugnisse kommen ihm nicht zu. Er hat auch keinen Einfluß auf die Bildung der Regierung, die vom Parlamente gewählt wird. Jeder auf solche Weise gewählte Minister (in Deutschösterreich Staatssekretär genannt) muß über Mehrheitsbeschluß des Parlamentes sein Amt zurücklegen. Die Regierung kann gegen einen ihr „bedenklich“ erscheinenden Beschluß der Nationalversammlung lediglich innerhalb 14 Tagen eine „Vorstellung“ erheben; gibt die Nationalversammlung dieser kein Gehör, so ist der Beschluß unweigerlich zu vollziehen. Also eine Verfassung, nach der alle Macht nicht beim Volke, sondern dem Parlamente zusteht, das über eine Machtfülle verfügt, die ein Gegenbeispiel nur im Konvente der französischen Revolution findet.

In seltsamem Gegensatz hierzu stehen die Entwürfe, die den Landtagen (nun Landesversammlungen genannt) vorliegen. Die bestimmt sind, den einzelnen Kronländern eine Art Kantonalverfassung zu geben. Von den Landesparteien selbst verfaßt, stehen sie fast durchwegs auf der Grundlage einer demokratischen Republik, und nicht, wie die Zentralverfassung auf der einer parlamentarischen: Sehen das Referendum (auch über Initiativantrag einer bestimmten Wählerzahl) in allen wichtigen Fragen vor. Stellen also neben die Macht der Landesversammlung das Korrektivveto des Volkes selbst. Am reinsten kommt dieser Grundgedanke aller wahrhaften Demokratie in der Verfassung zum Ausdruck, die sich der Landtag Vorarlbergs kürzlich genehen hat. Sie erscheint völlig dem schweizerischen Vorbilde nachgebildet. Aber auch die übrigen Länder lehnen sich mehr oder weniger ausgesprochen an. Diese auffallende Erscheinung — parlamentarische Zentralverfassung, demokratische Kantonalverfassung — er-

klärt sich aus dem scharfen Gegensatz, der in Deutschösterreich zwischen den Alpenländern und Wien besteht, und der sich immer deutlicher fühlbar macht. Nicht nur auf wirtschaftlichem, auch auf politischem Gebiete. Während die alpenländische Bevölkerung in der demokratischen Republik nach dem Muster der Schweiz ihr Ideal erblickt, neigt die Großstadt ausgesprochen zur parlamentarischen, das heißt zur zentralistischen Republik hin. Wie sich der gesamte Gegensatz zwischen Wien und den Alpenländern in letzter Linie auf die alte Gegnerschaft zwischen Zentralismus und Föderalismus zurückführen läßt. Ob auf die Dauer ein gedeihliches Nebeneinanderbestehen dieser auf konträren Grundlagen aufgebauten Verfassungen überhaupt möglich sein wird, das muß erst die weitere Entwicklung der deutschösterreichischen Republik lehren. Vorläufig scheinen die auf eine völlige Ablösung vom Wiener Zentralismus hinarbeitenden Selbständigkeitsbestrebungen der westlichen Länder — vor allem Vorarlberg und Tirol — stark im Wachsen begriffen. Andererseits gibt es auch in Wien große Kreise, die an eine dauernde wirtschaftliche Verbindung der Zweimillionenstadt mit den vier Millionen Alpenbewohnern nicht glauben und die Lebensmöglichkeit für Wien eher in seiner Neutralisierung, andere in seiner Reichsunmittelbarkeit, suchen zu müssen glauben. Das Problem: „Was soll mit Wien geschehen?“ gehört zu den schwierigsten, die der deutschösterreichischen Republik gestellt erscheinen; das auch durch den Anschluß an Deutschland nicht leichter zu werden verspricht. Denn die Tatsache, daß Wien, das Herz eines fünfzig-Millionen-Staates, nunmehr von sechs Millionen intellektuell und wirtschaftlich gespeist werden soll, läßt sich nicht umstellen. Und ehe dieses Problem nicht seine befriedigende Lösung gefunden haben wird, kann man auch allen Verfassungsgesetzen nur eine sehr bedingte Bedeutung zumessen. L.B.

12. IV. 1919

62
61

Die Einführung der Sommerzeit fraglich.

Wie wir erfahren, ist durch den gestrigen Beschluß der Nationalversammlung in Weimar, die Einführung der Sommerzeit im Deutschen Reich abzulehnen, auch deren Einführung in Deutschösterreich fraglich geworden. Die Sommerzeitrechnung hätte mit 28. d. beginnen sollen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich der Staatsrat zu einer Zurückziehung der Verfügung bewegen fühlen wird.

Die Tschecho-Slowaken lehnen die Sommerzeit ab.

Das tschecho-slowakische Eisenbahnministerium hat es für den Verkehr praktischer gefunden, die Sommerzeit nicht einzuführen, und hat alle Vorschläge, die diesbezüglich in der Fahrplankonferenz gemacht wurden, glatt abgelehnt. Nach dem 28. April wird es also für das reisende Publikum kolossal einfach sein, sich über direkten Zugverkehr, wichtige Anschlüsse usw. zu informieren, denn die zwischen Wien und Lemberg oder Warschau verkehrenden Schnellzüge wechseln zum Beispiel bloß dreimal die Uhrzeit; ab Wien gilt die Sommerzeit, ab Lundenburg die mitteleuropäische und ab Oberberg wieder die Sommerzeit. Noch übersichtlicher wird der Fahrplan der

Kaschau-Oberberger-Bahn werden, auf deren Strecke die Uhrzeit viermal wechselt. Worauf der Widerstand der Tschecho-Slowaken zurückzuführen ist, war auf der Fahrplankonferenz nicht zu ergründen.

12./IV. 1919

Bildung von Bürgerräten.**Ein Aufruf der Korneuburger**

An die bürgerliche Bevölkerung der Städte und Märkte Niederösterreichs richtet sich ein uns mit der Bitte um Veröffentlichung übersandter, vom Bürgerrat in Korneuburg gezeichneter Aufruf, in dem es heißt:

Die Arbeiter und Soldaten haben zum Schutze ihrer Interessen ihre Räte eingesezt. Die Landwirte sind in der letzten Zeit ihrem Beispiel gefolgt. Nur die bürgerliche Stadtbevölkerung ist ohne eine entsprechende Organisation und steht ungewappnet einer ungewissen, vielleicht gefahrdrohenden Zukunft gegenüber. Und doch ist gerade das wehrlose Bürgertum des stärksten Schutzes bedürftig. In dieser Erkenntnis hat sich die Bürgerschaft Korneuburgs zusammengeschlossen und am 7. d. M. einen Bürgerrat gegründet. Er soll gemeinsam mit dem Bauern-, Arbeiter- und Soldatenrat die öffentlichen Angelegenheiten beraten und die Ruhe und Ordnung unter allen Umständen sichern helfen.

Die Konstituierung des Bürgerrates ist unter Ausschaltung aller Parteilichkeit erfolgt. Die bürgerlichen Berufs- und Standesgruppen (Handels- und Gewerbevereinigungen, Angestellten- und Arbeiterkorporationen) haben ihre Vertrauensmänner entsendet, aus deren Mitte ein Ausschuss gewählt wurde. Folget unserem Beispiel, schreibt sofort an die Gründung Eures Bürgerrates, tretet mit uns und anderen Städten in Verbindung, damit wir in kürzester Zeit einen Landesauschuss der Bürgerräte bilden können!

Tullner Bezirksvereinigung.

In der am 9. d. stattgefundenen Versammlung der Bürger Tullns und Umgebung hat sich, wie uns aus Tulln berichtet wird, die Vereinigung „Deutschösterreichische Bürgervereinigung des Gerichtsbezirks Tulln“ gebildet. In ihr wurden zu Bürgerräten die Herren Michael Nuttlam, Sparkassentassier und Malermeister, und Wilhelm Lunaczek, Apotheker in Tulln, gewählt.

Die Stellvertreter dieser Bürgerräte werden in einer der nächsten Versammlungen aufgestellt werden. Ferner wurde ein Aktionskomitee, bestehend aus den Herren Josef Frank, Kaufmann; Ferdinand Goldmann, Buchdrucker; Heinrich Niklas, Kaufmann; Karl Schuller, Wäschepulverbesitzer, und Josef Weisel, Tischlermeister, gewählt.

Rätewahl in Bösendorf.

Aus Bösendorf, 9. d., wird uns berichtet: Die Bürgerschaft von Bösendorf ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit hat in einer Versammlung aller Stände einen 16gliedrigen Bürgerrat gewählt. Dieser hat bereits der zuständigen Bezirkshauptmannschaft für Diehung und Umgebung seine Zusammensetzung beantragt. Der Bürgerrat beansprucht das gleiche Recht, wie es den Arbeiter- und Soldatenräten eingeräumt wurde. Zum Obmann wurde Oberlehrer Johann Spurnh, zum Schriftführer Herr Friedrich Dufka und außer diesen zweien noch Frau Josefina Kneißl und die Herren Josef Hausladen und Franz Kurz in den engeren bürgerrätlichen Vollzugsauschuss gewählt.

Parteigenossen!

Wir berufen hiemit eine

Reichskonferenz

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs für Samstag den 26. und Sonntag den 27. April ein. Die Reichskonferenz wird am 26. April um 9 Uhr früh eröffnet.

Tagesordnung:

1. Proletariat, Staat und Revolution
2. Die Sozialisierung.
3. Die Vermögensabgabe.

Für die Beschickung dieser Reichskonferenz werden die Bestimmungen des Organisationsstatuts über die Zusammensetzung des Parteitages analog angewendet.

Wir ersuchen, die Wahl der Delegierten rechtzeitig vorzunehmen und die gewählten Delegierten an das Parteisekretariat, V. Rechte Wienzeile Nr. 97, sofort bekanntzugeben.

Die Einladungskarten zur Konferenz werden, soweit es möglich ist, den angemeldeten Teilnehmern zugesendet; sonst sind sie zu Beginn der Reichskonferenz gegen Vorweisung der ordnungsgemäß ausgefertigten Mandate zu beheben. Das Lokal der Tagung wird noch rechtzeitig mitgeteilt werden.

Der Parteivorstand.

Geht in der Wählerliste nach!**Nehmet Einsicht und sichert euch euer Wahlrecht!**

Die Wählerlisten für die Wahlen in den niederösterreichischen Landtag, den Wiener Gemeinderat und in die Wiener Bezirksvertretungen liegen nun auf. Da am Wahltag nur der wählen kann, der in die Liste eingetragen ist, so muß jeder nachschauen und sich vergewissern, ob sein Name richtig in der Liste steht.

Der Raum, wo der Wähler in der Liste nachsehen kann, ist in der Kundmachung des Wiener Magistrats angeführt, die in jedem Hause an einer leicht zugänglichen und schreibbaren Stelle (Gangflur) angeschlagen ist. In der Kundmachung ist auch nach den Türnummern die Zahl der Wahlberechtigten, nach Geschlechtern getrennt, angegeben. Wenn für eine Wohnung weniger Wähler angegeben erscheinen, als vorhanden sind, so ist es schon gewiß, daß etwaige Wahlberechtigte ausgelassen wurden. Da für die jetzigen Wahlen die Listen für die Nationalversammlungswahlen gelten, so müssen alle Wahlberechtigten, die bei den Nationalratswahlen nicht in der Liste standen und nicht wählen durften, jetzt nachsehen und, wenn ihre Namen in der Liste fehlen, ihr Wahlrecht reklamieren. Besonders die aus der Kriegsgefangenschaft Heimgekehrten, die an den Nationalratswahlen noch nicht teilgenommen haben, müssen das tun.

Auch in sozialdemokratischen Auskunftsstellen kann wegen der Eintragung Nachfrage gehalten werden. Dort wird auch für jeden Nichteingetragenen die Reklamation durchgeführt! Man wende sich also am besten an sie und nehme gleich die notwendigen Dokumente mit!

Nachfragen über die Eintragung in die Wählerliste

in den nachfolgenden Auskunftsstellen

(Die eingeklammerten Ziffern bedeuten die Sprechzeit):

Innere Stadt: Werbertorgasse Nr. 9, Verein kaufmännischer Angestellter (10 bis 1, 4 bis 6).
Leopoldstadt: Novaragasse Nr. 29, Vereinsheim (ganztägig); Behrs Gasthaus, Obermüllnerstraße Nr. 13 (den ganzen Tag).

Landstraße: Bezirkssekretariat, Landstraße Hauptstraße Nr. 99/101 (ganztägig), und in den Gasthäusern: Dianagasse Nr. 7 (ganztägig), Schlachthausgasse Nr. 19 (8 bis 8), Kleistgasse Nr. 31 (4 bis 8); und in den Verkaufsstellen des Konsumvereines „Vorwärts“: Erdbergstraße Nr. 19, Kardinal Naglplatz Nr. 2, Paulusplatz Nr. 8, Erdbergstraße Nr. 166, Ungargasse Nr. 58 (1/2 bis 1/2 12 und 3 bis 6).

Wieden: Favoritenplatz Nr. 1 (Wochentags 5 bis 8, Sonntags 8 bis 9).

Margareten: Kohlgaß Nr. 27, Tür 2 (8 bis 12 und 2 bis 7).

Mariahilf: Gumpendorferstraße Nr. 62 (9 bis 1/2 8).

Neubau: Burggasse Nr. 70, Bургteller (1 bis 7).

Josefstadt: Perchengasse Nr. 13 (2 bis 1/2 9).

Alsergrund: Wafagasse Nr. 28, Mariannengasse Nr. 25 A, Sobieskiplatz Nr. 4, Wagnergasse Nr. 10.

Favoriten: Bezirkssekretariat, Arbeiterheim, Dagenburgerstraße Nr. 10.

Simmering: Dreischüßgasse Nr. 4 (10 bis 7).

Meidling: Eichenstraße Nr. 50/52 (8 bis 7).

Diebling: Privatlokal, Missindorfstraße Nr. 9 (an Wochentagen von 9 bis 6), ferner in den Gasthäusern Anhoisstraße Nr. 42, Penzingerstraße Nr. 19, Lingerstraße Nr. 120, Reintgasse Nr. 11, Schwendergasse Nr. 61, Hütteldorferstraße Nr. 127, Schanzstraße Nr. 31, Hütteldorferstraße Nr. 155, Kuefsteingasse Nr. 32, Lingerstraße Nr. 182, Dadingerstraße Nr. 41 A, Rohrbacherstraße Nr. 21, Anton Langergasse Nr. 31, überall von 4 bis 7 an Sonntagen überall von 4 bis 7.

Doboltsheim: Privatlokal, Lobgasse Nr. 4, Dachparterre (ganztägig), Konsumvereinskafé, Rauchfanglehrergasse Nr. 29 (5 bis 9), und in den Gasthäusern Stättermayergasse Nr. 14 (5 bis 9), Jadenegasse Nr. 11 (5 bis 9).

Günzhaus: Zindgasse Nr. 17 (1 bis 8).

Dittaring: Bezirkssekretariat, Klausgasse Nr. 30 (ganztägig).

Dernals: Pezlgasse Nr. 63 (immer 8 bis 12 und an Wochentagen auch 3 bis 7).

Währing: Plenergasse Nr. 7 (5 bis 8).

Döbling: Privatlokal, Pyrlergasse Nr. 38 (1/2 1 bis 7), und in den Gasthäusern: Pangergasse (abends), Friedhofgasse (abends).

Brigittenau: Bezirkssekretariat, Wintergasse Nr. 29 (8 bis 1 und 3 bis 8), und in den Gasthäusern: Ecke der Dresdnerstraße-Dellwagstraße (8 bis 1 und 3 bis 8), Klosterneuburgerstraße Nr. 70 (8 bis 1 und 3 bis 8); Filiale der Arbeiterkrankenkasse, Karl Weißstraße Nr. 11 (an Wochentagen 8 bis 12).

Floridsdorf: Angererstraße Nr. 14, Arbeiterheim (8 bis 6); Zeitungsversteiß, Stadlauerstraße Nr. 40 (2 bis 6); „Vorwärts“, Bagromerstraße Nr. 122 (nachmittags); Buchberg's Gasthaus, Baumergasse Nr. 10 (4 bis 8).

Eine Parteienvereinbarung für die kommenden Wahlen.

Letzten Freitag fand unter dem Vorsitz des Staatskanzlers eine Besprechung von Vertretern der sozialdemokratischen und christlichsozialen Partei statt, welche sich mit der Durchführung der am 4. Mai d. J. stattfindenden Wahlen in den niederösterreichischen Landtag, in den Wiener Gemeinderat und in die Wiener Bezirksvertretungen beschäftigte. Die beiden Parteien verpflichteten sich, auf die Parteiorganisationen dahin einzuwirken,

1. daß der Wahltag sachlich geführt werde, persönliche Angriffe in der Wahlagitiation unterbleiben und die persönliche Ehre, das Privat-, Familien- und Berufsleben der Wahlwerber nicht verunglimpft werden;

2. daß Versammlungen überhaupt nicht gefördert, gognerische Versammlungen zunächst nicht besucht werden, die Wahlorganisationen einander nicht an der Agitation hindern, Plakate nicht beschädigt oder beschmutzt werden und daß die Freiheit der Meinungsäußerung auch sonst gegenseitig hochgehalten werde;

3. daß jeder Ort einer jeden Partei zugänglich sei und die Mittel des Wahlabtreibens und des Versammlungsverhagens grundsätzlich von keiner Partei angewendet werden;

4. daß am Wahltag selbst die Vertrauensmänner der beiden Parteien auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Ruhe in allen Ortschaften und in allen Straßen hinarbeiten, damit die Wahlhandlung sich in einer der Bedeuten und der Würde der öffentlichen Vertretungskörper entsprechenden Weise vollzieht. Die Parteien werden

sich dahin bemühen, daß auch die Presse für die Einhaltung dieser Bestimmungen wirke.

In Bezug auf die Stimmzettel, die von den Parteien ausgegeben werden, wurde eine gleiche Größe und Farbe vereinbart, und zwar werden von den Parteien Stimmzettel im Umfange eines Sechseckelbogens des gewöhnlichen Kleinanzleimers auf üblichem Flachdruckpapier oder ähnlichem Notationspapier in weißer Farbe verwendet werden.

Im Anschluß an diese Vereinbarung wird mitgeteilt: Die Wahlbehörden werden Sorge tragen, daß das Wahlergebnis der Gemeinde- und Bezirksvertretungswahlen in Wien noch am selben Abend, das Ergebnis der niederösterreichischen Landtagswahlen am Montag, den 5. Mai, in den Vormittagsstunden offiziell bekannt wird. Eine frühere Bekanntmachung läßt sich bei der Schwierigkeit des Ermittlungsverfahrens nicht erwarten.

Die Parteiorganisationen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlwerblisten für alle drei Vertretungskörper unter einem Verbotstext zu werden, da in Wien in einem Wahlgange für alle drei Vertretungskörper gewählt wird. Die Wahlbehörden werden allerdings die Protokolle über den Wahlvorgang zweifach führen, und zwar eines für die Gemeinde- und Bezirksvertretungen, das zweite für die Landtagswahl, weil sie zwei verschiedene Wahlbehörden vorgelegt werden müssen. Der Staatskanzler wird bezüglich des Wahlvereinbarungens auch mit den andern wahlwerbenden Parteiorganisationen des Bundeslandes verfahren.

Vorgestern Abend fand eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der drei deutschnationalen Bezirksvereine des 1., 2. und 4. Wiener Gemeindebezirks und der Ortsgruppen Wien und Landstraße der Nationalsozialisten statt, bei welcher die Aufstellung einer gemeinsamen deutschnationalen Kandidatenliste für die Landtags- und Gemeindevahlen beschlossen wurde. Die Wahlwerber dieser deutschnationalen Gruppen treten als Kandidaten der Deutschnationalen Vereinigung auf. Mit Stimmentheiltigkeit wurde als Spitzenkandidat der Deutschnationalen Vereinigung in den Gemeindebezirken 1., 2. und 4. der Führer der Nationalsozialisten Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl aufgestellt. Ferner an zweiter Stelle der Deutschnationalen Südbauingenieur Lackner, an dritter Stelle Franz Furrer, an vierter Stelle Abgeordneter Abam Müllers-Gattenbrunn.

Für den Gemeinderat wird von der Deutschnationalen Vereinigung im 1. Gemeindebezirk als Listenführer Kaufmann Pirringer aufgestellt, für den 2. Bezirk Prokurist Josef Centner und für den 4. Bezirk Ingenieur Prohaska.

In den Wiener Bezirken 2., 10. und 11. erfolgte ebenso wie bei den Reichsratswahlen eine völlig einheitliche Listenaufstellung der Deutschnationalen, und zwar sowohl für den Landtag, wie Gemeinde- und Bezirksrat. Listenführer für den Landtag ist in diesem Wahlkreis Apotheker Dr. Frey (M.-deutscher), an zweiter Stelle der Liste steht der Nationalsozialist Dr. Riehl. Für den Gemeinderat wurde die Aufstellung des Listenführers den Nationalsozialisten überlassen; Listenführer im 2. Bezirk ist Nordbahnbeamter Kaffelberger, Listenführer im 10. Bezirk der Postbeamte Pichl.

In den andern Wahlkreisen Wiens sind die Verhandlungen zwischen den verschiedenen deutschnationalen Gruppen noch nicht so weit gediehen, daß bereits eine gemeinsame Kandidatenliste bekannt gemacht werden kann. Es ist die Vereinbarung getroffen, daß eine bestimmte Anzahl von Wahlkreisen den Nationaldemokraten überlassen wird und die übrigen Wahlkreise den andern deutschnationalen Gruppen. Auf dieser Grundlage wurde eine Einigung zwischen den verschiedenen deutschnationalen Gruppen erzielt und die Aufstellung einer einzigen deutschnationalen Kandidatenliste in allen Bezirken ermöglicht.

13./IV. 1919

Bürgerräte.

Wir erhalten folgende Zuschrift, die neuerdings bezeugt, daß der Vorschlag, die Organisation der Bürgerschaft in die Wege zu leiten, lebhaft aufgegriffen wird:

Mitbürger!

Am 15. April 1919 wird der Arbeiterrat der sozialdemokratischen Partei gewählt. Ein Teil der werktätigen Gesellschaft ist somit in einer besonderen Vertretung organisiert und beansprucht für sich einen gesetzlich gewährleistenden Machtbereich. Tausende große Teil der arbeitenden Menschen, deren Interessen im Arbeiterrat nicht vertreten sind, hat Anspruch auf gleiche Rechte. Bürger! Angestellte! Wollt Ihr Staatsbürger zweiter Klasse werden? Nein! Wir verlangen neben dem Arbeiterrat den gleichberechtigten Bürger- und Angestelltenrat, wie er sich in andern deutschen Städten bewährt hat.

Die Ihr mit uns gleichen Sinnes seid, gleichviel welcher politischen Partei, die Ihr an der Bildung eines Bürger- und Angestelltenrates mitwirken wollt, meldet mit Postkarte Namen, Beruf, Adresse dem Oesterreichischen Volksverein, Wien I. Bezirk, Postamt I.

Oesterreichischer Volksverein."

13./IV. 1919

Das Verhältniswahlrecht und die Sozialdemokratie.

Von Gemeinderat Franz Gaider.

Was der gesunde Menschenverstand für unmöglich hält, die erschreckendste Inkongruenz, wird von den Sozialdemokraten in dem Momente feierlich zur Möglichkeit erhoben, wenn dies in ihrem Parteinteresse gelegen ist. Das ist nichts Neues, es liegt aber ein neuer trauriger Beweis dafür vor.

Bekanntlich waren seit jeher die Sozialdemokraten — und zwar mit Recht — die zähesten Kämpfer im Streite für das Proportional-(Verhältnis-)wahlrecht für alle öffentlichen Vertretungskörper und sonstigen Institutionen. Und wieder mit Recht verlangten sie die Einführung des Verhältniswahlrechtes mit der Begründung, weil dieses Wahlrecht das demokratischste und gerechteste Wahlrecht sei. Daß die Christlichsozialen aus demselben Grunde für das Verhältniswahlrecht eingetreten sind, braucht nicht erst neuerdings gesagt zu werden. Der Unterschied in der Vertretung dieser Forderung zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten besteht nur darin, daß die Christlichsozialen auch dann für das Verhältniswahlrecht eintraten, wenn die Wahl nach diesem gerechten, demokratischen Wahlrechte ihren parteipolitischen Bestrebungen auch Abbruch tat, während die Sozialdemokraten als Verfechter eiserner Konsequenz, sich als die heftigsten Gegner dieses, von ihnen als das demokratischste, gerechteste verteidigte Wahlrecht gebärden, wenn irgend eine Wahl nach diesem Wahlrecht ihren politischen Bestrebungen hinderlich ist.

Im Eisenbahnbeiratsrat wird seit längerer Zeit an der Ausarbeitung eines Entwurfes über die Errichtung von Personalvertretungen bei den österreichischen Staatsbahnen gearbeitet. Seitens der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaft wurde dem Eisenbahnbeiratsrat auch ein solcher Entwurf — welcher den Herrn Abg. Tomšič zum Vater haben dürfte — den Organisationen zur Beratung vorgelegt. In diesem von der sozialdemokratischen Gewerkschaft ausgearbeiteten Entwurfe heißt es wörtlich:

„Die Wahl in die Vertretungen ist geheim und direkt; sie erfolgt nach dem System des Proporz, getrennt nach Sektionen usw.“

Selbstverständlich habe ich mich als Vertreter der christlichen Eisenbahnerorganisation für diesen Entwurf, soweit er das System des Wahlrechtes betrifft, mit den Sozialdemokraten solidarisch erklärt und für den Proporz, für das Verhältniswahlrecht ausgesprochen. Es war nun selbstverständlich zu erwarten, daß an dem von den Sozialdemokraten selbst aufgestellten Prinzip, nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen, nichts mehr geändert werde.

Nun wurde in der Eisenbahnbeiratsratssitzung vom 26. März über die Form des Wahlrechtes beraten und entschieden. Bei dieser Sitzung, welcher ich krankheits halber nicht beiwohnen konnte — ein Vertreter unseres Verbandes war aber anwesend — wurde nun das Verhältniswahlrecht abgelehnt und für das Majoritätsprinzip mit den Stimmen der Sozialdemokraten entschieden. Ich war nun der Meinung, daß dieser Beschluß nur auf einem Mißverständnis beruhen könne, da ich den Sozialdemokraten eine solch himmelschreiende Inkongruenz nicht zumuten konnte. Bei der am 9. April stattgefundenen Beiratsratssitzung stellte ich daher den Antrag auf Reassumierung des Beschlusses und Einführung des Verhältniswahlrechtes, wie es eben im sozialdemokratischen Entwurfe vorgesehen ist und erwartete, daß die Sozialdemokraten doch für ihren eigenen Entwurf stimmen werden. Kaum traute ich meinen Augen, als ich sehen mußte, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaft gegen ihren eigenen Entwurf stimmten, das Verhältniswahlrecht ablehnten und dadurch vor aller Welt dokumentierten, was für sie ein gerechtes, demokratisches Wahlrecht bedeutet, wie hoch sie es einschätzen, wenn durch dieses ihr parteipolitisches Interesse in Frage kommt.

Die Fideikommissgüter der Habsburger für Wohlfahrtszwecke.

Dem Vernehmen nach plant die Staatsregierung aus den durch die Enteignung der Fideikommissgüter der Habsburger angefallenen Vermögensschaften, deren Gesamtertrag gesetzlich für die Kriegsbeschädigten gewidmet ist, eine ganze Realität direkt für Kriegsbeschädigte zu bestimmen, und zwar werden für die schwersten Fälle von Kriegsbeschädigungen ein hofärarisches Schloß und Gut in Aussicht genommen.

Von den übrigen Realitäten, auf welchen aus verschiedenen humanitären Titeln Anspruch erhoben wird, gedenkt die Staatsregierung passende Realitäten insbesondere dem Zwecke der Unterbringung von Kindern im Sommer zu widmen.

Die Besetzung des Schlosses Wilhelminenberg.

Die „Staatskorrespondenz“ schreibt: Die gestrige Besichtigung des Leopold Salvator Habsburg gehörigen Schlosses auf dem Wilhelminenberg durch Invalide greift Maßregeln vor, die im Schoße der Staatsregierung erwogen werden und die natürlich nur durch besondere Gesetze, die erst zu erwägen und zu beschließen sein werden, durchgeführt werden können. In jedem Falle der Sozialisierung handelt es sich um die Ordnung vieler Rechtsverhältnisse, die niemals durch Willkür einseitiger Gewaltübung geregelt werden können. Außerdem muß die Staatsregierung zuerst einen Ueberblick gewinnen sowohl über die Zahl und Art der freiwerdenden Gebäude wie auch über die Zwecke, denen sie in Zukunft dienen sollen. Es darf nicht vergessen werden, daß auch für unsre erkrankten und erholungsbedürftigen Kinder, deren Unterbringung auf dem Lande auf immer größere Schwierigkeiten stößt, Heimstätten gefunden werden müssen. Allen denjenigen, die in begreiflicher Ungeduld nach Heilungs- und Genesungsmöglichkeiten Ausschau halten, muß in Erinnerung gebracht werden, daß auch hier nur planmäßige Verwaltungsarbeit zum Ziele führt.

Ueber die Umstände der Besetzung des Schlosses wird noch berichtet: Die Wache verhinderte das Eindringen der Invaliden in das Schloß und nach einigen Unterhandlungen einigte man sich dahin, daß eine Abordnung, bestehend aus Ärzten, Pflegerinnen und Kriegsinvaliden das Schloß vorerst besichtigen werde, um dann den draußen wartenden Invaliden mitzuteilen, ob es sich überhaupt als Rekonvaleszentenheim für tuberkulöse Kriegsinvaliden eigne. Nach der Besichtigung kehrte die Abordnung wieder zu den Invaliden zurück und erklärte diesen, daß bereits ein Uebereinkommen mit der derzeitigen Schlossverwaltung und den in Betracht kommenden Staatsämtern erzielt worden sei, demzufolge vorläufig ein großer Saal, der sich für diese Zwecke besonders eignet, und in welchem 15 Krankenbetten aufgestellt

werden sollen, schon in allernächster Zeit tuberkulösen Kriegsinvaliden als Pflegestätte eingeräumt werden wird. Die Invaliden nahmen diese Erklärung zur Kenntnis und zogen sodann wieder zum Otkringer Kriegshospitale zurück.

14./IV. 1919

Die Arbeiterschaft Wiens gegen die kommunistischen Ruhestörer.

Im Verlaufe der gestrigen Kommunistendemonstrationen kam es insbesondere vor dem Staatsamt für Heerwesen zu erregten Szenen. Ein Redner wandte sich dagegen, daß die bolschewistischen Räubersführer sich die Not der Invaliden lediglich zu Propagandazwecken zunutze machen. Wiens Arbeiterschaft stehe in Treue hinter ihrer Partei und hinter ihren altbewährten Führern, die reife, besonnene Männer seien. Ein zweiter Redner, welcher der Meinung Ausdruck gab, daß eine ungeheure Mehrheit der Wiener Bevölkerung ohne Unterschied der Partei gegen die Einmischung der Bolschewisten sei, erhielt von rückwärts Schläge auf den Kopf, und es gelang nur mit Mühe, ihn vor weiteren Gewalttätigkeiten zu schützen.

Deutschösterreich und die bolschewistische Propaganda.

Zu Zusammenhang mit der offiziellen Mitteilung, die Oberst C u n n i n g h a m am 12. d. der deutschösterreichischen Regierung gemacht hat, daß die Entente im Falle des Ausbruches von Unruhen die Lebensmittelzufuhren nach Wien sofort und unbedingt sperren müsse, wird noch mitgeteilt, daß die Ententemächte entschlossen seien, den Ausbruch bolschewistischer Unruhen in Wien unter allen Umständen zu verhindern.

Man berichtet überdies, daß der Staatssekretär für Aeußeres Dr. Bauer jüngst einem Vertreter eines befreundeten Staates gegenüber die Mitteilung gemacht habe, es hätten wohl seinerzeit gelegentlich des kommunistischen Umsturzes in Budapest gewisse Besorgnisse in bezug auf eine Nachahmung der Budapestter Vorgänge in Wien bestanden, doch könne die Gefahr eines bolschewistischen Putsches in Wien derzeit als beseitigt betrachtet werden.

15. IV. 1919

Gründung von Bürgerräten in Niederösterreich.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Herzogenburg, 14. April.

Die im Rathausaale in Herzogenburg versammelte Bürgerschaft von Herzogenburg ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, einen Bürgerrat zu bilden, der es sich zur Aufgabe stellt, die Interessen der Bürgerschaft Herzogenburgs in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu vertreten.

Die Konstituierung des neugebildeten Bürgerrates wurde der Bezirkshauptmannschaft Sankt Pölten bekanntgegeben und gleichzeitig auch das Ersuchen gestellt, demselben alle jene Rechte zuzuerkennen, die zurzeit den anderen Ständen unseres Landes bereits eingeräumt werden. Der neue Bürgerrat erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die Schaffung von Bürgerräten ist ein Gebot der Stunde und soll in allen Orten als Bürgerpflicht angesehen werden. Wache auf, freies Bürgertum! Organisiert euch — aber ohne Verzug — damit in längstens 14 Tagen bereits ein Landesverband der Bürgerräte ins Leben gerufen werden kann. Die Neubildung von Bürgerräten wolle dem Bürgermeisteramt Herzogenburg bekanntgegeben werden, damit wegen Schaffung eines Landesverbandes das Erforderliche veranlaßt werden kann.“

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Mell, 14. April.

In Mell haben sich in einer glänzend verlaufenen Versammlung sämtliche Gewerbetreibende, Angehörige freier Berufe, Beamte, Hausbesitzer und Arbeiter, soweit sie nicht im sozialdemokratischen Lager stehen, ohne Unterschied der Partei zusammengetan und einen Bürgerrat unter dem Titel „Mittelsstands- und Arbeiterverband“ gegründet, dessen Vertreter auch vom Bezirkshauptmann gleiche Rechte wie der sozialdemokratische Arbeiter- und der Soldatenrat erhielt.

15./IV. 1919

Niederösterreichische Landes- versammlung.

Die Tagung der provisorischen Landesversammlung wird voraussichtlich bis nach Ostern ausgedehnt werden, da noch wichtige budgetäre Fragen erledigt werden müssen. Es sind nämlich Gehaltserhöhungen und sonstige Zuwendungen an die Beamten und Bediensteten des Landes beantragt, die einen jährlichen Mehraufwand von 15 Millionen Kronen bedeuten. Um für die Bedeckung dieser dauernden Belastung des Budgets vorzusorgen, sind vorerst Beratungen des Finanzausschusses notwendig, ehe die bezügliche Vorlage dem Plenum zur Beschlussfassung unterbreitet werden kann.

Die Zukunft Südtirols.

Rundgebung der Tiroler Landes- versammlung.

Innsbruck, 14. April. Nach Erledigung sämtlicher Punkte der Tagesordnung in der heutigen

Abendtagung der Tiroler Landesversammlung verlas der Landeshauptmann am Schlusse der Session die von allen Parteien eingebrachte Entschließung über die Stellungnahme der Tiroler Landesversammlung zur Erschließung der Friedenskonferenz über die Zukunft Tirols.

Die Entschließung, die folgenden Wortlaut hat, wurde von ganzen Hause einstimmig angenommen:

„In den nächsten Wochen treten voraussichtlich die Staatsmänner sämtlicher kriegführenden Völker zur Beratung des Friedensvertrages zusammen und werden auch darüber zu entscheiden haben, ob unsere deutschen und italienischen Landsleute in Südtirol das Recht der Selbstbestimmung über ihre staatliche Zugehörigkeit, das ihnen im Waffenstillstandsvertrag zugesagt worden ist, behalten oder nicht. Im Vorabende dieser Verhandlung erhebt die Tiroler Landesversammlung die unerschütterliche Forderung, daß alle jene Stellen, die Tirol auf der Friedenskonferenz zu vertreten haben, keinen Friedensvertrag unterzeichnen, der das Selbstbestimmungsrecht der deutschen und italienischen Bevölkerung Südtirols missachtet.“

16. IV. 1919

Ruf.

Da toben rohe Bolschewiken
Und ihre Brüder Kommunisten,
Verbündet mit den Spartakisten —
In Wirklichkeit nur Chauvinisten,
Blindwütend wilde Anarchisten —
Im Kampfe gegen Sozialisten,
Gemäßigt scheinende Marxisten.
Und diese ihre Fahne hüten
Mit Drohen gegen Unionisten,
Geheimgesinnte Royalisten,
Verräterische Monarchisten! —
O Menschen, voll von Trug und Lügen!
So wollt in Bruderkampf und — Zwisten
Ihr dieses Dasein weiter tristen?
In euren trügenden Gelüsten,
Die noch die ganze Welt verwüsten,
Bedenkt doch endlich, daß Ihr Christen!

Josef Fichtum.

16./IV. 1919

Demission des Unterstaatssekretärs Millas.

Ämtlich wird verlautbart: Aus Anlaß der Aufhebung des Zwanges zu religiösen Übungen an den Mittelschulen und den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen durch die jüngst erfolgte Verfügung des Unterstaatssekretärs für Unterricht, hat Unterstaatssekretär für Kultus Millas dem Staatskanzler Dr. Renner seine Demission gegeben. Der Staatskanzler hat diese Erklärung, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Hauptausschusses sowie der Nationalversammlung, zur Kenntnis einstweilen genommen. Der Hauptauschuß wird in seiner nächsten Sitzung über diese Angelegenheit Beschluß zu fassen haben.

In christlichsozialen Kreisen betrachtet man die erfolgte Verfügung des Staatssekretärs für Unterricht und Inneres als eine Verletzung des Gesetzes.

Das auch in Deutschösterreich noch zurecht bestehende Reichsvolksschulgesetz sieht die sittlich-religiöse Erziehung der Jugend vor. Hierzu gehören auch die religiösen Übungen, die mit der Ausübung der Religion überhaupt zusammenhängen, mindestens mit demselben Rechte, wie zum Schreibunterricht das Schreiben und zum Turnen die Turnübung gehört. Wenn man die Verpflichtung der Schüler zu den religiösen Übungen leugnet, so leugnet man das Prinzip der sittlich-religiösen Erziehung in der Schule überhaupt. Es kommt hierbei nicht auf die Oberklassen der Mittelschulen an; daß hier von der Schule aus eine Verpflichtung zum Besuche der religiösen Übungen (Beichte, Kommunion, Sonntagsgottesdienst) aufgestellt sei, darauf legen die Christlichsozialen keinen Wert. In diesen Altersstufen ist der Zwang vielfach abträglich und sogar im Widerspruche mit dem gewollten Zweck. Aber in der Altersstufe unter 14 Jahren, wo das Kind noch nicht selbst entscheiden kann und das Gesetz selbst die Religion des Kindes durch die Bestimmung schützt, daß sie ihm nicht genommen werden könne, hat der Staat dafür Sorge zu tragen, daß das Kind seine Religion auch kennen und anwenden lerne.

Die Gegner berufen sich auf Artikel 14 des Staatsgrundgesetzes, der bestimmt: „Niemand kann zu einer kirchlichen Handlung oder zur Teilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden“, aber derselbe Artikel fügt hinzu: „insofern nicht dernaeh dem Gesetze hiezu berechtigten Gewalt eines anderen untersteht.“ — Der Staat nimmt für sich das Recht in Anspruch, die Eltern zu zwingen, daß sie ihre Kinder zum Schulbesuche verhalten und sich der Schulordnung fügen. Zu dieser

Schulordnung gehört als Fundamentalgesez auch die sittlich-religiöse Erziehung, es ist also nicht einzusehen, warum die Zwangsgewalt, die der Staat sonst überall im Schulwesen in Anspruch nimmt, hier aufhören sollte. Tatsächlich hat der Oberste Gerichtshof in zahlreichen als Rechtsweisungen geltenden Entscheidungen erklärt, das Schulkind unterstehe der „nach dem Gesetze hiezu berechtigten Gewalt“ des Staates, der die Religionsübungen entsprechend dem Reichsvolksschulgesetz verfüge, sonach stehe die Verpflichtung zu den Religionsübungen in vollem Einklang mit Artikel 14 des Staatsgrundgesetzes.

Nun soll im Gegensatz zu Reichsvolksschulgesetz und Rechtsprechung damit gebrochen werden. Das ist ein so tiefer und gewaltsamer Eingriff in unser Schulwesen, daß Abg. Millas als Staatssekretär für Kultus die Konsequenzen männlich gezogen hat.

Nun hat zunächst der Hauptauschuß das Wort. Soll es abwärts gehen auf dieser schiefen Bahn?

16. IV. 1919

Die Umgestaltung der Landesverwaltung.

Eine Rede des Landeshauptmannes Steiner.

In einer Wählerversammlung im 9. Bezirk führte Landeshauptmann Steiner unter anderem aus: Seitdem ich selbst in einer Staatsbehörde arbeite, habe ich gesehen, wie kompliziert und schwerfällig die Vorschriften sind, nach denen alle Angelegenheiten behandelt werden müssen. Der Hauptfehler ist der, daß kein einziges Amt und kein einziger Beamter eine wirkliche, eigene Verantwortung zu tragen hat. Keiner darf aus eigener Initiative irgend etwas unternehmen, was er für notwendig oder nützlich hält, weil er für jede Meinigkeit erst noch eine besondere Genehmigung von einer übergeordneten Stelle einholen muß. Da gibt es Vorschriften, die auf 100 Jahre zurückgehen. Aus diesen werden die berühmten „Bedenken“ abgeleitet, an denen alles scheitert, was vernünftig ist; das ist nicht mehr die Frage: „Autonomie oder Staatsverwaltung“, sondern das ist einfach ein Unsinn, der abgeschafft werden muß. Es ist schon viel Zeit verstrichen; statt nur Gesetze zu machen, sollte man endlich daran gehen, Gesetze und Vorschriften abzuschaffen und unsere Verwaltung zu vereinfachen.

Die Umgestaltung der Landesverwaltung wollen wir dem Landtage möglichst bald in der Form eines Gesetzesentwurfes vorlegen. Die Einrichtung einer aus den politischen Parteien gebildeten Leitung hat sich bewährt. Wir wollen die Landesverwaltung in einige große, von einander unabhängige Ämter gliedern, an deren Spitze neben je einem Fachbeamten wahrscheinlich wieder je zwei gewählte Volksvertreter stehen werden. Solche Ämter wären zu schaffen für das Gewerbe, das Bauwesen, die Landwirtschaft, die Versicherung, die Humanitätsanstalten, das Verkehrswesen usw. Jedes dieser Ämter hätte alljährlich ein jährliches Verwaltungsprogramm vorzulegen, welches auch die entsprechenden Kostenboranschläge zu enthalten hätte. Diese Programme würden zu einem Gesamtprogramm vereinigt werden, welches dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen wäre. Eine Kontrollstelle würde die Ausführung des Programmes überwachen. Die Aufgaben, die der Landesverwaltung zunächst gestellt sein werden, sind natürlich vor allem produktive. Wir müssen die Volkswirtschaft heben, indem wir die landwirtschaftliche Produktion vermehren, den Güteraustausch vom Zwischenhandel freimachen, das Gewerbe fördern und die Industrie den neuen Verhältnissen und den neuen sozialen Formen anpassen.

16./IV. 1919

Die Landtagswahlen.

Die Bürgerlich-demokratische, die Demokratische und die Mittelstands-demokratische Partei in Wien-Hiezing haben sich für die bevorstehenden Wahlen auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Auskünfte werden erteilt im Hieziugerhof, Tür 20, in der Zeit von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr.

Die Deutschvölkische Partei des 2. Wiener Bezirkes hat mit den geeinigten deutschen Parteien gemeinsam eine Liste für die Landtags-, Gemeinde- und Bezirksratswahlen aufgestellt, und zwar mit den Spitzenkandidaten: für den Landtag Dr. Karl Frey, für den Gemeinderat Oskar Raffelsberger und für den Bezirksrat Roman Fischer. Nähere Auskünfte werden in der Wahlkanzlei, II., Obere Augartenstraße 40, erteilt. Jeden Sonntag, 10 Uhr vormittags, finden in Schönhofers Gastwirtschaft, II., Prater 175, Wahlbesprechungen statt.

16./IV. 1919

**Der 1. Mai allgemeiner Amts-
und Schulfesttag.**

Der Kabinettsrat hat den 1. Mai als allgemeinen
Amts- und Schulfesttag erklärt.

Deutschösterreich und der Bolschewismus.

Was der Kommunist Forst erzählt.

Telegraphischer Bericht

Budapest, 16. April.

Ein Mitarbeiter des Debener Arbeiterrates hatte eine Unterredung mit dem Wiener Kommunisten Forst, der sich über die Möglichkeit der Proklamierung der Proletariatsdiktatur in Deutschösterreich äußerte. Er wirft der deutschösterreichischen Sozialdemokratie vor, die „Interessen des Proletariats verraten zu haben“ und sagt: Vor uns wird es zu keinem Bruderkrieg kommen, denn wenn auch unsere Scheibemänner vor einem Bruderkrieg nicht zurückschrecken würden, so gibt es anderseits bei uns keinen Koske, besser gesagt, keine Koske-Garde. Die deutschösterreichische Volkswehr ist vom revolutionären Geiste und vom Tatendrang beseelt und wird sich niemals dazu hergeben, ihre Waffen gegen die Proletarierbrüder zu richten.

Wir Kommunisten stehen vor einer doppelten Aufgabe: Einerseits müssen wir als die beglaubigten Proletarier der dritten Internationale den revolutionären Geist verbreiten, anderseits aber die gegenrevolutionären Bewegungen der Bourgeoisie (?) beobachten. Wir sind in den Besitz hochwertiger Dokumente gelangt, die eine royalistische Tätigkeit gewisser Kreise beweisen. Der Geist des Kaisers Karl lebt noch immer in Deutschösterreich. Wir üben aber strenge Kontrolle und werden zu verhindern wissen, daß die Bourgeoisie uns wieder mit Kaiser Karl be-

glückt. Wir fürchten uns nicht vor dem Einmarsch der Entente, denn das Proletariat der ganzen Welt steht hinter uns. Das österreichische Proletariat rechnet auf die wirtschaftliche Unterstützung durch das revolutionäre Ungarn.

Der Weltfrieden — so schloß Forst seine Ausführungen — kann nur durch die über die ganze Welt sich verbreitende soziale Revolution gelöst werden.

17. IV. 1919

Staatssekretär Dr. Deutsch über das Räteystem.

In einer von der Freien Vereinigung sozialistischer Militärberufsgenossen abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Offiziersversammlung im Militärkasino sprach heute Staatssekretär Doktor Deutsch über aktuelle politische Fragen. Einleitend bemerkte der Vortragende, daß er es wohl verstehe, daß die Tätigkeit seiner Partei und besonders seiner Person in der ersten Zeit des Umsturzes in Offizierskreisen Mißtrauen erregt habe und daß sein Standpunkt gegenüber den Offizieren in dieser Zeit ein schwerer gewesen sei.

Die Vorgänge in Rußland und Ungarn haben uns, führte der Redner weiter aus, vor ein neues Problem gestellt. Kaum ist bei uns eine relative Ordnung eingetreten, die zu der Hoffnung berechtigte, daß wir über die schwersten Gemüthspeinen in den nächsten Monaten hinwegkommen, sind Ereignisse eingetreten, die unsre Ruhe zu erschüttern drohen. Bei uns liegen die Verhältnisse wesentlich anders als in Rußland und Ungarn. Deutschösterreich verfügt nicht über jenes Übergewicht der rein proletarischen Massen, wie man glaubt. Der kleine Bauer bleibt christlichsozial, Bauernbündlerisch oder demokratisch mit sozialem Einschlag. Die Großindustrie beschäftigt nur ein Viertel der Arbeiterschaft, der übrige Teil ist in mittleren Betrieben beschäftigt. Die Gegensätze sind weder auf dem Lande noch in der Stadt krass, so daß das gemischte System Aussicht hat, sich noch einige Zeit zu erhalten.

Es entsteht nun die Frage, ob wir zur Räterepublik kommen werden. Die Arbeiter- und Bauerräte würden in ihrer Zusammensetzung in Deutschösterreich im großen und ganzen kein anderes Bild bieten als die Nationalversammlung, vielleicht wäre sie und da eine Parteischiebung nach links zu verzeichnen. Jene, die glauben, daß eine Räteregierung für Deutschösterreich eine Erlösung bedeuten würde, würden sich täuschen, auch die Massen des Volkes würden bitter enttäuscht sein vom Räteystem. Wir sind augenblicklich in einer Situation, in der wir das Volk vor allem vor dem Verhungern und vor der Verelendung retten, in der wir ihm Brot und Arbeit geben müssen. Mit der Erfüllung politischer und kultureller Forderungen können wir sie jetzt nicht zufriedenstellen. (Beifall.)

Eine sozialistische Regierung bedeutet noch nicht die Sozialisierung. Den völligen Aufbau des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens kann man nicht in einem Tag vollziehen, am allerwenigsten in einem wirtschaftlich zusammengebrochenen, notleidenden Lande. Wir sind, um diesen Notstand abzuwenden, auf die Gnade der Sieger angewiesen, und wenn der Sieger uns die Gnade entzieht, dann sind wir dem Elend ausgeliefert. Die Wahrheit ist grausam. Das Räteystem bringt uns in Konflikt mit der Entente, dem wir weder wirtschaftlich noch militärisch gewachsen sind.

Darüber das Volk hinwegzutäuschen, ist ein schweres Verbrechen. (Lebhafte, allseitige Zustimmung.) Es ist Pflicht jener, die für das Volk warm fühlen, die an verantwortungsvoller Stelle sind, dies zu sagen. Wir müssen uns als Besiegte fühlen und auch innerpolitisch jene Regierungsform erhalten, die uns von der Entente vorgeschrieben ist. Was wir erlebt haben, ist eine Revolution der Besiegten. Der Aufstand in Ungarn entspringt der Verzweiflung eines gebeugten, in seiner nationalen Existenz bedrohten Volkes. Angesichts der furchtbaren Bedrückungen, denen Deutschland durch die Entente ausgesetzt ist, muß man die schwersten Besorgnisse vor den Erschütterungen hegen, die Deutschland noch drohen. Da und dort ist der nationale Stolz am schwersten getroffen und wir können nur hoffen, daß unser Volk nicht zu äußerster Verzweiflung getrieben werden wird. Der Staatssekretär bezweifelt, daß es auch zu einer Revolution der Sieger kommen werde. Wenn man noch so sehr überzeugt sei, daß eine Weltrevolution früher oder später unausbleiblich sei, so könne Deutschösterreich auf den Eintritt dieses Ereignisses nicht warten.

Wir können, schloß Dr. Deutsch, nicht mit einem Sprung in die volle Sozialisierung hinein. Dies offen zu sagen, dazu gehört viel größerer Mut, als zu Redensarten, die nur verwirrend wirken. (Großer Beifall.) In gemeinsamer Arbeit müssen wir den Aufbau Deutschösterreichs im Zeichen der Sozialisierung zu erreichen trachten. Den Vorwärtsstürmern müssen wir sagen, daß sie Unmöglichem nachstreben, daß sie das Land dem Zusammenbruch zuführen. Wir brauchen Ordnung und

Ruhe, um leben zu können, und nicht das Chaos. Heute sieht es besser aus, als vor wenigen Wochen. Wellen, die auch uns zu überfluten drohten, haben wir einen Damm entgegengekehrt. So wollen wir uns emporringen durch harte Arbeit. Vorwärts, immer rasch, aber nicht durch Zerstörung, nur durch Arbeit, und die wollen wir voll und ganz leisten. (Anhaltend lebhaftes Beifallskundgebungen.)

18. IV. 1919

Wien als zweite Reichshauptstadt.**Zeitweiser Wohnsitz des Reichspräsidenten und zeitweise Tagung des Reichsparlaments in Wien.**

Berlin, 17. April. Bei den bevorstehenden Beratungen in der paritätisch zusammengesetzten deutsch-deutschösterreichischen Kommission dürfte es sich, wie die „Politischen Informationen“ erahnen, in der Frage, wie sich die Stellung Wiens als zweite Reichshauptstadt praktisch gestalten soll, um österreichische Wünsche handeln, die sich in bestimmter Richtung bewegen, um auch äußerlich der Stadt die beabsichtigte Vorzugsstellung zu geben. Hierzu gehört in erster Linie die zeitweise Verlegung des Wohnsitzes des Reichspräsidenten nach Wien, so daß die Stadt als die zweite Residenz des Präsidenten bezeichnet werden kann. Ferner komme bei den Verhandlungen die Verlegung von Reichsämtern sowie die zeitweise Tagung des Reichsparlaments in der Donaustadt in Betracht. Vermutlich werde sich hierüber wohl eine Einigung erzielen lassen.

18. IV. 1919

Die Taktik des deutschösterreichischen Proletariats.

Eine Räterepublik derzeit unmöglich. — Die Hoffnungen auf Ungarn und Rußland utopisch.

Staatssekretär Dr. Deutsch vor den Soldatenräten.

Aufklärung über die Lage Deutschösterreichs.

In der vorgestrigen Vollversammlung der Soldatenräte der Volkswehr Wiens hielt Staatssekretär Dr. Deutsch eine Rede, in der er ausführte: Die bisherige Taktik des deutschösterreichischen Proletariats hat den Bruch mit der Entente vermieden. Wir stehen nun vor der Frage, ob wir auf der bisherigen Haltung beharren oder ob wir schon jetzt die Räterepublik ausrufen, den Anschluß an Ungarn und Rußland suchen, den Krieg mit der Entente erklären wollen. Im Augenblick die in den besonderen Verhältnissen Ungarns und Rußlands wurzelnden Kampfformen auf Deutschösterreich übertragen, könnte zu einer Katastrophe für das deutschösterreichische Proletariat werden. Wir haben weder die militärische Kraft, um den Bruch mit der Entente zu vollziehen, noch die wirtschaftliche Macht, um uns ohne diese zu erhalten. Ungarn kann uns nicht helfen und ebensowenig vermöchte uns Rußland zu helfen. Sie erinnern sich des vergeblichen Versuches Czernins, mit militärischer Gewalt aus der Ukraine Lebensmittel für uns zu sichern. Die Hoffnung also, daß uns Rußland und Ungarn Nahrungsmittel liefern könnten, ist utopisch, und wer dies gegen seine Ueberzeugung behauptet, begeht ein Verbrechen nicht nur an der Arbeiterschaft, sondern an der Revolution. Er drängt das Proletariat in Katastrophen, aus der die Reaktion triumphierend hervorgehen müßte.

Deutschösterreich jedoch ist geographisch ein starker Vorposten der Entente, der Kiesel, der sich zwischen den von der Entente beherrschten Gebieten und Tschecho-Slowakien schiebt. Die Ausrufung der Räterepublik bedeutet für die Entente den Bruch mit Deutschösterreich. Sie würde also die strategisch wichtigen Bahnlagen zwischen ihren Ländern und Tschecho-Slowakien bedrohen. Für die Entente ist es von größter Bedeutung, sich diese Bahnlagen zu sichern, und die tschecho-slowakischen Truppen würden nur auf den Befehl warten, um sich auf das deutschösterreichische Gebiet zu stürzen und sich in den Besitz der Bahnlagen zu setzen.

Auch die Hoffnung, wenn wir in Deutschösterreich loschlagen, dann bricht die Revolution im übrigen Teile der Welt aus, ist trügerisch. Die bisherigen Revolutionen sind

in den Ländern der Besiegten ausgebrochen, aber in keinem einzigen der Länder der Sieger. Was uns nur helfen kann, ist die Erschütterung des ganzen Staatsgefüges der westlichen Staaten, die Zertrümmerung des Ententemilitarismus. So hoffnungslos im Augenblick die Aussichten der Revolution in Italien und Frankreich sind, um wieviel mehr in England und Amerika, die die konservativste Arbeiterschaft besitzen.

Deutschösterreich ist eingeschmürt von Staaten, dessen Proletariat zur Revolution noch nicht reif ist. Ungarn und Rußland besitzen ungeheure agrarische Gebiete mit Großgrundbesitzern, die einen Klassengegensatz zwischen den reichen Großgrundbesitzern und den armen Bauern bedingen. Deutschösterreich ist ein Kleinbauernland. Klassengegensätze können auf dem flachen Lande nur schwer aufkommen. Mit der Stadt würde sich das Land nicht erheben, weil es auf dem Lande nichts zu sozialisieren gibt. Eine Erhebung Wiens müßte also mit unentzerrbarer Notwendigkeit eine Absperrung Wiens von der Provinz nach sich ziehen. Durch die Absperrung der einzelnen Sprengel, durch die Kirchturmpolitik der einzelnen Kreise und Länder mit Hilfe der Volkswehr würde vor allem Wien getroffen. Untere Genossen der Volkswehr, die diese Kirchturmpolitik mitmachen, glaubten revolutionär zu sein und wurden unbewußt zu einem Instrument der Reaktion. Aus der Erkenntnis der Gesamtlage ergibt sich die Lehre für die Volkswehr, daß der Fortgang der Revolution abhängig ist von den besonderen Lebensbedingungen unseres Landes. Die Kampfformen können wir uns nicht wählen — sondern sie sind uns aufgezwungen von den Verhältnissen. Das Proletariat vermag nur dann erfolgreich zu wirken, wenn die Volkswehr eine revolutionäre Macht ist, wenn sie Disziplin besitzt. Deshalb muß mit Strenge der Reinigungsprozeß der Volkswehr durchgeführt werden. Sie muß durchdrungen sein von dem Geiste der Solidarität mit der Arbeiterschaft.

Vertrauenskundgebung für Dr. Deutsch.

Hierauf wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Vollversammlung der Soldatenräte nimmt die Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Deutsch zur Kenntnis undpricht ihm als dem Vertrauensmann der Arbeiterschaft im Staatsamt für Heerwesen das vollste Vertrauen aus.

Genossen und Genossinnen!

Einige tausend Arbeitslose und Heimkehrer haben gestern eine Demonstration veranstaltet, die damit geendet hat, daß Menschen, die ebenso Proletarier sind wie die Demonstranten selbst, getötet und verwundet worden sind, daß Volkseigentum in Brand gesteckt worden ist.

Wir kennen die Not der Arbeitslosen und begreifen ihre Erregung. Wir kennen das Elend der Heimkehrer und begreifen ihre Erbitterung. Aber gewalttätige Demonstrationen sind nicht das Mittel, Not und Elend zu lindern.

Was soll durch Gewalttätigkeiten erreicht werden? Will die Arbeiterschaft das gegenwärtige Regierungssystem ändern, so bedarf es dazu nicht der Gewalt. Unsere Genossen in der Regierung werden ihr aufreibendes und sorgenvolles Amt keine Stunde länger behalten, als die Arbeiterschaft es will. In der Stunde, in der die Mehrheit eurer von euch selbst gewählten Vertrauensmänner beschließt, daß unsere Genossen aus der Regierung scheiden sollen, werden sie das selbstverständlich tun. Die deutschösterreichische Arbeiterschaft hat es also selbst in der Hand, durch ihren bloßen Beschluß, ohne jede Gewaltanwendung das Regierungssystem zu ändern. Aber freilich, nur der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft steht dieses Recht zu! Ein paar tausend Demonstranten haben nicht das Recht, ihren Willen der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft gewaltsam aufzuzwingen!

Was heute geschehen ist, ist also sinnlos! Aber mehr als das! Es ist zugleich höchst gefährlich! Längst schon ruft die Bourgeoisie nach der Besetzung Deutschösterreichs durch Truppen der Entente! Unter dem Schutze der Bajonette der Entente möchte sie ihre Herrschaft wieder aufrichten! Bisher haben wir diese Gefahr abgewehrt, indem wir die Vertreter

der Entente überzeugt haben, daß Deutschösterreich, trotz dem furchtbaren Massenelend, aus eigener Kraft Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten kann! Daß wir das wirklich können, hat auch der heutige Tag bewiesen: Mit musterhafter Disziplin hat unsere Volkswehr die Ordnung wiederhergestellt, sobald sie auf den Schauplatz der Demonstration gerufen wurde. Aber trotzdem ist die Gefahr groß. Die Entente will sich die Verkehrswege von Italien zu ihren tschechischen und polnischen Bundesgenossen nicht stören lassen; wenn sie befürchten wird, daß unser Land zum Schauplatz größerer Unruhen werden könnte, dann droht uns die Gefahr, daß Wien und unsere anderen großen Industriegebiete von Ententetruppen besetzt werden. Dann würde die Gegenrevolution triumphieren! Unsere Hoffnungen für die Zukunft wären bedroht, das schon Errungene wäre gefährdet!

Es ist unsere Pflicht, Genossen und Genossinnen, eine solche Katastrophe zu verhindern! Klärt eure Arbeitsbrüder und Arbeitsschwester darüber auf, daß Gewalttätigkeiten und Unruhen uns fremde Truppen ins Land bringen und damit alles, was wir schon errungen haben, in Gefahr bringen, alles, worauf wir hoffen, gefährden können! Klärt die ganze Arbeiterschaft darüber auf, daß jeder, der heute durch sinn- und zwecklose Gewalttätigkeit die republikanische Ordnung stört und die proletarische Disziplin verlegt, nur den alten Mächten hilft, unter dem Schutze fremder Waffen ihre Herrschaft wieder aufzurichten!

Genossen und Genossinnen! Wir brauchen revolutionären Mut und revolutionäre Tatkraft! Aber wir brauchen auch — heute dringender denn je! — Besonnenheit, Einsicht und Selbstzucht!

Der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

19./IV. 1919

Die Gewaltpolitik der Sozialdemokratie und ihr Rächer.

Eine Wahlrede des Abg. Kunzschaf in Sernals.

Unter dem Vorsitze des Direktors Grafenberger fand am 16. d. eine vom Bezirkswahlkomitee Sernals veranstaltete Versammlung statt, die zahlreich besucht war. Es sprachen StM. Grünbeck, Feilenhauermeister Fuß, Ingenieur Engelmann und Kandidat Doppler.

Abg. Kunzschaf geißelte hierauf in scharfen Worten das willkürliche Vorgehen des Unterstaatssekretärs für Unterricht, dessen Vorgehen gegenüber dem § 14, der sich immerhin noch auf die Verfassung gründete, völlig verblasse, und fuhr dann fort: Man hat uns neue Gesetze, Freiheit, Bürgerrechte gegeben. Alles ist gleichberechtigter Bürger! Die Wahrheit aber ist: Wir sind alle gleich rechtlose Bürger geworden. (Zustimmung.) Das Recht ist ein papierner Faden geworden und die Macht ist alles. Wohin man sieht, überall Terrorismus! Die Menge wird in die sozialdemokratische Organisation hineingepfercht, der elendeste Gewissenszwang, den es je gegeben hat, ausgeübt. Und dies geschieht ebenso draußen in der Werkstätte, als im Bureau des Staatskanzlers, der die Freiheit und das Koalitionsrecht jedes Bürgers beschworen hat! Wir haben uns die Republik anders vorgestellt. Wir glaubten, jetzt steige das Morgenrot der Freiheit auf. Nun müssen wir uns aber sagen, daß dieser Glaube ein kindischer Glaube war, daß es auch in dem neuen Staat keine Freiheit gibt, sondern daß die Freiheit nur derjenige hat, der die Macht besitzt, die anderen aber zu schweigen haben. Es ist jedoch, als ob an der Sozialdemokratie das Wort wahr werden wollte: „Gott straft einen Bösewicht mit dem andern“, denn heute sind die Sozialdemokraten ja nur dem Scheine nach die Vertreter der Gewalt. Der Terror und die Gesetzlosigkeit, deren sie sich schuldig machen, haben schon ihre Rächer, die bereit stehen, jeden Augenblick ihr Rächerbandwerk zu vollziehen. Ihr Terror wird zum Freibrief für die Kommunisten, die sich auf

die Taten ihrer geistigen Väter berufen und ihnen in die Ministerjalons, wie es vor dem Kriegsministerium geschah, zurufen: „Es gibt noch viele Kandelaber, auf welchen noch niemand gehangen hat!“ Und während die Sozialdemokraten, sozusagen noch in ihrer Sterbestunde auf uns Christen herumtreten, sind eigentlich sie die Kandidaten, die zunächst unter das Messer kommen werden. Ich lache heute über die sozialdemokratische Gefahr. Die Gefahr unserer Tage ist der Kommunismus, Bolschewismus oder Anarchismus. Numerisch ist die Bewegung heute noch bedeutungslos, qualitativ ist sie minderwertig. Aber eines hat sie für sich: Ein großes Mühlrad und ein blindes christliches Volk und blinde sozialdemokratische Führer, die alle Wassergräben auf dieses Mühlrad des Kommunismus leiten und leiten lassen. Er wird die erschwindelte Macht der Sozialdemokraten mit rücksichtsloser Gewalt abtun. (Lebhafter Beifall.)

19. IV. 1919

Die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Wien, 18. April.

Das Gesetz vom 5. Mai 1869 erteilt der Regierung die Befugnis, zeitweilige und örtliche Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen zu verfügen. Das Kabinett Stürgkh hat von dieser Ermächtigung bei Ausbruch des Krieges in seiner Verordnung vom 25. Juli 1914 Gebrauch gemacht. Es wurden die Artikel 8, 9, 10, 12 und 13 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für alle im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder außer Kraft gesetzt. Es sind damit aufgehoben worden die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit des Hausrechtes, das Briefgeheimnis, das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die Pressfreiheit. Gleichzeitig traten alle in den §§ 3 bis 7 des Gesetzes vom 5. Mai 1869 bezeichneten Wirkungen ein. Die 48stündige Frist für den Fall, als Organe der öffentlichen Gewalt die Verhaftung einer Person wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung ohne richterlichen Befehl vorgenommen haben, erfuhr eine Erweiterung auf acht Tage. Eine Freilassung gegen Kaution oder Bürgschaft hatte bei einzelnen strafbaren Handlungen nicht mehr zu erfolgen. Personen, welche die öffentliche Ordnung gefährden, konnten durch die Sicherheitsbehörde aus dem Bezirk oder aus einem Orte des Bezirkes ausgewiesen werden, sofern sie nicht dort zuständig waren. Personen, welche diese Zuständigkeit hatten, konnten von der Sicherheitsbehörde angewiesen werden, ohne behördliche Einwilligung diesen Ort nicht zu verlassen. Hausdurchsuchungen konnten ohne behördlichen Befehl jederzeit angeordnet, die Beschlagnahme und Eröffnung von Briefen vorgenommen werden. Dazu kamen noch die Beschränkungen, denen das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die Presse unterlagen, weiter polizeiliche Anordnungen über den Verkauf, den Besitz und das Tragen von Waffen und Munitionsgegenständen, über das Paß- und Meldewesen, über das Verhalten an öffentlichen Orten und die Ansammlungen von Leuten, über die Bornahme demonstrativer Handlungen und das Tragen von Abzeichen. Eine Reihe dieser Ausnahmeverfügungen ist teils außer Kraft gesetzt, teils nicht mehr gehandhabt worden. Die formelle und vollständige Aufhebung der Verordnung des Ministeriums Stürgkh vom 25. Juli 1914 ist nun mit dem heutigen Beschlusse des Kabinettsrates erfolgt.

20. IV. 1919

Einführung der Sommerzeit.

Für die Zeit von Montag den 28. d. bis Montag den 29. September wird (gemäß einer Vollzugsanweisung, die heute veröffentlicht wird) durch Versetzung der Zeit um eine Stunde die Sommerzeit auch in diesem Jahre eingeführt. Danach wird die Uhr am 28. d. morgens um 2 Uhr der bisherigen Zeitrechnung um eine Stunde vorgestellt und am 29. September d. J. morgens um 3 Uhr bei in dieser Vollzugsanweisung festgesetzten besonderen Zeitrechnung (Sommerzeit) um eine Stunde zurückgestellt. Morgens am 29. September d. J. erhält die erste Stunde von 2 bis 3 Uhr den Zusatz A und die zweite Stunde von 2 bis 3 Uhr den Zusatz B.

Die Erklärung der Staatsfeiertage.**Der 12. November und der 1. Mai.**

Der Kabinettsrat hat, wie bereits mitgeteilt, den Gesetzentwurf über die Erklärung des 12. November und des 1. Mai als allgemeine Ruhe- und Festtage beschlossen. Die Vorlage wird der Nationalversammlung zugehen. Sie lautet:

Zum immerwährenden Gedenken an die Ausrufung des Freistaates Deutschösterreich wird der zwölfte November eines jeden Jahres als allgemeiner Ruhe- und Festtag erklärt.

Gleichzeitig wird auch der erste Mai eines jeden Jahres zum allgemeinen Ruhe- und Festtag erhoben.

Für diese Tage haben im Staatsgebiet Deutschösterreichs die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonn- und Feiertagsruhe zu gelten.

Dazu wird amtlich noch mitgeteilt: Das Kabinett hat zu immerwährendem Gedenken an die Ausrufung des Freistaates Deutschösterreich den 12. November als allgemeinen Ruhe- und Festtag erklärt. Es ist dies der Tag der Verkündigung der Republik. Dieser Festtag wird, dem Ursatz entsprechend, dem Staate gelten und ein politischer Festtag sein. In allen Schulen des Landes werden an diesem Tage die Grundeinrichtungen des Freistaates und die Freiheitsrechte des Bürgers gewürdigt werden. Als weiteren Festtag setzt das Gesetz den 1. Mai an. Dieser Tag gilt weniger dem Staate als dem Volke und der Arbeit. Der 1. Mai ist längst schon zum Festtag der Massen geworden und das Gesetz vollzieht bloß das, worum das Proletariat seit einem Menschenalter gerungen hat. Zugleich nimmt der Maientag eine uralte historische Erinnerung wieder auf. Der 1. Mai ist in der ganzen Vergangenheit unseres Volkes festlich begangen worden. Der Tag wird aber, von der Internationale im Jahre 1889 gestiftet, zugleich als Symbol der Verbrüderung der arbeitenden Menschheit dienen. Dieser Gedanke ist, wenn auch heute noch durch das imperialistische Streben der siegreichen Mächte entstellt und verzerrt, in der Ideenwelt siegreich geworden. In bürgerlicher Gestalt ist er in den Völkern

und Ideen Wilsons wiedergegeben. In den Massen aber ist er lebendig in der Hoffnung, daß endlich einmal der leidenden Menschheit der Völkerfriede wiedergegeben werde. Wenn also der 12. November unsere Sonderstaatlichkeit zum Gegenstand hat, so wird der 1. Mai zugleich den allgemeinemenschlichen und sozialen Ideen Ausdruck geben.

20. IV. 1919

Gänzliche Aufhebung des Ausnahmezustandes.**Ein Beschluß des Kabinettsrates.**

Der Kabinettsrat hat den Beschluß gefaßt, die noch bestehenden Bestimmungen des Ausnahmezustandes gänzlich aufzuheben. Hierzu hat sich die Staatsregierung trotz der Unruhen der letzten Tage entschlossen. Die Regierung will der Gesamtbevölkerung den Beweis erbringen, daß sie es mit der Freiheit ernst nimmt, auf die Besonnenheit der Bürger, auf ihre freiwillige und geordnete Mitarbeit an der öffentlichen Verwaltung baut und nicht im entferntesten daran denkt, die allgemeine Erregung zum Vorwande für Ausnahmeverfügungen zu nehmen. Die Staatsregierung erwartet, daß das natürliche Rechtsempfinden des Volkes Gewalttätigkeiten als Frevel empfinden und mithelfen wird, diese abzuwehren.

Die Arbeiten der Nationalversammlung. Ruhe vor dem Parlament.

Wien, 19. April.

Für heute nachmittag waren Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude angekündigt. Es hatten Versammlungen der Frontheimkehrer und der Arbeitslosen stattgefunden und Befürchtungen wurden laut, daß diese Versammlungen, ebenso wie am Donnerstag, ein Nachspiel vor dem Parlament haben könnten. Diese Befürchtungen erwiesen sich als grundlos. Vor dem Parlamentsgebäude haben keinerlei Demonstrationen stattgefunden. Die Deputation der Arbeitslosen hatte vormittags mit dem Staatssekretär Hanusch verhandelt. Es wurde vereinbart, daß über die Forderungen der Arbeitslosen am Dienstag neuerlich unter Zuziehung der Gewerkschaftsvertreter beraten werden wird. Den Arbeitslosen wird die Beteiligung mit Lebensmitteln für Mindestbemittelte gesichert werden. Im Parlamentsgebäude hatte die Volkswehr umfassende Vorkehrungen getroffen. Von 1 Uhr mittags hatte die Wachmannschaft des Parlamentsgebäudes strenge Bereitschaft. Die beiden diensthabenden Bataillone wurden durch zwei andere Bataillone verstärkt, die Zahl der Maschinengewehre auf 28 erhöht. Das Parlamentsgebäude war von einem Volkswehraufgebot umgeben. Der Eintritt wurde nur den im Hause Beschäftigten gegen Vorweisung der Legitimation gestattet. Der Einlaß fand nur bei dem Tor am Schmerlingplatz statt. Die übrigen Tore waren geschlossen und von Wachposten besetzt. Der Schmerlingplatz selbst war vollständig abgesperrt, in der Umgebung des Parlaments patrouillierten ständig kleine Abteilungen der Volkswehr. Im Laufe des Nachmittags und in den ersten Abendstunden hatten sich zahlreiche Reugierige vor dem Parlamentsgebäude eingefunden. Schließlich entwickelte sich vor dem Parlament ein förmlicher Korso. Die Volkswehr hatte den Auftrag, Ansammlungen zu verhindern, und erledigte sich dieses Auftrages dem Publikum gegenüber in höflicher Form. Gegen Abend traf im Parlament die Nachricht ein, daß die Versammlungen ruhig verlaufen sind und daß keine Demonstrationen beabsichtigt sind. Die Spannung ließ nach. Die Volkswehr hält nichtsdestoweniger auch während der Nacht die zur Sicherheit des Parlamentsgebäudes dienenden Vorkehrungen aufrecht. In politischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß durch die Ausweisung ausländischer Agenten, die jetzt strenge durchgeführt wird, die Gefahr der Ausschreitungen wesentlich vermindert wird. Auch die plakatierten Mahnungen der Ententemissionen haben eine sichtbare Wirkung ausgeübt. Die nächsten Versammlungen der Arbeitslosen sind für Mittwoch angekündigt. Bis dahin dürften auch die Verhandlungen der Regierung mit den Deputationen der Arbeitslosen und der Heimkehrer bereits zu einem Ergebnis geführt haben.

Die Christlichsozialen und die Verfügung über die religiösen Übungen.

Die Gerüchte über eine Verschiebung des Einberufungstermins der Nationalversammlung bestätigen sich nicht. Mittwoch tritt der Hauptausschuß zusammen, Donnerstag nachmittag die Nationalversammlung. Der Hauptausschuß wird zunächst die Entscheidung über die Demission des Unterstaatssekretärs Miklas treffen. Unterstaatssekretär Miklas hat am 15. d. demissioniert, und zwar wegen einer Verfügung des Unterstaatssekretärs für Unterricht Glöckel, die den Zwang der Teilnahme an den religiösen Übungen in den Volks- und Mittelschulen aufhebt. Obwohl die durch diese Verfügung die religiösen Übungen selbst in keiner Weise berührt werden, da weder den Schülern noch den Lehrern die Teilnahme verwehrt wird und nur der bisher ausgeübte Zwang abgeschafft werden soll, hat sie bei den Christlichsozialen eine starke Mißstimmung hervorgerufen. Besonders die bäuerlichen Abgeordneten der christlichsozialen Partei erblicken darin einen Durchbruch der Vereinbarung, welche die Christlichsozialen bei ihrem Eintritt in die Regierungspartei mit den Sozialdemokraten abgeschlossen haben und nach welcher die kulturellen Fragen ausgeschaltet werden sollten. Die Demission des Unterstaatssekretärs Miklas war eine Folgeerscheinung dieser Mißstimmung. Inzwischen scheint auch bei den Christlichsozialen wieder eine etwas verständlichere Stimmung Platz gegriffen zu haben. Der Hauptausschuß wird entscheiden, daß kein Grund für eine Demission des Unterstaatssekretärs Miklas vorliegt

und die Christlichsozialen werden keine weiteren Konsequenzen aus der Verfügung des Unterstaatssekretärs Glöckel ziehen.

Die Beratung der Sozialisierungsgesetze.

Die nächsten Sitzungen der Nationalversammlung werden im Rahmen der Sozialisierung stehen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung befindet sich vorläufig als einziger Punkt das Invalidengesetz. Da aber die Kommission für Sozialisierung mit der Beratung der ihr vorgelegten fünf Gesetzentwürfe bereits fertig ist, ist es zweifellos, daß der Hauptausschuß sich für die sofortige Beratung dieser Gesetzentwürfe in der Nationalversammlung entscheiden wird. Diese Gesetzentwürfe passieren Dienstag den Kabinettsrat. Die in den Regierungsentwürfen aufgestellten Grundsätze wurden auch von der Kommission beibehalten. Die Hauptdifferenzen bestehen bezüglich der Entschädigungsfrage im Enteignungsgesetz, über die in der Kommission keine Einigung erzielt werden konnte. Die Regierung drängt auf eine schnelle Durchberatung der Kommissionsberichte in der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung wird daher Donnerstag, Freitag und möglicherweise auch Samstag Sitzungen abhalten.

Die Wahl der Arbeiterräte.

Mit großem Interesse werden auch von den bürgerlichen Parteien die gegenwärtig im Zuge befindlichen Wahlen in die Arbeiterräte verfolgt. Die letzte Wahl findet am 24. d. statt, so daß eventuell schon Ende dieses Monats die Konstituierung des Zentralarbeiterrates zu erwarten ist. Die Regierung wird sodann sofort die Verhandlungen mit den Arbeiterräten aufnehmen, um die Kompetenzen des Zentralarbeiterrates festzustellen. Soweit heute ein Ueberblick über die Wahlen in die Arbeiterräte möglich ist, werden diese in ihrer überwiegenden Mehrheit aus sozialdemokratischen Vertretern bestehen, da die Vertreter der kommunistischen Partei in einer verschwindenden Minderheit sind. Die Christlichsozialen haben unterdessen bereits in Niederösterreich die Bauernräte organisiert. Das niederösterreichische Beispiel findet auch in den übrigen Ländern Nachahmung. Unorganisiert bleibt nach wie vor nur das Bürgerum in den Städten, speziell in Wien. Auch hier sind bereits Ansätze zur Bildung von Bürgerräten bemerkbar. Es wird von den bürgerlichen Parteien die Forderung aufgestellt werden, daß den Bauernräten und den eventuell sich bildenden Bürgerräten dieselben Kompetenzen eingeräumt werden wie den Arbeiterräten.

20./IV. 1919

Die Urheber der Donnerstag- erzesse.

Die Korrespondenz Wilhelm meldet:

Die Ausschreitungen am 17. d. sind, wie die polizeiliche Untersuchung dargelegt hat, zum Teil auf die Agitation von Ausländern zurückzuführen. Bereits am 16. d. ist der nach Szatmar-Nemethy zuständige 22jährige Otto Benedikt verhaftet und späterhin dem Landesgericht eingeliefert worden, weil er in verschiedenen Heimkehrerversammlungen zum gemaltem Umsturz aufgefordert hat. Am 19. d. wurde der gleichfalls aus früheren kommunistischen Versammlungen bekannte 21jährige Exportakademiker Alexander Herrmann, ein gebürtiger Russe, der erst vor wenigen Wochen die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft erworben hat, verhaftet. Er gehört der revolutionären Partei der Ungarn in Wien an und hat während der Demonstration vor dem Parlament eine Rede gehalten, in der er den Sturz der Regierung und die sofortige Proklamierung der Räte diktatur forderte.

Am 18. d. wurde, wie schon berichtet, im Hotel Continental der Buchbindermeister Ernö Steiner aus Budapest verhaftet. Er fungierte als Transportführer der ungarischen Roten Garde und hatte die Aufgabe, ungarische Heimkehrer von Wien nach Budapest und die Heimkehrer von Budapest nach Wien in Sammeltransporten zu führen. Da sein Gebäck mit Rücksicht auf seine dienstliche Eigenschaft an der Grenze keiner Revision unterzogen wurde, vertrauten ihm Private Gebäckstücke mit Wertfächern, Wertpapieren, Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen an, damit er sie nach Wien schaffe. In seinem Besitz wurden mehr als 400.000 Kronen an Wertpapieren, etwas mehr als 13.000 Kronen bar, 25 goldene und emaillierte Tabakieren und andere wertvolle Schmuckstücke, drei Körbe mit Wäsche, Kleidern und Schuhen, ferner, wie bereits gemeldet, ein beträchtliches Quantum Fleisch, Speck und Brot und ein großes Paket kommunistischer Propagandaschriften gefunden. Ernö Steiner nahm an der am 13. d. vormittags vor dem Staatsamt für Heerwesen abgehaltenen Demonstration von Heimkehrern teil, hielt an die Versammelten eine aufreizende Ansprache und war auch nebst dem bereits früher verhafteten gewalttätigen Rädels Mitglieð der zum Staatssekretär Dr. Deutsch gesendeten Deputation.

In der Wohnung Steiners hielten sich zur Zeit seiner Verhaftung acht Personen auf, die mit ihm aus Ungarn gekommen waren. Von diesen wurden fünf Ungarn in ihre Heimat abgeschoben.

Am 18. d. wurde der 20jährige ungarische Rotgardist Rudolf Uebelaker wegen Verbreitung aufrührerischer Flugblätter angehalten. Er wird dem Landesgericht eingeliefert.

Am 16. d. war der der Polizeidirektion als kommunistischer Nattator aktiv gewesene 42jährige Zimmermannsgehilfe Karlas Leibowicz aus Budapest verhaftet worden. Man fand bei ihm 30.000 Kronen Bargeld und kommunistische Propagandaschriften vor. Er wurde nach Ungarn zurückbefördert.

Ein Hauptmann der ungarischen Roten Garde namens August Jakob, der eine Propaganda unter den Angehörigen der deutschösterreichischen Volkswehr entfaltete, wurde am 19. d. angehalten und gleichfalls zur Rückreise veranlaßt.

Außer diesen Personen wurden im Laufe der letzten zwei Tage 23 ungarische Staatsangehörige, die zu Propagandazwecken hierher gekommen waren, angefordert, Wien sofort zu verlassen, und sind diesem Auftrag auch nachgekommen. Abgesehen von diesen Amtshandlungen geht die Ausweisung der in der letzten Zeit aus östlichen Teilstaaten zugereisten Fremden vor sich.

Unter dem Verdacht des Verbrechens der Brandlegung am Parlament und

unter der Beschlagnahme, dort auch aus einem Revolver gegen die Wache geschossen zu haben, wurde der 19jährige Rutscher Johann Fröh auf verhaftet. Er hat auch dem durch einen Schuß getöteten berittenen Sicherheitswachmann Sufschek, während dieser noch lebte, die Gamaschen, den Säbel und den Revolver gestohlen. Der 17jährige Plastererachilfe Johann Deibl wurde wegen Verträmmern eines Fensters des Parlaments und wegen Plünderung eines Wagens in Haft genommen. Beide Personen wurden dem Landesgericht eingeliefert.

Ein fünftes Todesopfer.

Die Kämpfe von Donnerstag haben gestern ein fünftes Todesopfer gefordert: der 22jährige Sicherheitswachmann Josef Grakl, der bei den Tumulten durch einen Brustschuß schwer verletzt wurde, ist gestern vormittags im Allgemeinen Krankenhaus gestorben.

Für die verwundeten Schutzleute.

Der Kabinettsrat hat beschlossen, den Hinterbliebenen der am Donnerstag gefallenen Sicherheitsorgane die letzten Aktivitätsbezüge (Gehalt und Aktivitätszulage) als Pensionen anzunweisen. Ferner wurde beschlossen, dem Polizeipräsidenten zur Remuneration der verwundeten Sicherheitswachmannschaften einen Betrag von 100.000 Kronen zur Verfügung zu stellen.

Die neuen Regierungsvorlagen

Die Aufhebung des Ausnahmsgesetzes. — Die Erklärung der Staatsfeiertage. — Errichtung von Volkspflegestätten.

Im gestrigen Kabinettsrat wurde, wie gemeldet, der Beschluß gefaßt, die noch bestehenden Bestimmungen des Ausnahmestandes vollinhaltlich aufzuheben. Amtlich wird hiezu bemerkt, daß die Regierung sich trotz der Unruhen der letzten Tage hiezu entschlossen habe, da sie erwarte, daß das natürliche Rechtsempfinden des Volkes Gewalttätigkeiten als Frevel empfinden und mithelfen werde, die Ordnung ohne Gewalt und Zwang aufrechtzuerhalten.

Gemäß der Vollzugsklausel zu dem gestern gleichfalls beschlossenen Gesetzentwurf über die Erklärung des 12. November und des 1. Mai als allgemeine Ruhe- und Festtage, soll der 12. November zu „immerwährendem Gedenken“ an die Ausrufung des Freistaates Deutschösterreich als politischer Festtag gelten. In allen Schulen des Landes sollen an diesem Tage „die Grundeinrichtungen des Freistaates und die Freiheitsrechte des Bürgers“ gewürdigt werden. Der 1. Mai als Festtag der Massen soll zugleich als „Symbol der Verbrüderung der arbeitenden Menschheit“ dienen. In bürgerlicher Gestalt sei er in den „Völkerbundideen“ Wilsons wiedergegeben.

Der in der gleichen Kabinettsratssitzung beschlossene Gesetzentwurf über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten bestimmt, daß zur Hebung und Förderung der Volksgesundheit öffentliche Heil- und Pflegestätten (insbesondere für Kriegsbeschädigte) und zur Erstarfung und Erziehung der Jugend öffentliche Jugendfürsorgestätten (Volkspflegestätten) errichtet werden. Unter Jugendfürsorgestätten werden alle Anstalten und Einrichtungen der offenen und geschlossenen Jugendfürsorge und Jugendpflege verstanden. Ihre Einrichtung und Verwaltung steht dem Staatssekretär für soziale Verwaltung zu, der auch bereits bestehende Anstalten ähnlicher Art für öffentlich erklären kann, wenn sie der zu erlassenden Volkspflegestättenordnung ihrer Einrichtung und Führung nach entsprechen. Sie erhalten dann den Anspruch auf Unterbringung durch den Staat. Zur Unterbringung können durch die Staatsregierung Schlösser, Paläste usw. zugunsten des Staates enteignet werden, ohne Entschädigung(!); die Eigentümer erhalten nur das Recht, noch ein Jahr lang Räume in einem ihrer Kopfszahl entsprechendem Ausmaße weiterzubewohnen. Die Frist kann verlängert werden, wenn der Eigentümer innerhalb dieser Zeit keine andere geeignete Wohnung findet. Dagegen erhält der Eigentümer für die zum gleichen Wohlfahrtszweck enteigneten Grundflächen und landwirtschaftlichen Betriebe eine im Verhältnis zum bisherigen Ertrage stehende Entschädigung. Die Feststellung der Entschädigung obliegt einer Enteignungsstelle.

Die Oberaufsicht über die enteigneten Liegenschaften liegt der Volkspflegestättenkommission ob, die aus den Staatssekretären für Inneres und Unterricht, für soziale Verwaltung und Landwirtschaft besteht. Veräußerungen und dingliche Belastungen der enteigneten Güter sind in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1919 nur mit Zustimmung der Enteignungsstelle gültig, ab 1. Jänner 1920 überhaupt ungültig, wenn es sich um ein Luxuswohngebäude handelt. Miet- und Pachtverträge erlöschen mit der Rechtskraft des Enteignungserkenntnisses.

Begründet wird die Enteignung aller Prunk- und Luxuswohnstätten, der Paläste und Schlösser Privater damit, daß unser durch den Krieg körperlich herabgekommenes Volk Heil- und Pflegestätten in großer Zahl brauche, solche aber gegenwärtig zu erbauen wirtschaftlich und finanziell unmöglich sei, außerdem die Fertigstellung der Bauten viel zu spät käme, um für Invaliden, Kranke und Genesende sowie für die heilbedürftige Jugend noch Verwendung finden zu können.

Wiener Aprilstimmungen.

Strenge Bereitschaft der Volkswehr.

Der stürmischen, kalten und regnerischen Karfreitagnacht folgte ein Morgen, der blauen Himmel und Sonne erwarten ließ. Wohl war das Firmament noch umzogen, aber die Wolken hatten die bleierne Farbe verloren, weiß und durchsichtig hingen sie am Himmel, und die Sonne blühte durch, wo immer sie auch nur einen kleinen Riß in den ausgereinigten Schwaden entdeckte. Die frierenden und durchnässten Patrouillen der Volkswehr, die in den ersten Morgenstunden wieder ins Parlament einrückten, weil sie von anderen abgelöst worden waren, atmeten auf und freuten sich auf ein kurzes Schläschen und eine längere Raft.

Ruhig, wie sie gestern schlafen gegangen, erwachte die Stadt.

Dagegen betätigten sich heute die Gerüchtemacher in lebhafter Weise. Auf den Gängen der Häuser, in den Kanzleien, in den Fabriken, von Haus zu Haus, von Straße zu Straße gingen die unsinnigsten Märchen.

Tatsächlich wurde um 1 Uhr mittags strenge Bereitschaft anbefohlen. Beim Parlamente sah man Volkswehr mit Sturmhelmen aufziehen. Soldaten brachten an den Hydranten Säfische an, um erhitzte Gemüter bei etwaigen Aufkäufen mit kalten Wasserstrahlen abkühlen zu können. Verstärkungen marschierten heran, Rathaus und Burg erhielten größere Abteilungen, Sanitätsmannschaften erschienen, kurzum, es ging hier zu wie in einer Kaserne.

Eine Kommunistenversammlung.

Indessen hatte im Prater, im großen Rundbau des Zirkus Busch die Versammlung begonnen, die die „Freie Vereinigung der abrüstenden Soldatenheimkehrer“ einberufen hatte und die Diskussion über die für heute anberaumte Beantwortung der am Donnerstag überreichten Forderungen der arbeitslosen Heimkehrer bringen sollte. Um halb 2 Uhr jedoch hatte die Staatskanzlei ein Communiqué ausgegeben, wonach erst am 22. d. eine Beratung des Staatssekretärs Hanusch mit den Vertretern der Gewerkschaften stattfinden wird, um zu erörtern, in welcher Weise und in welchem Ausmaß den Wünschen der Arbeitslosen Rechnung getragen werden könnte. Auch wurde die Beteiligung der Arbeitslosen mit Lebensmittelfkarten für Mindestbemittelte in Aussicht gestellt. Nichtsdestoweniger fand die Versammlung statt. Trotz der ausgiebigen Plakatierung hatten sich jedoch nur wenige Teilnehmer zu dem festgesetzten Beginne der Versammlung um 2 Uhr eingefunden. Erst gegen 3 Uhr erfolgte einiger Zuzug. An den Eingängen standen Leute mit Geldtellern und Flugblättern, hielten die ersteren den Besuchern der Versammlung unter die Nase und drückten ihnen die Blätter in die Hand. Auch Ansichtskarten von Liebknecht und Rosa Luxemburg werden abzugeben versucht. Einer hielt die Heiratszeitung feil, 50 Heller das Stück. „Jeder kann heiraten, jeder findet eine passende Partie“, versichert er die Zuhörer, die sich in ihrer Erwartung, ein kommunistisches Organ zu erstehen, schmählich enttäuscht sehen.

Endlich um halb 4 Uhr konnte drinnen vor halbfeuertem Kamin die Versammlung beginnen. Ein heberischer Redner, der unter leidenschaftlichen Gestikulationen sich heiser schreit, findet nur geringe Zustimmung. Seine Nachfolger, die sachlicher und gemäßigter sprechen, wer-

den auch mit viel mehr Aufmerksamkeit angehört und weniger oft unterbrochen. Schließlich einigte man sich auf eine Resolution, in der eine sofortige Abfertigung von 5000 Kronen für jeden Heimkehrer und abgerüsteten Soldaten, eine Vertretung in allen Rätecorporationen, die Schaffung einer Verwertungsstelle, die unentgeltliche Freigabe brachliegender Grundstücke und Felder für die Heimkehrer und abgerüsteten Soldaten, die Zuweisung eines Lokals für die „Heimkehrervereinigung Deutschösterreichs“ und die Beantwortung dieser Forderungen binnen dreimal 24 Stunden gefordert wurde. Nach Annahme dieser Entschlieung wurde eine Abordnung gewählt, die diese Forderung dem Staatskanzler überreicht hat. Stimmen, die einen neuerlichen Zug zum Parlamente verlangten, fanden kein Gehör und die Versammlung löste sich in aller Ruhe auf.

Das Antlitz der Straße.

Vor dem Zirkusgebäude bildeten sich nach der Versammlung zahlreiche Gruppen von Versammlungsteilnehmern und Neugierigen, die mehr und mehr anwuchsen, da es zwischen den Kommunisten zu lebhaften Wortwechseln über die einzuschlagende Taktik kam. Als sich dann nach Unbeteiligte oder gerade des Wegs Kommende einmischten, wurde das Zuhören für den aufmerksamen Beobachter ganz interessant.

Stand da einer, der die Umstehenden für die Ungarn begeistern wollte. „Wir brauchen keine Lebensmittel von der Entente. Wann mir heut kommunistisch Jan in Oesterreich, werd'n die Grenz'n von Ungarn aufgemacht und mir krieg'n Lebensmittel gnuva herein“, läßt er sich vernehmen. „Aber wer's glaubt“, entgegnet ein älterer bärtiger Mann. „Die Bagasch hat uns schon nix geh'n, wie s' no was g'habt hab'n. Heut, wo s' selber nix hab'n können s' leicht die Grenzen aufmachen.“ „So ist's!“ brummt ein dritter und schüttelt zustimmend sein Haupt.

Ein jugendlicher Osterreichler erklärt, nur eine allgemeine Gold- und Silberabgabe könne uns retten, und sucht das in seiner aufdringlichen Art zu beweisen, haut mit „Entwertung der Valuta“, „Devisenkurs“ und „Handelsbilanz“ nur so herum, bis es einem martialisch aussehenden Zuhörer zu dumm wird und er zu seinem Kameraden sagt: „Geh, Pepi, geh' ma! Dös Gwatsch von dem Zubenbuam is jo Blech.“ Dann entfernen sich beide unbehelligt.

Ein Salonkommunist. Auch solche gib't's. Er ist zwar kein Heimkehrer und kein abgerüsteter Soldat, war, wie er gesteht, auch nie im Kriege, aber er ist begeistert von Lenin, Trotzky und Bela Kun. Spricht sehr abfällig über die sozialdemokratischen Regierungsmänner und erklärt, das erste müsse sein, die Volkswehr auf Seite der Kommunisten zu bringen und jedes Blutvergießen zu vermeiden; denn Vorgänge, wie sie sich am Gründonnerstag ereigneten, stärkten nur die „Reaktion“. Wenn man schon mit Gewalt aufträte, wofür auch er sei, dann müsse aber auch alles klappen, dann dürfe es nicht vorkommen, daß man vor der Polizei davonlaufe. Man müsse in solchen Massen kommen... „Aber gengan S', die bringen mir ja net z'amm!“ fällt ihm einer ins Wort. „Schaun S'! Thna die heutige Versammlung an. Zwanzigtausend sollten da sein, lane eshundert san da.“ „Das ist eben das Traurige!“ entgegnet der Salonkommunist und fährt in seiner Rede weiter.

Solche und ähnliche Gespräche werden geführt, schließlich werden die Gruppen kleiner, die Leute verlaufen sich und die Ruhe wird nirgends gestört. Dunkelheit bricht an und vor dem Parlamente suchen die Scheinwerfer vergeblich die Ringstraße ab. In vollster Ruhe verlief der heutige Tag.

Das sechste Todesopfer.

Sicherheitswachmann Josef Straksy, ein tüchtiger und unerschrockener Wachmann, der am Gründonnerstag beim Parlament durch einen Brustschuß schwer verletzt worden war, ist heute gestorben. Er ist das sechste Todesopfer der Unruhen.

20. IV. 1919

Einführung der Sommerzeit.

Im heutigen Staatsgesetzblatt gelangt folgende Vollzugsanweisung der Staatsregierung vom 15. d. über die Einführung der Sommerzeit für das Jahr 1919 zur Verlautbarung:

Für die Zeit von Montag den 28. d. bis Montag den 29. September wird durch Verlegung der Zeit um eine Stunde die Sommerzeit auch in diesem Jahre eingeführt. Danach wird die Uhr am 28. d. morgens um 2 Uhr der bisherigen Zeitrechnung um eine Stunde vorge stellt und am 29. September 1919 morgens um 3 Uhr der in dieser Vollzugsanweisung festgesetzten besonderen Zeitrechnung (Sommerzeit) um eine Stunde zurückgestellt. Morgens am 29. September 1919 erhält die erste Stunde von 2 bis 3 den Zusatz A und die zweite Stunde von 2 bis 3 den Zusatz B.

Die Vollzugsanweisung ist von der gesamten Staatsregierung gezeichnet.

* * *

Durch die Einführung der Sommerzeit setzt sich die Regierung in einen wohl überbrückbaren Gegensatz zur Weimarer Nationalversammlung, die mit Beschluß vom 11. d. die Einführung der Sommerzeit im Deutschen Reiche abgelehnt hatte, nachdem sie von unserer Nationalversammlung bereits beschlossen worden war. Für die endgültige Entscheidung in diesem Sinne dürfte der trotz reichlicher Zuschüsse fortdauernde Kohlenmangel von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein. Das Staatsamt des Innern hatte zur Klärung der Frage eine Enquete veranstaltet, an der eine größere Anzahl von Experten und Interessenten teilnahm. Gleichwie, im Vorjahre legten die Vertreter der Landwirte gegen das Projekt lebhaften Protest ein. Erhebliche Schwierigkeiten bot ferner die Lösung der Frage, wie sich die zwischen den beiden nunmehr so eng alliierten Verkehrsgebieten auftauchende Differenz von einer Stunde im Bahnanschluß werde beseitigen lassen. In einer Zuschrift an unser Blatt wurde fürzlich der Ausweg vorgeschlagen, zwischen Bahnzeit und Ortszeit zu unterscheiden. Anwiefern amtlicherseits dieser Gegensatz überbrückt werden soll, kommt in der Vollzugsanweisung der deutschösterreichischen Regierung nicht zum Ausdruck. Es fragt sich wohl auch, wie sich die in mehr als einer Hinsicht zu eigenmächtigem Vorgehen neigenden Landesregierungen (man denke nur an den jüngsten Streitfall, die Sommerfrischenfrage!) zu dieser Vollzugsanweisung verhalten werden.

Der Abend
22./IV. 1919

M

VA
22

„Republikaner . . .“

Unsere christlichsozialen Stadtgewaltigen scheinen wenig Vertrauen in den Bestand der Republik Deutsch-österreich zu setzen. Obzwar sich die Wiener in so entschlossener und unbedingter Weise ihrer angestammten Dynastie und all dem nachhängenden Firlefanz entledigt haben, entschlossen sich die Stadtväter erst in den letzten Tagen, den Dienst Eid der Gemeindeangestellten, der immer nur ein Treueid auf Kaiser, Vaterland und deutschen Charakter war, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend abzuändern. Das geschah nun durch folgenden Ukas:

SL

Direktion

Nr. 3760/18.

der
städtischen Straßenbahnen.

Direktionsnachricht
an alle Dienststellen.

Betrifft: Außergebrauchsetzung der Erklärungen Vorbruck
A und B.

Die Erklärungen Vorbruck A für ständige Bedienstete und Vorbruck B für Aushilfsbedienstete werden hiemit außer Gebrauch gesetzt und werden in der nächsten Zeit neue Erklärungen aufgelegt.

Die neuernannten Aushilfs-, beziehungsweise ständigen Bediensteten haben daher vorläufig keine Erklärungen zu unterfertigen, sondern werden die neuen Erklärungen nachträglich zu unterfertigen haben.

Wien, am 28. März 1919.

Der Direktor:

Gez.: Spängler.

Welche Erklärungen es sind, die nun endlich außer Gebrauch gesetzt werden, soll nicht verschwiegen werden. Zur Information für jene, die es nicht wissen, drucken wir das Prachtstück christlichsozialer Lumperei und Gefinnungsähnlichkeit im Wortlaute ab:

„Ich gelobe mit meinem Ehrenworte, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät Franz Josef I. und Allerhöchsten Nachfolgern aus dem durchlauchtigsten Hause Habsburg-Lothringen getreu und gehorsam zu sein, der Stadt Wien Ehre und Vorteil nach allen meinen Kräften zu fördern und jeden Nachteil von ihr abzuwenden.

Ich erkläre weiters mit meinem Ehrenworte, daß ich einer Partei, welche republikanische oder sonst Österreich feindliche Tendenzen verfolgt, weder an-gehöre noch angehören werde.“

Diese Erklärung blieb also noch in Kraft, nachdem die konstituierende Nationalversammlung die Republik und die Abschaffung der Habsburger beschlossen und — säuberlich paragrafisiert — festgelegt hatte.

Die Gemeindeflaven mußten dennoch einem Herrn Karl Habsburg Treue und Gehorsam geloben, solange er hier weilte. Erst Karls Flucht, die am 28. März erfolgt war, brachte den Herrn Spängler in Verlegenheit, aus der er aber — wie wir sehen — schließlich doch noch einen Ausweg fand: die Angestellten leisten auch keinen Eid auf die Republik, die Sache bleibt in Schwebe . . .

Die Unruhen am Gründonnerstag.**Verhaftung weiterer bolschewistischer Brandstifter aus Ungarn.**

Im Gegensatz zu einer Behauptung des ungarischen „Tel.-Korr.-Bür.“, daß der verhaftete Ernő Steiner der kommunistischen Propaganda fernstehe, wird durch die Wiener Polizeikorrespondenz amtlich festgestellt, daß er bei seiner Anhaltung mehrere tausend kommunistischer Werbeblätter bei sich trug, in der letzten Zeit in Versammlungen der Heimkehrer mehrmals als Redner aufgetreten sei und am 13. d. als Führer einer Abordnung von Heimkehrern im Staatsamte für Seerwesen die Erfüllung der Forderungen zu erzwingen gesucht habe, er werde andernfalls 2000 Rotgardisten herbeiholen. Die Polizei hat ferner den ehemaligen Fliegerhauptmann János Rozsa, einen ungarischen Staatsangehörigen, welcher bei der ungarischen Liquidierungskommission in Wien in Verwendung steht, wegen kommunistischer Propaganda angehalten. Bei ihm wurde ein Ausweis über die Verwendung von zwei Millionen Kronen vorgefunden. (Und wer hat das Geld bekommen? D. N.) Die aus Ungarn zugereisten kommunistischen Agitatoren Oberleutnant Ludwig Kertész und Oberleutnant Johann Mauler, beide derzeit im Dienste der ungarischen Roten Armee, wurden verhaftet, weil sie nach eingelaufenen Anzeigen zur Herbeiführung eines Putsches nach Wien entsendet worden sind. Wegen Teilnahme an den Ausschreitungen am 17. April wurden verhaftet: der 21jährige Hilfsarbeiter Johann Prellotta, der mit einem zum Reinigen der Tramwagenschienen bestimmten Werkzeug eine Tür des Parlamentes zu erschüttern versucht hatte, der 22jährige Mechanikergehilfe Franz Bezan und der Metallschleifer Franz Karnicar wegen Verdachtes tätlicher Angriffe gegen die Sicherheitswache. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung Karnicars wurde der Säbel eines Wachmannes gefunden. Der Werkmann bei den Staatsbahnen Wenzel Suc und

dessen Kinder, der 21jährige Metalldreher Josef und die 19jährige Hilfsarbeiterin Marie sowie der Bräutigam der letzteren, der Privatbeamte Otto Lutschansky, wurden dem Landesgerichte eingeliefert, weil sie mit anderen Demonstranten in die Wachzimmer in der Wurmsergasse und Lannengasse eingedrungen waren, hierbei zu Gewalttätigkeiten gegen die Sicherheitswache aufgefordert hatten und an der Wegnahme von Gewehren aus der Wachstube beteiligt waren.

Die ungarischen Umtriebe in Wien.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau hat verlautbart, daß der in Wien verhaftete Ernő Steiner lediglich Wertpapiere der ungarischen Bourgeoisie nach Deutschösterreich geschmuggelt habe, der kommunistischen Propaganda aber fernstehe. Demgegenüber wird amtlich mitgeteilt, daß Ernő Steiner bei seiner Anhaltung mehrere tausend kommunistischer Werbeblätter bei sich trug. Steiner hat in der letzten Zeit nachgewiesenermaßen mehrmals an Versammlungen der Heimkehrer teilgenommen und ist auch in solchen Versammlungen als Redner aufgetreten. Am Sonntag den 13. d. führte er — wie bereits verlautbart — die Teilnehmer an einer im Zirkus Busch abgehaltenen Heimkehrerversammlung, in der mehrere kommunistische Redner aufgetreten waren, zum Staatsamt für Heerwesen. Nachdem er dort eine Ansprache an die Demonstranten gehalten hatte, begab er sich mit mehreren anderen Versammlungsteilnehmern in das Staatsamt für Heerwesen und suchte dort die Erfüllung der Forderungen der Heimkehrer durch die Drohung zu erzwingen, er werde andernfalls 2000 Rotgardisten herbeiholen.

Die Polizei hat ferner den gewesenen Fliegerhauptmann János Rozsa, einen ungarischen Staatsangehörigen, der derzeit bei der ungarischen Liquidierungskommission in Wien in Verwendung steht, wegen kommunistischer Propaganda angehalten. Bei ihm wurde ein Ausweis über Verwendung von zwei Millionen Kronen vorgefunden. Schließlich wurden die aus Ungarn zugereisten kommunistischen Agitatoren, und zwar Oberleutnant Ludwig Kertész und Oberleutnant Johann Mauler, beide derzeit im Dienste der ungarischen Roten Armee, verhaftet, weil sie nach eingelaufenen Anzeigen zur Herbeiführung eines Putschs nach Wien entsendet worden sind. Auch wegen Teilnahme an den Ausschreitungen am 17. d. wurden neuerlich mehrere Personen verhaftet, so der 21jährige Hilfsarbeiter Johann Brelotta, der mit einem zum Reinigen der Tramwaghschienen bestimmten Werkzeug eine Tür des Parlaments zu erbrechen versucht hatte, und der 22jährige Mechanikergehilfe Franz Beran sowie der Metallschleifer Franz Karnicar wegen Verdachtes tätlicher Angriffe gegen die Sicherheitswache. Bei letzterem wurde gelegentlich der Hausdurchsuchung der Säbel eines Wachtmannes gefunden. Der Wertmann bei den

Staatsbahnen Wenzel Suc und dessen Kinder, der 21jährige Metalldreher Josef Suc und die 19jährige Hilfsarbeiterin Marie Suc, sowie der Bräutigam der letzteren, der Privatbeamte Otto Lutschanský, wurden verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert, weil sie mit anderen Demonstranten in die Wachsammer in der Wurmsergasse und Lannengasse eingedrungen waren, hierbei zu Gewalttätigkeiten gegen die Sicherheitswache aufgefordert hatten und an der Begegnung von Gewehren aus der Wachtstube beteiligt waren. Es geschah dies aus Rache, weil der Sohn Josef Suc tag vorher einer geringfügigen Uebertretung halber von der Sicherheitswache angehalten worden war.

Niederösterreichische Landesversammlung.

Wien, 23. April.

In der heutigen Sitzung der niederösterreichischen Landesversammlung verwies Abg. Wolny in einer Anfrage an den Landeshauptmann darauf, daß sehr viele Einwanderer aus Galizien in verschiedenen niederösterreichischen Gemeinden die Zuständigkeit zu erkaufen gesucht haben, um sich vor der Ausweisung zu schützen. Die Antragsteller verlangen vom Landeshauptmann einen Erlaß an sämtliche Gemeinden von Niederösterreich, nach welchem diesen die weitere Aufnahme von Fremden in den Gemeindeverband verboten wird. Außerdem sollen sämtliche diesbezüglichen Gemeindebeschlüsse seit dem Jahre 1914 einer Ueberprüfung unterzogen und Eingemeindungen, die in einer nicht einwandfreien Weise zustande gekommen sind, annulliert werden. Bis zur endgültigen Entscheidung dieser Angelegenheiten sollen sämtliche von dieser Aktion betroffenen, in Wien sich aufhaltenden galizischen Einwanderer den betreffenden Gemeinden überwiesen werden.

Die Abg. Denk und Dr. Schürpf erinnern in einer Anfrage daran, daß schon die im Jahre 1868 in Unter-Themenau auf den Herrschaftsgründen des Fürsten Liechtenstein erfolgte Errichtung einer Tonwarenfabrik dazu geführt hat, daß sich in Unter-Themenau eine förmliche Kolonie von czechischen Arbeitern und Bediensteten bildet. Trotzdem der Gerichtsbezirk Feldsberg eine lerndeutsche Bevölkerung aufweist, hat sich doch die Fabrikverwaltung veranlaßt gefunden, für die Arbeiterkinder einen Volksschulunterricht in czechischer Sprache einzurichten, und zwar wurde damit der Anfang gemacht, daß zunächst der Religionsunterricht in den unteren Volksschulklassen in czechischer Sprache erteilt wurde. Ein Versuch des Komensky-Vereines, die Errichtung einer Privatvolksschule mit czechischer Unterrichtssprache in Unter-Themenau zu genehmigen, wurde im Jahre 1908 vom niederösterreichischen Landesschulrat abgewiesen, womit im administrativen Wege eine Rekursbeschwerde ausgeschlossen war. Dennoch hat der Komensky-Verein den Rekurs an das Ministerium für Kultus und Unterricht überreicht, der nicht a limine abgewiesen, sondern rechtskräftlich vom Landesschulrate an das Ministerium geleitet wurde. Schuld daran sei folgender Brief des damaligen Abgeordneten und Landmarschalls Alois Pringen Lichte nstein gewesen: „In der nächsten Sitzung des Landesschulrates am 4. Januar wird der Referent den Antrag stellen, daß der Rekurs gegen die verfügte Schließung der Themenauer czechischen Schule abgewiesen werde, daß aber dem betreffenden Verein der Rekurs an das Ministerium offen stehe. Dieser Antrag wird selbstverständlich angenommen werden. Dagegen hielt ich es für schädlich, wenn ein weitergehender Antrag in dem Sinne gestellt würde, daß dem Rekurse keine aufschiebende Wirkung zustehe. Sowohl die Wiener Czechen als noch mehr die Czechen im Parlament würden einen solchen Antrag als gehässige Provokation auffassen und mit politischen Repressalien beantworten müssen. Ich bitte Sie daher, einen solchen Antrag weder zu stellen noch ihm zuzustimmen.“ Der Rekurs wurde auch tatsächlich an das Ministerium geleitet. Von anderer Seite wurde aber durchgesetzt, daß diese Rekursbeschwerde des Komensky-Vereines überhaupt nicht erledigt wurde. In Unter-Themenau wurde eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache errichtet.

Eine von den vielen Folgen dieser künstlich erzeugten Czechisierung zeigte sich Anfang November des Vorjahres, als plötzlich Czechen in Unter-Themenau einmarschierten, die deutsche Schule besetzten, die deutschen Lehrer verjagten und durch czechische ersetzten. Es wird die Anfrage gestellt, ob die Landesregierung auch weiter gesonnen sei, den im November vorigen Jahres inmitten der Waffenstillstandsperiode von den Czechen in Niederösterreich begangenen Landraub und die durch die deutschfeindliche Haltung des früheren Landmarschalls von Niederösterreich verschuldete Slawisierung eines wenn auch kleinen Teiles der deutschen Heimat auch noch weiter ruhig hinzunehmen.

Sodann wird zur Tagesordnung übergegangen, deren einziger Gegenstand ein Antrag des Ernährungsausschusses, betreffend die Fleischaufbringung in Niederösterreich, bildet. (Berichterstatter Reumann.)

Die Sitzung dauert fort.

Der „Herr von“ hat aufgehört! Durchführung des Gesetzes über die Aufhebung des Adels.

Die Vollzugsanweisung der Staatsämter für Inneres und Justiz zu dem Gesetz auf Aufhebung des Adels ist Sonntag kundgemacht worden. Sie lautet:

§ 1. Die Aufhebung des Adels, seiner äußeren Ehrenvorzüge, weiter der bloß zur Auszeichnung verliehenen, mit einer amtlichen Stellung, dem Beruf oder einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Befähigung nicht im Zusammenhang stehenden Titel und Würden und der damit verbundenen Ehrenvorzüge trifft alle deutschösterreichischen Staatsbürger, und zwar gleichviel, ob es sich um im Inland erworbene oder um ausländische Vorzüge handelt.

§ 2. Durch § 1 des Gesetzes vom 3. April 1919 sind aufgehoben:

1. Das Recht zur Führung des Adelszeichens „von“;
2. das Recht zur Führung von Prädikaten, zu welchen neben den zugestandenen, die Familien unterscheidenden Adelsprädikaten im engeren Sinne auch das Ehrenwort *Edler* sowie die Prädikate *Erlaucht*, *Durchlaucht* und *Hohheit* gezählt werden;
3. das Recht zur Führung hergebrachter *Wappen* *namen* und adeliger *Beinamen*;
4. das Recht zur Führung der adeligen *Standesbezeichnungen*, wie zum Beispiel *Ritter*, *Freiherr*, *Graf* und *Fürst*, dann des Würdetitels *Herzog* sowie anderer einschlägiger in- und ausländischer *Standesbezeichnungen*;
5. das Recht zur Führung von *Familienwappen*, insbesondere auch der fälschlich „bürgerlich“ genannten *Wappen*, sowie das Recht zur Führung gewisser ausländischer, an sich nicht immer mit einem *Adelsvorzug* verbundener *Titel*,

wie zum Beispiel *Conte*, *Conte Palatino*, *Marchese*, *Marchio Romano*, *Comes Romanus*, *Baro Romanus* u. s. w., selbst wenn es nichtadeligen Familien zutraf.

§ 3. Auf Grund des § 4 des Gesetzes werden folgende *Titel* und *Würden* als aufgehoben erklärt:

Die *Würde* eines *Geheimen Rates*, der *Titel* und die *Vorrechte* einer *Geheimen Ratsfrau*, die *Würde* eines *Kammerers* und eines *Erzschessen*, die *Würde* einer *Palastdame*, die *Anredeform* „*Gzellenz*“, der *Titel* eines *kaiserlichen Rates*, ferner alle mit nicht mehr bestehenden *Hofs*, *Behens* und *landständischen Einrichtungen* verbundenen *Titel*, insbesondere die *Titel* der *Landeserbkämmerer* und der *Landeserbkämmerer*, die sonstigen *Würdelehentitel* und die aus der Verbindung mit den vorangeführten Worten „*Hof*“, „*Kammer*“ oder „*Hof* und *Kammer*“ gebildeten, nicht mit einer amtlichen Stellung im Zusammenhang stehenden *Titel*.

§ 4. Unter die aufgehobenen *Titel* fallen nicht die den *öffentlichen Angestellten* verliehenen *staatlichen Amtstitel*, insbesondere nicht die den *Staatsangestellten* verliehenen *Titel* höherer *Rangklassen* sowie die *Titel* der *fünften* und *sechsten Rangklasse* (*Hofrat*, *Regierungsrat*) bei *Professoren* der *Hoch- und Mittelschulen* oder bei *Beamten* der *Handels- und Gewerbetreibenden* und dergleichen.

§ 5. Die Führung von *Adelsbezeichnungen* (§ 2) sowie von aufgehobenen *Titeln* und *Würden* (§ 3) wird von den politischen Behörden gemäß § 2 mit *Geld* bis zu 20.000 *Kronen* oder *Arrest* bis zu sechs *Monaten* bestraft.

Strafbar ist hienach nicht nur die Führung solcher *Bezeichnungen* im *öffentlichen Verkehr*, das heißt im *Verkehr* mit *Behörden* und *öffentlichen Stellen* sowie in der *öffentlichen gerichteten Mitteilungen* und *Veröffentlichungen*, sondern auch die *Führung* im *rein gesellschaftlichen Verkehr* und der *Gebrauch* von *Kennzeichen*, die einen *Hinweis* auf den *früheren Adel* oder auf *aufgehobene Titel* oder *Würden* enthalten, sofern darin eine *dauernde* oder *herausfordernde Mißachtung* der *Bestimmungen* des *Gesetzes* zu erblicken ist.

Die Verwendung von *Gegenständen*, die mit *Bezeichnungen* des *Adels*, eines *aufgehobenen Titels* oder einer *solchen Würde* bereits *versehen* sind, ist nicht als strafbar *Führung* solcher *Bezeichnungen* anzusehen.

§ 6. Bereits vor Inkrafttreten dieser *Vollzugsanweisung* erfolgte *Eintragungen* in *Geburts*, *Ehe- und Sterbematrizen*, in *öffentliche Bücher* (*Grundbuch*, *Bergbuch*, *Wasserbuch* u. s. w.), dann in *öffentliche Register* (*Handelsregister*, *Genossenschaftsregister* u. s. w.), die mit den *Bestimmungen* dieser *Vollzugsanweisung* nicht im *Einklang* stehen, sind von *Amts wegen* nicht abzuändern für die *Erteilung* von *Abschriften* und *Auszügen* (*Zeugnissen*) bleiben die *ursprünglichen Eintragungen* maßgebend, insofern die *Richtigstellung* nicht durchgeführt ist. *Neueintragungen* haben jedoch den *Bestimmungen* dieser *Vollzugsanweisung* zu entsprechen. Für *Eintragungen* in die *öffentlichen Bücher* bei *Personen*, deren *Namens- oder Titelbezeichnung* geändert wurde, genügt die *Bestätigung* ihrer *Identität* im *Registrierungsvermerk*.

§ 7. *Inhaber* von *Firmen* und andere *vertretungs berechtigte Personen*, deren *Namens- oder Titelbezeichnung* nicht mit den *Bestimmungen* dieser *Vollzugsanweisung* im *Einklang* steht, haben die *Richtigstellung* im *Handels- oder Genossenschaftsregister* innerhalb eines *Jahres* beim *zuständigen Gericht* in der vorgeschriebenen *Form* (*Artikel 19, 21 und 25 des Handelsgesetzbuches*) anzumelden. Die *Frift* beginnt am *1. Juli 1919*. Bei *Nichteinhaltung* der *Frift* hat das *Gerecht* im Sinne des *Artikels 26 des Handelsgesetzbuches* vorzugehen.

§ 8. Wo die *Bezeichnung* „*kaiserlich königlich privilegiert*“ (*k. k. priv.*) im *Wortlaut* von *Firmen* vorkommt, entfallen diese *Worte* mit dem *Tage* der *Kundmachung* dieser *Vollzugsanweisung*.

Also merkt es euch ihr alle, die ihr von der *Verehrung* der *Adel* und *Titel* nicht lassen könnt!

Die neuen Regierungsvorlagen.

Die Staatsregierung wird morgen der Nationalversammlung das Gesetz über die Erklärung des 12. November und des 1. Mai als allgemeine Ruhe- und Festtage vorlegen, ferner einen Gesetzentwurf, betreffend die definitive Anstellung der Bezirksschulinpektoren, einen Gesetzentwurf, betreffend die Ermächtigung zu zoll- und handelspolitischen Verfügungen, ferner Gesetze über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen in gewerblichen Betrieben, über die Dauer der Mindestruhezeit, den Ladenschluß und die Sonntagsruhe in Handelsgewerben und anderen Geschäftsbetrieben und über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten, schließlich eine Vorlage, betreffend die Landpostbediensteten.

Die Sozialisierungskommission wird folgende Gesetzentwürfe unterbreiten: über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben, über gemeinwirtschaftliche Anstalten und Gesellschaften gemeinwirtschaftlichen Charakters, über die Vergejellschaftung von Unternehmungen durch die Gemeinden und über die Errichtung von Betriebsräten.

Ottolar Czernin besteht auf einer Untersuchung.

Durch die „Staatskorrespondenz“ wurde amtlich verlautbart, daß Minister a. D. Ottolar Czernin an der Schweizer Grenze durch die deutschösterreichischen Grenzorgane angehalten worden sei.

Um die Unrichtigkeit dieser irreführenden Verlautbarung amtlich festzustellen, hat Ottolar Czernin durch seinen Anwalt Dr. Coumont bei Staatskanzler Doktor Renner die Einleitung einer amtlichen Untersuchung beantragt.

24. IV. 1919

Das Testament Kaiser Franz Josefs I. Der Staatsrat und die Erben des Erzherzogs Franz Ferdinand.

Im Testament des Kaisers Franz Josef, de dato Wien, 6. Februar 1901, Punkt 3, erklärte der Erblasser, „mit der von ihm und den großjährigen Agnaten seines Hauses unterzeichneten Urkunde vom 6. Februar 1901 einen Teil seines Privatvermögens, und zwar die in dieser Urkunde genau bezeichneten Objekte, welche eine Vermögensmasse von rund 60 Millionen Kronen bilden, zu einem mit seinem Ableben in Wirksamkeit tretenden Familienfideikommiß zu widmen, dessen Genuß in Gemäßheit obiger Stiftungsurkunde immer dem jeweiligen Träger der Krone zukommen soll.“

Die bezogene Urkunde besagt, daß die dort taxativ angeführten Immobilien — darunter die vereinigten Besitzungen in Eisenerz und Radmer — und die beweglichen Vermögensbestandteile für immerwährende Zeiten zu einem Familienfideikommiß des Erzhauses Habsburg-Lothringen gewidmet und bestimmt und als ein unveräußerliches Privatgut der Familie erklärt werden. Der Besitz und der Genuß dieses Fideikommisses soll nach dem Rechte der Primogenitur im Mannesstamme, sonach mit der Maßgabe erblich sein, daß die Nachfolge immer dem Erstgeborenen der älteren Linie zukommen soll. Wenn im Laufe der Begebenheiten und der geschichtlichen Entwicklung die Regierungsform der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Aenderung erfahren und die Krone nicht beim Hause Habsburg-Lothringen bleiben sollte, so sollen für die Sukzession in dieses Fideikommiß lediglich die privatrechtlichen Grundsätze zur Anwendung kommen, so wie dieselben durch das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811 derzeit in Kraft bestehen. Zu Lasten des Fideikommissfonds wird unter anderem bestimmt die Zahlung einer für die Witwe und die eheliche Deszendenz des Erzherzogs Franz Ferdinand bestimmten Annuität, bestehend in den Erträgen eines Kapitals von 6 Millionen Kronen, zu welchem Behufe dieses Kapital in dem Fideikommissvermögen intern auszuscheiden und bis zur Erlöschung der auf dasselbe gewiesenen Prästationen unverändert als eine für den Dienst der letzteren bestimmte besondere Masse zu behandeln und zu verwalten, nach Erlöschung der Annuität aber mit dem Stammvermögen wieder zu vereinigen sein wird.

In einem Kodizil de dato Schönbrunn 16. November 1913 wurde bestimmt, daß unter Umgangnahme von der in der Stiftungsurkunde vorgeschriebenen internen Ausscheidung des Kapitals von 6 Millionen Kronen an die mit dem Legat Bedachten alljährlich ein Zehntel des Reinertrages aller zum Fideikommiß bestimmten Vermögensobjekte, zumindest jedoch ein Betrag von 400.000 Kronen, auszubehalten sein wird.

Im Mai 1917 hat nun der Generaldirektor der kaiserlichen Privat- und Familienfonds in der Besorgnis, daß durch die fragliche Testamentsbestimmung den Legatären und deren Nachkommenschaft jedwede Kritik und Kontrolle in die Gebarung der Privat- und Familienfonds offen stünde, mit dem Vormunde der Legatäre, Grafen Jaroslav Thun, und mit dem Generalbevollmächtigten dieser Vormundschaft, dem Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Friedrich Strihs Edlen v. Artstatt, Beratungen gepflogen und diesen Vertretern den Vorschlag gemacht, in Abänderung der testamentarischen Anordnungen des Kaisers sowie unter gleichzeitiger Abänderung der Stiftungsurkunde eine Abfertigung für die Legatäre ein für allemal und sonach bleibend dadurch zu konstruieren, daß an Stelle der Jahresrente die Ausscheidung und Uebernahme des zehnten Teiles vom Gesamtvermögen, das dem Kronfideikommiß laut Stiftungsurkunde zugewiesen wurde, in das freie Eigentum der Legatäre zu erfolgen hätte. Dieses auszuschneidende Zehntel des gesamten Kronfideikommissvermögens wurde derart zu bilden vereinbart, daß das Kronfideikommissgut Eisenerz und Radmer ausgeschieden wurde und die Ergänzung auf das volle Vermögenszehntel durch Auswahl entsprechender Wertpapiere, Barschaften usw. zu erfolgen hätte. Diese Vereinbarung hat die kaiserliche Genehmigung gefunden. Auf Grund einer Entschließung vom 12. Mai 1917 nämlich wurde mit Genehmigung des Obersthofmeisteramtes das der ehelichen Nachkommenschaft des Erzherzogs Ferdinand zugeordnete Legat, welches aus dem zehnten Teile des jährlichen Reinertrages des Kronfideikommisses, zumindest aber aus einer Jahresrente von 400.000 Kronen zu bestehen hatte, durch Uebergabe des Gutes Eisenerz-Radmer sowie durch Uebergabe des zehnten Teiles der zum Kronfideikommiß gehörigen Wertpapiere in das freie Eigentum der drei minderjährigen Legatäre kapitalmäßig berichtigt. Durch diese Transaktion sollten nun für das Familienfideikommissvermögen Verluste im Ausmaße von mehr als 13 Millionen eingetreten sein.

Der Staatsrat hatte sich daher sowohl mit dieser Tatsache als damit zu befassen, daß man es hier mit einer Abänderung einer letztwilligen Verfügung des verstorbenen Kaisers und mit einer Umkonstruierung der von dem verstorbenen Kaiser unter Zustimmung der großjährigen männlichen Agnaten des Herrscherhauses errichteten Stiftungsurkunde zu tun hatte. Der Staatsrat vertrat den Standpunkt, daß dieses Vorgehen saniert und das Testament des Kaisers und die Stiftungsurkunde restituiert werden müssen. Demgemäß wird beantragt, daß zum Behufe dieser Restituierung in gütlichem Wege mit der Vertretung der Legatäre zunächst das Einvernehmen gepflogen werde. Sollten diese Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, wären weitere Schritte in Erwägung zu ziehen. Der Staatsrat beschloß nach den Anträgen des Staatsnotars Dr. Sylvester, die ganze Angelegenheit einer Kommission zu überweisen, der unter dem Vorsitz des Staatsnotars der Staatssekretär für Justiz, der derzeitige Präsident des Verwaltungsgerichtes Dr. Karl Grabmayr und der zweite Präsident des Obersten Gerichtes und Kassationshofes Johann Verka anzugehören hätten. Ueber den weiteren Gang der von dieser Kommission geführten Verhandlungen ist derzeit noch nichts bekannt.

Konstituierende Nationalversammlung.

Wien, 25. April.

Die Nationalversammlung, die heute voraussichtlich nur eine kurze Sitzung halten wird, hat heute zunächst das Gesetz über die Erklärung des 1. Mai und des 12. November als Ruhe- und Festtage in zweiter und dritter Lesung angenommen. Da die amtliche Verlautbarung des Gesetzes mithin noch rechtzeitig erfolgen kann, wird diesmal der 1. Mai schon gesetzlicher Feiertag sein. Zum erstenmal erschien bei dieser Vorlage eine Frau — die Abgeordnete Adelhaid Popp — auf der Berichterstattertribüne. Das Haus setzte dann die Beratung über das Invalidengesetz fort.

(11. Sitzung. — Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.)

Regierungsvorlage.

Die Staatsregierung unterbreitet eine Gesetzesvorlage, betreffend die teilweise Abänderung des Dienstverhältnisses der Kanzleioffizianten, Kanzleioffiziantinnen, Kanzleigehilfen und -gehilfinnen, händigen Aushilfsdiener und Landpostdiener (Landpostdienernovelle). Die Vorlage wird dem Finanz- und Budgetausschusse zugewiesen.

Die Festtage der Republik.

Ueber Vorschlag des Präsidenten Seitz beschließt das Haus, das vom Verfassungsausschusse beschlossene Gesetz über die Erklärung des 12. November und 1. Mai als allgemeine Ruhe- und Festtage sofort in Verhandlung zu ziehen.

Berichterstatterin Adelhaid Popp betont, daß der 1. Mai nicht etwa deshalb zum Festtage bestimmt werde, um einer Klasse der Bevölkerung einen billigen Triumph zu sichern. Der 1. Mai ist seit drei Dekennien für das Proletariat einer der größten Ruhe- und Festtage gewesen, weil er dem großen erhabenen Gedanken des Weltfriedens und der allgemeinen Völkerverständigung und Verbrüderung diene. Der 1. Mai als Feiertag hat auch in den Gebäuchen und Sitten des Volkes tiefe Wurzeln schlagen. Die Erklärung des 1. Mai zum Festtage wird in weiten Kreisen der Bevölkerung Freude und einstimmige Zustimmung auslösen. Ebenso soll mit der Proklamierung des 12. November zum Staatsfeiertag den Idealen weitester Kreise der Bevölkerung Ausdruck gegeben werden. (Lebhafte Beifall und Gändestimmen.)

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Invalidengesetz.

Sodann wird die Verhandlung über das Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgungsgesetz fortgesetzt.

Abg. Hölzl (Sozialdemokrat) führt aus, wenn auch das vorliegende Gesetz nicht allen Anforderungen entspricht, was mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen nicht unbegreiflich ist, so geht es doch jedenfalls sehr weit und habe den Vorteil, daß es nicht einfach von obenher dekretiert, sondern unter weitgehender Einflußnahme der großen Reichsorganisation der deutsch-österreichischen Kriegsschädigten zustande gekommen ist. Durch die Berufsberatung, die Berufsschutz und die gesetzliche Wiedereingliederung der arbeitsfähigen Kriegsinvaliden in Arbeit und Erwerb wird die Vorlage eine wertvolle Ergänzung finden müssen. Redner schließt mit der Bitte um Annahme des Gesetzes, mit dem der Staat eine hervorragende soziale Pflicht erfülle.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters Widholz tritt das Haus in die Spezialdebatte ein, in der unter anderem der Tiroler Abgeordnete Dr. Schumacher über die Südtiroler Frage spricht und einen neuerlichen Appell an Wilson richtet, keine die Deutschen beeinträchtigende Lösung dieser Frage zuzulassen. Die Sitzung dauert fort.

Um 1 Uhr wurde in das Parlamentsgebäude eine Kompanie des 25. Volkswahrbataillons verlegt.

Ein Mitglied der englischen Militärmission im Parlament.

Im Parlament erschien heute vormittag Hauptmann Maclure von der englischen Militärmission, um den Verhandlungen der Nationalversammlung über das Invalidengesetz beizuwohnen. Hauptmann Maclure wurde von Vertretern der Regierung in die Loge geführt, wo ihm die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes erläutert wurden. Hauptmann Maclure bekundete wegen der bevorstehenden Behandlung der Invalidenfürsorge im englischen Unterhause großes Interesse für diese Vorlage.

Der Abbau der Kriegswirtschaft.

Der Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten erhob in seiner heutigen Sitzung nach längerer Debatte folgenden Antrag zum Beschluß:

Die Regierung wird aufgefordert, den Abbau der kriegswirtschaftlichen Zentralen, soweit ihr Bestand sich nicht mehr als notwendig erweist, in die Wege zu leiten.

Die Nationalversammlung wählt ein 21-gliedriges Komitee unter möglicher Berücksichtigung des Umstandes, daß in ihm besonders die großen Gruppen von Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft sowie der Verbraucher vertreten sind, dem die Aufgabe zufällt, die beschleunigte wirtschaftliche Demobilisierung zu überwachen und der Regierung im Gegenstande beratend zur Seite zu stehen.

Ferner gelangte eine Resolution Heintl zur Annahme, wonach der Ausschuß empfiehlt, dem zu wählenden Komitee Experten aus den Kreisen der Interessenten zuzuziehen. Weiter wurde eine Resolution des Abgeordneten Dr. Simpl, betreffend Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung von Holz und Stroh sowie eine Resolution des Abgeordneten Buchinger, betreffend ehestige Auflösung der Kronkonzentrale, angenommen. Zum Berichterstatter für das Haus wurde Abgeordneter Kolmann bestellt.

Freigabe des legitimen Handels.

In der Nationalversammlung stellten die Abgeordneten Dr. Angerer, Dr. Strajner, Bernhard Egger (großdeutsch) und Genossen an den Staatssekretär für Handel und Gewerbe bezüglich der Freigabe der nicht rationierten Lebensmittel und Bedarfsartikel für den gesetzlichen (legitimen) Handel nach ausjürlischer Begründung die Anfrage: 1. Ist der Herr Staatssekretär geneigt, angesichts der Aufhebung der Blockade, der notwendigen Belegung des Warenverkehrs und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Handelsbetrieben die bestehenden Beschränkungen im Warenverkehr allmählich zu beseitigen und 2. ist der Staatssekretär geneigt, den legitimen Handel, den freien Verkehr, zunächst wenigstens für jene Lebensmittel und Bedarfsartikel, die nicht rationiert sind, zu gestatten? Ist der Staatssekretär geneigt, zu verfügen, daß die in den einzelnen Ländern lagernden Zementvorräte sowie ein entsprechender Teil der Erzeugung der Länder für Notstandsbauten und die Wiederaufbauaktion unverzüglich freigegeben werden, und was gedenkt der Staatssekretär zu veran-

lassen, um die gegenwärtig herrschenden unhaltbaren Zustände im Zementverkehr ehestens zu beseitigen?

25. IV. 1919

Beigelegte Meinungsverschiedenheiten zwischen Christlichsozialen und Regierung.

Wien, 24. April.

Im Hause waren heute Krisengerüchte verbreitet. Es hieß, daß zwischen den Christlichsozialen und der Regierung verschiedene Differenzen bestehen, die ein Verbleiben der Christlichsozialen in der Regierungsmehrheit zweifelhaft machen könnten. Als solche Differenzpunkte wurden angeführt der Erlaß des Unterstaatssekretärs Glöckel über die religiösen Übungen, der Antrag über die Verstaatlichung der Volks- und Mittelschulen, der Gesetzentwurf über die Volkspflegestätten, Meinungsverschiedenheiten über die Sozialisierungsgesetze und schließlich auch eine Strömung, die sich in der letzten Zeit bei den Christlichsozialen gegen den Anschluß an Deutschland bemerkbar gemacht hat. Diese Gerüchte finden keine Bestätigung. Die Differenzen, die zwischen den Christlichsozialen und der Regierung bestanden haben, können bereits als beigelegt gelten. Die christlichsoziale Partei besteht nicht auf der Demission des Unterstaatssekretärs Miklas. Unterstaatssekretär Miklas wird daher im Sinne des Beschlusses des Hauptausschusses auch weiter im Amte verbleiben. Der Antrag über die Verstaatlichung der Volks- und Mittelschulen wurde vorläufig zurückgestellt. Bezüglich der Sozialisierung bestanden Gegensätze nur hinsichtlich der landwirtschaftlichen Betriebe. Ursprünglich sollte die Sozialisierung ebenso wie bei der Industrie auch bei den landwirtschaftlichen Betrieben bei zehn Arbeitern beginnen. Diese Zahl wurde für die landwirtschaftlichen Betriebe auf zwanzig Arbeiter erhöht. Bezüglich des Gesetzentwurfes über die Volkspflegestätten sind die bestandenen Differenzen noch nicht ausgeglichen. Die Christlichsozialen sind dagegen, daß die Enteignung der Schlösser, Paläste und Luxusbauten für Volkspflegestätten ohne jede Entschädigung für die Eigentümer erfolgen soll. Diese Haltung der Christlichsozialen ist hauptsächlich auf prinzipielle Gründe zurückzuführen, da sie in einem solchen Vorgange den Beginn einer sich dem Kommunismus nähernden Gesetzgebung erblicken. Diese Ansicht wird übrigens auch von der Großdeutschen Vereinigung vertreten. Die Christlichsozialen haben bereits heute in der Nationalversammlung demonstrativ die erste Lesung dieser Regierungsvorlage verlangt, und es ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß sie sich nicht mit der Großdeutschen Vereinigung ins Einvernehmen gesetzt hatten, daß dieser Antrag abgelehnt wurde. Jedenfalls werden die bürgerlichen Parteien darauf bestehen, daß das Prinzip der Entschädigung, das in den übrigen Sozialisierungsgesetzen anerkannt wurde, auch bei diesem Gesetzentwurf in irgendeiner Form zum Ausdrucke kommt.

Staatskanzler Dr. Renner ist heute im Klub der Christlichsozialen erschienen und erörterte auch den Standpunkt der Regierung bezüglich der Anschließfrage. Aus den Mitteilungen Dr. Renners geht hervor, daß der Regierung bisher keine konkreten Vorschläge der Ententemächte für den Fall, als Deutschösterreich auf den Anschluß an Deutschland verzichten sollte, vorliegen. Was bisher über solche Konzessionen ver-

lautete, sei immer wieder von Mittelsmännern mitgeteilt worden, die nach keiner Seite hin autorisiert sind. Sollten der Regierung derartige Vorschläge offiziell mitgeteilt werden, so wird sie die Regierung selbstverständlich prüfen. Der Staatskanzler selbst habe jedoch die persönliche Ueberzeugung, daß eine gedeihliche wirtschaftliche Zukunft Deutschösterreichs nur mit einem Anschluß an das Deutsche Reich möglich sei. Die Aufklärungen, die Staatskanzler Dr. Renner seitens der Regierung im Klub der Christlichsozialen abgegeben hat, haben dazu beigetragen, die Mißstimmung, die bei den Christlichsozialen vorhanden war, zu beseitigen.

Das Gesetz für die Kriegsoptioner.

Heute beendete die Nationalversammlung die Verhandlung über das Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorgegesetz. In der Generaldebatte sprachen noch Högl und Dr. Ursin.

Högl führte aus, daß die Kriegsinvaliden Opfer der dynastischen und imperialistischen Interessen seien. Darum lassen sie sich aber auch weder von rechts noch von links dazu mißbrauchen, sich auf Wege zu begeben, die nicht auf organische Weise aus den Verwüstungen des Krieges herausführen. Wenn auch das Gesetz nicht allen Anforderungen entspricht, was mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen nicht unbearbeitlich ist, so geht es doch jedenfalls sehr weit und hat den Vorteil, daß es nicht einfach von oben her dekretiert, sondern unter weitgehender Einsichtnahme der großen Reichsorganisation der Kriegsschädigten zustande gekommen ist. Durch die Berufsberatung, die Berufsschulung und die gefühlvolle Wiedereingliederung der arbeitsfähigen Kriegsinvaliden in Arbeit und Erwerb wird die Vorlage eine wertvolle Ergänzung finden müssen.

Berichterstatter Widholz erinnert daran, daß es eine Zeit gegeben habe, da man sich mit Erfolg um die Vermeidung des heutigen Elends hätte bemühen können. Die Sozialdemokraten haben alles getan, um diesen schauerlichen Krieg zu verhindern. Man dürfe feststellen, daß ein Gesetz, das auf sozialpolitischer Basis so ausgiebig vorsorge wie dieses, im alten österreichischen Parlament niemals beschloffen worden ist. An mich, der ich von meinen Parteifreunden beauftragt war, dem Verbandstag der Invaliden beizuwohnen, hat ein greißler Offizier die Frage gestellt: „Wir haben uns doch an die Abgeordneten aller Parteien gewendet; warum kommt denn von diesen Herren niemand her?“ Hinsichtlich der Erholungs- und Heilstätten für die Invaliden richtet auch der Referent an die Regierung das Ersuchen, raschestens in dieser Richtung Vorsorge zu treffen. (Lebhafte Beifall.)

In der Spezialdebatte erklärte Michael Mayr (Christlich sozial), daß die Christlichsozialen dagegen stimmen werden, daß die nicht angetrauten Frauen Witwenpension bekommen, denn die Christlichsozialen seien nicht in der Lage, ein eheähnliches Verhältnis anzuerkennen.

Gabriele Proft wies nun auf die schweren Schädigungen hin, die die Frauen während des Krieges erlitten haben. Sie lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit auf die schweren Benachteiligungen hin, die die Frauen erlitten haben, die als Hilfskräfte bei der Armee im Felde verwendet wurden. Die Rednerin wendet sich dagegen, daß in der Debatte von „Lebensgefährtinnen“ gesprochen wurde. Es sollte doch niemanden geben, der es wagte, in dem Augenblick, da man den Kriegsoptionern eine Entschädigung angedeihen läßt, Unterschiede zwischen denen zu machen, die regelmäßig getraut sind, und denjenigen, bei denen dies nicht zutrifft. Wenn sonst nichts über die es Land gekommen wäre als jene Art von Lebensgemeinschaften, die eine engherzige und lieblose Gesellschaft mit dem Worte Konkubinat zu bezeichnen beliebt, könnten wir ruhig sein und wir ständen heute nicht hier, um das Gesetz zu beschließen. (Zustimmung.) Man darf auch nicht übersehen, daß die Gesellschaft es den meisten Lebensgefährtinnen unmöglich gemacht hat, zu heiraten, bevor die Männer ins Feld gegangen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Zuerkennung von Renten darf kein Unterschied zwischen denen, die verheiratet sind, und denen, die es nicht sind, gemacht werden. Alle, ohne Unterschied der Partei, sind wohl der Meinung, daß den Opfern des Krieges gar nicht so viel gegeben werden kann, als ihnen gebührt. Die Mittel sind beschränkt durch die Armut des Staates, der durch den Krieg in eine so traurige Lage geraten ist. Vielleicht kommt es später einmal dahin, die Renten so zu erhöhen, wie es den Verhältnissen entspricht. Wir bedauern es, daß wir den tief bellagerten Opfern des Krieges nicht mehr bieten können, um ihren Unterhalt auch in fernerer Zeit zu ermöglichen; alle jedoch sind einig darin, daß die Ueberlebenden aus diesem Kriege alle Kraft aufbieten werden, um denen, die durch den Krieg zu Schaden gekommen sind, zu helfen, soweit es nur möglich ist. (Lebhafte, anhaltende Beifall und Händeklatschen.)

Staatssekretär Hanusch erklärt die Regierung wolle alles daransetzen, daß das Gesetz schon vor dem 1. Juli in Kraft treten könne. Bisher hatten die Invaliden alle Ursache zur Unzufriedenheit und alle Beschwerden sind vollaus gerechtfertigt. Es werden sofort Beamte in alle Landeshauptstädte entsendet werden, um den organisatorischen Apparat mit Hilfe der Landesregierungen in den Ländern aufzubauen, damit das Gesetz möglichst rasch in Kraft treten kann. Mit dem Aufbau des Apparats, der immerhin sehr schwierig ist, wird man kaum vor dem 15. Juni fertig werden. Für diese zwei Monate wurde in den letzten Tagen den Invaliden für jeden Monat eine Million Kronen zur Anschaffung von Lebensmitteln zugebilligt, damit sie während dieser Zeit über die größte Not hinwegkommen. Das Haus möge versichert sein,

daß namentlich dem Amte für soziale Verwaltung die Schmerzen und Beschwerden der Invaliden nicht unbekannt sind. Es war aber bisher nicht in der Lage, für alle die Beschwerden Abhilfe zu schaffen. Seit Monaten gibt sich die Regierung alle Mühe, ein entsprechendes Gebäude in Wien zu erhalten, um die Anwesenheiten der Invaliden in einem Hause zu vereinigen. Es war aber nicht möglich, ein Haus für diese Zwecke freizubekommen. Gegenwärtig sind die Verhandlungen so weit gediehen, daß wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen dem Wunsche der Invaliden wird Rechnung getragen werden können. Vom Inkrafttreten des Gesetzes verspricht sich das Staatsamt für soziale Verwaltung vor allem eine Beruhigung der Invaliden. Es wird alles geschehen, um das Gesetz wenn nicht früher, so am 15. Juni in Kraft treten zu lassen. (Lebhafte Beifall.)

Es sprachen noch Schumacher, Edlinger, Kittinger und Paulitsch.

Das Gesetz wurde in allen seinen Teilen unverändert angenommen und auch gleich in der dritten Lesung beschlossen.

26. IV. 1919

Neuerliche Unruhen in Wien.

Zu Anschläge an die gestern nachmittag vor dem Rathaus abgehaltene Versammlung von Invaliden und Heimkehrern, an welcher sich gegen 1500 Personen beteiligten, kam es in den Abendstunden neuerlich zu Ausschreitungen. Die Demonstranten, deren Versuche, in die Innere Stadt einzudringen, durch die Volkswehr und Polizei verhindert wurden, zogen über den Ring und entsandten in das Staatsamt für Heerwesen eine Deputation. Schon dort kam es zu erregten Zwischenfällen, als einige Trupps in Ringkaffeehäusern eindrangen und die Gäste vertrieben. Da die in die Leopoldstadt führenden Brücken nicht abgesperrt waren, gelang es der Menge, in die Laborstraße zu kommen, wo dann ein Kaffeehaus gänzlich demoliert und die anwesenden Gäste und Bediensteten mißhandelt und ihrer Kleider und Barschaften beraubt wurden. Auf ihrem weiteren Zuge begegneten die Exzedenten jedoch schon dem Widerstande der inzwischen herbeigeleiteten Wache, mit der es zu einem regelrechten Feuertreffen kam, bei dem eine Reihe von Personen, darunter auch Passanten, verletzt wurden. Auch an andern Stellen des 2. Bezirkes und später auf dem Ferdinandsplatz gegenüber der Brücke wurden Schüsse gewechselt. Schließlich wurden die Exzedenten, von denen einige verhaftet wurden, vertrieben. Nach 8 Uhr abends herrschte überall Ruhe.

Eine Warnung der Staatsregierung.

Zu den gestrigen Ausschreitungen verlaubbart die „Staatskorrespondenz“:

Der Unernst und die Unverantwortlichkeit, womit von den Hintermännern der Kommunisten — die führenden Männer halten sich bezeichnenderweise selbst fern — derzeit in Wien Straßenversammlungen abgehalten werden, ist aus der gestrigen Kundgebung sichtbar geworden. Zur selben Stunde, wo die Nationalversammlung als die erste gesetzgebende Körperschaft der Welt das Invalidengesetz zum Beschluß erhob und trotz der Armut des Staates sehr beträchtliche Aufwendungen für die Invaliden beschlossen hat, haben einzelne Kommunisten eine Versammlung vor dem Rathaus veranstaltet, die außer einem kleinen Bruchteil der Interessenten eine große Zahl von Leuten angezogen hat, die offensichtlich weder Kriegsteilnehmer noch Invaliden sind und ganz andre Zwecke zu erreichen die Gelegenheit suchen. Das beweisen die Blinderungen, die sich an die Demonstration

anschlossen. Die Säbarn sind vor das Parlament und über die Ringstraße gezogen. Invaliden und Kriegsteilnehmer haben sich nach der Kundgebung zum Meist zerstreut, jene unbesessenen Teilnehmer der Demonstration haben, wie es scheint, auf eigene Faust weiter demonstriert und da und dort Verwirrung hervorgerufen und zum Schlusse schwere Ausschreitungen begangen.

Mit übermenschlicher Geduld haben alle Organe der öffentlichen Sicherheit Selbstbeherrschung bewahrt und sich auf die bloße Abwehr beschränkt. Zum Glück ist kein Todesopfer zu beklagen, aber wieder sind mehr Verletzungen fast nur auf Seiten der Bewaffneten als auf Seiten der angeblich Unbewaffneten. Diese Tatsache bezeugt neuerdings, daß die Staatsregierung und alle ihre Organe von dem Willen beseelt sind, weitere Opfer, und insbesondere Kriegsopfer, mitten im Frieden zu vermeiden. Es wird den kommunistischen Agitatoren nicht gelingen, die Republik vor dem Volke und vor den Lebenden selbst ins Unrecht zu setzen. Die gesamte Arbeit der öffentlichen Gewalt zielt offensichtlich dahin ab, zu helfen und zu heilen; frei von jeder Autoritätspielerei, tragen die Behörden der allgemeinen Erregung Rechnung und vermeiden die Anwendung überkommener Gewaltmittel. Das gibt aber auch der Regierung das Recht, jedermann aufmerksam zu machen, daß mit diesen Straßenaufzügen nichts bewiesen und nichts anderes bewirkt werden kann als vermehrtes Unheil, und jedermann aufzufordern, an derlei Veranstaltungen nicht teilzunehmen und deren Arrangements allein zu lassen. Abhilfe gegen die Not ist nur durch Gesetzgebung und Verwaltung möglich; die Gesetzgebung, die ohnehin die verantwortlichen Organisationen der Hilfsbedürftigen ständig zu Rate zieht, darf in ihrer Arbeit nicht beeinträchtigt werden durch Unruhestifter, die mit zufällig zusammenströmenden unorganisierten Elementen an Parlament und Regierung Erpressungen üben wollen.

Daher steht sich die Regierung genötigt, in Erinnerung zu rufen, daß Versammlungen unter freiem Himmel zur Zeit der Tagung des Parlaments gesetzlich unzulässig sind. Sie erwartet Einverständnis und Mitbille der ganzen Bevölkerung, wenn sie daran geht, diesen Unfug abzustellen.

Ein Kronrat in Rom.

Genf, 24. April. Ministerpräsident Orlando teilte Pariser Korrespondenten italienischer Blätter mit, daß ihm ein die Unterschriften Wilsons, Clemenceaus und Lloyd Georges tragender auf die strittigen Adriaragen bezüglicher Fragebogen übermittelt wurde. Orlando vermißt es, Einzelheiten dieses Fragebogens der Presse bekanntzugeben, weil er die Priorität dem König vorbehält. Als wahrscheinlich gilt

die Abhaltung eines Kronrates in Rom, in welchem General Diaz eine sehr bedeutende Stimme haben soll.

Der Neue Tag
26. IV. 1919

127

Keine Sommerzeit in Deutschösterreich.

Nach einem Beschlusse des Kabinettsrates sollte in Deutschösterreich auch in diesem Jahre die Sommerzeit ins Leben treten und die Regierung hatte hierfür den 28. April d. J. ins Auge gefaßt. Der Hauptausschuß hat sich indes im gegenteiligen Sinne entschieden. Die Regierung sieht sich durch diese ablehnende Haltung des Hauptausschusses veranlaßt, von der Einführung der Sommerzeit abzusehen und hat gestern die Vollzugsanweisung über die Einführung der Sommerzeit für das Jahr 1919 außer Kraft gesetzt.

Die übrige Verhandlung.

11. Sitzung. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1/12 Uhr. Vor allem wird der Bericht des Verfassungsausschusses über das Gesetz, das den

12. November und den 1. Mai als allgemeine Ruhe- und Festtage erklärt, in Verhandlung gezogen.

Berichterstatterin Adelheid Popp betont, daß der 1. Mai nicht etwa deshalb zum Festtag bestimmt werde, um in der Klasse der Bevölkerung einen billigen Triumph zu feiern. Das lag der Regierung und dem Verfassungsausschuß vollständig fern. Der 1. Mai ist seit drei Dezennien für das Proletariat einer der größten Ruhe- und Festtage gewesen, aber der 1. Mai wurde nicht deshalb als Feiertag erklärt, sondern in erster Linie deshalb, weil er als Festtag seit jeher den großen, erhabenen Gedanken des Weltfriedens und der allgemeinen Völkerverbrüderung und Verbrüderung verkörperte. Der 1. Mai als Feiertag hat auch in den Gebräuchen und Sitten des Volkes tiefe Wurzeln geschlagen. Die Erklärung des 1. Mai zum Festtag wird in weiten Kreisen der Bevölkerung Freude und einmütige Zustimmung auslösen. Schon heuer sollen wir uns das erstemal alle an diesem neuen Festtag erfreuen. Ebenso soll mit der Proklamierung des 12. November zum Staatsfeiertag den Idealen weitester Kreise der Bevölkerung Ausdruck gegeben werden. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Das Gesetz wird ohne weitere Debatte in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben. Dann folgt die Beratung über das Invalidentengesetz, worüber wir schon berichtet haben. Schließlich beantwortete der Staatssekretär für Finanzen eine Anfrage des Abgeordneten Görtler wegen der Geldsperre. Er versichert, daß das Staatsamt alle Schikanen, die auf dem privaten und geschäftlichen Leben schwer lasten, nach Möglichkeit zu lindern suche. Eingebraucht werden sieben Anträge und zwei Anträgen. Die nächste Sitzung dürfte, da man jetzt dem Ausschuß Zeit lassen muß, erst am 6. Mai stattfinden.

Der Neue Tag
26. IV. 1919

129

Alkoholverbot am 1. Mai.

Die Landesregierung hat verfügt: Am 1. Mai ist in allen Gewerbebetrieben in Niederösterreich der Verkauf, der Ausschank und die Verabreichung geistiger Getränke ausnahmslos untersagt. Uebertretungen dieser Vorschrift werden nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung auf das strengste, unter Umständen mit Arrest bestraft.

Eine staatsrechtliche Verwahrung der Bauernpartei.

Gegen die Veratung der Enteignung landwirtschaftlichen Bodens und von Wiederbesiedlungsfragen in der Nationalversammlung.

Heute hielt der landwirtschaftliche Ausschuß eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung das Wiederbesiedlungs-gesetz stand. Nach diesem Gesetz können land- und forstwirtschaftliche Grundstücke, die ein selbständiges Bauerngut oder Häusleranwesen gebildet, diese Eigenschaft aber seit dem 1. Januar 1870 durch Vereinigung mit anderen Grundstücken in der Hand desselben Eigentümers verloren haben und entweder vornehmlich Jagd- oder Luxus-zwecken dienstbar gemacht oder Bestandteile eines der Hauptsache nach forstwirtschaftlichen Betriebes geworden sind, bei wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit der Wiederbesiedlung zugeführt werden.

Im Verlauf der Debatte gab Abgeordneter Stocker namens der deutschen Bauernpartei folgende Erklärung ab:

Nach den zu Recht bestehenden Landesordnungen fallen Angelegenheiten der Landeskultur in den Wirkungsbereich der Landesgesetzgebung (§§ 11 und 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 R. G. Bl. Nr. 141, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird. § 18 der Landesordnung für Steiermark). Die Frage, wann und unter welchen Voraussetzungen Großgrundbesitz oder landwirtschaftlicher Boden enteignet werden dürfe, ist eine Angelegenheit der Landeskultur. Die Regierungsvorlage des Entwurfes eines Staatsgesetzes über die Wiederbesiedlung von gelegten Bauerngütern und Häusleranwesen greift daher in den Wirkungsbereich der Landesgesetzgebung über. Dem Vernehmen nach sollen noch weitere Entwürfe vorbereitet werden, welche die Verringerung und den Abbau des Großgrundbesitzes bezwecken. Gegenüber diesem Uebergriff in den Wirkungsbereich der Landesgesetzgebung wird Verwahrung eingelegt. Wir wollen, daß bei der Frage der Enteignung des Großgrundbesitzes die Verhältnisse der einzelnen Länder, insbesondere die von Steiermark, sachgemäß gewürdigt und berücksichtigt werden. Wir wollen, daß das enteignete Gebiet der Verfügung der Landesorgane und nicht der Staatsorgane untersteht.

Wir wollen nicht, daß die Regelung des gesamten Forstwesens, welche an die geplante Enteignung von Privatforsten für das Land Deutschsteiermark angeschlossen würde, wieder einmal unmöglich gemacht werde. Die Frage, ob die konstituierende Nationalversammlung in der Lage ist, einseitig die bestehenden Landesordnungen zu ändern, ist eine elementare Grundfrage des öffentlichen Rechtes. Die einzelnen Länder, welche den neuen Staat Deutschösterreich bilden, haben sich diesem Staate angeschlossen unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß ihre Landesordnungen aufrecht bleiben. Unser Rechtsstandpunkt ist der, erstens daß, solange die gegenwärtigen Landesordnungen gelten, kein Eingriff in die Angelegenheiten der Landeskultur seitens des Staates Deutschösterreich erfolgen darf und daß daher alle mit dem Abbau des Großgrundbesitzes und der inneren Besiedelung überhaupt zusammenhängenden Fragen der Landesgesetzgebung vorbehalten sind.

Unser Rechtsstandpunkt ist ferner, daß eine Aenderung der Landesordnung, insbesondere jener Bestimmung derselben, welche Angelegenheiten der Landeskultur der Landesgesetzgebung zuweist, durch die konstituierende Nationalversammlung nicht erfolgen kann. Recht muß Recht bleiben, wir wollen nicht, daß in unserem neuen Staate das Landrecht das Staatsrecht bricht, wir wollen aber, daß das Staatsrecht das Landrecht nur dort bricht, wo dies nach der Rechtsordnung des neuen Staates, welche durch die konstituierende Nationalversammlung allein nicht geändert werden darf, verfassungsmäßig zulässig ist.

Wir beantragen daher, daß das vorliegende Wiederbesiedlungsgesetz an die Staatsregierung rückverwiesen werde. Aufgabe der Staatsregierung ist es ein Rahmengesetz wegen Abbaues des Großgrundbesitzes und der Wiederbesiedelung vorzulegen, in dem das Recht der Enteignung von Grund und Boden und die gemeinsamen Fragen geregelt werden. Die Durchführung des Abbaues des Großgrundbesitzes und die damit in unmittelbarer Verbindung stehende Wiederbesiedelung der gelegten Bauerngüter ist Sache der Landesgesetzgebung.

Die Verwaltungsreform.

Die „Staatskorrespondenz“ meldet: Durch das Gesetz über die Uebernahme der Staatsgewalt in den Ländern wurde an Stelle des bürokratischen Regimes in den Ländern die Selbstregierung eingeführt und dadurch der Dualismus der landesfürstlichen und autonomen Verwaltung in den staatlichen Mittelstellen überwunden. Der nächste Schritt auf dem Wege der Selbstregierung wäre die Einrichtung einer demokratischen Lokalverwaltung, welche an Stelle der Bezirkshauptmannschaften Kreisvertretungen und Kreisregierungen einführt.

Diese Reform setzt jedoch eine Klärung mancher Verfassungsfragen voraus, die die konstituierende Nationalversammlung erst dann lösen kann, wenn die drängendsten sozialen Aufgaben erledigt sind. Früher hat unsere Gesetzgebung kaum die Mühe zur Aenderung unserer Verwaltungseinrichtungen, die eine überaus sorgfältige legislative Arbeit erfordern. Inzwischen beabsichtigt die Staatskanzlei und das Staatsamt für Inneres und Unterricht, die längst fällige Reform des Verwaltungsverfahrens und des Besoldungswesens durchzuführen. In der zweiten Hälfte des Monats Mai wird die Regierung die Vorlagen über das Verwaltungsverfahren, dann über das Verwaltungsstrafverfahren, ferner über die Geschäftsordnung für die Verwaltungsbehörden und endlich über die Haftpflicht der Verwaltungsbeamten und Verwaltungsbehörden fertigstellen und die Entwürfe zur parlamentarischen Beratung bereistellen. Inzwischen wird der innere Dienstbetrieb in den Zentralstellen reformiert. Da hierzu die Gesetzgebung nicht in Anspruch genommen werden muß, können diese Reformen in kurzem Wege durchgeführt werden. Die Zusammenlegung der Staatsämter beschäftigt derzeit alle Dienstzweige. Vorkünftig haben sich in einer gemeinsamen Aussprache alle Staatsämter über die vorzunehmende neue Zuteilung einzelner Ämter und Stellen geäußert, und der

Kabinettsrat wird im Laufe dieser oder der nächsten Woche über die endgültige Gliederung der Zentralverwaltung Beschluß fassen.

Die Besoldungsreform.

Zur Entlastung des Kabinetts in Beamtenangelegenheiten, die bei der Neuordnung des Staates einen ungeheuren Umfang angenommen haben, hat seinerzeit der Staatsrat die Einsetzung eines zwischenstaatsamtlichen Komitees für Beamtenangelegenheiten beschlossen. Dieses Komitee vereinigte unter dem Vorsitz des früheren Unterstaatssekretärs Dr. Beck die mit dem Personalreferat betrauten Vertreter aller Staatsämter. Im Auftrag des Kabinetts hat dieses zwischenstaatsamtliche Komitee den Entwurf eines Besoldungsreformgesetzes ausgearbeitet. Der Entwurf ist noch nicht Kabinettsbeschluß, sondern bloß Komiteearbeit, die als Grundlage der meritokratischen Beratung dienen soll. Um nun den Organisationsstellen der Staatsangestellten die Gelegenheit zu geben, vor der Beschlußfassung des Kabinetts zu dem Entwurf Stellung zu nehmen, hat der Staatskanzler als Staatssekretär für Inneres und Unterricht die Geschäftsstelle die Ermächtigung erteilt, den Entwurf zunächst als Vorschlag des zwischenstaatsamtlichen Komitees den Angestellten-Organisationen zur schriftlichen Begutachtung binnen 14 Tagen zuzusenden. Mit der Befragung ist die Geschäftsstelle des Komiteedepartements 18 der Finanzen beauftragt. Auf Grund der von den Organisationen zu erwartenden schriftlichen Äußerungen wird die Staatsregierung eine mündliche Aussprache mit den Vertretern der Organisationen vornehmen, wofür ein Tag Mitte Mai in Aussicht genommen ist. Auf Grund dieser vorangegangenen Aussprache und der schriftlichen Gutachten wird sodann der Kabinettsrat über den Entwurf Beschluß fassen. Um sicherzustellen, daß keine Organisation, die an dem Entwurf ein Interesse nimmt, übergangen werde, werden die Organisationen aufgefordert, bei der erwähnten Geschäftsstelle des Komitees die Zusendung eines Exemplars des Entwurfes anzusprechen.

29. IV. 1919

**Einschränkung der Höflichkeitsformeln in der
Amtskorrespondenz.**

Im Sinne des Kabinettsratsbeschlusses vom 6. März 1919 sind in Zukunft lediglich jene Höflichkeitsformeln weiter zu gebrauchen, die im Rahmen des guten Tones liegen, hingegen haben Anreden, wie Hochwohlgeboren, Wohlgeboren usw., sowie alle Ergebenheitsfloskeln, wie ergebenst, untertänigst, gehorsamt usw. zu entfallen.

30. IV. 1919

133

Niederösterreichische Landesversammlung.

Wien, 30. April.

Die provisorische niederösterreichische Landesversammlung fällt heute ihre letzte Sitzung ab. Nach dem Umstürze am 1. November auf dem Wege der Vereinbarung unter den Parteien zustande gekommen, hat die Landesversammlung in sieben Sitzungen neben der Erledigung zahlreicher laufender Landesangelegenheiten die Grundlagen für die Neuordnung der autonomen Landesverwaltung gelegt, deren weiterer Ausbau dem neuen Landtage vorbehalten bleibt, der am 4. Mai gewählt werden wird. Die Demofrastrierung des Wahlrechtes für den Landtag selbst wie für die Gemeinden Niederösterreichs wird den Vertretungskörpern Niederösterreichs einen ganz neuen politischen Charakter aufprägen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht vor allem der Antrag des Wahlausschusses über die Neuwahl der Gemeindevertretungen in Niederösterreich mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut, über den wir bereits berichtet haben. Hierzu hat nun der Ausschuss heute folgenden ergänzenden Antrag vorgelegt: Der Landesrat wird angewiesen, allen Landesabgeordneten zu empfehlen, für die Dauer der Wahlwerbung einen Urlaub zu bewilligen. Zur Ausübung des Mandats als Landtagsabgeordneter, Stadtrat oder Bezirksvorsteher in Wien ist über die Dauer des Mandats ebenfalls Urlaub zu gewähren.

Am Beginn der Sitzung beantwortete Landeshauptmann Steiner die Interpellation des Abg. Wolny, betreffend die Ausnahme galizischer Einwanderer in den Heimatsverband niederösterreichischer Gemeinden. Er führt aus, daß in den Gemeinden Kapelsdorf und Tulbing im politischen Bezirke Tulln unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften das Heimatsrecht zuerkannt wurde. Bei der angeordneten Überprüfung habe sich herausgestellt, daß den Aufnahmsbewerbern die Heimatscheine unter anderem durch den Wiener Verein „Zion“, 2. Bezirk, Firkusgasse, übermittleit worden seien. Die Erhebungen brachten das Ergebnis, daß in beiden Gemeinden ungefähr 250 Bewerber ungesetzliche Aufnahme in den Heimatsverband gefunden haben. Die Bewerber gehören fast durchwegs den gebildeten Ständen an, sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl Hochschul-, Rechtsanwält-, Militärärzte, Doktoren der Rechte und der Medizin. In dieser Angelegenheit spielte auch der Verband „Zion“ für die Kolonisation Palästinas und Syriens eine große Rolle. Die Heimatsrechtsschwerer gehören fast ausschließlich Kreisen solcher Kriegsflichtlinge an, welche die Bedingungen zum Erwerbe der österreichischen Staatsbürgerschaft wegen zu kurzer Aufenthaltsdauer nicht erhalten können und stammen überwiegend aus den östlichen Gebieten der ehemaligen Monarchie. Für Eingemeindungen wurden verhältnismäßig hohe Preise bezahlt. In einem Falle hat eine Partei beim Zionistischen Verband den Beitrag von 5000 K. erlegt, während die Gemeinde nur 2000 K. erhielt. Sofort lieferbare Heimatscheine standen im Kurs außerordentlich hoch. Nach dem bisherigen Untersuchungsresultate sind viele Heimatsrechtsverleihungen ohne Befragen des Gemeindeausschusses vom Bürgermeister selbst durchgeführt worden. In der Gemeinde Tulbing wurde der Bürgermeister vom Gemeindeausschuss generell ermächtigt, noch weitere Aufnahmen allein vorzunehmen. Die Untersuchung hat weiters ergeben, daß zahlreiche Heimatscheine auf das Frühjahr 1918 vordatiert wurden. Es wurden alle Anordnungen getroffen, um die Aufhebung der gesetzlichen Aufnahmsbeschlüsse und Ungültigkeitserklärung der Heimatscheine zu erwirken, und es sei auch vorgesorgt worden, daß in allen Gemeinden genaue Revisionen bis in das Jahr 1914 zurück vorgedonnen werden.

Landeshauptmann Steiner beantwortet ferner die Interpellation Schürff, betreffend die Czechisierung von Unter-Themenau, sowie die Interpellation Denz, betreffend die Czechisierung einzelner Teile Niederösterreichs. Von der Errichtung einer Komensky-Schule im 10. Bezirk sei ihm nichts bekannt. Unter dem Drucke des feindlichen Gewalt seien die deutschen Schulen in Unter-Themenau zwar geschlossen, aber deren rechtlicher Bestand nicht aufgehoben worden. Er verweist auf den Protest, der den Ententevertretern in dieser Angelegenheit übermittelt wurde.

Abgeordneter Silberer teilt mit, daß er auf dem Semmering eine Schenkung von 20.000 Quadratmeter Grund für den Bau von Arbeiterkolonien gemacht habe, jedoch unter der Bedingung, daß die Baukosten von 400.000 K. von den Großunternehmern auf dem Semmering aufgebracht werden.

Die Sitzung dauert fort.

Sekretär Döbner (Arbeitgeberhauptverband) beklagt den Mangel einer Organisation bei den Gastwirten, dessen Folge der heutige Vertragsbruch ist. Die Gastwirte sind nicht in der Lage, den Kampf mit der Arbeitererschaft zu führen, deshalb empfehle es sich, um einem Streit vorzubeugen, die Forderungen der Gehilfen nicht zu hoch. (Widerspruch.) Als Redner auf die Entwertung des Geldes zu sprechen kommt, wird er stürmisch unterbrochen. Die Versammlung beschließt, ihm das Wort zu entziehen. Gehilfenobmann Schäfer ist der Ansicht, daß der neue Vertrag endlich Ordnung in das Gewerbe bringen werde. Den 3000 Unternehmern stehen 12.000 Gehilfen gegenüber, dazu kommen noch 8000 arbeitslose Gehilfen. Die ganze industrielle Arbeitererschaft habe sich mit den Gastwirtegehilfen solidarisch erklärt. Nimmt die heutige Versammlung den Vertrag nicht an, dann werden die Gastwirtschaften, Kaffeehäuser und Hotelbetriebe morgen stillstehen.

Der Arbeits- und Lohnvertrag wurde dann einstimmig angenommen.

Vorstandsmitglied Hütter brachte die Frage der Schließung der Gastwirtebetriebe am 1. Mai zur Sprache und empfahl, es jedem einzelnen zu überlassen, nach eigenem Ermessen vorzugehen. Die Arbeitererschaft sei bereit, in den Lokalen, die offengehalten werden, den Dienst aufrechtzuerhalten. Redner regt an, daß in jenen Straßen, in denen Umzüge stattfinden, während der Kundgebung die Lokale geschlossen werden sollen. Diese Anregungen fanden einhellige Zustimmung.

Erhöhung der Preise für Speisen und Getränke.

Die Versammlung sprach sich auch ferner dafür aus, daß der Vertrag am 1. Mai in Kraft zu treten habe und von diesem Tage an die Speisentarife einen zehn- bis zwölfprozentigen Aufschlag erfahren. Um den gleichen Prozentsatz werden auch die Weinpreise erhöht, und zwar wird der Aufschlag 30 bis 50 Heller per Liter betragen.

30. IV. 1919

Wähler, seht euch vor!**Einige Erwägungen zur Wahl am 4. Mai.**

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Volksabstimmung über die künftige Richtung der Verwaltung Wiens und Niederösterreichs.

Die Sozialdemokraten machen ungeheure Anstrengungen, die Mehrheit im Wiener Rathaus und in der niederösterreichischen Landstube an sich zu bringen. Das Wahlergebnis vom 16. Februar berechtigt sie zur Annahme, daß sie wenigstens die Herrschaft im Rathaus und in der Mehrzahl der Wiener Bezirksvertretungen an sich reißen werden, wenn nicht in letzter Stunde die Wähler Wiens sich aufrufen und die Auslieferung Wiens an die Partei der dunklen Ziele mit dem christlichsozialen Stimmzettel, mit dem Stimmzettel der Luegerpartei verhindern, der Wien eine der glänzendsten Epochen seiner Geschichte verdankt.

Was bedeutet die Auslieferung Wiens an die Sozialdemokratie?

Ein Unglück für die Bevölkerung, wie der Übergang der Staatsgewalt an die Sozialdemokratie für die Bevölkerung alles eher denn Glück gewesen ist!

Die nämliche Sozialdemokratie, deren Regierungsmänner eine Warnung nach der anderen vor den Kommunisten herausgeben und plakatierten lassen und mit den äußersten Mitteln der Gewalt gegen die, wie sie sagen, gefährlichsten Feinde der Ruhe und Ordnung, der Volksernährung, der Revolution usw. vorgehen, bittelt in ihrer Presse Tag für Tag die nämlichen Kommunisten um Stimmenhilfe am kommenden Wahlsonntag an!

Was bedeutet dies?

Dies bedeutet, daß die Sozialdemokratie als Schützer der „Ruhe und Ordnung“, als welcher sie sich jetzt auf Wahlplakaten der Bevölkerung anpreist, ein höchst unsicherer Kantontist ist; daß sie sich bereitwilligst mit jenen verbindet, die sie eben als Störer der Ruhe und Ordnung in öffentlichen Kundgebungen an den Pranger gestellt und mit Waffengewalt zu Paaren getrieben hat; daß sie die Bürger mit den Kommunisten terrorisieren und die Kommunisten mit den Bürgern im Zaume halten und so beide bemogeln will.

Die vorbildlichen großartigen Verstadtlungsaktionen der Luegerpartei, die der Wiener Bevölkerung jährlich Hunderte Millionen erspart, zehntausenden eine gesicherte Existenz verschafft, die Stadt vor einer Erhöhung der Umlagen bewahrt und zugleich die Ausgestaltung Wiens zu einer der schönsten und gesündesten Städte der Welt ermöglicht haben, würden von einer sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, wie ihre Programme und Äußerungen deutlich genug verkünden, in ein Extrem verzerrt werden, das zahllosen Existenzen zum Ruin werden müßte. Die Sozialdemokratie strebt, wie sie verkündet, u. a. die Kommunalisierung des gesamten Lebensmittelgeschäftes an.

Das Fleischaugergewerbe, das Selchergewerbe, das Bäcker-
gewerbe, die Gewerbe des Lebensmittel-
handels vom Greisler bis zum Sauer-
trüntler, vom Gastwirt und
Kaffeeschenker bis zum Käse-
stecher sollen verschwinden!

Denn alle diese Geschäftszweige mit ihren vielen zehntausenden selbständigen Existenzen sollen Kommunalbetrieben mit einem Heer von abhängigen Beamten, Konsumvereinen u. dgl. anheimfallen. Nach den Lebensmittelgewerben kämen die Gewerbe der Bekleidung und nach diesen die übrigen Gewerbe dran.

Uebrig blieben nur die Großbanken, einige Großkaufleute und die Junft der Schleich- und Kettenhändler. Führt doch in der sozialdemokratischen Gemeinderatspartei, seit sich deren Aussichten auf die Eroberung des Rathauses günstig gestaltet haben, bereits jetzt ein Bankdirektor das große Wort!

Eine andere große Gefahr, die der Wiener Bevölkerung aus einer sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung erwüchse, wäre

die Abstoßung des Landes und der Länder, die alles eher denn sozialdemokratisch sind, auf die aber Wien angewiesen ist. Ein sozialdemokratisches Wien wird ein isoliertes Wien sein, eine Insel.

Die warnenden Beispiele von München und Budapest zeigen übrigens, daß die sozialdemokratische Gewalt nur eine Durchzugsstation zum wüsteren Radikalismus der Landauer und Mühsam, Levin und Levinie, Kun, Pogany, Böhm und Genossen ist. Der jüngste Notenkrieg zwischen der Wiener Sozialdemokratie und den Budapestener Schreckensmännern

vermag die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Aufrichtung der Gewalt-herrschaft in Budapest vom Wiener sozialdemokratischen Parteivorstand mit einem feierlichen parteiamtlichen Glückwunsche begrüßt worden ist.

Christenvoll, werde sehend, ehe es zu spät ist! Lasse dich warnen! Wählerinnen und Wähler, gebt am kommenden Sonntag christlichsoziale Stimmzettel ab! Stimmt für die Partei der großen Taten und laßt euch nicht von der sozialdemokratischen Partei der großen Worte, deren „Wert“ ihr jetzt ein halbes Jahr hindurch kennen zu lernen genügend Gelegenheit hattet, betören! Lasset es euch nicht nachsagen, daß das Wiener Rathaus durch eure Lässigkeit, eure Gleichgültigkeit, eure Unentschlossenheit jener Partei ausgeliefert wurde, die noch überall, wo sie die Herrschaft ausübte, der Bevölkerung Enttäuschungen über Enttäuschungen gebracht hat!

30. IV. 1919

Die Wiener Bürger- und Ständeratswahlen.

Die zahlreichen Anmeldungen, die seit Gründung der Vereinigung zur Schaffung eines Wiener Bürger- und Ständerates (Produktion, Gewerbe und Handel, freie Berufe, Offiziere, Beamten, Lehrer und Angestellte) bei dem vorbereitenden Ausschuß der Vereinigung seitens der verschiedensten Organisationen und auch von einzelnen Personen eingelaufen sind, beweisen, welch großes Interesse dieser Aktion in den Kreisen des Bürgertums entgegengebracht wird.

Der Vereinigung gehören bis nun folgende Körperschaften als Mitglieder an: Christliche Frauenorganisation Deutschösterreichs und eine Reihe anderer wirtschaftlicher Hausfrauenorganisationen, Deutschnationaler Verein, Deutschösterreichischer Arbeitgeber-Hauptverband, Deutschösterreichischer Gewerbebund, Deutschösterreichischer Staatsangestelltenverein, Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten mit Hochschulbildung, Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs, Gremium der Wiener Kaufmannschaft, Ingenieure- und Architektenverein, Niederösterreichischer Gewerbeverein, Niederösterreichische Handels- und Gewerbeammer, Niederösterreichische Notariatskammer, Oesterreichischer Aero-Klub, Oesterreichischer Flugtechnischer Verein, Oesterreichischer Luftschifferverband, Oesterreichischer Werkbund, Pflichtverband der deutschösterreichischen Mittelschullehrer, Reichsverband der deutschösterreichischen Gewerbevereine, Reichsverband der kaufmännischen Landesverbände, Reichsverband zur Förderung der hauswirtschaftlichen Verhältnisse des Mittelstandes, Schutzverband der deutschen arischen Kriegsteilnehmer, Verband deutscher Hausfrauen, Vereinigung der deutschösterreichischen Industrie, Wiener Apotheker-Hauptgremium, Wiener Bürgervereinigung, Wiener Gewerbe-genossenschaftsverband, Wirtschaftsverband der Bekleidungs-gewerbe und deren Industrien, Wirtschaftsverband der nichtaktiven Gajisten, Zentralverband der Hausbesitzervereine von Wien und Umgebung, Zentralverband deutschösterreichischer Kaufleute, Reichsverband der Baumeister Deutschösterreichs.

Die Vorarbeiten zur Konstituierung des Bürger- und Ständerates sind gegenwärtig so weit vorgeschritten, daß nunmehr an die Wahl der Delegierten geschritten werden kann. Der vorbereitende Ausschuß richtet daher an alle Korporationen, die der Vereinigung bereits angehören, aber auch an alle anderen an der Gründung des Bürger- und Ständerates interessierten Körperschaften das dringende Ersuchen, ihm ihre Delegierten bis längstens 6. Mai bekanntzugeben. Nach dem Organisationsstatut des Bürger- und Ständerates entsendet jede Organisation in diesen für je 50 zugehörige Mitglieder einen Vertreter, wobei jeder Organisation mindestens ein Mandat zusteht. Organisationen, die mindestens 2000 Mitglieder umfassen, haben ihre Vertreter derart zu wählen, daß womöglich jeder Wiener Gemeindebezirk mindestens einen Vertreter erhält. Aus diesen Delegierten werden dann durch den vorbereitenden Ausschuß Bezirksausschüsse für die einzelnen Bezirke Wiens gebildet. Jene Organisationen, bei denen die Wahl von Delegierten infolge der Unmöglichkeit, eine Generalversammlung einzuberufen, nicht durchführbar ist, werden ersucht, die Delegierten dem Bürger- und Ständerat durch ihre Ausschüsse namhaft zu machen und die schon gewählten oder namhaft gemachten Delegierten der Geschäftsstelle per Adresse Niederösterreichischer Gewerbeverein, Wien, 1. Bezirk, Eichenbachgasse 11, bis zum oben genannten Tag bekanntzugeben.

Schließlich sei zur Aufklärung noch bekanntgegeben, daß die in mehreren Sonntagblättern erschienene Notiz des konstituierenden Vollzugsausschusses zur Schaffung von Bürgerräten, Wien, 3. Bezirk, Invalidenstraße 1, mit unserer Aktion im Zusammenhange steht, und daß die darin erwähnten Wahlen im Einvernehmen mit unserer Vereinigung durchgeführt werden.

30. IV. 1919

Verhaftung ungarischer Kommunisten in Wien.

Wie uns mitgeteilt wird, war der Polizeidirektion zur Kenntnis gelangt, daß sich vor einigen Tagen im Hotel Wimberger am Neubaugürtel acht ungarische Kommunisten einquartiert hatten. In der Nacht von Sonntag auf Montag begab sich nun Polizeikommissär Maurer mit einer Anzahl von Polizeiagenten und Sicherheitswachleuten ins Hotel Wimberger, um die ungarischen Gäste dingfest zu machen. Polizei und Stadtschubwache umstellte das Gebäude. Kommissär Maurer ließ sich die von den Ungarn besetzten Zimmer zeigen. Vorsichtig wurden diese geöffnet — die Ungarn lagen, laut schnarchend, im Bette. Fast jeder hatte einen geladenen Browning auf dem Nachtkästchen liegen. Zuerst wurden natürlich die Waffen beschlagnahmt, dann wurden die Schlafenden geweckt. Unter ungarischen Klüchen sprangen sie auf und griffen um die Waffen, ohne sie zu finden. Die Kommunistengesellschaft wurde nun für verhaftet erklärt und der Polizeidirektion eingeliefert. Vorgefunden wurden bei den Verhafteten über 30.000 Kronen Papiergeld und zahlreiche Schmud- und sonstige Wertgegenstände. Außerdem wurde festgestellt, daß die Gesellschaft drei Waggons Mehl zu Schleichhandelszwecken über die Grenze geschafft hatte. Auch das Mehl konnte sichergestellt werden. — Und was macht unsere Grenzwa-

Wie die Grenzüberwachung gegen Ungarn funktioniert, geht aus einer zweiten Tatsache hervor. Von einem Flüchtling, der sich vor dem gegenwärtig in Budapest wütenden Schreckensregiment nach Deutschösterreich zu retten vermochte, wird uns erzählt, daß er in der Nacht auf heute Dienstag im Zuge die Unterhaltung einiger ungarischer Kommunisten mitanhörte, die sich darüber lustig machten, daß es gleich 50 ihrer Genossen auf einmal gelang, mit falschen Pässen die deutschösterreichische Grenze zu überschreiten.

30./IV. 1919

Die Stadt Wien und das Land Niederösterreich. Gegen eine Trennung von Stadt und Land.

Die Richtlinien der Staatskanzlei für die neue Landesverfassung.

Landeshauptmann Steiner hielt in einer Versammlung in Sievering eine bedeutsame Rede über die Grundzüge der nach dem Vorschlage der Staatsregierung auszuarbeitenden neuen Landesverfassung und führte aus: Vom Staatskanzler wurden der sozialdemokratischen und der christlich-sozialen Partei Richtlinien für die eventuelle Auseinandersetzung zwischen der Stadt Wien und dem flachen Lande Niederösterreich in einer künftig von der neu zu wählenden Landesversammlung zu beschließenden Landesordnung überreicht. Diese Richtlinien tragen meiner Ansicht nach in sich den Keim zum Zerfall des Landes in fünf Teile, denn es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sich in den vorgesehenen fünf Kreistagen von Wien, Wiener-Neustadt, St. Pölten, Krems und Korneuburg bald noch weitere Sonderbestrebungen geltend machen werden, die schließlich zu einer Selbständigmachung jedes einzelnen Kreises führen müssen. Es wäre dann wohl die Lokalverwaltung ausgebaut, aber der Zusammenhang zwischen Stadt und Land endgültig zerrissen, und das scheint mir nicht nur vom Standpunkte Wiens als auch von jenem des flachen Landes sehr gefährlich. (Lebhafte Zustimmung.)

Erhalten die Kreise in Niederösterreich ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht, so wird sich die Absperrung auch innerhalb des Landes Niederösterreich vollziehen und

die Approvisionierung Wiens ernstlich in Frage gestellt. Andererseits wird das Erwerbsleben des Landes von der Stadt aus befruchtet, und haben sich so innige Wechselbeziehungen ergeben, die durch die Schaffung einer künstlichen Grenze unfehlbar zerschnitten werden müßten. Meiner Ansicht nach liegt die tiefere Ursache der Absonderungsbestrebungen des flachen Landes weniger auf wirtschaftlichem als auf politischem Gebiete. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, um die politischen Gegensätze zu überbrücken und die alte Einheitlichkeit wieder herzustellen (Lebhafte Beifall), bei welcher Stadt und Land gut gefahren sind und welche die Verwaltung des Landes Niederösterreich immer als mustergültig für die anderen Kronländer erscheinen ließ. (Stürmischer Beifall.) Josef Schöffel hat in Voraussicht, daß der Zeitpunkt kommen kann, in welchem sich zwischen Stadt und Land tiefergehende Gegensätze ergeben könnten, bei Erlassung der jetzt geltenden Landesordnung durchgesetzt, daß deren Abänderung nur mit einer Zweidrittelmajorität erfolgen könne. Geben wir den Absonderungsbestrebungen durch das Zugeständnis einer Kreiseinteilung für Niederösterreich Raum, so ist dies der erste Schritt zur Aufhebung der historischen Landesgrenzen, die trotz aller prinzipieller Gegnerschaft von sozialdemokratischer Seite auch heute noch von der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung als ein Vermächtnis vergangener Zeiten hochgehalten werden.

Die Wirkung der ungarischen Sozialisierung auf Deutsch-Österreich.

Wir haben bereits im Sonntagblatt gemeldet, daß die ungarische Regierung durch unseren Gesandten in Budapest hieher offiziell erklären ließ, sie werde das ausländische, aber auch das deutschösterreichische Eigentum in Ungarn respektieren und es nicht ohne Entschädigung enteignen. Bei vernünftiger Interpretation müßte sich diese Erklärung zweifellos auch auf die Coupons ungarischer Wertpapiere, welche Deutschösterreichern gehören, beziehen. Dieselben müßten auf jeden Fall eingelöst werden, auch wenn die gleichen Coupons, die sich im Besitze von Ungarn befinden, nicht eingelöst werden. Dies ist auch ganz selbstverständlich, sozusagen Naturrecht, das ja in den gegenwärtigen Zeiten vielfach mehr gilt als gesetzliches und vertragliches Recht. Jeder Staat kann nur das Eigentum seiner Bürger, nicht aber das fremder Bürger sozialisieren. Ist die Sotisierung der ungarischen Couponzahlungen auf dem Wege zur Sozialisierung erfolgt, so kann sie sich auf deutschösterreichische Gläubiger nicht beziehen. Etwas anderes wäre es, wenn es sich nicht um Sozialisierung, sondern um einen Staatsbankrott handelte. Wenn ein Staat seine Coupons nicht einlösen kann aus Mangel an Mitteln, dann kommen natürlich inländische und ausländische Gläubiger gleichermassen zu kurz. Aber um einen Staatsbankrott scheint es sich ja in Ungarn nicht zu handeln, denn es wurde die Couponzahlung für sämtliche ungarische Werte, auch für Aktien und private Obligationen verboten.

Trotzdem also eine vorliegende offizielle Erklärung, Logik und Vernunft dafür sprechen, daß die in österreichischem Besitze befindlichen ungarischen Coupons eingelöst werden, glaubt man hier doch nicht recht daran. Die Oesterreichisch-ungarische Bank z. B. hat wohl keine amtliche Verständigung aus Budapest erhalten, aber nach den privaten Mitteilungen, die ihr zugekommen sind, scheint sie mit einer bevorzugten Behandlung der deutschösterreichischen Gläubiger nicht zu rechnen, behandelt alle ungarischen Werte als notleidend und verweigert ihnen die Lombardierung. Daß die Coupons jedenfalls nicht zeitgerecht eingelöst werden, ist selbstverständlich; die ungarische Regierung müßte auf alle Fälle zuerst die Form des Affidavits feststellen, durch welche der Ausländer seine Staatsbürgerschaft zu beweisen hat. Das erfordert eine gewisse Zeit, und mittlerweile kann sie sich die Sache überlegen. Und da ihr Kredit nun schon ohnehin geschwächt ist, bekommt sie vielleicht Lust, mit der Sozialisierung gleich den Staatsbankrott zu verbinden. Umso mehr, als sie auch in so vielen anderen Punkten das bolschewistische Beispiel kopiert. Freilich zeigt gerade dieses Beispiel, daß auch ein Staatsbankrott nicht so leicht durchzuführen ist; erst haben die Bolschewiken den deutschen Gläubigern eine Ausnahmestellung eingeräumt, und jetzt erklären sie sich auch der Entente gegenüber bereit, den Dienst der Staatsschulden wieder aufzunehmen.

Es ist darum anzunehmen, daß die ungarische Regierung weder die eigenen Zahlungen an das Ausland einstellen, noch den ungarischen Aktiengesellschaften verbieten wird, Aktien dividenden und Obligationenzinsen an das Ausland zu bezahlen. Die finanzielle Lage des ungarischen Staates ist schwer, aber nicht schwerer als die des deutschösterreichischen; er muß, wie dieses für Biskleithanien, als Treuhänder für Transleithanien fungieren oder, wenn es nicht bald zu Vereinbarungen mit Tschcho-Slawen, Südslawen und Rumänien kommt, provisorisch eigenmächtig die Quote der ungarischen Staatsschuld festsetzen, welche das künftige Magyarien übernimmt. Das ist gewiß keine leichte Sache, aber die Bankrotterklärung — auch unter dem Schein der Sozialisierung — wäre die schlechteste Lösung des Problems.

Jedenfalls werden in der Zwischenzeit die ausländischen Gläubiger Ungarns und die ausländischen Besitzer ungarischer Effekten ziemlichen Beunruhigungen ausgesetzt werden. Selbst, wenn die ungarischen Coupons an das Ausland bezahlt werden, so weiß doch kein Mensch, wie sich z. B. die ungarischen Aktiengesellschaften bei der Sozialisierung entwickeln, und wenn sie z. B. keine Dividenden erklären, so wird selbstverständlich auch an Deutschösterreich keine solche ausgezahlt. Im Falle mit der So-

zialisierung Ernst gemacht wird, müßten die ausländischen Aktien abgelöst werden, genau wie bei einer Verstaatlichung. Selbst wenn also die ungarische Regierung wie bisher weiter beruhigende Erklärungen abgibt, hängt alles von der Art der Durchführung ab. Unzählige detaillierte Verhandlungen werden notwendig sein. Auf die Dauer freilich wird Recht bleiben, und die ausländischen Gläubiger Ungarns werden irgendwie zu ihrem Gelde kommen. Nur die Zwischenzeit ist betrübend.

An ungarischen Staatspapieren, inklusive Kriegaanleihe, dürften insgesamt zirka 2 Milliarden Kronen im Umlauf sein, davon mindestens 2 Milliarden in Oesterreich, das Kapital der ungarischen Banken beträgt 1,4, der ungarischen Industriegesellschaften mehr als 1,2 Milliarden, der umlaufenden Pfandbriefe und Kommunalsobligationen über 3 Milliarden.

Die Wiener Handelskammer und Ungarn.

Samstag fand in der Wiener Handels- und Gewerbekammer unter dem Voritze des Kammermitgliedes Emanuel Weissenstein eine Besprechung über die Rückwirkung des neuen Umsturzes in Ungarn auf die deutschösterreichische Volkswirtschaft statt, zu welcher Vertreter aller Zweige der Produktion sowie des Waren- und Selbstverkehres erschienen waren.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden und des Kammersekretärs Dr. Pistor stellten die Interessenten die Lage in den einzelnen Geschäftszweigen dar. Einzelne Industrielle, welche in Ungarn Produktionsstätten besitzen, konnten bisher überhaupt keine Nachricht über das Schicksal ihrer Unternehmungen bekommen. Andere Kaufleute berichteten, daß die Betriebe sozialisiert wurden, ohne daß man die Weiterentwicklung voraussehen könne. Besonders beunruhigend sei die Geldsperrung bei den Banken, die es einerseits dem Schuldner unmöglich mache, seine Waren zu bezahlen, andererseits die deutschösterreichischen Firmen daran verhindere, über ihre Konten bei den Banken zu verfügen. Durch die schon unter der Regierung des Grafen Karolyi im Zusammenhange mit der Abstempelung der Banknoten getroffenen Vorkehrungen haben die deutschösterreichischen Firmen in Ungarn relativ große Beträge bei den Banken liegen, zumal auch die für Nachnahmesendungen eingezogenen Beträge in Ungarn deponiert wurden. Falls es weiterhin unmöglich bleiben sollte, Gelder aus Ungarn abzurufen, müßte naturgemäß auch der Warenstrom nach Ungarn zum Verstopfen kommen. Es wurde allgemein die Forderung erhoben, daß, da Ungarn nunmehr ein selbständiger Staat sei, die deutschösterreichischen Firmen angehörigen Warenvorräte, ihre Forderungen und Guthaben und nicht zuletzt ihr Immobilienbesitz nach dem für Ausländer geltenden Völkerrecht behandelt und besonders geschützt werden.

Im Zusammenhange damit gab der Sekretärstellvertreter der Kammer Dr. Perels rechtliche Aufschlüsse, wobei er insbesondere auf eine analoge Bestimmung im Vertrage von Brest-Litowsk verwies. Von einer Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß die Unsicherheit der Verhältnisse in Ungarn bei der Forderung zur Vermögensabgabe zum Ausdruck kommen müsse und besondere Vorkehrungen notwendig machen werde. Einzelne Firmen teilten auch mit, daß rückkehrende Geschäftstreibende an den ungarischen Einbruchsstationen von relativ jungen Amtspersonen der Räterepublik äußerst brüskelhaft behandelt und ihnen die Musterkoffer widerrechtlich abgenommen worden seien. In dieser Angelegenheit hat die Kammer bereits beim hiesigen wirtschaftlichen Volksbeauftragten der Räterepublik Ing. Fenyö Vorstellungen erhoben, der Abhilfe versprach.

Der Vorsitzende versicherte, daß die Kammer die vorgebrachten Anregungen und Wünsche eingehend studieren und sodann die geeigneten Schritte unternehmen werde, um die Rechte der deutschösterreichischen Kaufmannschaft in Ungarn nach Möglichkeit zu schützen.

Wichtige Beschlüsse des Kabinettsrates.

Die Kohlenaushilfe. — Brotauflage und Brotverteuerung. — Neue Steuerentwürfe. — Die Ländel und Städteversorgung.

In der heutigen Sitzung des Kabinettsrates berichtete, wie amtlich mitgeteilt wird, Staatssekretär Ing. Zerbik über das Ergebnis der Besprechungen über die Kohlenlieferungen in Berlin. Der Kabinettsrat beschloß, der deutschen Reichsregierung für die in Aussicht gestellte Hilfeleistung schriftlich den wärmsten Dank auszusprechen.

Der Kabinettsrat beriet ferner über die in Aussicht stehende Brotauflage, welche bestimmt ist, als eine besondere Steuer auf die Besitzer sowie auf die Selbstverbraucher wenigstens zum Teile die Mittel herbeizuschaffen, die den Staat in die Lage versetzen sollen, das beträchtlich teurere Ententegetreide einzuführen. Trotz dieser Brotauflage und trotzdem der Staat auch sonst auf das Getreide Aufzählungen leistet wird eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise wahrscheinlich unvermeidlich sein.

Der Kabinettsrat genehmigte ferner die Vorlage einiger Geschenktürfe an die Nationalversammlung.

Staatssekretär der Finanzen Dr. Schumpeter berichtete ausführlich über den Stand der Finanzen, welche eine weitere Belastung des Staatshaushaltes durch neuerliche Leistungen nicht mehr zulassen und kündigte weitere Finanzvorlagen an.

Der Kabinettsrat erörterte schließlich weitere Maßregeln zur Bekämpfung der Eigenmächtigkeiten der Länder, Bezirke und Gemeinden, welche die Fortführung einer geordneten Aufbringung und Verteilung der Nahrungsmittel immer mehr erschweren. Es wurde beschlossen, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der Länderkonferenz, die für den 5. bis 7. April in Aussicht genommen ist, zu setzen.

„Beunruhigung in den Ländern.“

Eine amtliche Warnung. — Die Länder und die „A's“.

Die Staatskorr. verbreitet folgende amtliche Mitteilung:

„In den letzten Tagen wurde durch unverantwortliche Verbreitung aufregender Gerüchte in vielen Kreisen der Bevölkerung beinahe eine Panik erzeugt. Bedauerlicherweise haben selbst Persönlichkeiten, die bei einiger Sorgfalt sich hätten von der Unbegründetheit der kolportierten Nachrichten die Ueberzeugung verschaffen können (Wer ist damit wohl gemeint?), Ausstreunungen in die Länder getragen, deren rechtzeitige Verichtigung überall schwierig war. Es muß die Bevölkerung mit allem Nachdruck davor gewarnt werden, jeder (!) berartigen Tatarennachricht Glauben zu schenken. Der Eisenbahneraustand wurde in aller Ruhe beendet, Ausschreitungen haben nirgends stattgefunden und ganz unbegründet waren insbesondere alle Nachrichten, die eine Aenderung des politischen Regimes zum Gegenstande hatten. Damit die Ausbreitung panikartiger Gerüchte in Zukunft vermieden werde, wird die Bevölkerung aufgefordert, nur Mitteilungen zuständiger Organe Glauben zu schenken und unbegründete Nachrichten unter keinen Umständen weiter zu verbreiten.“

Diese Kreuzbrade, aber stark polizeistaatliche Warnung mag sehr gut gemeint und wohl auch recht notwendig sein, aber — wirken wird sie leider sehr wenig. Abgesehen von ihrem urbureaufkratischen Stil, abgesehen davon, daß die Bevölkerung, die „nicht jeder“ Tatarennachricht (also doch mancher?) glauben soll, vor Mitteilungen „zuständiger Organe“ (heiliger Stürch!), die nicht mit Amtssiegel, Quittung und Stempel kenntlich gemacht sind, und vor „unbeglaubigten“ Nachrichten (mangels des notariellen Aktes?) gewarnt wird. Die Wirkung dieser im Wesen sehr berechtigten Beschwörung wird vor allem deshalb ausbleiben, weil die Bevölkerung gegen solches Zureden in den vier Kriegsjahren einigermassen abgestumpft worden ist und weil sie einigermaßen mißtrauisch geworden ist, schon dank der sozialdemokratischen „Aufklärung“. Sie geht heute weniger auf schöne Worte als auf — Taten und kann nicht durch kluge Sprüchlein der hohen Staatskanzlei beruhigt werden, so lange sie die entsprechenden Taten vermisst, die ihr beweisen würden, daß man maßgebenden Ortes wenigstens den Willen besitzt, gegen die in diesen Gerüchten sich widerspiegelnden Gefahren etwas zu tun. Die Beobachtungen, welche die Bevölkerung in dieser Hinsicht in der letzten Zeit machen konnte, haben den Eindruck einer entschlossenen Abwehr in der politischen — fast ausschließlich von Sozialdemokraten geführten — Zeitung kaum erwecken können.

Der Wahrheit kommt hingegen die Mitteilung einer parlamentarischen Nachrichtenstelle, in der offenbar die Ansicht maßgebender Kreise sich ausdrückt, beträchtlich deutlicher nahe. Es wird darin berichtet, daß in den Ländern die ungenierte kommunistische Propaganda in Wien die größte Mißstimmung hervorgerufen habe.

Die Bevölkerung hat, heißt es weiter, ihre Vertreter in die Nationalversammlung entsendet, damit diese zum Wohle der gesamten Bevölkerung arbeite. Sie wird daher an der Nationalversammlung nur so lange ein Interesse haben, als es ihren Abgeordneten in Wien ermöglicht wird, zum Wohle des Volkes und im Interesse der jungen Republik zu wirken. Für den Fall, als in Wien eine kommunistische „Rätebikatur“ aufgerichtet würde, würde so rasch als möglich die Trennung der Länder von Wien durchgeführt werden. Die Beratungen der Abgeordneten würden dann in die Landeshauptstädte beziehungsweise die Nationalversammlung nach Salzburg verlegt werden. Diese Pläne und Ideen haben zwar noch keine greifbaren Formen angenommen, jedoch bei der in den Alpenländern herrschenden Stimmung würde sich der Abfall von Wien ziemlich einmütig vollziehen und sehr rasch zur Durchführung gelangen, wobei nicht einmal die Sozialdemokraten in den Ländern einen wirklichen Widerstand entgegensetzen könnten, da bei der Errichtung einer Rätebikatur unter ihren

Sektionschef Dr. Raup.

Wie die „Br. Ztg.“ mitteilt, hat der Präsident den mit dem Titel und Charakter eines Sektionschefs beliebten Ministerialrat Dr. Ignaz Raup zum Sektionschef im Staatsamte für soziale Verwaltung ernannt.

Dr. Raup, der frühere Staatssekretär für Volksgesundheit, wird damit als Vorstand der Abteilung für Volksgesundheit im Staatsamte für soziale Verwaltung berufen, für die aber auch noch ein Unterstaatssekretär ernannt werden dürfte. Die Ernennung Dr. Raups wird in der „Br. Ztg.“ mit der Unterschrift des Staatssekretärs für soziale Verwaltung Hanusch veröffentlicht. Damit ist die Unklarheit unserer Verwaltungsgrundsätze neuerdings beseitigt. Am Samstag wird die eine Ernennung eines Sektionschefs — die Vertrauens Dr. Kleins mit der „Revision der politischen Sektion“, und auf das Amt, nicht auf den Titel kommt es heute an — nicht durch den Präsidenten und nicht unter Namenszeichnung Dr. Bauers, sondern durch eine einfache Anzeige mitgeteilt; am nächsten Tage die Ernennung eines anderen Sektionschefs, unter Berufung auf das Ernennungsrecht des Präsidenten und unter verantwortlicher Gegenzeichnung des Staatssekretärs, was natürlich der richtige Vorgang ist. Durch dieses Beispiel gewinnt der Unterschied zwischen einer ordnungsmäßigen Verwaltung und einer Hintertreppchenpolitik noch einiges an Anschaulichkeit.

Republik Deutschösterreich.

Antrittsbesuch des Gesandten Allizé.

Der außerordentliche Gesandte der französischen Republik Herr Allizé hat gestern mittags dem Staatssekretär für Aeußeres Dr. Bauer seinen Antrittsbesuch abgestattet.

Protest der Nationalstaaten.

Gestern vormittags erschienen die Gesandten der auf dem Gebiete des ehemaligen Oesterreich entstandenen Nationalstaaten gemeinsam beim Staatssekretär Dr. Bauer und überreichten ihm folgenden Protest:

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung der deutschösterreichischen Republik hat einen Gesetzentwurf betreffend die Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen zur gleichmäßigen Beschlußfassung vorgelegt, dessen Paragraphen 5 und 6 folgenden Wortlaut aufweisen:

§ 5. Die Republik Deutschösterreich ist Eigentümerin des gesamten in ihrem Staatsgebiete befindlichen beweglichen und unbeweglichen hofärarischen sowie des an das früher regierende Haus oder eine Zweiglinie desselben gebundenen Vermögens.

§ 6. Als hofärarisches Vermögen gilt das bisher von den Hofräthen und deren Aemtern verwaltete Vermögen, soweit es nicht ein an das früher regierende Haus oder an eine Zweiglinie desselben gebundenes Vermögen oder nachweisbar freies, persönliches Privateigentum ist.

Da diese Gesetzesvorlage ein einseitiges Verfügungsrecht der deutschösterreichischen Republik über Vermögensschaften statuirt, die nicht ausschließlich der deutschösterreichischen Republik gehören, sondern in die gemeinsame Liquidationsmasse der Nationalstaaten fallen, erklären die gefertigten bevollmächtigten Vertreter, daß sie, falls diese Vorlage, die einen Eingriff in die Rechte der übrigen Nationalstaaten involviert, Gesetzeskraft erlangen sollte, deren Rechtswirksamkeit nicht anerkennen können, vielmehr gegen diesen Eingriff in ihre Rechte entschieden Einspruch erheben.

Zurückweisung anschlussfeindlicher Treibereien.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau bringt folgende, offenbar amtlich inspirierte Auslassung:

Das Wiener Organ der dem Zusammenschluß Deutschösterreichs mit Deutschland feindlichen Ententekeiße setzt seine Bemühungen fort, durch sensationelle Meldungen über materielle Vorteile, die Deutschösterreich im Falle des Verzichtes auf seinen vom Volk feierlich bestätigten Beschluß zuteil werden würden, die öffentliche Meinung zu verwirren und zu korrumpieren. So hat das bezeichnete Blatt die Nachricht aufgetischt, daß die Entente durch Frankreich Deutschösterreich als Belohnung für den Nichtanschluss die Einverleibung der westungarischen Komitate versprochen habe und daß Tirol eine selbständige Republik werden solle, damit Deutschösterreich von diesem „passiven Band“ entlastet werde.

Es bedarf wohl nicht erst der Versicherung, daß diese Nachricht jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Bekanntlich hat die Entente überhaupt noch keine auf Deutschösterreich bezüglichen Beschlüsse gefaßt, noch hat man irgendwelchen Grund, anzunehmen, daß derartige politische Phantasien den Bereich privater unverantwortlicher Kammergiererei überschritten hätten. Jedenfalls steht das Volk der deutschösterreichischen Republik in seiner politischen Moral zu hoch, als daß es nicht mit Verachtung die Zumutung zurückwiese, ein Stück deutschösterreichischen Landes darum, weil es budgetär nichts abwirft, mit Trödlereiginnung zu verschachern. Deutschösterreich hält den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes für die Völker, die ihm bisher zugehört haben, ebenso aufrecht wie für jene Gebiete, deren Bevölkerung den Wunsch haben sollte, sich ihm anzuschließen. In keinem Falle wird Deutschösterreich die schimpfliche Rolle annehmen, von einer imperialistischen Gewaltpolitik zu profitieren, die sich anschiden wollte, ein besiegtes Land zu zerreißen.

Verfassungsgerichtshof.

Der Verfassungsausschuß beschloß in seiner gestrigen Sitzung das Gesetz, womit die Aufgabe des ehemaligen Staatsgerichtshofes auf den deutschösterreichischen Verfassungsgerichtshof übertragen und das Gesetz vom 25. Januar d. J. über die Errichtung eines deutschösterreichischen Verfassungsgerichtshofes abgeändert und ergänzt wird. Das Gesetz bestimmt: Jene Aufgaben des ehemaligen Staatsgerichtshofes, die gemäß § 9

Die Geheimkisten über den Mord in Sarajevo!

Potiorets Depeschen an Kaiser Franz Josef.

Der Geschichtsschreiber, der einst über die Ursachen schreiben wird, die zum Weltkrieg führten, wird ein besonderes Kapitel dem Mord in Sarajevo zu widmen haben, der ja den unmittelbaren Anlaß zur Explosion des von hinten wie drinnen gefüllten Pulverfasses bot.

Ein etwa zwanzig Blatt starkes Attenktonvolut, das sich bisher in der Militärkanzlei des Kaisers befand, erzählt uns in lapidarem Telegrammstil den Thronfolgermord, um den sich auch schonlegenden zu bilden begonnen haben, die mit dem tatsächlichen Vorgang arg kontrastieren. Der erwähnte Akt, der bisher unter strengstem Verschluss durch hohe Militärs schlummerte, trägt die Zahl 63-3/1 von 1914. Er ist folgendermaßen überschrieben: „Ableben Seiner k. u. k. Hoheit des Erzherzogs Franz Ferdinand und hochdessen Gemahlin der Herzogin Sophie von Hohenberg.“ Da die ganzen Schriftstücke chronologisch geordnet sind, kann man sich bei der Lectüre im Geiste den Vorgang der Tat unschwer rekonstruieren.

Da liegt unter anderem beispielsweise die Originalniederschrift eines Telegrammes, das der Erzherzog-Thronfolger von Bosnien an den Kaiser Franz Josef in dessen Sommerfrische nach Triest sendete. Es ist im Klonderton abgefaßt, und der Erzherzog fragt darin den Kaiser um sein Ergehen in Triest, erzählt ihm von dem schönen Wetter in Bosnien und kommt dann auf die von ihm inspierten Truppen zu sprechen. „Einen vorzüglichen Geist“ so dröhete er dem greisen Monarchen, „und einen hohen Grad der Ausdauer und Leistungsfähigkeit haben die Truppen. Weinade keine Maroden, alles frisch und munter. Morgen besuche ich Sarajevo und reise morgen ab.“ Es sollte aber anders kommen, als er es sich im Telegramm dachte, das er mit folgenden devoten Worten schloß: „In tiefster Ehrfurcht mich zu Füßen legend Eurer Majestät untertänigster Franz.“

Am nächsten Tag, am 28. Juni, traf Franz Ferdinand bekanntlich tatsächlich in Sarajevo ein. Und am gleichen Tage, um 11 Uhr 30 Minuten vormittags, erhielt die Militärkanzlei des Kaisers folgendes chiffriertes Telegramm aus Sarajevo:

„Während Fahrt Franz Ferdinands zum Rathaus auf Appellai Bombenattentat durch Lithographen Gabrinowitsch, gebürtig aus Trebinje, Serbe. Kaiserliche Hoheit und Herzogin unverletzt, nur aus Publikum fünf Verletzte in Spitalspflege. Attentäter verhaftet. Regierungspräsidium.“

Zwei Stunden später, um 1 Uhr 50 Minuten, langte in der Hofburg neuerlich folgendes Chiffretelegramm ein:

„a. a. Sarajevo, 6690, 28. 6. Seine kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin heute vormittags einem ruchlosen Attentat bei Rundfahrt durch Sarajevo zum Opfer gefallen. Oberst Bardoли.“ (Soll wohl heißen Bardoли.)

Zwei Stunden später wurden in einer

Geheimdepeche dem Kaiser die Details gemeldet. Dieser Drahtbericht, der in Sarajevo um 2 Uhr nachmittags aufgegeben erscheint — in der Hofburg lief er um 4 Uhr ein —, besagt folgendes:

„Bei heutiger Fahrt Sr. k. u. k. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand und Ihrer Hoheit der Herzogin von Hohenberg gelang es trotz aller umfassend getroffenen Sicherheitsvorkehrungen einem hiesigen serbischen Lithographen, während der Fahrt über den Appellai nächstkleines Geschäft und dann eine größere Bombe gegen das Auto zu werfen, in dem sich Seine k. u. k. Hoheit, Ihre Hoheit und ich befanden. Die Explosionen gingen fehl und wurden nur in einem folgenden Auto mein Flügeladjutant Oberstleutnant v. Merizai sowie Graf Boos-Waldeck und vermutlich auch einige Personen aus dem Publikum leicht verletzt. Bei weiterer Fahrt vom Rathaus wollte Seine k. u. k. Hoheit den ins Garnisonsspital gebrachten Oberstleutnant Merizai besuchen. Bei dieser Fahrt schoß ein Serbe aus unmittelbarer Nähe gegen das Auto und traf sowohl Se. k. u. k. Hoheit als auch Ihre Hoheit. Ich ließ das Auto in den in der Nähe befindlichen Konak fahren, wo ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, doch verschiedensowohl Se. k. u. k. Hoheit, als auch Ihre Hoheit im Laufe der nächsten Viertelstunde. Die beiden Attentäter sind sofort nach ihren abscheulichen Taten verhaftet und von der sie umgebenden Volksmenge fast erschlagen worden. Potiorek, KRM.“

An den Kaiser gelangten in den nächsten Stunden Hunderte von Kondolenzten durch Vertretungen der Nachbarstaaten. Am 29. Juni 1914 traf in der Burg folgendes Telegramm (chiffriert) ein:

„Alle Kriegsschiffe fremder Nation führen auch Flagge auf Halbtopp mit unserer Flagge auf Halbtopp am Großtopp. Englischer, italienischer Admiral, deutscher Kommandant, Oberst Philipps kondolierten persönlich, französischer Kommandant durch Offizier. Kreuzerflottenkommando Castelnovo.“

Das Oberhofmeisteramt hat über Nacht ein eigenes „zeremoniell bezüglich Einholung, Exponierung, Einsegnung und Ueberführung der Leichen Seiner... uff.“ in Druck legen lassen, das fünf enggedruckte Seiten enthält. Jeder Schritt, den ein Leibnächst bei der Leichenfeierlichkeit zu machen hat, ist beispielsweise darin beschrieben.

In den damaligen Reichsländern wurde aber inzwischen die politische Situation sehr ernst, wenn man den alarmierenden Geheimtelegrammen Glauben schenken darf, die Potiorek von Sarajevo aus in steter Folge dem Kaiser sendete. So telegraphierte er folgendes (dechiffriert):

„29. Juni. In Sarajevo finden derzeit Demonstrationen gegen Serbien, aber auch

solche von Serben gegen Katholiken statt, weshalb Ausrückung stärkerer Militärabteilungen notwendig geworden ist. Auch einige auswärtige Stationen berichten über auffallende Haltung der serbischen Bevölkerung und die Möglichkeit von Unruhen. Schnellste Rückkehr aller bei den großen Manövern beteiligt gewesenen Truppen in ihre Garnisonen wurde bereits verfügt. Alle Militärstationskommandos, Gendarmerieposten und Grenzabteilungen sind angewiesen, größte Aufmerksamkeit walten zu lassen und gegebenenfalls rücksichtslos vorzugehen. Diese Verfügungen waren geboten, weil die Attentäter eingestanden haben, zu ihrer Tat in Belgrad mit Waffen und Bomben ausgerüstet worden zu sein, und weil es auch ohne dieses Geständnis meine volle Ueberzeugung ist, daß die wahren Urheber des unglücklichen Vorfalles der möglicherweise nur der erste Ausbruch weiterer Unruhen ist, im Königreich Serbien zu suchen sind. Es entzieht sich meiner Beurteilung, wie gegen diese auswärtige verhängnisvolle Wühlarbeit eingeschritten werden soll und wann, aber ich muß meiner schon wiederholt geäußerten persönlichen Ueberzeugung abermals dahin Ausdruck geben, daß nur durch energische Aktion auf dem Gebiete der äußeren Politik in Bosnien und Herzegowina normale Verhältnisse geschaffen werden können. Potiorek KRM.“

Ein geplantes Attentat auf Wilhelm II.?

Am 1. Juli, als es hieß, der deutsche Kaiser werde zur Einsegnung der Leichen des Thronfolgerpaares nach dem Süden des Monarchie reisen, telegraphierte Potiorek an die Hofburg folgendes: „Dem Präsidialchef wurde vor Monatsfrist ein Warnungsschreiben übergeben, in dem vor einem Attentat gegen den deutschen Kaiser gewarnt wird. Anonymer Abjender konnte in Ermanglung jedweder Anhaltspunkte nicht festgestellt werden. Nach den bisherigen Ereignissen und der im Laufe der Untersuchung festgestellten Tatsache, daß die verbrecherischen Aktionen zweifellos von Belgrad aus geleitet worden sind, ferner weil Semlin soeben meldet, daß zehn bis zwölf junge Leute, die mit den Attentätern in Verbindung sind, ohne daß einer den anderen kennt, aus Belgrad entsendet wurden, halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die übrigen Verschwörer die Leichenfeierlichkeiten und die Anwesenheit des deutschen Kaisers zu weiteren Attentaten ausnützen könnten. Potiorek.“

Der deutsche Kaiser ist bekanntlich dann tatsächlich nicht zu den Leichenfeierlichkeiten gekommen, die übrigens ohne Störung verliefen, wie in einem Geheimtelegramm der Seebezirksbehörde in Triest vom 2. Juli festgestellt wird. „Ueberführung der Leichen.“ so heißt es dort, „von Viribus Unitis“ auf Südbahnhof programmgemäß ohne Zwischenfall durchgeführt, Separatzug 9¼ Uhr abgegangen. Musterhafte Ordnung, große Beteiligung der ganzen Bevölkerung, die sich tadellos auführte. Stadt trägt durchweg Trauerkram.“

Kaum einen Monat später trachten dann die ersten Gewehre auf dem österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz...

Bezugsbedingungen:

Wien: Mit Postung ins Haus:
 Wöchentlich K 1.—
 Monatlich 4.20
 Vierteljährig 12.60

Bohien und Ungarn:
 Monatlich K 4.60
 Vierteljährig 13.80

Deutschland: Viertel. K 20.—
 Für alle anderen dem Weltpostverein
 angehör. Länder: Viertel. K 25.—

Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Rechte
 Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:
 I. Schulstraße 18, Tel. 9191
 II. Baumgasse 30, Tel. 4228
 X. Wienböschung 6, Tel. 55944
 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126
 XVI. Alandgasse 24, Tel. 84146
 XVII. Pöchlengasse 29, Tel. 17176
 XXI. Angereustraße 14

Für die an fremde Austräger oder
 Geschäftsleute bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

itung

sterreich.

hr nachmittags.

XXXI. Jahrgang.

Arbeiterzei

Probleme der sozialen Revolution.

Kommunismus oder Bolschewismus?

Von Dr. Max Adler.

Die Spaltung des Sozialismus in eine sozialdemokratische und in eine kommunistische Richtung bedeutet eine viel ärgere Schwächung des proletarischen Emanzipationskampfes als jede frühere Parteidifferenz. Denn wenn auch jede Störung der Einheit in der Partei zu einer augenblicklichen Schwächung der Kraft der sozialistischen Bewegung führen mußte, so konnte sie schließlich trotzdem ein wirklicher Gewinn werden. Denn dadurch, daß sie Klarheit über unsere Prinzipien und Ziele schuf, daß sie die Anhänger des revolutionären Klassenkampfgedankens aus der weiten Gemeinschaft vieler lauer Freunde oder prinzipiell ganz anders gerichteter Mitläufer in eine kleinere, aber engere zielbewusste Kampfgenossenschaft herausführte, schuf sie erst eine wirkliche Einheit und die Möglichkeit einer viel größeren Entschlossenheit und Wucht des proletarischen Handelns. Das Wichtigste bei jeder solchen Spaltung, die eigentlich vielmehr eine Selbstbestimmung und Zusammenfassung Gleichstrebender bedeutet, ist, daß der Trennungsgrund so klar bezeichnet wird, daß er wirklich einen Markstein der Gesinnung und der Erkenntnis von haben und dräben bedeutet, daß er wirklich also alles zu sammeln ermöglicht, was sich innerlich geschieden von der einen und vereinigt auf der anderen Seite fühlt. Eine solche Spaltung war die des Rechts- und Linkssozialismus im Kriege, bei der die Ablehnung des Sozialpatriotismus, die Betonung der internationalen Interessengemeinschaft des Proletariats selbst auf Kosten der Landesverteidigung und die Notwendigkeit der Ueberführung des Kriegszustandes in den der sozialen Revolution eine wirkliche Einheitsparole bildete, die den ganzen revolutionären Geist des marxistischen Sozialismus lebendig machte gegen alle nationalistische Verfälschung und reformistische Verfälschung desselben.

Die aus dieser großen, den Sozialismus wahrhaft rettenden Spaltung hervorgegangene weitere Zuspitzung zum Gegensatz von Kommunismus und Sozialdemokratie überhaupt hat diese wohlthätige Wirkung nicht mehr. Denn sie läßt den Trennungsstrich nicht so verlaufen, daß er wirklich als eine Scheidung der Klassen-

kämpferisch revolutionären von den bloß sozialreformistischen Kräften erscheint. Vielmehr trennt sie ganze große, ja ihre eigene Zahl weit überwindende Massen der Linkssozialisten von sich ab, degradiert sich selbst dadurch zu einer kleinen, seltenartigen Gruppe, die aber dadurch, daß sie vielfach in Presse und Versammlungen natürlich Beifall findet, wenn sie die revolutionären Grundgedanken des Sozialismus, über die gar kein Gegensatz besteht, als ihre eigene Parteilichkeit wahrheit verkündet, sich selbst und anderen eine viel größere Bedeutung vortäuschen kann, als ihr wirklich zukommt. Und das muß schließlich Verwirrung und Uneinigkeit im höchsten Maße stiften. Der revolutionäre Sozialdemokrat sieht plötzlich sein Ideal des Kommunismus, dem er immer zugestrebt hat, von sich abgetrennt und zur Bezeichnung einer neuen Partei verwendet, die sich eigentlich nur durch taktische und organisatorische Fragen von ihm entfernt hat, worüber ihr freilich ein klares Bewußtsein fehlt.

Es ist gewiß zuzugeben, daß das Bedürfnis einer reinlichen Trennung von dem Mehrheitssozialismus, besonders in der Ebert-Scheidemann-Roskeschen Prägung, die den Namen der Sozialdemokratie mißbraucht und in Verfall bringt, die Annahme einer besonderen Parteibezeichnung rechtfertigt, die auch äußerlich erkennen läßt, daß der revolutionäre proletarische Sozialismus mit jener politischen Richtung nichts mehr gemein hat. Und der Name der Kommunisten wäre als Parteibezeichnung für die Linkssozialisten sehr am Platze gewesen. Was jetzt sich so bezeichnet, trägt viel richtiger den Namen der Bolschewiki. Eine solche Parteibezeichnung wäre ein großer Gewinn für das Streben nach Klarheit und Einheit innerhalb des revolutionären Sozialismus. Denn es würde dadurch sofort deutlich werden, daß nicht die Frage des Kommunismus das Trennende ist, sondern der ganze Komplex von taktischen Problemen, der eben den Bolschewismus ausmacht.

Wenn wir diese Unterscheidung von Kommunismus und Bolschewismus machen und uns als Sozialdemokraten entschieden zu dem ersteren bekennen, so besagt dies noch nicht, daß wir die Bedeutung des letzteren verkennen. Es liegt uns fern, von einer „bolschewistischen Gefahr“ zu sprechen. Mögen vor einer solchen die Kapitalisten und ihre Gefolgschaft zittern. Denn auch wir wünschen, daß das Proletariat bald überall so weit wäre, die unmittelbare Gewalt über die alte Gesellschaft zu erlangen. Nein, die „Gefahr des Bolschewismus“ sehen wir nur darin, wenn es gelingt, durch eine Vertauschung der Begriffe von Kommunismus und Bolschewismus diesen letzteren, der doch nur ein Mittel zum ersteren ist, und zwar ein solches, das nur unter ganz bestimmten historischen und sozialen Bedingungen in Rußland sich entwickelt hat, für den allgemein gültigen, überall anwendbaren und einzig allein revolutionären Geist des Sozialismus selbst auszugeben.

Was ist der Bolschewismus? Ich frage hier nicht nach seiner historischen Bedeutung, die eine unvergängliche ist und mit der er sich schon heute unauslöschlich in jedes Proletariat eingegraben hat. In dem Bolschewismus und in seinen kühnen, todesmutigen Führern Lenin und Trotzky wird das revolutionäre Proletariat nie aufhören die große Avantgarde der sozialen Revolution zu verehren, die befreiende Gewalt zu segnen, die zuerst den Blutbann des Krieges zerriß, unter dem den Völkern schon fast alle Hoffnung erstickt schien, und die große Tat zu begründen, durch welche dem Proletariat sein historisches Selbstbewußtsein und seine revolutionäre Entschlossenheit wiedererweckt wurden. In diesem Sinne war der Bolschewismus und ist er heute in Rußland und in Ungarn nie eine Gefahr für die revolutionäre Sozialdemokratie, sondern vielmehr eine Unterstützung und fortwährende Stärkung auch ihres Kampfes um eine kommunistische Neuordnung der Gesellschaft. Wir fragen aber jetzt nicht nach dieser historischen Bedeutung, sondern nach der Wesensbeschaffenheit des Bolschewismus. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, nicht bloß deshalb, weil wir noch zu wenig zuverlässige und besonders seine Wirksamkeit im ganzen erfassende Berichte über ihn haben, sondern vor allem deshalb, weil auch der Bolschewismus kein starres Gebilde, sondern in steter Wandlung begriffen ist, so daß der russische Bolschewismus von heute nicht mehr derselbe ist als der im Oktober 1917, wie auch der Bolschewismus in Ungarn etwas ganz

Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung begründeten Staatssekretär...

Das Haus erledigte sodann die Tagesordnung und nahm die Gesetze über die Kreditoperationen...

Staates, nicht nur das hofararische Vermögen hier, sondern auch das hofararische Vermögen dort aufteilen wollen...

Das Invalideugesetz.

Die Staatskanzlei übermittelt das Invalideugesetz und einen Gesetzentwurf...

Staatssekretär für soziale Verwaltung Kanusch begründet in eingehender Weise das Invalideugesetz...

Der erste Schritt zur Agrarreform.

Staatssekretär für Landwirtschaft Stöckl begründet das Wiederbesiedlungsgesetz...

Das Wäckerhuhngesetz.

Hierauf wird das Gesetz über die Kreditoperationen in allen Lesungen angenommen...

Berichterstatter Rudolph referiert sodann über das Wäckerhuhngesetz...

Abg. Brandl begrüßt das Gesetz als einen Fortschritt in sozialer Beziehung...

Abg. Regner bemerkt, es beruhe angenehm wie der Redner sich zu dem Gesetz als höchsten gestellt habe...

Abg. Dr. Angerer erklärt, auch seine Parteistimme auf dem Standpunkt, daß man die kleinen Meister nicht untergehen lassen dürfe...

Die Kriegsgefangenenfürsorge.

Den Bericht erstattet Abg. Fischer. Nach dem Gesetz wird eine Staatskommission für Kriegsgefangenenangelegenheiten eingesetzt...

Abg. Schönsteiner beantragt, daß der Titel der zu errichtenden Staatskommission zu lauten habe: Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenangelegenheiten...

Nachdem noch die Abg. Dr. Angerer und Smitta gesprochen hatten, wird die Ausschussvorlage mit dem vom Berichterstatter akzeptierten Änderungsantrag Schönsteiner...

Die Landesverweisung der Habsburger.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Verfassungsausschusses über das Gesetz betreffend die Landesverweisung...

Berichterstatter Abram bespricht eingehend die vom Ausschuss an der Regierungsvorlage vorgenommenen Änderungen...

aller sonstigen Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen — mit Ausnahme des ehemaligen Monarchen — wurde abgelehnt.

Der Berichterstatter bemerkt: Wenn in der Bevölkerung und in der Presse die Meinung ausgesprochen wird, daß die Beschlagnahme des Vermögens ein Ausnahmengesetz gegen bestimmte Personen darstellt...

Die Frage des hofararischen Vermögens. Staatssekretär Dr. Bauer verweist auf den Einspruch der Nachfolgestaaten...

Etwas anders sieht es mit dem hofararischen Vermögen. Das war ungewisselhaft ein Bestandteil des Staatsvermögens mit der Widmung für Hofzwecke...

Wenn die anderen Nationalstaaten die Liquidation durchführen wollen, wie wir sie uns vorstellen, daß alle diese Staaten gemeinsam nicht nur die Aktiven, sondern auch die Passiven...

Abg. Dvorak (Tschecho) weist auf die Ansprüche der Nationalstaaten hin, die aus dem Vermögen der Habsburger das verlangen, was ihnen gebührt...

Rebner bittet schließlich, bei der Zuweisung von Schöffstellen für Humanitätsvereinigungen zugunsten der Kinder, auch der tschechischen Schulkinder in Wien zu gedenken.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Abram wird das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Die §§ 1 bis 4 werden ohne Debatte mit der erforderlichen qualifizierten Majorität angenommen.

In der Spezialdebatte über den zweiten Abschnitt des Gesetzes (§ 5 bis 9) stellt Abg. Dr. Gleiss den Antrag, folgende Bestimmung einzuschalten...

Abg. Dr. Straßner beantragt folgende Entschließung: Die Regierung wird aufgefordert, ehestens die entsprechenden Maßnahmen zu treffen...

Abg. Dr. v. Gleiss bemerkt: In der Bevölkerung ist die Ansicht verbreitet, daß der Kaiser wagnersweise die wertvollsten Bestandteile seines Vermögens ins Ausland brachte...

Der Bericht des Verfassungsausschusses über die Vorlage betreffend die Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden...

Der Ausschuss legt Wert darauf, zu konstatieren, daß die Verleihung von Titeln höherer Rangklassen an Staatsangestellte nicht unter diejenigen Titelverleihungen fällt...

Der Ausschuss hat festgestellt, daß die Unterfassung der Führung von Adelsbezeichnungen, Titeln und Würden und die Bestrafung der Zuwiderhandlung dieses Verbotes nur dahin auszulagen ist...

Der Ausschuss hat festgestellt, daß die Unterfassung der Führung von Adelsbezeichnungen, Titeln und Würden im Verkehr mit Behörden und öffentlichen Stellen sowie im öffentlichen Leben überhaupt als verboten angesehen wird...

Die Regierung hat ein Gesetz eingebracht, das bestimmt, daß dem gewählten Staatssekretär der Finanzen Dr. Otto Steinwender vom 1. April 1919 anfangen der Ruhe-

genug der Beamten der zweiten Rangklasse bewilligt wird.

Die Landtags- und Gemeinderatswahlen.

Die Wahlen für den Landtag und den Gemeinderat sind für den 4. Mai angelegt worden.

In seiner gestrigen Sitzung stellte der Stadtrat die nach den Wählerzahlen festgesetzte Anzahl der Mandate für die Gemeindevertretung der einzelnen Bezirke fest...

Bürgerlich-demokratischer Verein.

Am 7. Bezirk hat sich die Ortsgruppe Neubau des Bürgerlich-demokratischen Vereins konstituiert.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Gleiss abgelehnt. Die §§ 5 bis 9 und Titel und Eingang des Gesetzes werden einstimmig angenommen.

Die vom Ausschuss beantragte Entschließung und die Entschließung Dr. Straßner wird zum Beschluß erhoben.

Tagesordnung: 1. Dritte Lesung des Gesetzes über die Regelung der Arbeit in den Betrieben zur Erzeugung von Backwaren...

Die Frauenortsgruppe Margareten des Bürgerlich-demokratischen Vereins veranstaltet Samstag den 5. d. um 5 Uhr nachmittags in Sambergers Restaurant...

Volksabstimmung in Kärnten.

Aus Klagenfurt wird gemeldet: Wie die nationalpolitische Gruppe über das endgültige Ergebnis der Volksabstimmung in Kärnten mitteilt, haben sich an derselben 89 Gemeinden des kritischen Gebietes, soweit es nicht von den Südtirolern besetzt ist, beteiligt.

Republik Deutschösterreich.

Die Aufhebung des Adels.

Der Bericht des Verfassungsausschusses über die Vorlage betreffend die Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel und Würden besagt: Der Ausschuss hat nach längerer Debatte mit Stimmenmehrheit den Antrag angenommen...

Der Ausschuss hat festgestellt, daß die Unterfassung der Führung von Adelsbezeichnungen, Titeln und Würden und die Bestrafung der Zuwiderhandlung dieses Verbotes nur dahin auszulagen ist...

Der Ausschuss hat festgestellt, daß die Unterfassung der Führung von Adelsbezeichnungen, Titeln und Würden im Verkehr mit Behörden und öffentlichen Stellen sowie im öffentlichen Leben überhaupt als verboten angesehen wird...

Die Regierung hat ein Gesetz eingebracht, das bestimmt, daß dem gewählten Staatssekretär der Finanzen Dr. Otto Steinwender vom 1. April 1919 anfangen der Ruhe-

Der Ausschuss hat festgestellt, daß die Unterfassung der Führung von Adelsbezeichnungen, Titeln und Würden im Verkehr mit Behörden und öffentlichen Stellen sowie im öffentlichen Leben überhaupt als verboten angesehen wird...

Die Regierung hat ein Gesetz eingebracht, das bestimmt, daß dem gewählten Staatssekretär der Finanzen Dr. Otto Steinwender vom 1. April 1919 anfangen der Ruhe-

Arbeiterzeitung

Organ der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

ersch. um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Bezugsbedingungen:

Wien: Mit Zustellung ins Haus

Wöchentlich K 1.—
Monatlich 4.20
Vierteljährig 12.60

Provinz und Ungarn:

Monatlich K 4.60
Vierteljährig 13.80

Deutschland: Vierteljährig K 20.—

Für alle anderen dem Weltpostverein angehörl. Länder: Vierteljährig K 25.—

Abonnements werden angenommen

in der Administration, V. Wechte

Wien, Gasse 97, und in den Filialen:

I. Schulerstraße 13, Tel. 9191

II. Baumgartengasse 30, Tel. 4228

X. Belandplatz 5, Tel. 5824

XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33125

XVI. Klausgasse 34, Tel. 34146

XVII. Pachergasse 22, Tel. 17175

XXI. Angereckstraße 14.

Für die an fremde Austräger oder

Besitzer bezahlten Beträge leisten

wir keine Garantie.

Offene Reklamationen sind portofrei.

Wien, Donnerstag, 3. April 1919.

XXXI. Jahrgang.

Expropriateure werden expropriiert.

Die Nationalversammlung hat heute das Gesetz beschlossen, das den Familienbesitz des Hauses Habsburg-Lothringen für Staatseigentum erklärt. Was die Dynastie in Jahrhunderten zusammengerafft hat, ist Eigentum der Gesamtheit geworden. Und die Erträgnisse des riesenvermögens der Habsburger widmet der Staat den Opfern des Krieges, den die Habsburger heraufbeschworen haben. Die Jahrhunderte lang das Volk enteignet haben, werden jetzt vom Volke enteignet. Die Expropriateure werden expropriert.

Es ist nur eine einzige Familie — freilich: die reichste und die mit schwerster Schuld beladene unter allen — deren Familienbesitz die Nationalversammlung heute für verwirkt erklärt hat. Aber die Enteignung der Habsburger ist nicht nur der letzte Schritt der Abrechnung mit der Dynastie, sie ist zugleich auch der erste Schritt zur Abrechnung mit dem Großkapital und mit dem Großgrundbesitz. Wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach; ist der durch den Mystizismus von Jahrhunderten geweihte Reichtum der Könige von Gottes Gnaden gefallen, so wird der so viel jüngere, so viel profaischere, so gar nicht mystische Reichtum der Könige des Kapitals folgen.

Schon folgt dem ersten Schritt der zweite. In derselben Stunde, in der die Nationalversammlung die Enteignung der Habsburger beschlossen hat, ist ihr ein anderes wichtiges Enteignungsgesetz vorgelegt worden. Man weiß, daß in unseren Alpenländern reiche Kapitalisten, vornehme Grundherren und fromme Klöster Duhende und Hunderte Bauern gelegt und ihre Güter zu riesenhaftem Jagd- und Forstbesitz vereinigt haben. In verzweifeltstem Kampfe sind Tausende Bauern der mörderischen Umarmung des herrschaftlichen Waldes erlegen; Mosegger hat diesen Verzweiflungskampf in seinem „Jakob der Letzte“ ergreifend geschildert. Endlich wich der Bauer vom ererbten Gute. Und bald verödeten Hof und Flur. Der Boden, den jahrhundertlang fleißige Menschen bebaut hatten, dient jetzt dem Jagdvergnügen großer Herren; der Dirsch grasst heute, wo einst die Kuh geweidet hat. Weite Bodenflächen sind so dem Ackerbau und der Viehzucht entzogen worden; uns fehlt es an Fleisch und Milch, den Bauern an Jungvieh, während die Alpenweiden der Jagdfreude allein dienen. Dieses Unrecht soll nun gutgemacht werden: der Gesetzentwurf, der heute der Nationalversammlung vorgelegt worden ist, ermächtigt die Agrarbehörden, die Jagd- und Forstgüter, die durch Begung von Bauern entstanden sind, zu enteignen. Die großen Herren, die die Bauern gelegt haben, sollen nun selbst gelegt werden. Die Expropriateure werden expropriert.

Der Gesetzentwurf greift die großen Grundherren mutig an. Zwar bekommen sie eine Entschädigung für den Boden, der ihnen entzogen wird, aber sie ist weit unter dem heutigen Bodenwert bemessen. In anderer Hinsicht aber bedarf der Entwurf, den der Staatssekretär für Landwirtschaft vorgelegt hat, dringend der Verbesserung. Der Gesetzentwurf will nämlich auf dem enteigneten Boden Bauern und Häusler als Eigentümer ansiedeln; er will also das Privateigentum nicht aufheben, sondern nur verteilen. Das entspricht dem Gebot der Zeit nicht, die nach der Sozialisierung des Eigentums drängt. Der enteignete Boden sollte Eigentum des Staates oder des Landes bleiben. Auf ihm mag man dann Bauern und Häusler ansiedeln, wo, wie das im Gebirge sicherlich oft der Fall ist, der Kleinbetrieb rationelle Bewirtschaftung erhoffen läßt; aber nicht als Eigentümer soll man sie ansiedeln, sondern als Erbpächer, die im Besitz des Bodens nicht weniger geschützt sind als Eigentümer, den Boden aber nicht durch einmalige Erlegung eines Kaufschillings und Aufnahme einer Hypothek auf ihn erwerben, sondern mit jährlich zu entrichtendem Grundzins bezahlen, deren Höhe von Jahrzehnt zu Jahrzehnt Neubemessen werden mag. So würden die Angesiesselten statt unveränderlichen Hypothekenzinses einen veränderlichen, den jeweiligen Preisen der Agrarprodukte annehmbaren Grundzins zu

entrichten haben; sie würden also auch bei sinkenden Preisen der Agrarprodukte bestehen können. Die sozialistische Lösung — nicht Privateigentum, sondern Staats- oder Landeseigentum; nicht Eigentum, sondern Erbpacht; nicht unveränderlicher Hypothekenzins, sondern veränderlicher Grundzins — sichert die Angesiesselten selbst am besten im Besitz der Güter.

In vielen Fällen aber wird es überhaupt nicht zweckmäßig sein, den enteigneten Boden auf einzelne Bauern zu verteilen. Es wird viel zweckmäßiger sein, den Boden Agrargemeinschaften, Nachbarschaften zuzuteilen. Das wird sich vor allem überall dort empfehlen, wo der Boden als Weide genützt werden soll. Das Weideland zu erweitern ist heute dringendstes Bedürfnis: nur so können wir die Frucht vergrößern und verbessern, den durch den Krieg zerstörten Viehstand wiederherstellen und damit unsere künftige Fleisch- und Milchversorgung sichern. Darum überall dort, wo es möglich ist, die sozialistische Lösung: nicht Privateigentum einzelner Bauern, sondern Gemeineigentum des Landvolkes soll der enteignete Boden werden! Das Enteignungsgesetz des Herrn Stödler kann unschwer und muß so zu einem Sozialisierungsgesetz umgearbeitet werden!

Die großen Jagdgüter sind unzweifelhaft die verhassteste und gemeinschädlichste Form des großen Grundbesitzes; daß unsere Bodenreform mit ihnen beginnt, ist also in Ordnung. Aber sie darf bei ihnen nicht stehen bleiben. Auch der andere Großgrundbesitz, der große Waldbesitz, ist reif zur Bergeseßschaftung! Die Zeit der großen Umwälzung der Eigentumsverhältnisse hat begonnen; den beiden Gesetzen, mit denen sich die Nationalversammlung heute befaßt hat, werden viele, viele andere folgen müssen. Die Stunde des Ausbeutungseigentums hat geschlagen; die Expropriateure werden expropriert.

Die Landesverweisung der Habsburger.

Die Verhandlung in der Nationalversammlung.

Das Gesetz über die Landesverweisung der Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen ist heute in der Nationalversammlung beinahe ohne Debatte und geradezu einstimmig beschlossen worden; aber man würde sehr irren, wenn man danach vermeinte, daß es keine Gegnerschaft gefunden habe. Ganz im Gegenteil; die Christlichsozialen wählten bis zum letzten Augenblick, und erst als ihnen mit der wünschenswerten Deutlichkeit gesagt wurde, daß die Sozialdemokraten weder eine Abänderung, noch eine Ablehnung, noch eine Verschleppung hinnehmen würden, gaben sie Nein bei, und so konnte das Ergebnis verkündet werden, der Gesetzentwurf sei einstimmig angenommen. Zwar stand die Mehrheit, da die Großdeutsche Vereinigung bereit war, für den Entwurf zu stimmen, nie in Zweifel; aber man hatte im Hauptauschuss herausgefunden, daß zu der Annahme eine qualifizierte Mehrheit notwendig sei — weil die Verweisung die staatsgrundgesetzlich verbürgte Freizügigkeit aufhebe und die Übernahme des Vermögens die ebenso staatsgrundgesetzlich verbürgte Sicherheit des Eigentums antaste: eine Folgerung, die sehr anfechtbar ist — und zu dieser waren natürlich auch die christlichsozialen Stimmen nötig. Im übrigen war dabei zu sehen, daß die Bauern die „Bedenken“ der Wiener christlichsozialen Herren gar nicht teilten und sich weder vor der Landesverweisung noch vor der Konfiskation grauten, wie es bei den im schwarz-gelben Seruillismus erzogenen Wienern der Fall war. So bot die die Abstimmung das Schauspiel, daß die christlichsozialen Bauern für die Vorlage stimmten, wogegen die alten Wiener Christlichsozialen, mit Herrn Dr. Weiskirchner an der Spitze, davongelaufen waren. Zu sprechen oder zu stimmen gegen das Gesetz traute sich niemand.

Politisch ist vor allem zu sagen, daß der Gesetzentwurf eine Regierungsvorlage ist, als solche also vorweg auch die Zustimmung der christlichsozialen Mitglieder der Regierung gefunden haben muß. Es ist auch nicht wahr, daß die Christlichsozialen im Verfassungsausschuss erhebliche Bedenken zu überwinden gehabt hätten, vielmehr muß festgestellt werden, daß sie gegen die Landesverweisung Ein-

3. IV. 1919

Obersten Heeresleitung und mit und der Reichsregierung Uebereinstimmung darüber, daß von den deutschen Truppen keine Offensivbewegung in Rußland und Litauen unternommen wird. Eine gewisse Sicherung der deutschen Ostgrenzen wird leider noch erforderlich sein, aber die Reichsregierung ist nur von dem lebhaftesten Wunsche erfüllt, auch mit Rußland in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben.

Meldung über Unruhen in Petersburg.

Amsterdam, 2. April.

Dem „Allgemeinen Handelsblad“ zufolge meldet „Daily Telegraph“ aus Helsingfors, daß in Petersburg sehr ernste Unruhen stattgefunden hätten. Lenins Ansehen nehme ab und Trozki werde im Kreml von lettischen Soldaten bewacht und lebe aus Furcht für sein Leben in vollkommener Zurückgezogenheit.

Zusammenstöße in italienischen Städten.

Berlin, 2. April.

Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus Lugano: Die Sozialisten haben in Oberitalien große politische Demonstrationen veranstaltet. Bei den Straßenkundgebungen kam es Genua, Mailand und Novara zu Zusammenstößen mit der Polizei. Es kam zu Schießereien, wobei viele Personen verwundet wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der „Avanti“ fordert die Arbeiter auf, zum Zeichen des Protests gegen die Vorläufige in den Generalstreik zu treten.

Die Räterepublik in Ungarn.

Die Aufhebung der Couponanweisung für inländische Wertpapiere.

Budapest, 2. April.

Eine Verordnung des Volkskommissariats für Finanzen bestimmt, daß die Anweisung der fälligen Coupons sämtlicher inländischen Wertpapiere aufgehoben wird.

Der Schutz der Ausländer.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 2. April.

Die in Budapest weilenden diplomatischen Vertreter der Auslandstaaten sprachen gestern beim Stellvertreter des Volkskommissärs für Außenwesens, Dr. Agoston, vor, um die Frage des Schutzes der Ausländer zu klären. Im Namen der ausländischen Vertretungen skizzierte der deutschösterreichische Gesandte Freiherr v. Cnobloch den gemeinsam vereinbarten Fragenkomplex, der die bereits gemeldeten Details enthält. Volkskommissär Agoston erklärte daß die Räteregierung den Ausländern, soweit dies mit den kommunistischen Prinzipien vereinbar sei, alle erdenklichen Erleichterungen und Konzessionen machen werde. Es entspann sich ein längerer Meinungsaustausch über die aufgeworfenen Fragen. Vereinbarungen wurden jedoch nicht getroffen. Baron Cnobloch wurde von den übrigen ausländischen Vertretern damit betraut, im Namen der Gesamtheit ein Memorandum auszuarbeiten, in welchem die Forderungen und Wünsche der Ausländer unter Festlegung der völkerrechtlichen Grundsätze aufgezählt sind. Dieses Memorandum ist heute dem Volkskommissariat für Außenwesens überreicht worden.

In dem Gebäude in der Akademiegasse, wo die deutschösterreichische Gesandtschaft untergebracht ist, herrscht seit einigen Tagen lebhaftes Treiben. Viele Hunderte von Deutschösterreichern wollen Budapest verlassen und kommen um ihre Pässe. Der Parteienverkehr umfaßt täglich etwa 800 Menschen.

Morgen abend um 10 Uhr 50 Minuten geht von Budapest ein Extrazug mit Reichsdeutschen ab, die unter Verührung von Wien über Passau in ihre Heimat zurückkehren. Der Extrazug führt 500 Mitglieder der reichsdeutschen Kolonie und einen Waggon holländischer Untertanen.

Erlaubnis der Mitnahme von Mobilien und Effekten für Deutschösterreicher.

Budapest, 2. April.

Eine Verordnung des Volkskommissärs für innere Angelegenheiten setzt die vom Polizeibeauftragten am 29. März erlassene Verordnung hinsichtlich der Untersuchung der von den Bahnhöfen abreisenden Personen außer Kraft und ordnet an, daß die Untersuchung zur Verhütung des Effektsmuggels ausschließlich an den Grenzstationen oder an den Aus- und Eintrittsstationen des besetzten Gebietes vorzunehmen ist. Ausländer (Deutschösterreicher) dürfen ihre Mobilien und Effekten im Sinne der mit den ausländischen Vertretungen getroffenen Vereinbarung mitnehmen. Gleichzeitig werden die Brachialgarden der Grenzstationen angewiesen, die Untersuchung und Leibesvisitationen mit aller Strenge durchzuführen.

Gerüchte über den Anmarsch französischer Truppen gegen Ungarn.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Wiener-Neustadt, 2. April.

Hier ist seit einigen Tagen das Gerücht verbreitet, daß zwanzigtausend Mann französische Truppen im Anzuge gegen Ungarn seien. Dieses Gerücht wurde in einer gestern abend hier abgehaltenen Kommunistenversammlung von einem Eisenbahner, der hier auch Stadtrat ist, als Tatsache bezeichnet.

Ungarn und die Schweiz.

Wien, 2. April.

Die Schweizer Regierung hat, wie wir aus Bern vernehmen, dem noch in der Regierung des Grafen Karolyi eingesetzten Gesandten Herrn v. Szilassy erklärt, daß sie künftighin eine Korrespondenz des Gesandten mit seiner Regierung in Chiffren nicht dulden könne.

Konstituierende Nationalversammlung.

Erledigung der Kreditvorlage und des Gesetzes über die Landesverweisung der Habsburger.

Wien, 2. April.

Der Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter hat heute zum erstenmal in der Nationalversammlung das Wort ergriffen. In Verhandlung stand der Gesetzentwurf über Kreditoperationen, und der Staatssekretär selbst erklärte, daß hier eine ziemlich weitgehende Vollmacht von der Regierung erbeten werde. Er sah aber davon ab, die Grundzüge der Finanzpolitik näher darzulegen, und begründete dies damit, daß ein ordnungsgemäßes Budget noch nicht vorhanden sei. Er kündigte an, daß es voraussichtlich im Juni möglich sein werde, den Staatsvoranschlag einzubringen. Der präliminierte Abgang von 2400 Millionen für das Jahr 1919 würde sich bei der jetzigen Wirtschaft auf 5 bis 6 Milliarden steigern, da der Zuschuß zu den Mehl- und Brotpreisen, die Bekleidungs- und Invalidenaktion, die Zugeständnisse an die Eisenbahner sowie andere Forderungen noch nicht berücksichtigt seien. Das müsse vermieden werden, weil es den Niederbruch der Finanzen und damit auch des gesamten sozialen Organismus bedeuten würde. Er wolle deshalb die radikale Maßnahme der Vermögensabgabe rasch und energisch durchführen. Die Vorarbeiten dürften in etwa drei Wochen abgeschlossen sein. Wenn die Kriegsschuld und eine Reihe von Ausgaben vorübergehender Natur abgebaut sein werden, dann sei es möglich, in drei bis vier Jahren in einen geordneten Zustand zurückkehren. Die Finanzpolitik soll in den Dienst des Wiederaufbaues gestellt werden. Es mehrten sich, sagte Dr. Schumpeter, schon die Zeichen des erwachenden Wirtschaftslebens und die Konturen des neuen Lebens werden sichtbar. Der Staatssekretär teilte mit, daß die zwei Milliarden aus der letzten Kreditvollmacht noch nicht erschöpft seien, die Annahme der neuen Vorlage empfehle sich aber, weil die Umstempelung große Mittel flüssig gemacht hat. Der Gesetzentwurf wurde mit der heute vom Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Aenderung angenommen. Die neue Fassung soll, wie der Berichterstatter Dr. Alfred Gürtler, hervorhob, zum Ausdruck bringen, daß ein zwangweiser Zugriff auf die Bestände der Postsparkasse nicht in der Absicht der Regierung liege.

Die Beratung des Gesetzes über die Landesverweisung und die Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen gab dem Staatssekretär Dr. Bauer Gelegenheit, sich mit dem Einspruche der nationalen Staaten gegen den vermögensrechtlichen Teil der Vorlage zu befassen. Der Staatssekretär erklärte, daß über das gebundene Vermögen der Habsburger eine Auseinandersetzung mit den Nationalstaaten nicht nötig sei. Hier handelt es sich um ein Familienfideikommiß, das niemals Eigentum des österreichischen Staates war und auf das nun der deutschösterreichische Staat kraft seiner Gebietshoheit greife, wie er dies bei Fideikommissen anderer Familien tun könnte. Das hofärarische Vermögen geht in das Eigentum Deutschösterreichs über, aber aus dieser Aneignung ergeben sich für die anderen Nationalstaaten Ansprüche auf Entschädigung und vielleicht unter Umständen auch auf Ausfolgung einzelner Gegenstände. Hierüber ist die Regierung zu Verhandlungen bereit. Aber es müssen nicht nur die Aktiven, sondern auch die Passiven bei der Liquidation aufgeteilt werden. Es wird sich um eine Verrechnung handeln, bei der sowohl das hofärarische Vermögen hier als auch das hofärarische Vermögen in den anderen Nationalstaaten in Frage kommen wird. Der Staatssekretär wiederholte seinen Vorschlag, die Entscheidung über die Aufteilung einem Schiedsgerichte unter neutralem Vorsetze zu überlassen. Der Abgeordnete Dvorka verlangte, daß von dem auf etwa 8 Milliarden geschätzten hofärarischen Vermögen 1 1/2 bis 2 Milliarden dem tschechischen Staate übergeben werden.

In der Spezialdebatte stellte Dr. v. Clessin den Antrag, daß Vermögensschaften der Habsburger nur nach Leistung der Vermögensabgabe in das Ausland gebracht werden dürfen. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem Staatskanzler Dr. Renner erklärt hatte, daß er eine Selbstverständlichkeit enthalte und daß, wenn er sich als notwendig herausstellen sollte, das Steuersuchtgesetz verschärft werden könnte. Das Gesetz wurde schließlich angenommen. Der größte Teil der christlichsozialen Partei, die heute auch eine Erklärung über ihre Haltung in dieser Frage beschlossen hat, verließ vor der Abstimmung den Sitzungsaal. Zur Annahme gelangte auch ein Resolutionsantrag des Abgeordneten Doktor Straßner, der verlangt, daß dem Hause Bourbon-Parma der Aufenthalt in Deutschösterreich verwehrt werde.

Die Nationalversammlung erledigte heute noch das Bäckereiarbeitergesetz und die Vorlage über die Kriegsgefangenenfürsorge. Von der Regierung wurden zwei neue Vorlagen eingebracht, ein Invaliden- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz und ein Wiederbesiedlungsgesetz. Der erste Entwurf tritt an die Stelle des bisherigen Militärversorgungsgesetzes und wurde vom Staatssekretär Hanusch begründet. Er wird einen Gesamtaufwand von 360 bis 380 Millionen Kronen jährlich erfordern. Auf eine Invalidentrente hat jeder Anspruch, der mehr als 15 Prozent von seiner Erwerbsfähigkeit verloren hat. Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 75 Prozent erhält er die Vollrente, die in 17 Abstufungen nach dem Jahreseinkommen berechnet wird und von 1200 Kronen bis 4320 Kronen jährlich steigt. Das Wiederbesiedlungsgesetz bezeichnete Staatssekretär Stöckler als den ersten Schritt zur Agrarreform. In einer demnächst einzubringenden Vorlage wird an den Abbau des übermäßig großen Grundbesitzes geschritten werden. Das Wiederbesiedlungsgesetz soll durch Enteignung dem Bauern zu Boden auf Jagdgütern verhelpen. Die Nationalversammlung hält morgen nachmittags wieder Sitzung ab.

Konstituierende Nationalversammlung.

(7. Sitzung.)

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Invalidenversorgungsgesetz.

Die Staatskanzlei übermittelt einen Gesetzentwurf, betreffend die Vergütungsansprüche aus Anlaß militärischer Dienstleistungen (Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung).

Die Neuwahlen.

Nach dem Beschlusse der Kommission für die Vertretung der besetzten Gebiete wird die Nationalversammlung als Vertreter des Wahlkreises Deutschsüdtirol acht Abgeordnete in das Haus berufen. Die acht Mandate werden so verteilt werden, daß fünf Mandate den Christlichsozialen, deren Listenführer bei der im Bezirk Trient durchgeführten Wahl Landeshauptmann Schraffl war, zwei Mandate den Sozialdemokraten (Listenführer Heinrich Sney) und ein Mandat den Deutschnationalen (Nationalrat Emil Kraft) zufallen werden.

In der Beratung des Ausschusses beantragten die Abgeordneten Unterkircher und Dr. Mayer, bei den Ernennungen auf die Christlichsozialen sechs Mandate, auf die Sozialdemokraten und Deutschfreiheitlichen je ein Mandat entfallen zu lassen. Demgegenüber unterbreiteten die Abgeordneten Schacherl und Eisenhut einen Vermittlungsantrag, der das Ergebnis der allgemeinen Wahlen im übrigen Tirol als Grundlage für die Ernennungen vorschlägt, und zwar in dem Sinne, daß auf die Christlichsozialen fünf Mandate, auf die Sozialdemokraten zwei Mandate und auf die Deutschfreiheitlichen ein Mandat entfallen. Gegen diesen Antrag wendeten sich die Abgeordneten Dr. Waber und Dr. Straffner unter Hinweis darauf, daß in Deutschsüdtirol wesentlich andre Parteiverhältnisse herrschen als in Nordtirol.

Bei der Abstimmung über Deutschsüdtirol wurde der Antrag Schacherl-Eisenhut angenommen.

Betreffs der besetzten Gebiete Südtirols gelangte folgender Antrag Austerlich-Schoiswohl zur Annahme: Im Wahlkreise Nr. 21 Mittel- und Untersteiermark wird gemäß der Alten- und Nechtslage die Verteilungsrechnung nach dem Proportionalwahlssystem zu Ende geführt, und werden demnach als gewählte Mitglieder für diesen Wahlkreis nach der Reihenfolge der Parteivorschläge einberufen: aus dem Wahlvorschlage der Christlichsozialen Karl Bischnegg, Grundbesitzer; aus dem Wahlvorschlage der Sozialdemokraten Hans Mutschsch, Verbandssekretär, und aus dem Wahlvorschlage der Deutschfreiheitlichen Alois Dengg, Mühlenbesitzer.

Bezüglich Deutschböhmens und des Sudetenlandes stand ein Antrag des Abgeordneten Dr. Waber auf Einberufung einer Delegation von 20 Mitgliedern in Verhandlung, ohne daß jedoch die Diskussion darüber zu Ende geführt wurde, weil dieser Antrag neuerlich den Parteien unterbreitet werden soll. Bei der Abstimmung gelangte der Antrag des Abgeordneten Austerlich zur Annahme, demzufolge der Nationalversammlung berichtet wird, daß in der Frage der besetzten nördlichen Gebiete eine Einigung der Parteien nicht erzielt werden konnte, da die sozialdemokratische Partei solchen Ernennungen ablehnend gegenüberstehe und aus diesem Grunde auch keine Vorschläge erstattet habe.

Sodann wurde bezüglich aller besetzten Gebiete Abgeordneter Austerlich zum Berichterstatter für das Haus bestellt.

Die Beratungen der dritten Länderkonferenz

Samstag beginnen in Wien die dritten Beratungen der Vertreter der deutschösterreichischen Kronländer, die bis zum 8. d. dauern werden. Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie die Ernährungsfragen und im Zusammenhang damit die in der letzten Zeit von einzelnen Kronländern verfügten Absperrungsmaßnahmen sowie die verschiedenen rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen des Verhältnisses zwischen den Kronländern und dem Staate. Den Beratungen wird diesmal eine besondere Bedeutung beigemessen, da von seiten der Staatsregierung beabsichtigt ist, alle kritischen Fragen unter allen Umständen einer Lösung zuzuführen, um den gerade in der letzten Zeit wieder vielfach aufgetauchten Mißverständnissen und ihren unerfreulichen Folgen ein Ende zu machen.

Die Osterferien der Nationalversammlung.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird Staatssekretär Dr. Bauer den Bericht über die bisherigen Arbeiten der Sozialisierungskommission erstatten und bei dieser Gelegenheit die ersten Sozialisierungsvorlagen unterbreiten. Es ist beabsichtigt, diese Entwürfe dem Ausschusse zur sofortigen Verhandlung zuweisen, um die Gesetze eventuell noch am Samstag zur Beratung stellen zu können. Sollte dies nicht durchführbar sein, so wird das Haus heute seine letzte Sitzung vor Ostern abhalten. Die Ferien sollen ungefähr drei Wochen währen und der Vorbereitung der Landtagswahlen gewidmet sein.

24

119

6./IV. 1919

Probleme der sozialen Revolution.

Die Ueberwindung des Staates.

Von Dr. Max Adler.

In den beiden vorausgegangenen Artikeln suchten wir zu zeigen, daß weder die Ablehnung des Parlamentarismus noch die Forderung des Kommunismus Programmpunkte sind, die eine prinzipielle Verschiedenheit zwischen der linksseitigen Sozialdemokratie und dem Bolschewismus begründen, sondern daß in beiden Fällen der letztere nur eine bestimmte, unter ganz besonderen geschichtlichen und sozialen Bedingungen örtlich hervorgegangene Taktik bedeutet, die nicht ohne weiteres überallhin übertragbar ist, so vieles wir auch überall von ihr zu lernen können und sollen. Nun aber scheint es doch einen Punkt zu geben, in dem ein solcher prinzipieller Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und der neuen kommunistischen Partei (Bolschewiki) besteht, und dies ist die Stellung des revolutionären Proletariats zur Staatsgewalt. Erst von der richtigen Erfassung derselben ergibt sich, wie die Kommunisten mit Recht betonen, der eigentliche Sinn der großen Forderung nach der Diktatur des Proletariats.

Ueber diesen Gegenstand hat Lenin kurz vor der Oktoberrevolution ein Buch veröffentlicht, „Staat und Revolution“, welches die theoretische Grundlage des Bolschewismus geworden ist und das auch wirklich das größte Interesse verdient, weil es sich zur Aufgabe stellt, aus den Werken von Marx und Engels die auf das Verhältnis des Proletariats zum Staat bezugnehmenden Stellen in möglichster Vollständigkeit zu einer geschlossenen Lehre zu vereinigen, und diese Aufgabe mit großem Scharfsinn in der Deutung dieser Stellen erfüllt. Diese Arbeit Lenins ist unbedingt ein großes Verdienst um den Marxismus; denn sie bringt nicht nur viele weniger bekannte Gedanken von Marx und Engels in Erinnerung, sondern sie stellt auch die bekannten von dem Klassencharakter des Staates und von der Abschaffung desselben durch das Proletariat infolge ihrer Einordnung in einen größeren Zusammenhang des Marx'schen Denkens in ein neues Licht, das erst ihre ganze Bedeutung sichtbar werden läßt. Wir erkennen diesen Wert des Leninschen Buches, das damit sicherlich eine Lücke der marxistischen Literatur ausfüllt, um so freudiger an, als wir in den Erkenntnissen und Folgerungen derselben nirgends etwas erblicken, was nicht auch zu den Grundgedanken der revolutionären Sozialdemokratie gehörte, sie müßte denn aufgehört haben, den Marxismus zu ihrer Grundlage zu nehmen. Gerade das aber ist der ständige Vorwurf Lenins und der ihm folgenden Kommunisten; deshalb nennen sie uns Verräter und Verfälscher des Marxismus — wir werden noch sehen, mit welchem Rechte.

Die Grundgedanken des Leninschen Buches sind folgende: Marx und Engels haben uns gelehrt, den Staat als eine Klassenherrschaft der besitzenden Klasse zu begreifen. Der Staat ist eine Unterdrückungsmaschine der herrschenden Klassen gegen die Masse der Armen und Besitzlosen. Diese können sich nur dadurch befreien, daß sie selbst die Staatsgewalt ergreifen und durch Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum die Klassenunterschiede aufheben. Aber zu diesem Zwecke kann, wie Marx und Engels ausdrücklich unter dem Eindruck der Erfahrung der Pariser Commune im Vorwort zum „Kommunistischen Manifest“ im Jahre 1872 betont haben, das Proletariat nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen. Sondern es muß, wie Marx schon in seiner Schrift „Der 18. Brumaire“ nach der bürgerlichen Revolution von 1848 ausführte, diese Maschine zerbrechen. Daß dies kein gelegentlicher Gedanke Marxs war, ergibt sich daraus, daß er gerade während der Commune in einem Brief an Dr. Kugelmann sich auf diese Stelle im „Achtzehnten Brumaire“ berief und wiederholte, es werde der nächste Versuch der französischen Revolution sein müssen, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent“. Dieses Zerbrechen der bürgerlich-kapitalistischen Staatsmaschine erfolgt durch die Diktatur des Proletariats, die bereits das „Kommunistische Programm“, ohne noch das Wort für diesen Begriff zu haben, verkündet.

Aber damit sind wir nun zu einem entscheidenden Punkt der Marx-Engels'schen Lehre von der Umwandlung des Staates gelangt. Denn was bedeutet diese Diktatur? Wird sie etwa den Staat sofort aufheben und durch die sozialistische Gesellschaft ersetzen? Nein, das ist gar nicht möglich. Der Staat wird, wie Engels ausführlich in seinem Buche gegen Eugen Dühring auseinandersetzt, nicht „abgeschafft“, sondern es folgt zunächst auf den bürgerlichen Staat der proletarische Staat. Und da jeder Staat eine Klassenherrschaft ist, so ist es auch dieser: die Herrschaft des Proletariats; und da jeder Staat eine Unterdrückungsmaschine ist, so ist es auch dieser: eine Maschine zur Unterdrückung der Unterdrücker und Ausbeuter. So sagt schon das kommunistische Manifest, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse sein wird, und bezeichnet an einer anderen Stelle den

Staat nach dem Siege der Arbeiterklasse als „das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“. Erst nach dieser Diktatur des Proletariats oder eigentlich vermittels derselben, indem nunmehr die Bürokratie und die Militärorganisation des alten Staates zerfallen, der Parlamentarismus beseitigt und ein System kommunaler Selbstverwaltungskörper eingerichtet wird, das sich eine einheitliche Nationalregierung schafft, wird der Staat überwunden werden: er stirbt ab, wie der treffende Ausdruck Engels' lautet. Aber dies wird nur möglich, wenn das Proletariat als herrschende Klasse alle Staatsgewalt rücksichtslos gegen die bisherigen Unterdrücker und Ausbeuter gebraucht, wenn es sie also von den politischen Rechten radikal ausschließt. Diese Unterdrückung des proletarischen Staates unterscheidet sich sehr wesentlich von der des bürgerlichen Staates; denn sie trifft nur eine Minorität. Sie ist aber dies kein bleibender Zustand, sondern nur das Mittel, wodurch sich die Ueberwindung des Staates überhaupt vollzieht. Die soziale Revolution muß notwendig durch das Stadium des proletarischen Staates, dieser Unterdrückungsmaschine des Bürgertums, hindurch. Das ist der Sinn des Satzes von Karl Marx: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Ihr entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Es gibt kein einziges Glied in dieser Gedankenkette, dem wir Linkssozialdemokraten nicht völlig beistimmen würden; ja wir hätten es uns niemals träumen lassen, daß es irgend jemandem befallen könnte, aus dem, was den ganzen Sinn und die revolutionäre Energie des proletarischen Klassenkampfes ausmacht, ein gegnerisches Unterscheidungsmerkmal zur Sozialdemokratie zu machen. Wenn wir also von der berechtigten Opposition gegen den Rechtssozialismus, gegen die deutsche und die französische Scheidemännerei absehen, die freilich schon längst aus der Sozialdemokratie eine soziale Demokratie gemacht hat, so können wir abermals keinen prinzipiellen Unterschied gegenüber dem Bolschewismus finden, der diese Lehre für sein Eigentum ausgeben möchte. Wenn wir trotzdem keine Bolschewiki sind, so hat das seinen Grund gerade in den Konsequenzen, die wir aus der Marx'schen Lehre von der Diktatur des Proletariats ziehen.

Der springende Punkt ist auch hier derselbe, den wir bereits in dem ersten Artikel dieser Serie erörterten. Die Diktatur des Proletariats als Aufrichtung einer Klassenherrschaft steht in scheinbarem Widerspruch zur Idee der Demokratie, aber nur deshalb, weil sie der bürgerlichen Demokratie widerstreitet, die sich fälschlich mit jener Idee identifiziert, in Wirklichkeit aber nur die Rechtsform für die Diktatur des Besitzes abgibt. Sie trägt dagegen ihre Rechtfertigung, und zwar die einzig mögliche, dadurch in sich, daß sie das Mittel ist, die wirkliche Demokratie erst herzustellen, die eben erst durch Beseitigung der Klassegegensätze möglich wird. Darum bezeichnet schon das kommunistische Manifest die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse als „die Erlämpfung der Demokratie“ und spricht Engels davon, daß die bisherige Staatsmacht „durch eine neue, in Wahrheit demokratische“ ersetzt werden soll. Ja in seiner Kritik des Entwurfes zum Erfurter Programm, in der er bemängelt, warum die Partei nicht die Forderung nach der Republik aufgestellt habe, schreibt er: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Dies ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat.“ Und übereinstimmend damit bezeichnet Marx in dem erwähnten Brief an Dr. Kugelmann den Charakter jener Revolution, die allein die bürgerliche Staatsmaschine zerbrechen kann, als eine „wirkliche Volksrevolution“.

Diese ganz unzweideutige Beziehung des Begriffes der Diktatur des Proletariats zu der Idee der wahren Demokratie tritt nun zumeist in der Propaganda der Kommunisten zurück. Sie enthält aber den wesentlichen Umstand, der die Möglichkeit einer Diktatur des Proletariats im Sinne von Marx und Engels entscheidet. Denn nur dann kann die Aufrichtung der Klassenherrschaft des Proletariats wirklich das Mittel werden, die Unterdrückungsmaschine des Staates zu zerbrechen, wenn sie selbst die Vereinigung aller gegen diese Unterdrückung gerichteten Volksinteressen ist, wenn sie also zum Ausdruck des Widerstandes des gesamten ausgebeuteten Volkes geworden ist. Nur in diesem Falle und erst dann nämlich bewahrheitet sich der Satz des kommunistischen Manifestes, daß alle bisherigen Revolutionen Bewegungen von Minoritäten waren, die proletarische Revolution dagegen die Bewegung der überwiegenden Majorität im Interesse dieser Majorität sei. Erst dann wird die vom Proletariat ausgeübte Gewalt eine solche, die sich nur noch gegen eine Minorität richtet, während sie sich sonst nur allzu leicht in eine solche der bloßen Minorität gegen die Majorität des leidenden Volkes selbst verwandeln könnte. Es ist niemand anderer als Lenin selbst, der auf diesen Umstand, daß die von der Diktatur des Proletariats ausgeübte Gewalt nur gegen die ausbeuterische Minorität gerichtet sei, immer wieder das allergrößte Gewicht legt und

davon allein die Verwirklichung des Marx'schen Begriffes einer „Volksrevolution“ ableitet. Er bezeichnet daher vor allem den Bund der ärmsten Bauern mit den Proletariern als einen solchen, „ohne den die Demokratie stabil (das heißt stationär) und die sozialistische Umgestaltung unmöglich ist“.

Aus all dem ergibt sich: die Diktatur des Proletariats ist zwar ganz sicher Bekämpfung, ja Vernichtung der bürgerlichen Demokratie durch Aufrichtung einer entschiedenen und rücksichtslosen Klassenherrschaft, aber gewiß nicht eines Klassenerrors. Sie erreicht ihr Ziel nur auf dem Wege des unverminderten Klassenkampfes der ganzen Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten, nicht aber durch Putsche oder Streiks, mit denen ein Teil dieser Klasse der anderen seinen Willen aufzuzwingen sucht. Das Ziel, die Zerbrechung der bürgerlichen Staatsmaschine, muß die ganze Taktik des revolutionären Sozialismus durchdringen. Und in dieser Richtung könnte sogar noch vor Aufrichtung der proletarischen Diktatur gründlichere Vorarbeit geleistet werden, als bis jetzt geschehen ist. Namentlich die Beseitigung oder mindestens Auswechslung der alten Bürokratie wird sich als eine vitale Entwicklungsbedingung jeder wirklichen Sozialisierung herausstellen. Aber abgesehen davon ist die Frage, wann und wie dieses Ziel der Zerlegung des bürgerlichen Staates zu verwirklichen ist, ganz offenbar eine gar nicht für alle Länder in gleicher Weise zu beantwortende Frage, sondern hängt gerade deshalb, weil es sich eben um die Herstellung einer über das manuelle Proletariat hinausgehenden Einheitsfront der ganzen ausgebeuteten Bevölkerung handelt, ganz wesentlich von der Art und dem Entwicklungsgrad der sozialen Differenzierung und politischen Revolutionierung ab. In einem sozialen Zusammenhang, in welchem die städtische Bevölkerung infolge der vorgeschrittenen Entwicklung der Industrie und des Handels von vorwiegender Bedeutung ist, wird zum Beispiel die Ausbreitung sozialistischer Gedanken und Interessen in der Schicht der Intellektuellen, des Mittelstandes, der geistlichen Arbeiter eine Grundvoraussetzung für die Möglichkeit der proletarischen Diktatur sein. Und wenn es unmöglich sein sollte, die Bauernschaft wegen ihrer ökonomisch ganz anderen Lage als in Rußland und Ungarn für den Sozialismus rasch zu gewinnen, so werden Wege gesucht werden müssen, den Bauern wenigstens die Angst vor dem Sozialismus zu benehmen und sie mit ihrem Eigeninteresse an ihm zu interessieren, wozu vielleicht, wie wir noch sehen werden, mit den Arbeiter- und Bauernräten sich ein Weg eröffnet. Jedenfalls zeigt sich, daß die Diktatur des Proletariats in unseren entwickelten Sozialverhältnissen kein einfaches Barrikadenproblem ist, aber auch keine Zweifelsfrage für die Sozialdemokratie; sondern abermals mündet der Streit mit den Kommunisten in eine Frage der Taktik und der revolutionären Reise der Massen. Dies darf und soll aber nicht hindern, die Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit der Diktatur und über ihren Sinn als der Forderung nach Zerlegung der bürgerlichen Staatsmaschine und Aufrichtung der Klassenherrschaft des Proletariats nachdrücklicher als bisher durchzuführen. Denn je mehr diese Aufklärung wächst, je breitere Schichten sie erfasst, umso mehr wird die Diktatur des Proletariats aus einer Frage der Taktik zu einer Antwort der Tat werden.

Für Wien, zum Abholen:
 monatlich K 5.10
 Mit tägl. Zustellung ins Haus,
 innerhalb der dem L. Bezirke nächst
 gelegenen Stadtteile:
 monatl. K 5.20, viertelj. K 15.30
 Mit täglicher Postausgabe:
 monatl. K 5.70, viertelj. K 16.60
 halbj. K 33.—, ganzj. K 65.20
 Die zweimal wöchentliche Postausgabe
 der Samstag- und Donnerstag-
 ausgaben (mit Beilagen)
 vierteljährl. K 5.45, halbj. K 10.55
 ganzjährig K 20.55
 Die wöchentliche Postausgabe des
 Samstagblattes (mit Beilagen)
 vierteljährl. K 3.65, halbjähr. K 7.05
 ganzjährig K 13.85
 Für die an **Abdrucker, Verleger**
 u. **Vermittler** bezahlten Beträge über-
 nehmen wir keine Haftung.



65. Jahrgang

Osterr. Volkszeitung

„Beunruhigende Gerüchte.“

Von **Dr. Wolfgang Madsjara.**

Von „beunruhigenden Gerüchten“ ist jüngst in einer von der Regierung an die Bevölkerung gerichteten Kundgebung die Rede gewesen. Man warnte jedermann, diesen „beunruhigenden Gerüchten“ Glauben zu schenken, versicherte, daß sie unbegründet seien, vermied es aber sorgfältig, auch nur anzudeuten, was denn eigentlich den Gegenstand des Gemunkels bilde. Es war ganz das gute, alte Rezept, nach dem auch während des Krieges mit ungeheurer Zartfühligkeit manchmal die unumstößlichsten Tatsachen hinweggeleugnet wurden —

was allerdings nur den einzigen Erfolg hatte, daß man dann alles erst recht für wahr hielt, was durch die offizielle Hintwegleugnung beglaubigt war.

Wir wollen hoffen, daß wir noch nicht be-
 rechtigt sind, aus der diplomatischen Versicherung
 unserer hohen republikanischen Regierung, daß
 alles in bester Ordnung sei, den Schluß auf das
 Gegenteil zu ziehen. Aber eines muß offen und
 deutlich gesagt werden: es war wenig glücklich, sich
 um eine schwere Beunruhigung, von der der an-
 ständige, friedliebende und weitaus überwiegende
 Teil der Bevölkerung sich bedrückt fühlte, durch eine
 scheue Wendung herumzudrücken. Wollte die Re-
 gierung wirklich Beruhigung erzielen, dann hätte
 sie zweierlei tun müssen: die befürchtete Gefahr
 beim rechten Namen nennen und die klare Ver-
 sicherung abgeben, daß sie, die Regierung, dieser
 Gefahr gewappnet gegenüberstehe und sie mit allen
 Mitteln abwehren werde. Die Regierung hätte
 sagen müssen: Deutschösterreicher, Wiener! Ihr
 fürchtet, daß die schmutzige Welle von Gewalttat,
 Niedertracht und Verlogenheit, die im östlichen
 Nachbarland alles hinwegschwemmt, was Ordnung,
 Recht und Freiheit heißt, auch über Euch herein-
 brechen werde. Seid unbesorgt! Eure Regierung ist
 entschlossen, der drohenden Gewalt mit eiserner
 Entschlossenheit entgegenzutreten. Sie wird han-
 deln wie die Regierung des Deutschen Reiches,
 zu dem wir gehören und dessen wir würdig sein
 wollen, und sie ruft alle staatsstreuen, ordnungs-
 liebenden Bürger, sie ruft Euch alle ohne Unterschied
 des Standes auf, sich um sie zu scharen und die
 heilige Freiheit, wenn's gilt, auch mit bewaffneter
 Hand zu schützen!

So hätte eine Regierung reden müssen, die
 weiß, daß die Zeit zu ernst ist, um Versteckert
 zu spielen. Eine schwere Verantwortung würde sie
 auf sich laden, wenn sie die Bevölkerung verleiten
 wollte, gleich dem Vogel Strauß den Kopf in den
 Sand zu stecken, anstatt einer nahenden Gefahr
 aufrecht in die Augen zu schauen und beizeiten zum
 Kampf gegen sie zu rüsten. Die liebe altösterreichische
 Leisereterei, Gemüchlichkeit und Bequemlichkeit ist
 eben nicht zugleich mit dem Kaisertum verschwun-
 den. Sie läßt alles um des lieben Friedens
 willen geschehen, solange es nur möglich ist, und
 wird erst lebendig, wenn das Dach über dem Kopfe
 brennt. Ist es nicht tief beschämend, daß die Ver-
 treter der Entente die Regierung auf die Wühl-
 arbeit russischer und ungarischer Umsturzagitator
 aufmerksam machen und ihre Ausweisung
 fordern mußten? Von einer Regierung, die
 pflichtbewußt für die Sicherheit des Staates und
 seiner Bürger besorgt ist, dürfte man wohl Ent-
 scheidungen erwarten, um zu wissen, daß die Frei-
 heit dort ein Ende hat, wo das Verbrechen beginnt.

Und Verbrechen, nackte, schamlose Verbrechen
 sind es, in denen die ganze Staatskunst der gegen-
 wärtigen Budapester Mächthaber sich erschöpft.
 Gewisse Leute hätten nicht übel Lust, mit dieser
 Sorte von Glück auch unser Deutschösterreich heil-
 zuzujuchen. Mit diesem Glück, das in sinnloser
 Gleichmacherei, in kurzschichtiger Mechanisierung
 des öffentlichen Lebens, im rücksichtslosen An-
 schreiten niedriger Triebe, in einer zum System
 erhobenen Raubwirtschaft und in der haar-
 sträubenden Gewalttherrschaft kurzschichtiger, roher
 Dilettanten besteht. Der Wegbereiter dieses Glückes
 aber ist die Lüge, jene faustdicke, ammaßende
 Lüge, die, um den Umsturz der bestehenden Rechts-
 ordnung zu rechtfertigen, das Bürgertum als
 ein Ungeheuer hinstellt, dem der Garau gemacht
 werden muß, wenn das goldene Zeitalter einkehren
 soll. Wie oft, wenn es gilt, sich hinter Unklarheiten
 zu verschanzen, um unrechte Gelüste durch-
 zusetzen, hat man auch hier zu einem Fremdwort
 seine Zuflucht genommen, mit dessen Hilfe man
 einen richtigen Popanz geschaffen hat. Man nennt
 die Bürger „Bourgeois“ und das Bürgertum
 „Bourgeoisie“ und überträgt nun den Begriff des
 Nichtstuers, des Geldprohen und Arbeiterschün-
 ders auf dieses französische Wort, das ursprünglich
 genau so wie das deutsche, nichts anderes als die
 anständigen, unadeligen Stadtbewohner im Gegen-
 satz zu den adeligen Rittern und Herren bezeichnete.

6. IV. 1919

Oberst befiehlt, daß die Besatzung der Stadt erheblich verstärkt wurde und daß der Befehlshaber die Stadt erfolgreich verteidigen zu können hofft. Nichtsdestoweniger haben die Bolschewisten bereits die äußeren Verteidigungswerke erreicht.

Lebensmittelhilfe der Entente für Rußland.

London, 4. April. (Z. R.)

Nach Mitteilungen aus der Regierung nahestehenden Kreisen sind die Alliierten allerdings entschlossen, den Hunderten von Millionen Hungernden in Rußland Hilfe zu bringen. Es wird aber betont, daß diese in Lebensmittelsendungen bestehende Hilfe keineswegs mit einer Anerkennung der Regierung Lenins verbunden ist.

Amerika hat zu dieser Versorgung Rußlands seine Zustimmung erteilt, während die Antwort Frankreichs noch aussteht.

Ein Bolschewistenkomplott in Pittsburg.

Amsterdam, 3. April.

Amerikanischen Blättern zufolge wurde in Pittsburg ein bolschewistisches Komplott entdeckt. Die Bolschewisten wollten sich des Arsenals bemächtigen und die Waffen gegen die Stadt richten. 21 Anarchisten wurden verhaftet.

Konstituierende Nationalversammlung.

Regierungserklärungen über die Sozialisierung und die Kohlenfrage. Die Brotauflage. Die Vertretung der besetzten Gebiete.

Wien, 4. April.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung, die letzte vor den Osterferien, ist mit zwei Regierungserklärungen eingeleitet worden. Staatssekretär Dr. Bauer beantwortete eine Anfrage über den Stand der Vorarbeiten für die Sozialisierung. Wir besprechen seine Erklärungen an leitender Stelle. Staatssekretär Zerdik gab, ebenfalls in Erwiderung auf eine Interpellation, eine eingehende Darlegung über die Maßnahmen, welche die Regierung getroffen hat, um den aus der Kohlennot drohenden Gefahren zu begegnen. Die Schwierigkeiten, die noch überwunden werden müssen, sind nicht gering. Aber es wird überall mit einem Gefühle der Erleichterung aufgenommen werden, daß der Staatssekretär mitteilen konnte, der Tiefstand der Kohlenversorgung liege nach seinem Empfinden hinter uns und es gehe nun wieder bergan. Das kritische Stadium ist mit der gezeitigten Kohlenzufuhr aus Oberschlesien behoben worden. Die Verhandlungen des Staatssekretärs in Berlin und Weimar haben zu einer Vereinbarung geführt, welche die deutsche Regierung nicht nur voll eingehalten, sondern sogar überboten hat. Unter dem Beifalle des Hauses sprach der Redner dem Reichspräsidenten Ebert, den deutschen Ministern und dem Kohlenkommissar Stutz den wärmsten Dank für ihr Entgegenkommen aus. Eine weitere wesentliche Besserung kann erwartet werden, weil voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen mit dem Zulaufe von Kohle aus Polen zu rechnen ist. Auch aus Böhmen ist die Lieferung der Kohle für die Bahnen und für Wien gestiegen, für die Industrie und für die übrigen Gebiete Deutschösterreichs konnte eine größere Einfuhr aus dem tschechischen Staate bisher nicht erzielt werden. Doch soll aus der oberschlesischen Kohle besonders wichtigen industriellen Betrieben die Wiedereröffnung ermöglicht werden. Der Staatssekretär denkt zunächst an die Belieferung der Bauindustrie, an die Erzeugung von Ziegeln und Zement, damit die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot bekämpft werden können. Auch die Eisenindustrie wird, soweit es tunlich ist, wieder in Tätigkeit gesetzt werden, um Austauschartikel, vor allem Lokomotiven, für Lebensmittel und verstärkte Kohlenlieferungen zu gewinnen. Weiter wird die Vermehrung des Eisenbahnverkehrs und der ehefte Abbau der Sparmaßnahmen in Aussicht genommen. Der Staatssekretär gedachte in anerkennenden Worten der Wiener Bevölkerung, die in Würdigung der schwierigen Verhältnisse die beispiellosen Bedrückungen mit solcher Geduld und ohne Widerrede getragen hat.

Die Beratung über die Brotauflage wird an anderer Stelle veröffentlicht und besprochen. Die Debatte, an der sich auch der Staatskanzler Dr. Renner und der Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter beteiligten, war ziemlich bewegt. Während der Rede der Abgeordneten Emmy Freundlich war die Unruhe so groß, daß Präsident Seitz mahnen mußte, der Sprecherin die Möglichkeit zu wahren, sich verständlich zu machen. Der Präsident fügte bei, es sei wohl begreiflich, daß die Wichtigkeit des Gegenstandes gewisse Erregungszustände auslöse. Der Widerstand gegen die Vorlage ging von den Agrariern aus, mit denen schon während des ganzen Vormittags und auch noch im Verlaufe der Sitzung verhandelt worden war. Auch der Hauptausschuß bemühte sich um eine Einigung. Die Agrarier bestanden lange auf der Annahme des Minoritätsantrages Eisenhut, wonach Grundsteuerpflichtige mit einem Katastraleinkommen bis 1200 Kronen nur eine Auflage von 40 statt 80 Prozent zu entrichten haben sollten. Das hätte einen finanziellen Ausfall von 20 Millionen Kronen bedeutet. Die Regierung erklärte, nicht so weit gehen zu können, erklärte sich aber schließlich bereit, dem Antrage Doktor Simpl zuzustimmen, der jene, deren Katastraleinkommen nicht mehr als 100 Kronen beträgt, von der Abgabe befreit. Die Agrarier gaben sich schließlich hiermit zufrieden und das Gesetz wurde mit diesem Antrage in der Fassung des Ausschusses angenommen, die eine Erhöhung der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Sätze bei den Einkommen von mehr als 500.000 Kronen vorsieht. Das Gesetz soll erst in Wirksamkeit treten, bis die gegenwärtige Mehl- und Brotquote erhöht wird.

Die Nationalversammlung hat heute auch die Entscheidung über die Vertretung der besetzten Gebiete getroffen. Den Bericht erstattete Abgeordneter Austerlitz, von dem auch ein gedrucktes Referat vorlag. Für Mittel- und Untersteiermark wie für Deutschsüdtirol wird die Berufung von Abgeordneten erfolgen, für Deutschböhmen und das Sudetenland ist die Kommission zu keinem Beschlusse gelangt. Es ist richtig, daß, wie der Kommissionsbericht feststellt, die Sachlage in jedem der drei Gebiete verschieden ist, und es kann auch zugegeben werden, daß in Südtirol und in

Südtirol verschiedenheiten sind aber denn doch nur darauf zurückzuführen, daß der Umfang der Besetzungen nicht gleich war. Der § 40 der Wahlordnung hat keinerlei Unterscheidung gemacht. Der äußerste Notfall, den das Gesetz erwähnt, ist für Deutschböhmen zweifellos eingetreten. Er ist nach dem Sinne der Wahlordnung dann gegeben, wenn auch die im ersten Absätze des § 40 vorgesehene Wahl außerhalb des Wahlortes oder Wahlkreises nicht möglich ist. Von einem Einvernehmen und der Zustimmung aller politischen Parteien spricht der § 40 nicht. Er verlangt nur die gewissenhafte Berücksichtigung der Parteiverhältnisse. Hierfür sind Vorschläge einer Partei nicht notwendig. Der Abgeordnete Dr. Waber hat heute mit Nachdruck betont, wie erwünscht es wäre, nach außen zum Ausdruck zu bringen, daß die besetzten Gebiete der Sudetenländer zu uns gehören. Er hat auch darauf hingewiesen, daß in jenen Landesteilen eine Verstimmung eingetreten sei, weil die Bevölkerung sich verlassen glaube. Ein Antrag dieses Abgeordneten, wenigstens eine Abordnung aus Deutschböhmen und dem Sudetenlande zu den Beratungen der Nationalversammlung zuzulassen, wurde vom Präsidenten mit der Begründung nicht zur Abstimmung gebracht, daß es sich um einen Gesetzentwurf handle, der eine selbständige Behandlung erfordere. Vielleicht zeigt dieser Antrag aber doch einen Ausweg, da der Berichterstatter erklärt hat, daß die Sozialdemokraten nichts dagegen haben, wenn sich die Parteien auf eine Delegation einigen. Auf Grund der heutigen Beschlüsse treten in das Haus neu ein die Deutschfreieitlichen Dengg und Kraft, die Christlichsozialen Lieschnegg, Schrafl, Dr. Schoepfer, Schumacher, Dr. Nikolussi und Dr. Luchner, ferner die Sozialdemokraten Muchitsch, Snoy und Jdl. Aus Südtirol ist nur ein deutschfreieitlicher Abgeordneter berufen worden. Abgeordneter Dr. Straffner legte gegen diese Benachteiligung seiner Partei entschiedene Verwahrung ein.

Zur Annahme gelangten heute noch die Vorlagen über die Inanspruchnahme von Grundstücken zur Gewinnung von Torf, über die Bezüge der Volksbeauftragten, über die Errichtung von Einigungsämtern für Streitigkeiten aus Lieferungsverträgen und über die Zuweisungen an Staatspensionisten. Zum Unterstaatssekretär im Staatsamt des Außeren wurde Generalkonsul Egon v. Pflügel, zum Unterstaatssekretär im Staatsamt für soziale Fürsorge Abgeordneter Dr. Josef Resch gewählt. An die Spitze der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Interniertenangelegenheiten wurden Abgeordneter Dr. Schoepfer als Präsident und Abgeordneter Richter als Vizepräsident berufen.

(9. Sitzung.)

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten. Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, der Tagesordnung der heutigen Sitzung folgende Beratungsgegenstände anzufügen: 1. Mündlicher Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend die Auszahlung der Zuwendungen an die Staatspensionisten, Witwen und Waisen; 2. Bericht des Hauptausschusses, betreffend die Wahl von Unterstaatssekretären; 3. Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Interniertenangelegenheiten.

Abg. Heintl (Christlichsozial) bringt eine Anfrage ein, betreffend die Kohlenversorgung Deutschösterreichs. (Es wird die Anfrage an den Staatssekretär für Handel und Industrie, Gewerbe und Bauten gerichtet, ob er bereit ist, der Nationalversammlung nähere Aufschlüsse über das Ergebnis der letzten mit den deutschen Reichsstellen über die Kohlenversorgung Deutschösterreichs geführten Verhandlungen zu geben und welche Schritte unternommen wurden, um eine dauernde Besserung der Kohlenversorgung Deutschösterreichs sicherzustellen.)

Die Kohlenversorgung Deutschösterreichs.

Staatssekretär Ingenieur Zerdik führt aus, der monatliche Brennstoffbedarf Deutschösterreichs ohne Deutschböhmen und das Sudetenland beträgt 1.150.000 Tonnen Kohle und 110.000 Tonnen Koks, von welchem durch Produktion im Bereiche des deutschösterreichischen Hoheitsgebietes nur die verschwindende Menge von 130.000 Tonnen, also zirta ein Zehntel des Bedarfes, gedeckt wird. Während der Kohlenvorrat in Deutschösterreich mit einer Viertelmilliarde errechnet wurde, erscheint der Kohlenvorrat in den in Deutschböhmen gelegenen Revieren mit mehr als elf Milliarden geschätzt. Diese Streiflichter beleuchten grell, was für Deutschösterreich der endgültige Verlust der deutschen Gebiete Böhmens bedeuten würde. Wenn nicht schon die heftige Liebe zu unseren Nationsgenossen für uns Veranlassung zu zähen Kämpfen um diese Gebiete bedeutete, so müßte die Sorge um unsere Existenz uns diesen Kampf aufzwingen. Denn die Sicherstellung des Kohlenbedarfes ist die unerlässlichste Voraussetzung des Wiederaufbaues für die Wirtschaft in Deutschösterreich, insofern wir nicht den kostbarsten Schatz unserer Alpen, die Wasserkräfte, zur Gänze der Volkswirtschaft nutzbar gemacht haben.

Der Ausbau der Wasserkräfte läßt sich auch bei forcierter Tätigkeit nicht von heute auf morgen bewerkstelligen und so drängt sich unmittelbar der Gedanke auf, durch Erschließung neuer Kohlenbergbaue in unserem Hoheitsgebiete und durch Steigerung der Förderung in den bestehenden Bergbaubetrieben Deutschösterreichs den eigenen Kohlenertrag zu heben. Die Regierung hat diesem Gedanken stets Rechnung getragen; dem praktischen Erfolg aber haben sich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegengestellt. Die Zahl der deutschösterreichischen Bergbaue, die 1913 42 betrug, wurde zwar auf 59 vermehrt, doch ist die Menge der erzeugten Kohle gegenüber der Zeit vor dem Kriege wesentlich geringer; während die deutschösterreichischen Kohlenbergbaue im Jahre 1913 monatlich 23 Millionen Zentner geliefert haben, war die monatliche Förderung im Januar und Februar 1919 wenig über 1½ Millionen Zentner.

Die Ursachen liegen im folgenden: Es fehlt gerade gegenwärtig bei den leistungsfähigsten Bergbaue an geschulten Bergarbeitern. Dies kommt daher, weil viele der slowakischen Bergarbeiter, die geschult und namentlich beim steierischen Kohlenbergbau beschäftigt waren, nach dem Zusammenbruch fortgezogen sind und nur zum Teile wieder ersetzt werden konnten. Dies erklärt, warum die Förderung, trotzdem der Arbeiterstand beim deutschösterreichischen Kohlenbergbau derzeit höher ist als im Jahre 1913, hinter der Förderung 1913 zurückbleibt. Es könnten beim Kohlenbergbau in Deutschösterreich sofort 1500 Bergarbeiter Beschäftigung finden, doch müßte die Hälfte davon geschult sein. Leider besteht unter den Arbeitslosen nur eine geringe Neigung, sich dem Bergmannsberufe zuzuwenden, und auch eine Rückwanderung deutscher Bergarbeiter aus den böhmischen Revieren ist vorläufig nicht zu bemerken. Die Leistung des einzelnen Bergarbeiters ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege von 7 Meterzentner per Schicht auf 4½ Meterzentner, also sehr bedeutend gesunken. Die geringere Leistung ist zum Teile verursacht durch den Zustand der während der Kriegszeit überanstrengten Betriebseinrichtungen, zum Teile durch die infolge schlechter Ernährung herabgesetzte körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter, weiter durch Verwendung zahlreicher ungeeigneter Arbeiter und durch Verkürzung der Arbeitszeit durch die Achtstundenschicht, welche bei allen Kohlenbergbaue sowohl für die Gruben als auch für die Tagearbeiter eingeführt worden ist.

Eine nachhaltige Erhöhung der Förderung ließe sich durch die Ausgestaltung der Förderanlagen und die Instandsetzung der Be-

Abonnement für Wien
zum Abheben in unseren Expeditionskalen
monatlich K 5.30.

Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus
monatlich K 6.20, vierteljährig K 18.—
halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—

Abonnement für auswärtig:

Mit täglich einmaliger Postversendung
monatlich K 6.50, vierteljährig K 18.—
halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—

Mit täglich zweimaliger Postversendung
monatlich K 7.50, vierteljährig K 21.—
halbjährig K 42.—, ganzjährig K 84.—

Nach allen Weltpostvereinsänderungen
monatlich K 7.70, vierteljährig K 23.—

Für die an Agenten, Ansträger oder Verschleisser bezahlten
Bekanntmachungen leisten wir keine Garantie, wenn sie nicht unserer
Quittung vorliegen.

18. Jahr.

Gefahr für die künftige staatliche Selbständigkeit Deutschösterreichs. Andererseits kann sie bei der schweren wirtschaftlichen und sozialen Erschütterung des ganzen Volkes, die nur durch besonnenes und kluges Vorgehen aller verantwortlichen Kreise allmählich überwunden werden kann, neue Leidenschaften wachrufen, die bei der allgemeinen Spannung der Gemüter mehr zerstören als eine besenkende Truppe schützen kann. Die Erfahrungen von fünf Monaten sollten doch auch die überaus Mengstlichen schon belehrt haben, daß die Volksmassen in Deutschösterreich weit mehr Besonnenheit besitzen, als ihnen eine schmale Oberschicht von Verängstigten zubilligen geneigt ist.

Es besteht auch bei den Ententemächten nicht die geringste Neigung dazu, ihre Landesinder für das Ruhebedürfnis einzelner Kreise aufzubieten, die mit derlei Bitten den fremden Mächten lästig und ihrem eigenen Lande zur Verlegenheit werden."

Der Abbau der Volkswehr.

Antlich wird verlaubart:

Durch Angebereien „guter“ Staatsbürger ist in den Kreisen der Besatzungsmächte die falsche Vorstellung hervorgerufen worden, als würde die Volkswehr über den feinerzeit vom Staatsrat präliminierten Stand hinaus vermehrt worden sein. Infolge dieser unwahren und unwürdigen Ausfrenzungen, deren Absicht nur zu durchsichtig ist, hat sich das italienische Kommando veranlaßt gefühlt, an das Staatsamt für Seewesen über diese Angelegenheit eine Anfrage zu richten. Auf Rabinetsbeschluss hat das Staatsamt die Anfrage beantwortet und festgestellt, daß die Volkswehr, soweit es die herrschende Arbeitslosigkeit zuläßt, programmgemäß abgebaut wird und daß außerdem Deutschösterreich eine weit geringere Macht hätte, als auf sein Gebiet im Sinne des Waffenstillstandsvertrages entfallen würde. Die erwähnten Angebereien sind um so unbegreiflicher, als ja bekannt ist, daß unsere Nachbarn im Verhältnis zu uns große Truppenmassen halten. Der tschecho-slowakische und der südslawische Staat haben ganze Feldarmeen, und die ungarische rote Republik stellt eine rote Armee auf. Gegen diese Formationen ist unsere Sicherheitstruppe ganz bescheiden und wird übrigens, wie schon erwähnt, noch ständig verringert.

Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen.

Die heutige „Wiener Zeitung“ verlaubart im nichtamtlichen Teil folgende Kundmachung: Die auf Grund des Gesetzes vom 19. Dezember 1918 und des Staatsratsbeschlusses vom 7. März 1919 bestellte Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen ist am 15. März 1919 zusammengetreten, hat ihre Geschäftsordnung festgestellt und den regelmäßigen

verhältnisse durch eine andere Gewalt verspricht. Und es wird für sie immer eine größere Lockung sein, einer Gewalt nachzulaufen, die auch Glanz hat, auch zu repräsentieren versteht, und zu dem Brot, das sie verheißt, ein prächtiges Schauspiel als Vorspeise bietet. Dann sind unsere Massen am Ende einer demokratischen Entwicklung dort angelangt, wo die Massen im alten Rom waren, als jeder Prätorianerführer sie haben konnte. Und wer anders war der Vater der Imperatorenmacht Napoleons, als das Jakobinertum? Die rote Reaktion arbeitet für die weiße oder für die schwarze, wie man will.

Republik Deutschösterreich.

Gegen die Mengstlichen.

Die Staatskorrespondenz meldet:

Nach offiziellen Mitteilungen durch die in Wien weilenden Ententemissionen haben sich in der letzten Zeit — offenbar infolge der Verängstigung, die sich ja, wie sich zeigt, als ganz grundlos erwiesen hat — einzelne deutschösterreichische Staatsbürger dazu verhalten lassen, sich an die hiesige Vertretung fremder Mächte, die nach der derzeitigen Rechtslage noch immer als feindliche Mächte zu betrachten sind, mit Ratschlägen, Anregungen oder gar Bitten um Befreiung deutschösterreichischen Staatsgebietes durch feindliche Truppen zu wenden. Eine derartige Handlungsweise widerspricht nicht nur der Würde des Staates und der Selbstachtung seiner Bürger, sondern bringt sich selbst in den Verdacht, etwas zu unternehmen, was auf Herbeiführung oder Vergrößerung einer Gefahr für den Staat von außen oder eines Bürgerkrieges im Innern angelegt wäre.

Denn eine Befreiung durch eine feindliche Macht über das durch den Waffenstillstand gebotene Maß hinaus verschlechtert unsere Lage bei den Friedensverhandlungen überaus und bedeutet begreiflicherweise eine

Habsburg übersiedelt . . .

Benachrichtigende Abreise der erzherrzoglichen Familien.

Der ehemalige Erzherzog Friedrich hat in der Nähe von Wien ein prächtiges Schloss. Die Weiburg beherbergt in diesen Tagen den früheren Feldmarschall, den Führer der österreichisch-ungarischen Heere. In seinen vier Mauern, die nicht mehr lange sein Eigentum sein werden, geht der Betrieb noch vorwiegend fort. Die Diener und Salaien tragen noch die kaiserlichen Livreen, sie flüstern noch in monarchischem Tone, sie bekommen noch Dienstzettel und sprechen ihren Herrn noch mit „kaiserliche Hoheit“ an.

Friedrich von Habsburg lustwandelt noch zum Abschied in seinen Räumen, besucht seinen Park, grüßt die Blumen im Wintergarten zum letztenmal. Seine Familie hat er in Wien gelassen. Ihm ist die Ruhe auf der Weiburg lieber. Hier träumt er noch von der alten Herrlichkeit. Die Aufschreien, wie „L. F. Postamt“, „erzherrzogliche Administration“ usw. sind nicht überlebt, die angekommene Post trägt noch die altehrwürdige Aufschrift.

Über all diesen ausgedehnten Räumlichkeiten liegt schon die Ruhe des Absterbens. Die Gedrücktheit herrscht vor. Erzherzog Friedrich kann seine Befehle nicht nur erteilen, sondern er muß jetzt immer zugleich das notwendige Geld anweisen, denn die Dienstzettel haben außerhalb der Weiburg keine Geltung mehr, die Briefe müssen frankiert sein. Im übrigen sehen die Räumlichkeiten aus, wie wenn man auf Sommerstrand gehen wollte. Alles ist verhängt, die Teppiche sind weggenommen und die Kissen sicher gepackt.

Der Herr von der Wallburg weiß, daß er schon in den nächsten Tagen sein Land verlassen muß; das Volk hat es gewünscht. Es wird nur noch der Befehl abgewartet, wann der „Erztrug“ zum Transport bereitsteht. Die Dienerschaft ist auf den nahen Abschied vorbereitet, sie hat vor einiger Zeit die Nachricht erhalten, daß sie sich, wie ihr Brotherr, nach neuer Beschäftigung umsehen und daß der ganze Hofstaat bis spätestens 1. August 1919 aufgelöst sein müsse.

Die Dienerschaft versteht noch immer ihren normalen Dienst. Sie ist so feinsubtil, daß sie ihrem Herrn den Abschied nicht schwer machen will, daß sie ihn Polentkische Dörfer vorführt und so tut, als wäre nichts geschehen, als gäbe es noch einen allgewaltigen Erzherzog Friedrich. Diese Feinsubtilität erscheint uns so bewundernswürdiger, als die Gagen, die der hohe Herr bezahlt, sehr niedrig sind. Für die Kost, die für die Dienerschaft so schmal ausfällt, daß sie Hunger leidet, muß ein jeder von dem Gehalt, der zwischen 200 bis 300 Kronen schwankt, noch etwa 4 Kronen täglich abgeben. Die Diener und Dienerrinnen bedauern lebhaft, daß sie nicht organisiert sind, denn sie fürchten, daß die Abfertigung, die zu erhalten sie berechtigt zu sein glauben, sehr gering sein wird. So bekam ein Beamter, wie man erzählt, als Abfertigung den Betrag von 300 Kronen. Unter der Dienerschaft werden die kommenden Ereignisse sehr lebhaft besprochen; es brodelt, ja vielleicht gibt es noch kurz vor Abbruch eine Palastrevolution.

Über die Reise weiß man vorläufig so viel, daß das Ziel derselben die Schweiz ist. Es ist aber möglich, daß es nur ein vorläufiges Ziel sein wird. In etwa

acht Tagen wird der ehemalige Erzherzog Friedrich Deutschösterreich verlassen haben.

Zugleich mit dem ehemaligen Erzherzog Friedrich und seiner Familie will ein Teil der übrigen Mitglieder des ehemaligen kaiserlichen Hauses Wien und Deutschösterreich verlassen. Selbstverständlich hat diese Übersiedlung in das Ausland die Lösung einer Reihe von Fragen vermögensrechtlicher Natur zur Folge, da die Mitglieder des Hofes besonders über bedeutenden Grundbesitz als ihr Privateigentum verfügten.

Wie uns von informierter Seite mitgeteilt wird, haben einzelne Mitglieder des früheren Kaiserhauses in der letzten Zeit Versuche unternommen, Hypotheken auf ihre in Deutschösterreich befindlichen Besitztümer aufzunehmen, und in einzelnen Fällen hat ein Wiener Bankinstitut derartige Transaktionen, bei welchen es sich um die Gewährung von Darlehen im Betrage von mehreren Millionen Kronen handelt, durchgeführt. Diese Hypotheken wurden selbstverständlich grundbücherlich einverleibt. Eine definitive Regelung aller vermögensrechtlichen Fragen ist noch nicht erfolgt. Sie bedarf naturgemäß längerer Zeit und wird daher den Rechtsanwältinnen der erzherrzoglichen Familien zur Durchführung überlassen werden.

Der Termin der Reise ist noch nicht endgültig festgesetzt und auch die definitiven Modalitäten der Übersiedlung in die Schweiz bedürfen noch der näheren Bestimmung. Daß den Mitgliedern des ehemaligen Kaiserhauses von Staatswegen Sonderzüge zur Verfügung gestellt werden, ist kaum anzunehmen. Wahrscheinlich ist, daß die Ausreise der erzherrzoglichen Familien, ebenso wie dies bei der Familie des Kaisers geschah, unter der Patronanz der Entente vor sich gehen wird. Vermutlich werden die Sonderzüge von der Entente bei unserem Staatsamt für Verkehrswesen ohne nähere Bezeichnung der Passagiere angesprochen und von diesem Amt zur Verfügung gestellt werden. Zumindest werden zwei Züge für die Übersiedlung nach der Schweiz nötig sein. In dem ersten Zug wird auch ein Teil des Gepäcks sich befinden, das als Privateigentum des früheren Kaisers derzeit noch im Schlosse Eckartsau liegt und in dem Zuge, der die kaiserliche Familie nach der Schweiz brachte, nicht mehr untergebracht werden konnte. Dieses zurückgebliebene Gepäck wird gleichfalls bei dieser Gelegenheit in die Schweiz überführt werden. Der zweite Zug wird dann die Mitglieder der erzherrzoglichen Familien, soweit sie in dem ersten Zug nicht Platz finden, aufnehmen, und auch der Transport des sehr umfangreichen Gepäcks wird in diesem Sonderzuge erfolgen.

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt: Wie wir hören, sieht es noch keineswegs fest, daß alle Mitglieder des ehemaligen Kaiserhauses aus Deutschösterreich auszuwandern entschlossen sind. Die Beratungen und Besprechungen der Erzherzoge über ein solches einheitliches Vorgehen dauern vielmehr noch fort, und da die Meinungen darüber sehr geteilt sind, wie sich die Mitglieder des ehemaligen kaiserlichen Hauses dem Gesetze der Nationalversammlung gegenüber verhalten sollen, welches die Ausweisung der Erzherzoge im Falle der Nichtvorschlebung auf die dem Herrscherhause zustehenden Rechte bestimmt.

11. IV. 1919



Für Oesterreich-Ungarn	
Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:	
Monatlich	3 K 20 h
Vierteljährig	28 K — h
Halbjährig	46 K — h
Jahresabgabe	92 K — h
Mitteltäglich zweimaliger Postversendung:	
Monatlich	3 K 20 h
Vierteljährig	26 K — h
Halbjährig	52 K — h
Jahresabgabe	104 K — h
Für das Ausland:	
Mit täglich einmaliger Postversendung:	
Für Deutschland vierteljährig 28 K	
Für die andern Länder des Weltpostvereines 31 K.	
Bei den Postämtern vorbestellbar:	
In Deutschland Nr. 15., Schweiz Nr. 19., Bulgarien Nr. 21.,	
Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländ. Annoncenbüros.	

11.

53. Jahrgang.

Bürgergeräte!

Von einem hervorragenden Staatsmanne.

Dem Huhn unter der Dachtraufe gleich — trübselig, verschüchtert und verängstigt — steht das Bürgertum unter dem Eindruck der sich überstürzenden Ereignisse. Es wittert Gefahren und sieht Gespenster. Einen Entschluß zu fassen, eine Tat zu setzen, vermag es nicht. Und wo es berufen, ja fast gezwungen war, sein Recht, sein Interesse zu vertreten — bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung —, da bot es das traurige Bild einer Verfahrenheit sondergleichen, einer Zerklüftung wie nie zuvor in Parteien, Gruppen und Grüppchen, deren programmatische Verschiedenheit auch der erfahrene Politiker kaum zu erfassen und noch weniger zu behalten vermochte. Die Verwirrung war groß und ihr entsprechend der Mißerfolg. Das gilt in gewissem Grade selbst von der sonst doch gut geführten und organisierten christlichsozialen Partei, soweit sie bürgerliche Elemente in sich vereint. Ein großer Augenblick hatte ein kleines politisches Geschlecht gefunden. Das Schauspiel war kläglich, und nichts ist seither besser geworden.

Auf dem Boden der von ihm erzwungenen und errungenen bürgerlichen Staatsverfassung war das Bürgertum der Träger freiheitlicher, fortschrittlicher Ideen, hat es, bedeutend an materiellen Mitteln und reich an geistigen Kräften, als führende Klasse im Staate das Individuum zur vollsten Entfaltung gebracht und durch Schaffung höchster Kulturwerte die Entwicklung der Menschheit gewaltig gefördert. Anders urteilen, hieße die Geschichte fälschen, welche Ausschreitungen immer dem Kapitalismus mit dessen Trägern das Bürgertum irrigerweise schlechtweg identifiziert zu werden pflegt, mit Recht zur Last gelegt werden mögen. In den Jahren des blutigsten und schrecklichsten aller Kriege haben die Söhne des Bürgertums in einer Reihe mit jenen des Bauerntums und des Arbeiterstandes und in gleich obertwilliger Hingebung die schwerste der Pflichten erfüllt. Tausend und aber tausend Kinder des Bürgerstandes sind neben den Kameraden aus den andern Klassen gefallen oder wandeln mit den Ehrenzeichen schwerer Bewundung unter uns, ganz ebenso wie der Sohn des Bauers, des Arbeiters. Sie alle standen auf gleicher Höhe und zehnten für die sittliche Tüchtigkeit ihrer Klassen. Und trotz der entwicklungsgeschichtlichen Leistungen, trotz der sittlichen Stärke, der geistigen Fähigkeit und der materiellen Kraft des Bürgertums so tiefer Verfall?

Ein neuer Staat, ein neues Vaterland ringt hart und schwer um seine Existenz in der noch ungewohnten Form der Republik. Der Boden wankt unter den Füßen. Was noch besteht, droht zu stürzen. Die andern Klassen der Gesellschaft sind am Werke, der neuen Staatsform einen neuen, von ihnen zu bestimmenden Inhalt zu geben. Das Bürgertum aber, hinter dem häuslichen Herd zusammengedrückt, harret der Dinge, die da kommen sollen. Ist diese Haltung des Bürgertums würdig in einem Augenblick, der kommenden Jahrhunderten die Entwicklung vorzeichnen wird? Und das wird er, denn der Weltkrieg war und ist die Katastrophe der Menschheit und ihrer Kultur. Einer geistigen und sittlichen, einer wirtschaftlichen und kulturellen Erneuerung muß die Menschheit entgegengeführt werden, wenn sie nicht unter dem Fluche dahinsinken will, daß die entsetzlichen Opfer dem Weltkrieg völlig vergeblich gebracht wurden. Diese Er-

12./IV. 1919

Zeitung.

1919
12. April

zur bevorstehenden Einrichtung machen. Aber eine Herabsetzung auf zwei Jahre wäre sehr bedenklich.

Reichsjustizminister Landsberg:

Das Reichsjustizministerium beschäftigt sich nicht nur mit neuen Fragen, wie es die vorliegende ist, sondern es ist daran, Aufgaben von gewaltiger Größe zu lösen. Die Vorarbeiten für den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sind so weit gediehen, daß ich die Veröffentlichung des Entwurfes noch vor Ablauf dieses Jahres glaube in Aussicht stellen zu können. (Bravo!) Das neue Strafgesetzbuch wird ein gewaltiges Kulturwerk sein, und es wird den Nachweis führen, daß das deutsche Volk geistig nicht zusammengebrochen ist. Weiter sind wir beschäftigt mit einer Novelle zur Strafprozeßordnung; ich glaube, ihre Veröffentlichung schon in einem ganz kurzen, nur nach Wochen zählenden Zeitraum in Aussicht stellen zu können, und wir haben den Ehrgeiz, die Novelle so auszugestalten, daß nach ihrer Verabschiedung niemand mehr den Wunsch nach einer neuen Strafprozeßordnung aussprechen wird, weil sie dann eben nichts mehr zu wünschen übrig läßt. (Weiterleut.) Der vorliegende Entwurf ist, wenn ich so sagen darf, ein Nebenprodukt des Reichsjustizamts. Ich glaube, er spricht für sich selbst. Maßgebend für seine Einbringung war einmal die Erwägung, daß sehr viele Studierende infolge der Verschlechterung ihrer Vermögenslage genötigt sein würden, das Studium ganz aufzugeben, wenn ihnen nicht irgend welche Erleichterungen geboten werden, vor allen Dingen aber die Erwägung, daß es unter den Studierenden, die am Kriege teilgenommen haben, sehr viele geben wird, deren Spannkraft und Fähigkeit, sich geistig intensiv zu betätigen, so schwer gelitten hat, daß ihnen durch Gewährung von Erleichterungen ein gewisser Anreiz gegeben werden muß.

Abg. Dr. Kahl (Dvpt.): Ich begrüße es besonders, daß der Entwurf das Maß der Erleichterungen einerseits auf das Billige erstreckt, andererseits auf das Notwendige beschränkt. Im übrigen lege ich großen Wert darauf, daß der Begriff der Kriegsteilnehmer im denkbar weitesten und für die Beteiligten günstigsten Sinne verstanden wird.

Abg. Haase (L. Soz.): Meine Fraktion stimmt dem Entwurf zu, erwartet aber, daß das Gesetz nicht dazu benutzt wird, wie es im März in Berlin geschehen ist, die Studierenden indirekt zu zwingen, sich irgendwelchen Freiwilligenverbänden anzuschließen.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Wir haben keine Veranlassung, in eine Kommissionsberatung einzutreten. Eine Verständigung über den Begriff "Kriegsteilnehmer" ist hier schon erreicht. Es kann sich nur darum handeln, wie weit auch die Leute berücksichtigt werden sollen, die jetzt für die innere Ordnung unseres Landes im Heeresdienste stehen. Auch diesen Personen sollen die Wohlfahrten des Gesetzes zugewendet werden. Ich bitte, die Vorlage in zweiter Lesung anzunehmen.

Abg. Ratze (Dnat.): Die Gesetzesvorlage ist von großer Tragweite. Wir dürfen uns nicht allein von unserem Wohlwollen für die Kriegsteilnehmer leiten lassen, sondern wir müssen auch daran denken, daß die Tätigkeit unseres Richterstandes durch eine gute Vorbildung geleitet werden muß.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission wird nicht genügend unterstützt, erster Ablehnung aller Abänderungsanträge wird der Gesetzentwurf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

In allen drei Lesungen wird ebenfalls der Gesetzentwurf betreffend die Verwendung des Kriegsgewerbesteuergesetzes vom 21. Juni 1918 (Verwendung der Einnahme aus der Kriegsabgabe für die Fehlbeträge der Rechnungsjahre 1916, 1917 und 1918) ohne Debatte angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Interpellation über betreffend Mißstände bei der Verteilung der ausländischen Lebensmittel, Ermächtigungsgesetz zum Erlaß von Verordnungen, Nationalfeiertag am 1. Mai, Landwirtschaftsgesetz).

Kleine Anfragen in der National-Verammlung.

Sitzung vom 11. April

Um Ministerliche: Bauer, Dr. Preuß, Dr. Sell, Landsberg. Eingegangen ist die Vorlage, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu erklären. Der Weimarer Landesversammlung, die gegenwärtig ihre Tagungen abhält, werden die Griffe der Nationalversammlung übermittelt.

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen. Abg. Erkelenz (Dem.) wendet sich gegen den Terror der freien Gewerkschaften und die daraus entspringende Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit der anders organisierten Arbeiterschaften.

Geheimrat Trendelenburg: Die Regierung steht auf dem Boden der Koalitionsfreiheit und verurteilt jede Beeinträchtigung, von welcher Seite sie auch ausgehen möge. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Arbeitsrechtes sind besondere gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Koalitionsrechtes vorgesehen. Tarifverträge, in denen vereinbart wäre, daß nur Angehörige einer bestimmten Gewerkschaft oder Gewerkschaftsrichtung eingestellt werden dürften, würden vom Reichsarbeitsministerium nicht für allgemein verbindlich erklärt werden können.

Abg. Dr. Fleischer (Str.) wendet sich in einer Anfrage gegen die Beschlagnahme des Privateigentums des Breslauer Fürstbistums durch die tschecho-slowakische Regierung.

Ministerialdirektor Sintors: Tatsächlich ist gegen das Privateigentum des Fürstbistums Breslau, soweit es im Gebiet der tschecho-slowakischen Republik liegt, eine Beschlagnahme ausgesprochen, die zur Entziehung der Einkünfte des Fürstbistums aus diesen Gütern geführt hat. Die Regierung ist sich mit dem Antragsteller in der Beurteilung dieses Verhaltens einig. Sie hat den gegenwärtigen konsularischen Vertreter bei der tschecho-slowakischen Regierung beauftragt, schärfsten Einspruch gegen dieses Verfahren einzulegen. Es ist dies aber nicht der einzige Vorwand dieser Art. Auch anderes Privateigentum deutscher Reichsangehöriger ist in gleicher Weise beschlagnahmt worden. (Hört! Hört!) Wir bitten aber zu bedenken, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechoslowakien nicht normal sind und daß das Verhältnis zwischen beiden Ländern nicht so ganz einfach ist. Sobald der normale Zustand wieder hergestellt sein wird, werden hoffentlich auch diese Fragen eine befriedigende Lösung finden.

Abg. Raverenz (Dnat.) verweist auf die außerordentlich hohen Sachschäden und Verluste an Privateigentum, welche die Folgen der schweren Unruhen und Straßenkämpfe in Berlin seien. Die Stadt Berlin müßte wirtschaftlich zusammenbrechen, falls sie auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 für die entstehenden Schäden zu haften hätte.

Geheimrat Frhr. v. Wenzel: Eine Vorlage, die eine Verteilung der Mittel auf Reich, Staat und Gemeinde vorsieht, ist bereits fertiggestellt worden und liegt zurzeit beim Staatsauschuß. Sie wird demnächst an die Nationalversammlung gelangen.

Abg. Albers (Welfe) behauptet, daß in Hannover große Vorräte an Heeresgut verrotten und daß dringend benötigtes Material zwecklos verwahrt würde, dessen Freigabe Tausenden von Arbeitswilligen lohnenden Verdienst geben könnte.

Regierungskommissar Dr. Hecht: Die Behauptungen sind nicht richtig, verrotten ist nichts, was verwahrt wird, wird für das Militär noch dringend gebraucht. Das Reichsverwertungsamt wird die Freigabe verfügen, sobald die militärischen Interessen des zur liegen.

Abg. Dr. Philipp (Dnat.) bringt erneut den Leipziger Erpressungsfall zur Sprache. 400 000 M. aus Mitteln der Stadt Leipzig seien mittels militärischer Waffengewalt vom Oberbürgermeister während des Leipziger Generalstreiks erpreßt worden. Untersuchung sei zugesagt, ist diese Untersuchung abgeschlossen?

Sächs. Militärbevollmächtigter Oberst Schulz: Es ist richtig, daß der Leipziger Oberbürgermeister unter Androhung von Waffengewalt gezwungen worden ist, eine Anweisung auf Zahlung von 400 000 M. aus Mitteln der Stadt Leipzig zu geben. (Hört! Hört!) Die sächsische Regierung ist entschlossen, für ausreichenden und zuverlässigen militärischen Schutz der Behörden zu sorgen, damit sich ein solcher Vorgang nicht wiederholt. (Bravo!) Gegen die an der Bedrohung beteiligten Personen ist die gerichtliche Untersuchung eröffnet worden. Wegen der Strafverfolgung der Mitglieder der Nationalversammlung Friedrich Geyer und Dr. Curt Geyer ist das Erforderliche veranlaßt worden. (Leb! Hör! Hör!)

Abg. Schwarz (Ztr.) verweist auf die unwürdige Behandlung internierter deutscher Soldaten in Siebenbürgen in Serbien. Verpflegung, Behandlung und Unterkunft seien menschenunwürdig und jede Korrespondenz mit der Heimat unterbott.

Vertreter der Waffenstillstandskommission Dr. Hämmer: Wir haben schon im Dezember energisch protestiert. General Rudant aber hat im Auftrage von Koch ein Eingreifen abgelehnt. Wir haben wiederholt auf die völkerrechtswidrige Behandlung unserer Gefangenen in Serbien hingewiesen, bis in die letzten Tage hin ein. Genügt hat es bisher nichts. (Hört! Hör!) Wir haben getan, was in unserer Kraft steht. Die Verantwortung für das Schicksal unserer Landsleute trifft ausschließlich die Entente. Wir haben die holländische Regierung gebeten, den Schutz der deutschen Gefangenen in Serbien zu übernehmen.

Abg. Diener (Dnat.) führt Beschwerde über das Schicksal der wegen Krankheit in serbische Hände gefallenen deutschen Soldaten der Armee Madensen, die beim Rückmarsch in die Heimat zurückzubleiben mußten.

Vertreter der Waffenstillstandskommission Dr. Hämmer: Auch hier haben wir protestiert, eine Antwort bisher aber nicht erhalten. Den Schutz dieser Landsleute hat die Schweiz übernommen.

Abg. Neßlich (Dnat.) fragt an, ob tatsächlich von einzelnen Gliedstaaten die Schließung der Hochschulen beabsichtigt werde, um Leute für die Freiwilligenverbände zur Verfügung zu haben.

Geheimrat Frhr. v. Wenzel: Eine Schließung der Hochschulen ist nicht beabsichtigt. Ein Erlaß des preussischen Kultusministeriums hat das ausdrücklich bekräftigt.

Abg. Bradauf (Dem.) fordert eine gesetzliche Neuregelung der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen.

Oberst Wais: Eine Notlage ist zweifellos vorhanden und auch das Bedürfnis nach einer Neuregelung ist unbestreitbar. Bis es zu dieser Neuregelung kommt, werden im Wege der Verwaltung die schlimmsten Härten gemildert werden.

Abg. Baarede (Dnat.) verweist auf die wachsenden Plünderungen und Diebstähle auf dem Lande und die fühlbar geringere Sicherheit von Leben und Eigentum.

Regierungsrat Frhr. v. Wenzel: Solche Plünderungen kommen vor. Soweit zu ihrer Bekämpfung Militär und Gendarmerie nicht ausreichen, soll in Preußen durch die Errichtung von Bürgerwehren aus zuverlässigen Personen aller Schichten der Bevölkerung Abhilfe geschaffen werden.

Landfremde Eindringlinge

Sozialdemokratische, liberale und national-jüdische Feststellungen.

Der Aufruf, den gestern nach dem Sturze der Münchner „Räteregierung“ die sozialdemokratische Regierung von Bayern an die Bevölkerung erlassen hat, beginnt mit dem lapidaren Satze:

„Die Münchner Garnison hat die Gewaltherrschaft in München weggerafft, das Kartenhäuser der landfremden Eindringlinge ist zusammengestürzt. München und ganz Bayern atmen erleichtert auf.“

Die von jüdischen Wühlern, Umstürzern, Unterbrechtshelden, Abenteurern, Ideologen und Halbnarren unter der Flagge des Kommunismus errichtete Diktatur der Landauer, Lewin, Levinie, Mühsam, Neurath, Wadler und Genossen könnte kaum bündiger und zutreffender gekennzeichnet werden, als es hier in der amtlichen Kundmachung einer sozialdemokratischen Parteiregierung geschieht. In einem andern gestern in München plakatierten sozialdemokratischen Aufrufe wird nicht minder gemeinverständlich von „ehrergeizigen landfremden Agitatoren“ gesprochen, die „nur ihre eigennützige Politik verfolgen“. Wie müssen es die Sendboten des „Kommunismus asiaticus“ getrieben haben, daß selbst eine Partei, deren Führer bisher ihren Stolz darin setzten, sich als „Judenhuttruppe“ zu betätigen, derart j u d e n m i d e geworden ist, daß sie die bodenständige Bevölkerung gegen die landfremden Eindringlinge, ehrgeizigen Agitatoren und eigennützigen Politiker aus dem Osten aufruft und gegen sie mit Maschinengewehren, Verhaftungen und Irrenhaus vorgeht! Das deutsche Volk beginnt aus der Hypnose, der es verfallen war, zu erwachen und den wüsten Traum, dem es sich in willenloser Ohnmacht überlassen hatte, abzuschütteln.

Nicht nur den Sozialdemokraten, die doch mit den Rathenau-Kriegszentralen die Bahnbrecher der Fremdherrschaft geworden sind, graut bereits vor den Wirkungen der von ihnen selbst begünstigten Zustände, auch den einsichtigeren Juden selbst — wie oft haben wir hier in lokalster Weise an diese Einsicht appelliert, die allein durch rechtzeitige Oeffnung eines Ventils einer politischen Hypertrophie des Judentums, die der Kriegswirtschaftlichen, statt eines Abbaus der letzteren folgte, nicht mehr ganz geheuer zu Mute, da es ihnen klar ist, daß auf die Dauer eine Judenthokratie über die christlichen Völker Mitteleuropas, zumal über das deutsche unmöglich ist. Und so beginnen sie denn bereits — es geschieht im wohlverstandenen eigensten jüdischen Interesse — zu bremsen und zu warnen. So schreibt unter der Ueberschrift „Die Juden und der Kommunismus“ selbst ein so rein jüdisches Blatt wie „Scharfs“, „Wiener Sonn- und Montagsztg.“:

Ein, wenn auch verschwiegend kleiner (?) Prozentatz der Juden fühlt sich heute berufen, aus der passiven Abwehr herkömmlichen Antisemitismus zum aktiven Angriff gegen die ganze Gesellschaft, gegen alles und fast gegen alle, überzugehen. Es muß einem unbefangenen Beurteiler auffallen, daß der Kommunismus und ähnliche wie immer Namen habende Bewegungen überall: in Rußland, Ungarn, Berlin und München, wie auch bei uns in Wien, Leute an der Spitze haben, die laut ihren Geburtsdokumenten sich zum „israelitischen Glauben bekennen müssen“. Landauer, Lewin, Levit und Löwy, Cohn mit G und Kohn mit R, Saase und Birsk, Rubin und Friedländer, alias Eisner und alias Trotsky hatten Eltern, deren höchstes Ideal ein Kapital vorstellte, das sie durch fleißigen Gelderwerb zusammenzuraffen trachteten. Einzelnerechnungen könnte man noch aus den Zufälligkeiten des menschlichen Lebens erklären, daß aber die wirklichen Führer dieser ganzen Bewegung, auch wenn sie als solche nicht immer der Oeffentlichkeit erkennlich werden, fast ohne Ausnahme Juden sind, muß einen tieferen Zusammenhang haben... Gerade die Juden sind als Praktiker des Lebens bekannt... Die Erwerbsmöglichkeit für Juden ist in den letzten Jahrzehnten rasch gesunken (?)... Die Menge der Halbgebildeten, mit Unwillen gegen die Ungunst des Schicksals Erfüllten, wuchs von Jahr zu Jahr. Das früher der größtenteils gegen sein Schicksal habende Jude im Ghetto Trost und neuen Lebensmut in der Ausübung seiner Religion gesucht und gefunden, so war die natürliche Folge der um sich greifenden Freireligiosität — das Zweifeln an der Gerechtigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung... In dem nun (nach dem Umsturz) eingetretenen Durcheinander alter und neuer Gesetze hat die Rechtsauffassung vieler Leute gelitten und der Kreis jener ist groß, die einfach annehmen, daß infolge der Umwälzung jeder, dem es früher nicht gelang, es zu irgend etwas zu bringen, nun quasi von Amis wehen berufen sei, durch die neue Gesellschaftsordnung zu Reichtum und Macht zu kommen. Allen voran eine geringfügige Anzahl Juden, die ihre Unfähigkeit und Untüchtigkeit billigerweise auf das Konto der „Gesellschaft“ schieben wollen und im Studium unserer sozialen Ordnung genau so Trost und Hoffnung für sich suchen, wie ihre Väter im Kommentieren des Talmud. Und last not least scheint heute die Demagogie geradezu ein Erwerbszweig wie jeder andere zu sein, der seinen Mann dabei ernährt. Was Wunder, wenn da gewisse Juden eine Bewegung inszenieren, um ohne weitere Anstrengung leicht und mühelos das zu ernten, was Tüchtigere mit dem Fleiße ihres Lebens bisher geschaffen haben? Momentan floriert dieses Geschäft recht gut, ja es scheint, daß die kommunistische Agitation, bei und zumindest, nach nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Gleichzeitig beginnen die Völker, durch sie immer mehr und mehr verlesendet, die Beweggründe vor an der Spitze stehenden Führer einzusehen und sich etwas genauer um ihr Vorleben zu informieren. Die Kenntnis der wahren Endziele derselben wird wesentlich dazu beitragen, sie von der heute usurpierten Macht zu entfernen und die aufgehobenen Massen ihrem Einflusse zu entziehen. Damit wird der ganze Kommunismus zusammenstürzen, leider aber nicht ohne Reaktion, die das betrogene Volk mit Mut und Abscheu gegen ihre Veträger erfüllen muß. Deswegen muß das Judentum schon heute das größte Interesse daran haben, zwischen

sich und den jüdischen Führern der radikalen sozialen Bewegung eine deutliche Trennungslinie zu ziehen.

Das ist vom jüdischen Standpunkte aus recht vernünftig und für das „betrogene, aufgeheulte Volk“ höchst ausschlufreich gesprochen. Diese Ausführungen, Mitteilungen und Feststellungen eines jüdischen Blattes sollten in Massenflugschriften verbreitet, sollten überall plakatiert, sollten überall in Versammlungen, in den Kasernen, in den Betrieben, kurz überall, wo das Volk gerufen oder durch Zufall zusammenkommt, feierlich verlesen und immer wieder verlesen werden. Die schon den Warnungen der christlichen Presse nicht glauben wollten, sie werden vielleicht vom jüdischen Zeugnis sich überzeugen lassen.

Auch das „N. W. Taubl.“, das schon am Samstag in einem mit „Freiheit als Machtfaktor“ überschriebenen Artikel gegen das Treiben „der Propheten aus dem Osten“ Stellung genommen hatte, wendet sich in seinem Sonntagsleitartikel („Kommunismus und Antisemitismus“) abermals in der schärfsten Weise gegen „die Gewaltherrschaft wirrer Köpfe, die die Massen durcheinanderreiben“; das Blatt erkennt, daß das Treiben dieser gewalttätigen Heber und Zerstörer „den fortbauenden Jörn zurücklassen“ und „den Groll der arg heimgeführten Bevölkerung steigern muß“ und macht aufmerksam, „daß die Mut wider die anmaßenden kommunistischen Führer in eine allgemeine Judenfeindschaft sich umzuwandeln beginne“. Zwar hätten, wie besonders in Budapest, auch jüdische Bürger unter der Willkür der Diktatur zu leiden, aber dies dürfte

„nicht blind dagegen machen, daß sich dem Volkszorn gegen den sinnlosen Bolschewismus die überlauten jüdischen Wortführer des Gewaltregimes als die im Vordergrund stehenden, nach der Macht greifenden Urheber der Umsturzabewegung von selbst darbieten. Meist sind das jüdische Intellektuelle aus Osteuropa, daneben auch jugendliche jüdische Wirrköpfe heimischer Herkunft. Man findet diese Elemente in München und Berlin, in Wien und Budapest tätig, überall mit demselben anmaßlichen Wesen. Ob oft oder westeuropäischer Geburt, ob aus der Praxis des russischen Terrors, oder aus deutschen Literaturkreisen herkommend, sie alle gleichen sich in ihrer Geistesart. Es sind wurzellose Individuen, ohne inneren Zusammenhang mit dem Volke, ohne Verständnis für seine Seele, ohne Piefie für den Boden, den sie sich für ihre verhängnisvolle Wirksamkeit ausgesucht haben... Ein Enten politischer Gewalttätigkeit untergräbt gerade die Existenzbedingungen des Judentums in der modernen Gesellschaft. Das jüdische Bürgertum sollte jede Gelegenheit nützen und keine vorübergehenden lassen, die unterschiedlichen jüdischen Rahmenträger des Bolschewismus von sich abzuschütteln. Der bolschewistische Exzentrik schafft den antisemitischen Exzentriker. Die Judenchaft wird sich bei einem em sichersten erwahren, wenn sie den andern rasch und kräftig vom Tarmel befreit.“

Unsere Lesern sind die Wahrheiten, die hier endlich einmal von jüdisch-liberaler Seite verkündet werden, nicht neu. Es ist die zwölfte Stunde, daß der besonnene Teil des Judenvolkes selber zum Rechten steht. Es liegt, wir wiederholen es immer wieder, in seinem eigensten Interesse, daß es selber den satifam bekannten Provokateuren das Handwerk leant und Zustände beseitigt, die in ihrer unerträglichkeit jedes freiheitsliebende, auf seine Selbstbestimmung bedachte Volk erbittern müssen. Es fehlt uns durchaus nicht an Verständnis für die Forderung, welche die nationaljüdische „Fr. Morgenst.“, deren mehr nach Osten gerichteter Blick die schrecklichen Warnungssignale in polnischen Städten wahrnimmt, in einem Aufsatze, der mit nicht sehr überzeugenden Argumenten das Jüdische am Bolschewismus zu leugnen unternimmt, am Schlusse erhebt:

Wenn die Völker jetzt darangehen, den Kri-a für immer unmöglich zu machen, dann muß ihr oberster Grundsatz das Bekenntnis zur vollen sozialen und nationalen Gerechtigkeit sein. Solange es ein Volk gibt, das wurzellos, landfremd und unfäh imitten einer ihm feindlichen Umgebung lebt, solange noch irgendwo Reime sozialer Konflikte bestehen, solange kann das Werk des Friedens nicht ausreifen, sondern muß Stücker bleiben. Man gebe dem jüdischen Volk die Möglichkeit der Rückkehr zu seinem Boden, man gebe ihm Freiheit und Land. Dann wird das jüdische Volk auch politisch gesunden und dem Radikalismus jeden Boden entziehen können.

Freiheit, Rückkehr, Freiheit, Land, soziale und nationale Gerechtigkeit — alles, aber unser Mitteleuropa sollen sie uns nicht vorher in einen Trümmerhaufen verwandeln!

Ein glanzvolles Fest.

Wer hätte jetzt in dieser Zeit des allgemeinen Glends Luft, glanzvolle Feste zu feiern? Wer hätte den Mut, der Bevölkerung solche Festlichkeiten zuzumuten?

Die gestrige Nummer des sozialdemokratischen Hauptorgans bringt an der Spitze einen Aufruf, der die „Arbeiter und Arbeiterinnen“ wie alljährlich zu Maifeier auffordert.

Daran ist nichts auszusetzen, jeder gönnt den Arbeitern den freien Tag, wenn auch die Erwägung nicht abzuweisen ist, daß der Bevölkerung die Arbeit jetzt noch notwendiger ist, als selbst in den zwei ersten Kriegsjahren, in welchen die sozialdemokratische Parteileitung, um in der Herstellung von Waffen und Munition keine Unterbrechung eintreten zu lassen, auf die Abhaltung der Maifeier verzichtet hatte. Aber in dem stark bombastischen Aufruf, der sich gebärdet, als schwämme die Arbeiterchaft derzeit im Glück, und sich daher zur traurigen Wirklichkeit in schreiendem Widerspruch befindet, heißt es u. a.:

„... diesmal als Bekräftigung unseres Sieges... die Tage der kapitalistischen Herrschaft gezählt... die Zeit der Verwirklichung und Erfüllung des Sozialismus gekommen... diesmal ein Tag weihvoller Freude, der tiefinnigen Genugtuung... Denket also an den Tag des ersten Mai

15. IV. 1919

Nicht Arbeiterrat, sondern Volksrat!

Ein Vorschlag des Abgeordneten Kunschak.

Der Wählerverein der vereinigten Christen des 1. Bezirkes hielt am Sonntag, den 13. d., im Sitzungssaal des Alten Rathhauses unter dem Vorstehe des Bezirksvorstehers Wieninger eine sehr gut besuchte Versammlung ab. In dieser führte Abgeordneter Kunschak u. a. aus: Das Ergebnis der Wahlen in die Landesversammlung in Salzburg gibt, wenn sich auch die Zahl der Stimmen zugunsten der christlich-sozialen Partei verschoben hat, zu denken, weil daraus ersehen werden kann, daß sich in dem kurzen Zeitraum, der seit den Februarwahlen verfloßen ist, Laune und Gleichgültigkeit gegen über Wahlen großer Kreise der Bevölkerung bemächtigt hat. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß auch in Wien die Bevölkerung der Teilnahme an den Wahlkämpfen und an den Wahlen müde geworden ist. Wohl ist eine gewisse Müdigkeit in dieser Richtung zu verstehen, doch kann nicht genug vor dem Einreißen einer solchen Erscheinung gewarnt und betont werden, daß wir mehr Veranlassung als je haben, den Vorkommnissen im öffentlichen Leben unser vollstes Augenmerk zuzuwenden. (Zustimmung.) Seit Zusammentritt der Nationalversammlung waren wir Zeugen einer Reihe von Erscheinungen, die in unser ganzes wirtschaftliches und soziales Leben tief einschneiden. In der Nationalversammlung selbst wurde allerdings große Arbeit nicht geleistet. Die Ausweisung des Kaisers und der Kaiserin aus Deutschösterreich, die Entwürfe, die über die Sozialisierung vorliegen, sind nichts weniger als geeignet, dem erwarteten Zustand wirklich Rechnung zu tragen. Was Doktor Bauer durch die Sozialisierungsgesetze herbeiführen will, ist eigentlich die zwangsweise Aufrichtung eines Rentnerstaates, während Dr. Kerner in seiner Antitribune erklärte, das Ende des Rentnerstaates sei gekommen. Denn alle Privaten, die sich heute an den Produktionsmitteln und am Finanzleben selbstständig schaffend beteiligt haben, sollen zwangsweise ausgeschaltet werden. Man gesteht ihnen Obligationen zu, durch welche sie der Staat oder eine Gemeinschaft mit Zinsen schuldlos halten wird. Durch eine weitere Gesetzesvorlage, wonach den Angestellten und Arbeitern eine Gewinnbeteiligung zugesprochen wird, werden in diesen Dingen Hoffnungen erweckt, die nicht im entferntesten erfüllt werden. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter eines Unternehmens z. B. droht die Klasse der Angestellten und Arbeiter in zwei Teile zu teilen: in eine Angestellten- und Arbeiteraristokratie und ein Angestellten- und Arbeiterproletariat. Ein Beispiel: Der Omnibusbetrieb und die Elektrizitätswerke der Gemeinde Wien. Der Omnibusbetrieb zahlt seine Leute am allerschlechtesten, bei ihm ist kein Reingewinn vorhanden, daher hätten seine Angestellten, die schlechtest bezahlten Arbeiter, nie einen Anteil am Reingewinn zu erwarten. Auf der anderen Seite stehen die Angestellten der Elektrizitätswerke, die im Frieden durchschnittlich 12 Millionen an Reingewinn abwarfen und deren Bedienstete die besten Löhne, die es bei der Gemeinde gibt, haben. Bei der Gewinnbeteiligung würden also die bestbezahlten Arbeiter der Gemeinde Wien am Ende des Jahres noch überdies große Anteile am Reingewinn erhalten. Da entsteht die Frage: Welches Verdienst hat der Arbeiter bei den Elektrizitätswerken, daß er gerade dort gegen hohen Lohn und hohen Anteil am Reingewinn arbeitet, und welches Verbrechen hat der Omnibusfahrer begangen, daß er just in dem schlechten Unternehmen arbeitet und am Ende des Jahres nichts bekommt? Natürlich kommt dann die Frage der Ungleichartigkeit an einem und demselben Orte oder bei einem und demselben Dienstgeber und der Unterschied zwischen den einzelnen Betriebskategorien in Betracht. Die Frage der Beteiligung der Arbeiter an dem Reingewinn ist theoretisch erwägenswert, doch ist der Effekt, den sich viele Angestellte vorstellen und den man sie bewusst glauben läßt, absolut unzureichend.

Wir haben jetzt eine sehr intensive Bewegung für die Schaffung von Arbeiterräten.

die die Sozialdemokraten zu einem Punkte des Parteiprogrammes gemacht haben. Bis zum 15. d. sind die Wahlen in den Betrieben vorzunehmen. Zu gleicher Zeit erscheint der Gesetzentwurf über die Betriebsräte: während die Schaffung der Arbeiterräte doch ein parteimäßige Unternehmung ist, wird durch Gesetz die gleiche Institution geschaffen. Der Betriebsrat soll mit einer Reihe von Rechten ausgestattet werden, u. a. dem Rechte der Einhebung selbständiger Umlagen. Es wird also ein Staat im Staate errichtet. Ich glaube, der zweite Betriebsrat wurde dazu gewählt, um den sozialdemokratischen Betriebsrat aufzufangen und zu einem Instrument der staatlichen Verwaltung zu machen. Ich befürchte, daß man da sehr daneben greift, denn dieser zweite Betriebsrat, der bis zum Zentralrat ausgebaut werden soll, wird nicht ein Instrument der staatlichen Verwaltung, sondern ein Instrument der sozialdemokratischen Partei unter staatlichem Schutz und mit staatlich gewährleisteten Einrichtungen. Wir sehen, es bereitet sich eine Reihe von Dingen vor, die in ihren Wirkungen die ganze Struktur unserer Volkswirtschaft, unseres gesellschaftlichen und politischen Lebens verändern werden, durchaus nicht in günstigem Sinne. Ich denke da an den Staat selbst. Interessant ist, daß bei einer Reihe von Betrieben die Sozialdemokraten bei der Wahl der Arbeiterräte den Kommunisten erlegen sind; so hat die Beamtenschaft des Wiener Bankvereines unter dem Einfluß mehrerer junger jüdischer Beamten einen kommunistischen Arbeiterrat gewählt. Daraus ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß der Arbeiterrat über kurz oder lang den Händen der Sozialdemokraten entgleiten und unter kommunistischen Einfluß geraten wird. Die letztere Gefahr ist um so größer, als z. B. in Deutschland im Arbeiterrat eine erhebliche Zahl von christlich organisierten Arbeitern sich befindet, die mit den Sozialdemokraten einen starken Ball gegen den Kommunismus bilden. Bei uns hat die Sozialdemokratie in blinder Parteilichkeit oder, weil sie vollständig unter jüdischem Einfluß steht, die Teilnahme der christlichen Arbeiter und Angestellten an den Wahlen der Arbeiterräte unmöglich gemacht.

Unter solchen Umständen gewinnen die Wahlen, die wir jetzt vorbereiten, eine über alles hinausragende Bedeutung. Der Gesichtspunkt der Zusammensetzung der zu wählenden Vertre-

tungskörper ist eine nebenherlaufende Erscheinung. Diese Wahlen sind eine ausgesprochen soziale und politische Demonstration (Lebhafte Zustimmung) sie wachsen weit über die Bedeutung der Wahlen in der Nationalversammlung hinaus. Durch die Konstruktion, in die das ganze öffentliche Leben hineingezwängt wird, haben wir die Klassenkämpferischen Arbeiterräte, die von den kommunistischen Wogen auf das Ärgste bedroht sind, und die Bauerkräfte. Wo bleibt denn da die große Masse des städtischen Bürgertums.

Ich denke nicht an die Bürger im engeren Sinne, sondern an die Bürger, die den Mittelstand ausmachen, an unsere Intelligenz, an den Beamten- und Lehrerstand, an die Gewerbetreibenden und an die Arbeiter, die mit ihnen auf dem christlichen Programm vereinigt nicht einen Klassenkampf, sondern einen sozialen Kampf im besten Sinne des Wortes führen wollen. Wir müssen einen Lebenszeichen von uns geben! (Lebhafte Beifall.) Wir können doch nicht ruhig zusehen, wie man über uns wie über ein lebloses Hausgerät verfügt. Den sozialistisch-kommunistischen Arbeiterräten entgegen und den Bauerkräften zur Seite gestellt werde ein Volksrat aus den konserverbaren Elementen des Mittelstandes, der bürgerlichen Intelligenz und den christlichen Arbeitern

gebildet. (Lebhafte Zustimmung.) Was Korneuburg, Mödling und Baden kann, muß doch auch in Wien möglich sein. (Beifall.) Weil es sich in Wien nicht allein um einen Bürgerrat schlechtthin handeln kann, sondern um Leute aus dem Arbeiterstand, der Intelligenz, dem Realbesitz, dem Gewerbe, die aber alle auf den gleichen Ideen fußen und in dem gleichen Programm ihre Anschauungen verankert haben, muß in Wien ein Volksrat — nicht ein Bürgerrat — gegründet werden, der gleichzeitig den christlichen Anschauungen über die Organisation der erwerbenden Stände am besten entspricht. Eine ähnliche Rundgebung wie die der christlichen Arbeiter muß auch auf Seite unserer Intelligenz erfolgen, sonst glaubt die ganze Welt, es gibt nur den Arbeiterrat.

Bis zur Erledigung der technischen und finanziellen Vorfragen ist uns eine andere Möglichkeit zum Beweise unseres Daseins und unserer Existenzberechtigung gegeben. Die Wahlen in die Landesversammlung und die Gemeinde- und Bezirksvertretung. Wenn die Sozialdemokraten und Kommunisten ihren Arbeiterrat bilden und in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken wollen, als verträten sie das Volk, wenn sie mit den Mitteln der Gewalt ihren Arbeiter- und Soldatenrat bilden und für diesen den Charakter der Volksvertretung konstruieren wollen, so lassen Sie uns dieses ganze Kartenhaus und diesen optischen Schwindel in der Öffentlichkeit zerstören, indem wir Mann für Mann, Frau für Frau, uns unermüßlich in den Dienst der Wahltagung stellen.

Der 4. Mai soll zeigen, daß die Soldatenräte nicht die berechtigten Vertreter des gesamten Volkes sind! (Lebhafte Zustimmung.) Der 4. Mai soll erweisen, daß in Wien der größere Teil der Bevölkerung geschlossen all den Bestrebungen gegenübersteht, die unter den verschiedenen Namen Bolschewismus, Spartakismus, Kommunismus oder Sozialismus unser Vaterland, unser Volk, vor allem unsere Vaterstadt in namenloses Unglück zu stürzen drohen! (Stürmischer Beifall.)

Es sprachen hierauf noch W. Kain und StM. Doktor Kleinböck.

17. IV. 1919

schwer beeinträchtigt werden. Im übrigen hat sich die Bewegung in vollster Ruhe vollzogen. Die Verkehrsmittel sind in den Streik nicht einbezogen, und so wickelt sich das Leben in den Straßen in gewohnter Ruhe ab.

Generalstreik in Bremen.

Bremen, 16. April.

In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung, in welcher Beerfelde (Berlin) sprach, verlas der Vorsitzende der Versammlung eine Bekanntmachung des Aler Rates, die ab 12 Uhr nachts den allgemeinen Ausstand erklärte. Sämtliche Arbeiter der größeren Werke, wie der Weser A.G., der Hansa und Lloydwerke usw., blieben demzufolge heute der Arbeit fern, während bei der Maschinenfabrik Franke um 9 Uhr nur ein Teil der Arbeiter das Werk verließ. Der größte Teil der Straßenbahner hat sich dem Ausstand angeschlossen.

Das Gas- und Wasserwerk arbeitet weiter.

Bremen, 16. April.

Infolge des Streiks der Hafenarbeiter können die im hiesigen Hafen liegenden amerikanischen Lebensmitteltransporte nicht gelöst werden.

Staatssekretär Dr. Deutsch über das Räteystem und gegen eine überstürzte Sozialisierung.

Wien, 16. April.

Der Staatssekretär für Heerwesen Dr. Julius Deutsch hat sich in einer Versammlung von Militärgagisten gegen die Vorwärtstürmer gewendet, die Unmögliches anstreben und damit das Land dem Zusammenbruche entgegenführen würden. Er hat auf den Unterschied der Verhältnisse bei uns und in Rußland wie in Ungarn hingewiesen und erklärt, daß ein Arbeiter- und Bauernrat eine ähnliche Zusammenfassung haben müßte wie die Nationalversammlung, da in Deutschösterreich die Arbeiter nicht das Übergewicht haben und unser Bauer bei seinen bisherigen Anschauungen bleibe. Die Massen des Volkes würden vom Räteystem bitter enttäuscht sein. Man könne sie jetzt mit der Erfüllung politischer und kultureller Forderungen nicht zufrieden stellen, sondern müsse sie vor allem vor dem Verhungern und vor der Verelendung schützen. Das Räteystem müßte Oesterreich überdies in einen Konflikt mit der Entente bringen, auf deren Gnade wir angewiesen sind. Ein völliger wirtschaftlicher Neubau lasse sich nicht an einem Tage vollziehen und am wenigsten in einem zusammengebrochenen, notleidenden Lande. Wir können nicht mit einem Sprung in die volle Sozialisierung hinein, führte Dr. Deutsch weiter aus, und es wäre ein schweres Verbrechen, das Volk hierüber zu täuschen. Wir brauchen Ruhe und Ordnung und müssen rasch nach vorwärts streben, aber durch Arbeit und nicht durch Zerstörung. Ueber die Rede liegt der folgende Bericht vor:

In einer von der Freien Vereinigung sozialistischer Militärberufsgagisten abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Offiziersversammlung im Militärkasino sprach heute Staatssekretär Dr. Deutsch über aktuelle politische Fragen. Einleitend bemerkte der Vortragende, daß er es wohl verstehe, daß die Tätigkeit seiner Partei und besonders seiner Person in der ersten Zeit des Umsturzes in Offizierskreisen Mißtrauen erregt habe und daß sein Standpunkt gegenüber den Offizieren in dieser Zeit ein schwerer gewesen sei. Er finde dies begreiflich, da ja die Offiziere zu den Opfern des Zusammenbruches gehören und ein großer Teil von ihnen der sozialistischen Partei die Mißguld an diesem Zusammenbruche zuschrieb. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert. Sie werden mit klarem Blicke, mit reiner Objektivität beurteilt, der die persönliche Spitze genommen ist. Ich kann versichern, fügte Dr. Deutsch hinzu, daß ich in den sechs Monaten Gelegenheit hatte, viele Herren Ihres Kreises kennen zu lernen, ich habe so viel Kraft und Tüchtigkeit gefunden, so viel markige Gesundheit, daß ich überzeugt bin, daß diese vorzüglichen Eigenschaften beim Aufbau des Landes von nicht zu unterschätzendem Nutzen sein werden.

Der Staatssekretär besprach sodann die politischen Ereignisse nach dem Umsturze bis zu den Wahlen in die Nationalversammlung. Er wies auf die wirtschaftlichen Ziele der Regierung hin, deren Bestreben vor allem darauf gerichtet sein müsse, den Hunger zu befriedigen. Erst kommen die Notstandsarbeiten, dann komme die aufbauende Arbeit für die Zukunft. Die Vorgänge in Rußland und Ungarn haben uns, führte der Redner weiter aus, vor ein neues Problem gestellt. Kaum ist bei uns eine relative Ordnung eingetreten, die zu der Hoffnung berechtigte, daß wir über die schwersten Hemmnisse in den nächsten Monaten hinwegkommen, sind Ereignisse eingetreten, die unsere Ruhe zu erschüttern drohen. Bei uns liegen die Verhältnisse wesentlich anders als in Rußland und Ungarn. Deutschösterreich verfügt nicht über jenes Übergewicht der rein proletarischen Massen, wie man glaubt. Der kleine Bauer bleibt christlichsozial, bauernblindlerisch oder demokratisch mit sozialem Einschlag. Die Großindustrie beschäftigt nur ein Viertel der Arbeiterschaft, der übrige Teil ist in mittleren Betrieben beschäftigt. Die Gegensätze sind weder auf dem Lande noch in der Stadt krass, so daß das gemischte System Aussicht hat, sich noch einige Zeit zu erhalten.

Es entsteht nun die Frage, ob wir zur Räterepublik kommen werden. Die Arbeiter- und Bauerräte würden in ihrer Zusammenfassung in Deutschösterreich im großen und ganzen kein anderes Bild bieten als die Nationalversammlung, vielleicht wäre sie und da eine Parteilichung nach links zu verzeichnen. Jene, die glauben, daß eine Räteregierung für Deutschösterreich eine Erlösung bedeuten würde, würden sich täuschen, auch die Massen des Volkes würden bitter enttäuscht sein vom Räteystem. Wir sind augenblicklich in einer Situation, in der wir das Volk vor allem vor dem Verhungern und vor der Verelendung retten, in der wir ihm Brot und Arbeit geben müssen. Mit der Erfüllung politischer und kultureller Forderungen können wir sie jetzt nicht zufriedensellen. (Beifall.) Eine sozialistische Regierung bedeutet noch nicht die Sozialisierung. Den völligen Aufbau des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens kann man nicht in einem Tag vollziehen, am allerwenigsten in einem wirtschaftlich zusammengebrochenen, notleidenden Lande. Wir sind, um diesen Notstand abzuwenden, auf die Gnade der Sieger angewiesen, und wenn der Sieger uns die Gnade entzieht, dann sind wir dem Elend ausgeliefert. Die Wahrheit ist grausam. Das Räteystem bringt

uns in Konflikt mit der Entente, dem wir weder wirtschaftlich noch militärisch gewachsen sind.

Darüber das Volk hinwegzutäuschen, ist ein schweres Verbrechen. (Lebhafte, allseitige Zustimmung.) Es ist Pflicht jener, die für das Volk warm fühlen, die an verantwortungsvoller Stelle sind, dies zu sagen. Wir müssen uns als Besiegte fühlen und auch innerpolitisch jene Regierungsform erhalten, die uns von der Entente vorgeschrieben ist. Was wir erlebt haben, ist eine Revolution der Besiegten. Der Aufstand in Ungarn entspringt der Verzweiflung eines gepörrigten, in seiner nationalen Existenz bedrohten Volkes. Angesichts der fürchterlichen Bedrückungen, denen Deutschland durch die Entente ausgefetzt ist, muß man die schwersten Besorgnisse vor den Erschütterungen hegen, die Deutschland noch drohen. Da und dort ist der nationale Stolz am schwersten getroffen und wir können nur hoffen, daß unser Volk nicht bis zur äußersten Verzweiflung getrieben werden wird. Der Staatssekretär bezweifelt, daß es auch zu einer Revolution der Sieger kommen werde. Wenn man noch so sehr überzeugt sei, daß eine Weltrevolution früher oder später unausbleiblich sei, so könne Deutschösterreich auf den Eintritt dieses Ereignisses nicht warten.

Wir können, schloß Dr. Deutsch, nicht mit einem Sprung in die volle Sozialisierung hinein. Dies offen zu sagen, dazu gehört viel größerer Mut als zu Redensarten, die nur verwirrend wirken. (Großer Beifall.) In gemeinsamer Arbeit müssen wir den Aufbau Deutschösterreichs im Zeichen der Sozialisierung zu erreichen trachten. Den Vorwärtstürmern müssen wir sagen, daß sie Unmöglichem nachstreben, daß sie das Land dem Zusammenbruche zuführen. Wir brauchen Ordnung und Ruhe, um leben zu können und nicht das Chaos. Heute sieht es besser aus, als vor wenigen Wochen. Wellen, die auch uns zu überfluten drohten, haben wir einen Damm entgegengesetzt. So wollen wir uns emporringen durch harte Arbeit. Vorwärts, immer rasch, aber nicht durch Zerstörung, nur durch Arbeit, und die wollen wir voll und ganz leisten. (Anhaltend lebhaftes Beifallstundgebungen.)

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Forderungen in der Metallindustrie.

Erklärungen des Staatskanzlers Renner und des Staatssekretärs Schumpeter.

In einer heute neuerlich abgehaltenen Sitzung der Interessenten der Metallindustrie, die unter Vorsitz des Staatssekretärs Hanusch abgehalten wurde und der auch der Volksbeauftragte der ungarischen Räterepublik Wilhelm Böhm bewohnte, sprachen die Experten Bauer, Hammer Schmidt, Zahradnicki, Kalinger, Moser, Schön, Schaymeier und Steiner. Staatskanzler Renner gab die Ergebnisse der Verhandlungen bekannt und Staatssekretär Schumpeter legte ihre Rückwirkung auf die Staatsfinanzen dar.

Staatskanzler Dr. Renner teilt mit, daß die Verhandlungen der Anschaffungsbeitrags- und Lohnkommission folgendes Ergebnis hatten: 1. Der Anschaffungsbeitrag von 500 K. wird auf die Monate April, Mai, Juni, Juli, August aufgeteilt und am 15. jedes Monats werden für den ganzen Monat 100 K. ausbezahlt. 2. Dazu werden für jedes Familienmitglied und für jeden Lehrling 20 K. ausbezahlt in demselben Ausmaße, wie dies der Arbeitsvertrag festsetzt. 3. Vorschüsse im Betrage der halben Monatsgebühr können gegeben werden, wenn der Fabrik-Ausschuß festgestellt hat, daß der Vorschuß für größere Anschaffungen nötig ist. Unternehmungen, welche nach dem Urteile dieser Kommission an Mangel an Betriebskapital leiden, können zur Auszahlung der Vorschüsse nicht gezwungen werden. 4. Die staatliche Finanzverwaltung stellt der Anschaffungsbeitrag- und Lohnkommission den Betrag von 5 Millionen Kronen als Vorschuß zur Verfügung. Die Kommission wird Ansuchen von Firmen, welche flüssige Mittel zur Auszahlung des Anschaffungsbeitrages nicht besitzen, entgegennehmen, prüfen und aus diesem Betrag vorschussweise befriedigen. Die Vorschussbeiträge sind bis zum 1. September dem Staate zurückzustellen. Dabei können 2 Millionen Kronen durch die Kommission passiert werden. 5. Die bestehenden Lebensmittelverbände sind zu einer Gesamtorganisation zusammenzuschließen, welche das Recht des freien Einkaufes erhalten. Diese Organisation wird auf demokratischer, genossenschaftlicher Grundlage und auf der Selbstverwaltung der Angestellten und Arbeiter unter angemessener Teilnahme der Unternehmungen ruhen. 6. Das Staatsamt für Heerwesen wird seine Bestände an Bekleidung und Beschuhung, soweit sie nur irgend entbehrlich sind, in einem angemessenen Anteil an die im Punkt 5 erwähnte Organisation zur Verteilung im eigenen Wirkungskreise hinausgeben. 7. Die erste Rate des Anschaffungsbeitrages erfolgt sofort, wobei vorausgesetzt ist, daß die unverzüglich wieder aufzunehmenden Tarifverhandlungen zum positiven Ergebnis führen. 8. Die Lohnregulierung gilt rückwirkend vom 14. April an. Karjams tag den 19. wird an die Arbeiter eine Akontozahlung in der Höhe der bisherigen Aushilfe geleistet. Diese Akontozahlung fällt weg, wenn der Tarifvertrag bis dahin zustande kommt und zur Durchführung gelangt. Der Staatssekretär bittet zum Schluß, diesen Vorschlag der Kommission anzunehmen und dann unverzüglich in die Tarifverhandlungen einzutreten. Er hofft, daß es, wenn die Uebergangszeit bis zur neuen Ernte und bis zum Wirksamwerden des Friedens überwunden ist, gelingen werde, durch einmütiges Zusammenwirken aller staatlichen Faktoren es dahin zu bringen, das niedergebeugte Land wieder emporzuwirtschaften und die Industrie als das wichtigste Glied unserer Volkswirtschaft neu zu beleben.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter hält es für seine Aufgabe, die Rückwirkung der Verhandlungen auf die Staatsfinanzen darzutun. Der Fehlbetrag im Staatshaushalte sei so groß, daß es unmöglich sei, die Staatslasten zu erhöhen oder auf Einnahmen zu verzichten. Wenn dies geschähe, so würde dies den vollen Zusammenbruch bedeuten und damit auch den Zusammenbruch der sozialen Maschine und die Herbeiführung der politischen Reaktion. Aber noch schlimmer als diese Lage der Staatsfinanzen sei das vollständige Daniederliegen der industriellen Arbeit. Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sei die erste und oberste Sorge aller staatlichen Faktoren und auch der Finanzpolitik. Wenn man von verschiedenen Seiten höre, daß bei den Arbeitern keine Arbeitswilligkeit vorhanden sei, sei das einfach nicht wahr, denn man müsse bedenken, daß so gut wie alle Voraussetzungen für die Arbeit fehlen. Die erste Voraussetzung, Arbeit zu ermöglichen, sei die Beschaffung von Lebensmitteln. Diese Lebensmittel müssen aber zum großen Teile sofort bezahlt werden. Dazu seien alle verfügbaren Mittel des Staates notwendig und der Staatssekretär könne daher einem Anwachsen der Staatslast in anderen Richtungen nicht zustimmen. Aber nicht nur aus Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen stehe die Industrie still, sondern insbesondere auch deshalb, weil sie finanziell nicht weiter könne. Das komme vor allem daher, daß der alte Staat nicht nur mit Papiergeld gewirtschaftet, sondern auch seine vielen Forderungen nicht einmal in Papiergeld bezahlt habe. Darum seien viele Betriebe, die ihre

17./IV. 1919

81

Niederösterreichische Landesversammlung.

Sitzung vom 16. April.

Landeshauptmann Steiner über die Volkswehr und die A.- und S.-Räte.

In der heutigen Sitzung der niederösterreichischen Landesversammlung, die von kurzer Dauer war, erweckten die Ausführungen des Landeshauptmannes über die Volkswehr und die A.- und S.-Räte als Antwort auf mehrere Anfragen besonderes Interesse. Die Erklärungen bezogen sich auf die Vorfälle in Wenzendorf, Baden und Burgstall. Bezüglich der Ereignisse im letztgenannten Orte weicht die Darstellung des Landeshauptmannes, die auf amtlichen Erhebungen fußt, wesentlich von den Mitteilungen der Staatsregierung ab.

Bemerkenswert war besonders die Feststellung des Landeshauptmannes, daß bei der Volkswehr und den A.- und S.-Räten allmählich die Erkenntnis aufzubämmern beginne, daß sie in so manchen Fällen über ihren Wirkungsbereich weit hinausgegangen sind. Ganz erhebliche Dinge erzählte der Landeshauptmann über die Vorgänge in der Länderkonferenz, von deren wichtigsten Beratungen die Öffentlichkeit nichts erfahren hat. Die amtlichen Nachrichten darüber verschwiegen und vertuschten das Wichtigste, eine Geheimdiplomatie, gegen die jene von einst schwachhaft war.

In einem Dringlichkeitsantrage legte Bürgermeister Dr. Weiskirchner das 50-Millionen-Kontokorrentanlehen der Gemeinde Wien vor, dem nach einer Begründung ohne Debatte zugestimmt wurde.

Auf der Tagesordnung standen nur wenige Geschäftsstücke, die glatt erledigt wurden.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Landeshauptmann Steiner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Die Abg. Breuer, Kulhanek und Gen. beantragen die Regelung der Bezüge der Landtags-Steinographen.

Die Abg. Spalowsky und Gen. verlangen in einem Antrag eine Ergänzung der Gemeindevahlordnung für die Städte mit eigenem Statut in Niederösterreich.

Das 50-Millionen-Kontokorrentanlehen der Gemeinde Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner legte in einem Dringlichkeitsantrag den Beschluß der gestrigen Gemeinderatssitzung auf Aufnahme eines 50-Millionen-Kontokorrentanlehens seitens der Gemeinde Wien vor und führt in dessen Begründung aus, daß die Gemeinde gezwungen sei, da von dem 250-Millionen-Anlehen vom November v. J. nur mehr ein Rest von 37 Millionen vorhanden sei, zur ungestörten Fortführung ihres Betriebes ein neuerliches Anlehen aufzunehmen. Die ungeheure Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel rechtfertige die 100%ige Erhöhung

der Löhne und Gehälter der städtischen Angestellten, die nun befriedigt werden müssen. Ebenso erfordert die Einführung des Achtstundentages Mehrausgaben von über 10 Millionen Kronen. Die Gemeinde Wien hat zu diesem Zweck ein Kontokorrentanlehen aufgenommen, das bis Ende August laufen wird. Im Augenblick bleibt der Gemeinde kein anderer Weg, nachdem eine größere Anleihe nach der Aussage aller berufenen Faktoren demaltes eine Unmöglichkeit ist. Redner bittet, diesem Beschluß der Gemeinde die Zustimmung zu erteilen. (Beifall.) Das Anlehen wurde hierauf genehmigt.

Die Rechtsverhältnisse der Wiener Lehrer.

Abg. Philip begründet hierauf seinen Dringlichkeitsantrag, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Lehrerstandes an den öffentlichen Volksschulen in Wien, die bezüglich ihres Dienstverhältnisses, das in die Neuregelung der Bezüge sämtlicher Wiener Gemeindeangestellten hineinfällt, mit Zustimmung der Landesversammlung von dem im Jahre 1917 geschaffenen Landesgesetz unabhängig werden. Der Dringlichkeitsantrag Philip wird angenommen.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen.

Abg. Dr. Repušil berichtet über einen Antrag des Ernährungsausschusses, durch den die Kriegsgetreideverkehrsanstalt zur ehesten Hinausgabe von Saatkartoffeln an die Landwirte aufgefordert wird. Hierzu stellt Abg. Nender den Zusatzantrag, daß bei der Zuteilung von Saatkartoffeln auf die Schrebergärtner entsprechend Rücksicht genommen werde.

Der Antrag des Ernährungsausschusses sowie der Zusatzantrag Nender werden sodann angenommen.

Die tschecho-slowakischen Grenzübergriffe.

In Beantwortung einer in der letzten Sitzung gestellten Anfrage über die Beunruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Grenze durch tschecho-slowakische Soldaten teilt der Landeshauptmann mit, daß sich die Landesregierung bereits wiederholt veranlaßt gesehen habe, gegen solche Uebergriffe Stellung zu nehmen. Die Landesregierung werde nicht ermangeln, neuerlich mit allem Nachdruck beim Staatsamt für Neuheres zu verlangen, daß im diplomatischen Wege gegen die Uebergriffe tschecho-slowakischer Soldaten an der niederösterreichischen Grenze protestiert und Abhilfe geschaffen werde.

Uebergriffe der A.- und S.-Räte und der Volkswehr.

Auf eine Anfrage über die Beschlagnahme von Immobilien und Mobilargüter durch Arbeiter- und Soldatenräte stellt Landeshauptmann Steiner zunächst fest, daß es richtig sei, daß der Arbeiterrat von Wenzendorf a. b. Schneebergbahn dem Gutspächter des Gutes Leichmühle erklärt habe, daß die Leichmühle samt Zubehör beschlagnahmt sei. Der Arbeiterrat habe jedoch selbst festgestellt, daß diese Maßnahme der gesetzlichen Grundlage entbehre und nur darin ihre Begründung finde, daß alle ehemals erzherrzoglichen Güter beschlagnahmt würden. Seither habe der A.-R. in die Verwaltung des Gutes sowie in die Bestandrechte des Pächters in keiner Weise eingegriffen.

Mit Bezug auf das bekannte, vom A.- und S.-Rat in Baden erlassene Edikt gibt der Landeshauptmann bekannt, daß dieses Edikt wieder zurückgezogen wurde und die Mitglieder des A.- und S.-Rates selbst eingesehen haben, daß sie mit seiner Erlassung ihren Wirkungsbereich überschritten haben. Die Behörde hat niemals verabsäumt, pflichtgemäß sofort einzugreifen, wenn Gesetzeswidrigkeiten begangen wurden. Bisher hat diese Intervention stets das gewünschte Ergebnis gezeitigt. Der Landeshauptmann könne nur mit Befriedigung konstatieren, daß das Einberufen zwischen den Behörden und den A.- und S.-Räten sich in dem Maße zusehends besserte, als man beiderseits zur Einsicht komme, daß die Tätigkeit sowohl der Behörden wie auch der A.- und S.-Räte nur das Wohl der gesamten Bevölkerung im Auge haben kann. Neuerdings tritt das Element der landwirtschaftlichen Produzenten in das Gefüge der Interessenvertretung durch die A.- und S.-Räte ein, wodurch die Stellung, die die Volkswehr in diesem Belange einnimmt in absehbarer Zeit geklärt und den vielfachen, gerade gegen dieses Institut erhobenen, zum Teile gewiß berechtigten Klagen abgeholfen wird.

Ueber den Abbau der Volkswehr

sagte der Landeshauptmann, daß die Landesstelle für Arbeitsvermittlung sämtliche staatlichen Arbeitsvermittlungstellen angewiesen habe, der Unterbringung entlassener Wehrmänner vollstes Augenmerk zuzuwenden. Nun haben aber die misslichen wirtschaftlichen Verhältnisse einen Abbau der Volkswehr in dem vom Staatsamt für Heerwesen gewünschten Ausmaße bisher verhindert. Immerhin haben seit Dezember ungefähr 4000 Wehrmänner die Volkswehr verlassen, ohne daß Neuaufnahmen erfolgt wären.

Anfangs März hat das Staatsamt für Heerwesen den Grund satz aufgestellt, daß bereits bestehende Volkswehrkörper nur noch in den Friedensstandorten der ehemaligen bewaffneten Macht vom Jahre 1914 beibehalten werden dürfen. Zur Anwendung dieses Grundsatzes ist es aber bisher noch nirgends gekommen. Die Landesregierung hat daher die beteiligten Staatsämter ersucht, unbedingt auf die Durchführung dieser vollkommen berechtigten Maßnahmen zu dringen und insbesondere die Verletzung der Volkswehr aus jenen Orten zu veranlassen, in denen infolge Ueberfüllung freier Wohnungen mit Volkswehr kein Platz für die Unterbringung landwirtschaftlicher Arbeiter zu haben ist. Ferner hat die Landesregierung nachdrücklichst ersucht, alle landwirtschaftlichen Arbeiter aus der Volkswehr auszuscheiden und der landwirtschaftlichen Arbeit zuzuführen.

Eine Anzahl dieser Forderungen wurde in der Länderkonferenz von allen Landeshauptleuten vorgebracht. Allerdings gelangte hiebei, wie Redner bemerkte, nichts in die Öffentlichkeit, denn die offiziellen Zeitungsberichte brachten zwar alles, was die Herren Staatssekretäre gesagt haben, jedoch nichts von dem, was die Landeshauptmänner vordrachten. Die Landesregierung hat keinerlei Aufklärung darüber erhalten, warum die Intentionen des Heeresamtes und die Anträge der Landesregierung bisher noch immer nicht durchgeführt worden sind.

Zum Schluß der Sitzung sprach Landeshauptmann-Stellvertreter Seber den Osterwunsch aus, die Entente möge dem Volk den Friedensvertrag als Ostergeschenk bringen.

Die Beamten der Wiener Stadtbuchhaltung beim Landeshauptmann.

Abg. Hölzl führte heute eine Abordnung des Vereines der Beamten der Wiener Stadtbuchhaltung zum Landeshauptmann und legte eine Denkschrift vor, in der eine Aenderung der Dienstpragmatik nach den bereits in unserem heutigen Morgenblatt in einem Berichte über die Hauptversammlung dieser Angestelltenkategorie dargelegten Gesichtspunkten verlangt wird. Landeshauptmann Steiner erklärte, er werde über die Sache mit dem Bürgermeister sprechen. Er sei bereit, für die Wünsche der Beamten einzutreten.

Gleichstellung der Bürgerwehren mit den A.- und S.-Räten.

Heute erschien eine Vertretung der Mödlinger Bürgerwehr beim Landeshauptmann Steiner und sprach die Bitte aus, es möge veranlaßt werden, daß die Bürgerwehr die gleichen Rechte bekomme, wie die Arbeiter- und Soldatenräte. Der Landeshauptmann erwiderte, daß die Landesregierung an sämtliche Bezirkshauptmannschaften einen Erlaß in diesem Sinne hinausgeben werde.

Diese Antwort wurde auch der St. B. S. Itner Bürgerwehr zuteil, die ebenfalls in dieser Angelegenheit vorgespochen hatte.

Deutschösterreich.

Staatssekretär Dr. Deutsch über aktuelle Fragen.

In einer von der Freien Vereinigung sozialistischer Berufsmilitärs am 11. d. abgehaltenen Offiziersversammlung sprach gestern Staatssekretär Dr. Deutsch über aktuelle politische Fragen. Er wies auf die wirtschaftlichen Ziele der Regierung hin, deren Bestreben vor allem darauf gerichtet sein müsse, vorerst den Hunger zu befriedigen; erst könnten die Notstandsarbeiten, dann komme die aufbauende Arbeit für die Zukunft. Die Ereignisse in Rußland und Ungarn haben uns vor ein neues Problem gestellt. Bei uns liegen die Verhältnisse wesentlich anders als in Rußland und Ungarn. Deutschösterreich verfügt nicht über jenes Uebergewicht der rein proletarischen Massen, wie man glaubt. Die Gegenkräfte sind weder auf dem Lande noch in der Stadt so kräftig, so daß das gemischte System Aussicht hat, sich noch einige Zeit zu erhalten. Es entsteht nun die Frage, ob wir zur Räterepublik kommen werden. Die Arbeiter- und Bauernräte würden in ihrer Zusammenfassung in Deutschösterreich im großen und ganzen kein anderes Bild bieten als die Nationalversammlung; vielleicht würde hier und da eine Parteischiebung nach links zu verzeichnen sein. Neue, die glauben, daß eine Räteregierung für Deutschösterreich eine Erlösung bedeuten würde, würden sich täuschen, auch die Massen des Volkes würden bitter enttäuscht sein vom Räteystem. Wir sind augenblicklich in einer Situation, in der wir dem Volke vor allem Rettung vor dem Verhungern, vor der Verelendung, Brot und Arbeit geben müssen, mit der Erfüllung politischer und kultureller Forderungen können wir es jetzt nicht zufriedenstellen. (Beifall.) Das Räteystem bringt uns in Konflikt mit der Entente, dem wir weder wirtschaftlich noch militärisch gewachsen sind. Darüber das Volk hinwegzutäuschen, ist ein jäheres Verbrechen. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Wir müssen uns als Besiegte fügen und auch innerpolitisch jene Regierungsform erhalten, die uns von der Entente vorgeschrieben ist. Was wir erlebt haben, ist eine Revolution der Besiegten. Es sei zu bezweifeln, daß es auch zu einer Revolution der Sieger kommen werde. Wenn man noch so sehr überzeugt sei, daß eine Weltrevolution früher oder später unabweislich sei, so könne

Deutschösterreich auf den Eintritt dieses Ereignisses nicht warten.

Wir können nicht mit einem Sprung in die volle Sozialisierung hinein. Dies offen zu sagen, dazu gehört viel größerer Mut als zu Redensarten, die nur verwirrend wirken. (Großer Beifall.) Den Vorwärtstürmern müssen wir sagen, daß sie Unmöglichem nachstreben, daß sie das Land dem Zusammenbruch zuführen. Wir brauchen Ordnung und Ruhe, um leben zu können, und nicht das Chaos. (Anhaltende lebhaftes Beifallslundgebungen.)

Sozialisierungskommission.

Die Sachgruppe für Betriebsverfassung hat gestern ihre unter dem Vorsitz des Abg. Hueber und in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bauer abgehaltene Beratung des Gesetzes über die Betriebsräte beendet. Der vom Vorstande der Kommission vorgelegte Entwurf wurde in verschiedenen Punkten abgeändert (Referent Prof. Grünberg).

Das Gesetz wird unmittelbar nach Ostern in der Nationalversammlung eingebracht werden.

Bereinigte demokratische Parteien.

Die Vereinigten demokratischen Parteien Wiens im Wahlkreise Nordwest haben für die am 4. Mai stattfindenden Wahlen gemeinsame Listen aufgestellt, deren Veröffentlichung ebensolch erfolgt. Als Listensführer werden fungieren: für den Landtag Landesoberrechnungsrat Hans Pfeiffer, für den Gemeinderat im 9. Bezirk Stadtrat Edmund Melcher, an zweiter Stelle Prof. Dr. Karl Hoffmeister, im 18. Bezirk Gemeinderat Alois Moisl, im 19. Bezirk Karl Schönewetter, für die Bezirksvertretung im 9. Bezirk Gemeinderätin Marie Schwarz.

Heute Donnerstag, 6 Uhr abends, findet im Saale des Restaurants Wessely, 9. Bezirk, Seegasse Nr. 20, eine Wählerversammlung statt, bei der Landesoberrechnungsrat Hans Pfeiffer über die Aufgaben der bürgerlichen Politik, Stadtrat Edmund Melcher über kommunale Wirtschaftsfragen und Gemeinderätin Marie Schwarz über die Frau in der Ernährungs-politik sprechen werden.

Das Bureau der Bezirkswahlleitung Wien der vereinigten demokratischen Parteien befindet sich im Café Technik, 4. Bezirk, Margaretenstraße Nr. 32, Telefon 6366; dort werden alle Auskünfte in Wahlangelegenheiten erteilt.

Anerkennung der Bürgerräte.

Beim Landeshauptmann Steiner sprach gestern eine Abordnung des erst kürzlich ins Leben gerufenen Mödlinger Bürgerrates vor und überbrachte die Forderung der Mödlinger Bürgerräte nach grundsätzlicher Anerkennung derselben und Zuerkennung der gleichen Rechte und Funktionen, wie sie den Arbeiter- und Soldatenräten zustehen. Landeshauptmann Steiner nahm die Darlegungen zur Kenntnis und erklärte, dem Wunsche der Abordnung zu entsprechen und ebensolch an die untergeordneten Organe Weisungen wegen Anerkennung der Bürgerräte und wegen Bestimmung ihres Wirkungsbereiches zu erlassen.

Bildung eines Bürgerrates in Kirchberg.

Wie aus Kirchberg am Wechsel gemeldet wird, fand hier eine Versammlung der Bürgerschaft statt, in der beschlossen wurde, sofort einen Orts- und Bezirksbürgerrat zu wählen, dem dieselben Rechte einzuräumen sind wie den Arbeiter- und Soldatenräten.

Ein Bürgerrat in Salzburg.

Aus Salzburg, 16. d., wird telegraphiert: Zur Abwehr einer eventuellen Vergewaltigung der Bevölkerung von Salzburg durch eine Minderheit hat sich nach Beratungen der christlichsozialen, deutschfreihheitlichen und sozialdemokratischen Partei ein Bürgerrat konstituiert, der seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat.

Eine deutsche Mehrheit bei den Wahlen ist verboten.

Aus Friedek wird uns berichtet: Die Wahlen in den Ortschulsausschuss endigten mit einer großen Majorität der Deutschen, die von 620 Stimmen 480 eroberten. In einem tschechischen Staat ist aber eine Majorität der Deutschen verboten, deshalb wurde die Wahl von Amts wegen für unzulässig erklärt und neue Wahlen ausgeschrieben, für die nach den guten Erfahrungen der tschechischen Volksabteilungen in Brünn in der Weiße Stimmung gemacht wird, daß den Deutschen mit dem Entzug von Lebensmitteln gedroht wird, falls sie die deutschen Kandidaten wählen.

Ewardowski — Wiener Bevollmächtigter

Aus Warschau wird gemeldet: Das Amtsblatt „Monitor Polski“ veröffentlicht die Ernennung Dr. Julius Ewardowski zum Wiener Bevollmächtigten des polnischen Hauptliquidierungsamtes.

Probleme der sozialen Revolution.

Das Räteystem.

Von Max Adler.

Die Arbeiterräte gewinnen ihre geradezu faszinierende Anziehungskraft, mit der sie alle Schichten der werktätigen Bevölkerung erfassen, aus der Hoffnung, die sie erwecken, daß sie ein wirkliches Mittel der Volksvertretung sein könnten und so an die Stelle des bereits ganz überlebt und aussichtslos gewordenen Parlamentarismus treten würden. Wir haben im ersten Artikel dieser Reihe gesehen, worin dieses Versagen des Parlamentarismus und der nur auf ihn begründeten Demokratie notwendig liegen mußte: daß es der Klassegegensatz war, der in den Grundfragen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung jede einheitliche Willensbildung unmöglich machen und jeden derartigen Majoritätsbeschluß zu einem Akt der Unterdrückung stempeln mußte. Bei einem gewissen Grad der Entwicklung dieses Klassegegensatzes, bei einer gewissen Höhe der Bildung, der politischen Reife und ökonomischen Stärke der unterdrückten Klasse wird es unmöglich, die Befriedigung ihrer Lebens- und Entwicklungsinteressen noch weiterhin nach dem parlamentarischen Majoritätsprinzip als ein bloßes Zahlenproblem zu behandeln. Dies kam selbst dem auf dem allgemeinen Wahlrecht aufgebauten Parlamentarismus gegenüber immer deutlicher in einer Erscheinung zum Ausdruck, gegen die alle feierlichen Proteste in den Parlamenten nichts gefruchtet haben: in dem Lebendigwerden der Strafe. Die „Argumente der Strafe“ waren eben nichts anderes als die laut und sichtbar gewordenen Volkssehnsüchte, die dadurch, daß ein Majoritätsbeschluß sie rechtlich befriedigte, doch gesellschaftlich nach wie vor da waren und nach Befriedigung ihrer Bedürfnisse nur um so stürmischer verlangten. Sobald einmal die Aufgaben der gesellschaftlichen Ordnung nicht mehr auf einer unbestrittenen und unbestreitbaren Grundlage zu lösen waren, wie am Beginn der bürgerlichen Epoche, in welcher die Festigung und Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Demokratie zugleich auch Entwicklungsbedingung des Proletariats war, mußten sie aus Fragen einer parlamentarischen Abstimmung in Machtfragen zwischen den Klassen werden, deren Verantwortung immer mehr außerhalb des Parlaments verlagert und auch vollzogen wurde.

Indem nun die Arbeiterräte nur von den arbeitenden Schichten der Bevölkerung gewählt werden können und alle bloßen Nutznießer fremder Arbeit absolut vom Wahlrecht ausschließen, stellen sie jene widerprüchliche ökonomische Grundeinheit her, auf der sich ein wirklich einheitlicher Wille aufbauen läßt und womit der tote Punkt des parlamentarischen Systems überwunden wird. Die großen Vorzüge der Arbeiterräte gegenüber der parlamentarischen Vertretung sind offenbar: daß eine viel engere Beziehung zwischen den Wählern und den Gewählten besteht (auch wenn das Mitglied des Zentralrates erst durch mehrfache indirekte Wahl in Bezirks-, Orts- und Landesratswahlen an seine Stelle gelangt, weil es doch zuerst aus dem engsten Kreise seines Betriebes oder seiner Arbeitsgruppe gewählt werden mußte, der es jederzeit abberufen kann); daß sich daraus ein viel größeres Interesse der Wähler an den Aufgaben der Vertretungskörper und ein viel stärkeres Verantwortungsgefühl der Wähler entwickelt; daß durch die Vereinigung der Gesetzgebung und Verwaltung in allen Stufen des Räteystems auch die Wählermassen selbst einen unmittelbaren Einfluß nicht nur auf die rechtliche Gestaltung, sondern auf die tatsächliche, gesellschaftlich sie unmittelbar berührende Wirklichkeit des Lebens gewinnen, und daß dadurch die schädliche Einmischung einer sich zwischen den Gesellschaftsmitgliedern und den Gesellschaftsgenossen einschleibenden Bürokratie beseitigt oder doch bedeutend vermindert werden kann. Dies alles wäre nur die mehr oder minder direkte Folge der neugewonnenen einheitlichen Interessengrundlage für den Neuaufbau der Gesellschaft.

Um jedoch dieses Ziel wirklich zu erreichen, dazu genügt es nicht, daß die Arbeiterräte bloß aus der werktätigen Bevölkerung wählbar seien: damit wäre die Einheitlichkeit ihres Wirkens noch lange nicht gewährleistet, die sich erst aus einer gemeinsamen sozialen Grundanschauung über das Wesen der Gesellschaft und die Art ihrer richtigen Organisation ergibt. Darum bestimmt bereits das provisorische Statut über die Arbeiterratswahlen, daß wählbar nur derjenige ist, der auf dem Boden des Klassenkampfes und der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische steht. Wird diese Bestimmung konsequent durchgeführt, dann muß ein Mandat, das ihr widerspricht, von der Mandatsprüfungskommission annulliert werden, das heißt aber, daß die Wähler in diesem Falle praktisch ihr Wahlrecht verlieren. Man könnte also daran denken, dieses Verhältnis lieber gleich deutlicher auszusprechen, und schon das aktive Wahlrecht von einem Bekenntnis zum Sozialismus abhängig zu machen. Dies erscheint nicht nur konsequenter, sondern auch dem eigentlichen Sinne der Rätekonferenz allein entsprechend. Wähler könnte also nur der sein, der einer sozialdemokratischen, kommunistischen oder sonst gleichermaßen

auf dem Boden des sozialistischen Klassenkampfes stehenden Organisation im Zeitpunkt der Ausschreibung der Wahlen bereits seit einer gewissen, nicht allzulange bemessenen Zeit angehört. Mit dieser Regelung des Wahlrechtes ist die Hauptsache gesichert, auf die es bei der Schaffung des Räteystems ankommt, soll sie nicht in eine ganz überflüssige, ja schädliche Arbeiterkammer ausarten: daß die sozialistisch-revolutionäre Propaganda in den Vordergrund rückt, daß sie zu Schulen des sozialistischen Denkens und Fühlens werden, zu den Sammelplätzen, in denen die Arbeitssoldaten der neuen Gesellschaft politisch und sozial ausgebildet werden und jeder bloß berufliche und gegenwartsinteressierte Standpunkt energisch an zweite Stelle verwiesen wird. Und darin liegt dann die Diktatur des sozialistischen werktätigen Volkes, daß von seinen Beschlüssen alle die ausgeschlossen sind, die nicht auf diesem Boden eines gemeinschaftlichen Grundinteresses und Zieles stehen. Aber dies ist keine Vergewaltigung der übrigen Bevölkerung, die sich noch nicht zum Sozialismus bekannnt hat; denn dazu — und das scheint uns eine mögliche Lösung für die Uebergangszeit zu sein — soll die Nationalversammlung bestehen bleiben, um nach ihrem ganz anderen Wahlprinzip auch dem nichtsozialistischen Teile der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, seine Interessen zu vertreten.

Bei dieser Nebenordnung der beiden Vertretungskörper ist es aber erforderlich, das Schwergewicht in den Zentralrat der Arbeiterräte zu verlegen, weil dieser als die Vertretung der klassengeeinten werktätigen Bevölkerung den eigentlichen einheitlichen Umwandlungswillen der Gesellschaft gegenüber der zu einem solchen nicht fähigen klassengespaltenen Nationalversammlung darstellt. Es müssen daher in seine Kompetenz alle Angelegenheiten der Wirtschaft, des Verkehrs und der Finanzen fallen, es muß ihm ferner das Recht der Initiative bei der Nationalversammlung und endlich ein Vetorecht gegen die Beschlüsse derselben zustehen. Auch die Wahl der Regierung steht ihm nach einem zu vereinbarenden Schlüssel gemeinsam mit der Nationalversammlung zu. Auf diese Weise wird das System der Arbeiterräte, da diese Vertretung der Kompetenzen natürlich alle seine Grade bis zum Bezirksrat herunter durchdringt, zum eigentlichen Organ der Sozialisierung. Die Nationalversammlung aber bedeutet dann als das entscheidende Organ in allen über den wirtschaftlichen Neuaufbau hinausreichenden politischen und Kulturfragen das unentbehrliche Mittel der Uebergangszeit, welches die Diktatur des Proletariats vor dem Terrorismus bewahrt und eine ruhige, die Stürme des Bürgerkrieges vermeidende Fortentwicklung sichert. Und dieses Fortbestehen der Nationalversammlung neben dem Arbeiterzentralrat ist für die soziale Revolution um so ungefährlicher, als ihre Bedeutung mehr und mehr zusammenschrumpfen muß, je mehr die Propaganda des Sozialismus wächst, die aber eine viel mächtigere ist mit Rede und Schrift als mit Maschinengewehr und Revolutionsgericht. Überall steht die sozialistische Majorität in der Nationalversammlung bereits vor der Tür und damit wird diese selbst ihre noch verbliebene Gewalt auf die Arbeiterräte übertragen.

Der einzige Punkt, der bei dieser Durchführung des Räteystems noch zu besprechen bleibt, ist die Stellung der Bauern. Es ist nicht anzunehmen, daß diese, selbst wenn man bei den Bauernräten die Großbauern und größeren Mittelbauern vom Wahlrecht ausschließt, sich auf dem Boden des sozialistischen Klassenkampfes stellen würden. Auch würden sie sich gewiß nicht einer proletarischen Regierung fügen. Hier hilft nichts anderes, als wieder einmal nach Lassalles Gebot auszusprechen, was ist: der wirtschaftliche Neuaufbau kann nur im Einvernehmen mit der Bauernklasse durchgeführt werden. Solange diese für den Sozialismus nicht reif ist — was aber nicht bedeutet, daß sie nicht viele Forderungen, wie die nach Beseitigung des Großgrundbesitzes, Bergengesellschaftung des Betriebes und des Marktes, Hebung der Kultur auf dem Lande u. s. w., von den Sozialisten übernehmen würde, respektive für dieselben zu gewinnen wäre —, muß unsere Aufgabe sein, die Bauern zu überzeugen, daß keines ihrer Lebensinteressen durch die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in den Städten bedroht werde und daß sie daher gar keinen Anlaß hätten, der städtischen Bevölkerung Schwierigkeiten zu machen, ja daß sie im Gegenteil gerade mit einer den Bedarf regelnden sozialistischen Gesellschaft ohne Zwischenhandel vorteilhaft Geschäfte machen könnten. Die Arbeiterräte müßten also mit den Bauernräten in eine Art Vertragsverhältnis zu gelangen suchen. Eine neue Form des wirtschaftlichen Ausgleichs, wie er uns aus dem seligen Dualismus zwischen Oesterreich und Ungarn vertraut ist, nur viel natürlicher und aussichtsreicher, müßte zwischen Bauern und Arbeitern abgeschlossen werden. An Stelle des mehr oder minder offenen Krieges von Stadt und Land trat der periodisch zu erneuernde Landfriede zwischen Bauern- und Werkvolk, der durch die Entwicklung der Bauernräte, die heute noch sehr wenig sozialistischen Geist enthalten, aber immer mehr von demselben ergriffen werden müssen, auch immer weiter sich einer allgemeinen Sozialisierung der Gesellschaft nähern wird.

Dies scheint mir ein Weg zur Diktatur des Proletariats ohne Terrorismus und gleichwohl ohne Preisgebung unserer grundlegenden Erkenntnis, daß der Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft nur durch die Herrschaft der Arbeiterklasse möglich ist. Er verzichtet auf die Wahnvorstellung, mit der freilich populärer Massenbeifall zu erringen ist, daß alle Macht sofort und ausschließlich nur den Arbeiterräten einzuräumen wäre, er hütet sich, das tönende Schlagwort von der Räterepublik den Massen als ein unfehlbares Heilmittel für alle ihre Nöte fortwährend papageienhaft in die Ohren zu schreien. Wir sehen eben in der viel mißverstandenen Verwirklichung des Sozialismus durch die proletarische Diktatur nicht einen Vorgang von heute auf morgen, sondern einen Entwicklungsprozeß unter der Führung des Proletariats, der zwar sofort beginnen muß, trotzdem aber Jahre dauern wird.

Nun wird eine Reihe von Einwänden rege gemordet sein, die zu mancherlei Mißverständnissen Anlaß geben können. Man wird vielleicht sagen, die Bindung des Wahlrechtes zum Arbeiterrat an ein Bekenntnis zum Sozialismus sei eine unerhörte Sache, sie setze an die Stelle einer Klassenherrschaft, die schon undemokratisch genug sei, die Bestimmungsherrschaft, was geradezu an die traurigste Geistesbeherrschung erinnere, an die der katholischen Kirche. Auch sei der Zentralrat der Arbeiterräte nichts anderes als ein neues Oberhaus, also etwas durchaus undemokratisches. Haben wir deshalb immer gegen ein Herrenhaus gekämpft, um jetzt selbst eines zu machen? Und endlich seien die Arbeiterräte Gesetzgebung und Exekutive in einem, also verstießen sie gegen ein Grundprinzip der Demokratie, die Gewaltentrennung. Alle diese Einwände zeigen eine vererbliche Herrschaft des bloßen Wortes über den neuen Begriff. Sie wollen uns mit Gespenstern einer alten, überwundenen Zeit schrecken. Darüber soll noch in einem letzten Artikel gesprochen werden.

18.7.1919

legime ist schon fertig da." Allgemeines

Ich bin ungarischer Kommunist.

Kameradschwinder der Agitator zu eine Nachbar-
Nach-
tation Lastenstraße stauen sich die Straßenbahn-
Dr. Imuß aussteigen. Eine Gruppe erregter
Es nimmt einen ausstreichenden Offizier, der
5/5 at, in die Mitte und will ihn verhaften
Beglehl ausgegeben wurde, heute keine Wäffen
durch Der Offizier sucht die Ungestimmen zu be-
emhi habe von der

Es Nach

ein Oesd
Genugtu
melbet:
ein ita
ch ein wal
Zum G
senberl
den Milite

Große Ausschreitungen in Wien.

Eine bolschewistische Probedarstellung.

Dieses Jahr ist uns nicht einmal die geruhfame Stille der Karwoche vergönnt. In Wien ist es heute zu stürmischen Ereignissen gekommen. Scheinbar aus nichtiger Ursache, infolge falscher Gerüchte, welche die Menge der mit Forderungen vor dem Parlamente erschienenen Arbeitslosen und Invaliden erbitterten, in Wirklichkeit wohl infolge des Eingreifens bössartiger Elemente, die um jeden Preis es heute auf eine Unruhestiftung abgesehen hatten. Der ganze Verlauf der Ausschreitungen des heutigen Nachmittags, dieser sinnlose Sturm auf das Parlamente, das Wüten gegen die Wohnungen einiger Diener und Beamten, gegen ärarische Stühle und Bänke, die Brandstiftung am Parlamente und die Sesselverbrennung auf dem Schmerlingplatz, weisen darauf hin, daß es sich nicht um einen organisierten Putsch gehandelt hat. Eine zielbewusste Leitung war in diesen Ausschreitungen nicht zu erblicken. Es ist deshalb kaum anzunehmen, daß die Wiener Kommunistenführer die Urheber sind, vielmehr macht es den Eindruck, als ob mit Hilfe einiger hundert Menschen, wie sie sich im Abschaum jeder Großstadt finden lassen und die weder mit den Invaliden, noch mit den arbeitswilligen Arbeitslosen etwas zu tun hatten, fremde Agenten die Anstifter der heutigen Ausschreitungen gewesen wären. Unter die Demonstranten hatten sich zahlreiche Budapest-Wolfschweine, mit eigenen Abzeichen versehen, gemischt, die die Aufregung der Menge geschickt schürten. Ein ungarischer Jude, der eine Oberleutnantsuniform trug, schwang sich auf einen Gaslandlader vor dem Parlamente, feuerte drei Schüsse aus einem Revolver in die Luft ab und hielt eine Brandrede, in der er aufforderte, dem glorreichen Beispiele Budapests zu folgen.

So traurig die heutigen Ereignisse waren, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Zahl der wirklichen Teilnehmer an diesen Ausschreitungen gering war. Die eigentlichen Erzedenten waren nicht mehr als höchstens 2000 Menschen. Die große Mehrheit der Teilnehmer an den vorausgegangenen Versammlungen der

Invaliden und Arbeitslosen hielt sich bei den Ausschreitungen vor dem Parlamente passiv und viele, namentlich Invalide, gaben offen ihrem Unwillen über die bolschewistischen Gewalttakte Ausdruck. Die zahlreich zugeströmte Bevölkerung nahm mit einer bei solchen Anlässen noch nicht wahrgenommenen Einmütigkeit gegen die Unruhestifter Stellung, namentlich als man von der Brandstiftung am Parlamente und den dortigen vandalischen Zerstörungen am Güte kleiner Staatsangestellter erfuhr. Einzelschlechtere Aufnahme hätte die bolschewistische Vorstellungsprobe im Wiener Volke nicht finden können. Diese Tatsache wird durch die korrekte Haltung der Wiener Volkswehr unterstrichen. Es ist bekannt, daß sich unter den Wiener Volkswehrformationen auch solche befinden, die dem radikalen sozialistischen Flügel angehören. Zwei Kompanien der „Roten Garde“ aus der Hofbaur Kaserne machten heute in ebenso tadelloser Weise zur Erhaltung der Ruhe Dienst, wie andere Volkswehrgruppen, zum Beispiel das 26. Bataillon. Gegen die bolschewistischen Haufen nahm die Volkswehr entschiedene Stellung, gegenüber dem Publikum verhielt sie sich im allgemeinen anerkennenswerth taktvoll. An mehreren Stellen machten Volkswehrleute gegen die Minderer von der Feuerwaffe Gebrauch. In den Abendstunden unternahm die Volkswehr die Säuberung des Ringes und führte die Aufgabe restlos durch. Nur Rotgardisten aus der Seitzergasse hatten sich auf die Seite der Erzedenten geschlagen und unterstützten diese sogar mit den Waffen in der Hand. Ihren Schüssen dürften die meisten Opfer der braven Wachabteilungen zuzuschreiben sein.

Der Tag hat mehreren wackeren Männern das Leben gekostet, zahlreiche andere sind schwer verletzt. Viel Staatsgut und privates Eigentum wurden vernichtet. Und wofür das alles? Um dem armen hungernden Volke und den Invaliden zu helfen? Mit Blutvergießen und Zerstörung wird das Unglück nur größer, selbst unsere bisherige kärgliche Lebenshaltung wird damit in Gefahr gebracht. Nutzen konnten sich von diesen Angriffen auf die öffentliche Ordnung nur gewissenlose Zünder und Revolutionspekulanten versprechen, die sich auf dem Rücken des verbitterten Volkes gerne zur Macht emporzuschwingen möchten, vor allem aber die fremden Agenten, die sich für ihre eigenen Umsturzpläne Vorteil erhoffen, wenn sich auch Wien dem Bolschewikenabenteurer Petersburgs und Budapests anschließen wollte. Aber Wien hat keine Neigung für sie. Das hat sich heute gezeigt, nicht nur in dem festen Funktionieren des staatlichen Ordnungsschutzes und in der geschlossenen Abwehr seitens der Truppen, sondern auch in dem einstimmigen Urteil der Bevölkerung.

Der Ausgangspunkt der Demonstrationen.

Eine Arbeitslosenversammlung vor dem Rathaus.

Für 3 Uhr nachmittags war von einem „unbekannten“ Komitee vor das Rathaus eine Arbeitslosenversammlung einberufen worden. Lange vor der angeetzten Stunde hatte sich auf dem Platz vor dem Rathause eine große Menge meist Neugieriger angesammelt, die allbrude der Reden der folgenden Redner. So erklärte der Versammlung wurden kommunistische Zeitungen feilgeboten und rote Flugzettel unter die Leute verteilt, die in ruhiger Weise zumeist die gegenwärtige Lebensmittelnot erörterten. Längs des Postgitters saß Volkswehrmannschaft ohne Waffe auf der Einfriedung. Sie marschierte aber ohne sich um die Versammelten weiter zu kümmern, bereits um halb 3 Uhr über die Dichtenjelsgasse ab. Bald darauf wurde die Versammlung eröffnet, indem als erster Redner, ein Mann namens Bielowlawa, das Wort ergriff und in meist sachlicher Weise die Lage der Arbeitslosen, für die bisher trotz aller Versprechungen so wenig geschehen sei, schilderte. Die Arbeitslosen verlangten: Sofortige Beschaffung entsprechender

Arbeitsmöglichkeit, bei den heutigen Verhältnissen angepassten Löhnen, für jeden Arbeitslosen ohne Unterschied des Geschlechtes einen Anschaffungsbeitrag von 1000 Kronen, sowie eine tägliche Unterstützung von 25 Kronen und die Erhöhung der Brotquote auf 50 Defagramm täglich. Es sei höchste Zeit der Not der Arbeitslosen abzuhelfen. Wenn binnen drei Tagen von der Regierung kein entsprechender Bescheid erfolge, müßte jede Verantwortung für die kommenden Ereignisse abgelehnt werden. Es wurde hierauf von der Versammlung ein sechs-gliedriges Komitee gewählt, das die aufgestellten Forderungen in Form eines auf drei Tage befristeten Ultimatums der Regierung überreichen sollte. Bis dahin war die Versammlung in Ruhe verlaufen. Das Bild änderte sich aber bald unter dem Eindruck der Reden der folgenden Redner. So erklärte der Kommunist Eichinger, unter dem gegenwärtigen kapitalistischen System sei eine Besserung der Verhältnisse vollständig ausgeschlossen, es müsse daher die Räterepublik ausgerufen werden. Ein gewisser Bahner trug zur Erregung der Versammlung teil durch Schilderung seiner Verhaftung, die allerdings nach drei Stunden wieder aufgehoben worden sei, da er der Polizei erklärt hätte, die „Menge“ werde ihn schon wieder befreien.

Die Erregung wuchs im bedenklichen Maße an, als der Kommunist Karl Muer aus Budapest das Wort ergriff und in leidenschaftlicher Weise die Anwesenden zur Ausrufung der deutschösterreichischen Räterepublik und zum Anschluß an Ungarn aufforderte und durch die Schilderung der angeblich für die Proletarier glänzenden Verhältnisse unter der gegenwärtigen Räterepublik in Budapest die Menge aufreizete, sich durch den Sturz der Herrschaft des Großkapitals die gleichen Vorteile zu sichern. Die Rede war das Zeichen für eine ganze Anzahl kommunistischer Redner, die derart erzeugte leidenschaftliche Stimmung der Versammelten noch weiter aufzuwecken und bis zur Leidenschaftlichkeit zu steigern. Insbesondere auf die zahlreichen Jugendlichen hatten diese Reden einen unheilvollen Eindruck geübt und durch den Beifall, der einzelnen Rednern zuteil wurde, ermutigt, melbete sich schließlich ein jugendlicher in Sozialistenuniform zum Worte, der die Menge aufforderte, beizammen zu bleiben und in geschlossenem Zuge der gewählten Abordnung zum Parlamente zu folgen, da heute noch etwas los sein werde. Er sagte: „Heute handeln wir, komme es, wie es kommen mag.“ Ein Teil der Teilnehmer begrüßte diese Worte mit lautem Beifall, andere drängten aber, als sie merkten, worauf das ganze hinauslaufe, aus der Menge hinaus.

Inzwischen hatten auch an der dem Parlamente gegenüber liegenden Ecke des Gebäudes mehrere Kommunisten Reden an die Versammelten gehalten, darunter Schirg, Kögler, Baum, Goldfeld und Harowitz. Diese Redner forderten durchwegs die Errichtung der Proletarierdiktatur. Ein Redner, namens Achselrad, warf hierauf die Frage auf, ob die Veranstalter auch von seiten der ungarischen Räterepublik die Gewähr hätten, daß uns bei einem Anschluß an Ungarn nicht auch noch das wenige Brot, das wir jetzt erhalten, verloren gehen würde. Die Rede fand vereinzelt Beifall und es schien, als ob die Stimmung für die Errichtung der Proletarierdiktatur unter der Mehrzahl der Zuhörer nach diesen Darlegungen geschwunden wäre. Der ergriff einer von den vielen Jugendlichen, die auf den Treppen standen Krebs das Wort und erklärte unter dem Beifall seiner Altersgenossen, das Proletariat brauche nur die Diktatur zu übernehmen, dann werde schon alles von selbst gehen. Aus der kommunistischen Anhängerschaft heraus, wurde nun der Vorschlag gemacht, die Ankunft der Invaliden, die von einer Versammlung in Kadermanns Saal im Prater einträfen, abzuwarten und mit diesen gemeinsam zum Parlamente zu ziehen. Dieser Vorschlag fand die Billigung eines Großteiles der Versammelten.

Der Aufzug der Invaliden.

Die Kriegsbeschädigten hatten in der Zwischenzeit in der Versammlung beim Kadermann zu den ihnen heute vormittags von der Regierung gemachten Zugeständnissen Stellung genommen. Bei den vormittägigen Besprechungen im Hause des ehemaligen Korpskommandos, an denen seitens der Regierung Staatskanzler Dr. Kerner Staatssekretär Hanusch und Vertreter der Staatsämter für Finanzen und Inneres teilnahmen, war den Invaliden zugestanden worden, daß den unterstützungsbedürftigen Kriegsbeschädigten bis 15. Juni zwei Millionen Kronen zur Beschaffung von Lebensmitteln bewilligt sind. Ferner sollen das Hengendorfer Schloß, der Valerietrakt des Schöffes Schönbrunn und die Wirtschaftsgebäude im Lainzer Tiergarten für die Invaliden verwendet werden; in Layenburg soll eine Erwerbsgenossenschaft der Invaliden errichtet und ein Zentralamt für Invalidentättsorge geschaffen werden. Schließlich würde den Kriegsbeschädigten noch eine Spitalschönung von zwei Kronen täglich gewährt, während ein Anschaffungsbeitrag nicht bewilligt werden könne. Die Abordnung der Invaliden hatte jedoch erklärt, daß sie mit diesen Zugeständnissen sich nicht zufrieden geben könne und daß sie ihren Kameraden Bericht erstatten werde.

In der Versammlung bei Kadermann, in der den Invaliden von der Abordnung über die Regierungsantwort Bericht erstattet wurde, saßen die Versammlungsteilnehmer den Beschluß, korporativ vor das Parlamente zu ziehen und der Regierung neuerdings ihre Forderungen zu unterbreiten. Nach 4 Uhr kam der Zug zum Burgtheater, wo er sich den Arbeitslosen, die sich gegen das Parlamente zu in Bewegung gesetzt hatten, anschloß.

Deutschösterreich.

Aus Wien sind heute Meldungen über große Demonstrationen eingetroffen, die darauf hinweisen, daß in der österreichischen Residenz die bislang nur hie und da aufflackernde kommunistische Bewegung mit elementarer Kraft zum Ausbruch gelangt ist. Die mächtige Bewegung kann wohl für Stunden oder vielleicht für Tage mit Gewalt noch bezwungen oder mindestens eingedämmt werden, doch wird sie, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in nicht ferner Zeit zur Proletardiktatur führen.

Kommunistische Kundgebungen in Wien.

(Original-Bericht des „Neues Pester Journal“.)

Wien, 17. April. Die Erbitterung der Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrer brach heute in Wien im heftigen Straßenkampfe aus. Die österreichischen Genossen erklärten, sie können nicht mehr ruhig verhandeln wie bisher, und daß man es der gegenwärtigen Regierung zeigen müsse, daß die Arbeitslosen, die Heimkehrer und Invaliden Rechte besitzen, die sie mit aller Kraft erreichen und durchzuführen wollen. Auf Plakaten und Flugzetteln wurde für die heute nachmittag anberaumte Versammlung Stimmung gemacht. Die Versammlung fand um halb 3 Uhr auf dem großen Plaze vor dem Rathause statt. Dieser Versammlung wohnten fast ausschließlich Arbeitslose, etwa 2000 an der Zahl, bei. Mehrere Redner besprachen die traurige Lage der Arbeitslosen, und ihre Ideen gipfelten in dem Verlangen, die österreichische Regierung habe die Pflicht, ihnen einen bedeutenden Anschaffungsbeitrag und eine tägliche Unterstützung von 25 Kronen per Kopf zu gewähren.

In ähnlichem Sinne wurde auch in den von den Heimkehrern und Invaliden einberufenen Versammlungen gesprochen, deren Schauplatz der Prater war. An diesen beiden letzteren Versammlungen nahmen etwa tausend Personen teil. Die Invaliden und Heimkehrer, die sich, wie erwähnt, im Prater versammelt hatten, faßten den Beschluß, zur Versammlung der Arbeitslosen vor das Rathaus zu ziehen und unter Vorantragung von Fahnen und Standarten, die die Aufschrift trugen: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ marschierten die Teilnehmer vom Prater über den Franz Josefsquai und Schottenring zum Rathause, wo die Versammlung der Arbeitslosen noch tagte. Eine Gruppe von zehn Invaliden hatte während des Marsches über die Praterstraße ein Automobil requiriert, sich desselben bemächtigt und war vorausgefahren, um den Arbeitslosen mitzuteilen, daß sie auf die Versammlungsteilnehmer im Prater warten mögen. Ungefähr um vier Uhr nachmittags trafen die aus dem Prater kommenden Teilnehmer vor dem Rathause ein, ohne aber auf den Rathausplatz selbst zu marschieren, zogen über den Ring weiter, dem Parlamentsplaze zu. Ihnen schlossen sich die Arbeitslosen, sowie eine große Menge von Neugierigen an. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa zehntausend. Volkswehrleute, die im Einvernehmen mit den Behörden die Rampe und die Zugänge zum Parlamentsgebäude besetzt hatten, wurden von der Menge überrannt, welche die Rampe stürmte und sie besetzte. Es wurden nun mehrere Reden gehalten und hierauf eine Abordnung von Arbeiter- und Soldatenräten bestimmt, um sich ins Parlamentsgebäude zu begeben, um dort mit den Staatsfunktionären über die Lage der Arbeitslosen, Heimkehrer und Invaliden zu verhandeln und eine entschiedene Antwort in dieser Frage kategorisch zu fordern. Die Zugänge zum Parlament waren aber alle abgesperrt und den Mitgliedern der Abordnung die Erklärung gemacht, daß sich niemand im Hause befinde. Die Demonstranten erklärten aber, es sei ihnen bekannt, daß im Parlamentsgebäude eine Kommissionsitzung tagte und daß sie darauf beharren, Eintritt in das Gebäude zu erlangen.

Die Menge, die die Rampe besetzt hielt, nahm nunmehr eine drohende Haltung ein und richtete an die Mitglieder der Abordnung die Aufforderung, die Tore gewaltsam zu stürmen, wenn sie nicht freiwillig geöffnet werden sollten. Es wurde nunmehr ein Sturm mit Eisenstangen gegen jenes Tor unternommen, welches sich hinter der Parlamentsrampe gegen den Schmerlingplatz befindet. Das Tor widerstand aber den Angriffen, weshalb die Menge sich in den nahegelegenen Rathauspark begab, sich dort mit Steinen und Gitterstangen bewaffnete. Ein Kohlenwagen, der zufällig vorbeifuhr und in die Menge eingeklemmt war, wurde gestürmt und die Kohlenstücke gegen die Fenster des Parlamentsgebäudes geschleudert, die klirrend in

Aufrechterhaltung der Ordnung und der freien Passage wurden hinbeordert. Damit war aber die Voraussicht und die Voranstrengung der Behörde auch bereits erschöpft. Auf den Gedanken, der nach zahllosen früheren Erfahrungen wohl nahe lag, daß eine Versammlung vor dem Rathaus nicht ohne einen Besuch beim Parlament enden dürfte, war niemand gekommen. Er war aber trotzdem so naheliegend, fast könnte man sagen, unvermeidlich, daß er am Ausgang der Arbeitslosenversammlung ganz von selbst auftauchte. Ein Teil der Versammelten zog die paar Schritte vors Parlament, und eine Abordnung wollte sich ins Haus begeben, um bei der Regierung vorzusprechen und die Wünsche der Demonstranten vorzutragen. Beim Parlament und im Parlament war aber niemand auf einen solchen Fall vorbereitet, obgleich die Herren von der gegenwärtigen Regierung doch aus ihrer früheren politischen Tätigkeit hätten gelernt haben können, daß das Parlament bei derlei Gelegenheiten eine unüberwindliche Anziehungskraft ausübt. Diesmal war man nun, wie gesagt, dort ahnungslos: die Tore waren geschlossen, die Beamten in keiner Weise instruiert, niemand hatte Anordnungen für den Fall getroffen, der sich dem jüngsten Polizeikommissar als höchstwahrscheinlich darstellen mußte. Weder der Staatskanzler, der ja auch unser Staatssekretär des Innern ist, noch sein Unterstaatssekretär waren im Hause, und die Abordnung der Arbeitslosen samt ihren regelrechten und wilden Vertretern fand bloß verschlossene Türen vor und gewaltigen Widerstand, als sie dennoch ins Haus wollte. Dadurch benachteiligte sich der Menge eine steigende Erregung, die Leute wollten den Eintritt erzwingen, Fensterheben Kirten, die Tore wurden berannt, der Lärm erhöhte die Menge immer mehr, plötzlich krachten Schüsse — die Ausjagen darüber, ob die ersten aus dem Hause kamen oder auf das Haus gerichtet waren, widersprechen einander —, und das Unglück war fertig. Die Menge verlor die Besinnung, ein paar Desperados zündeten Holzverschaltungen und Automobilmatrizen an, und bald brannte es im Parlamentstrakt auf dem Schmerlingplatz, in der Wohnung eines Ingenieurs *Kerber*. Im Hause wußte niemand, was zu tun sei, aber man hatte schließlich wenigstens den Staatskanzler herbeigeholt, und dieser empfing endlich die eingedrungene Abordnung. Davon erfuhren aber diejenigen, die draußen türnten, schossen und zündelten, nichts mehr und sie tobten weiter. Als dem Staatskanzler das gemeldet wurde, brach er die Unterredung ab und erklärte, er müsse zum Polizeipräsidenten fahren, um sich über die Vorkommnisse zu unterrichten, Sprach's, und überließ das Haus wieder seinem Schicksal.

Man muß sagen, kopfloser hätte die Geschichte gar nicht gemacht, unfähiger hätte sich unsere Verwaltung gar nicht zeigen können. Für einen auch nur einigermaßen eingearbeiteten Verwaltungsbeamten lagen Vorakten und Präzedenzfälle genug vor, aus denen er ersehen konnte, daß man sich von einer Abordnung nach einer solchen Demonstrationsversammlung durchaus nicht so katastrophal überraschen lassen muß. Daß eine solche Abordnung sich an eine Regierung wendet und mit dem Sprecher der Regierung unterhandeln will, ist nicht nur fast selbstverständlich, sondern auch vom Standpunkt der Regierung sehr wünschenswert. Es ist das natürliche, förmlich ordnungsgemäße Ende einer solchen Demonstration, und wenn der Vertreter der Regierung dabei ein paar nicht ganz unpassende Worte spricht, so ist die Sache in der Regel auch ziemlich harmlos zu Ende. Die Regierung war aber in dem Fall nicht da, hat nicht das Geringste vorgekehrt, Herr Dr. Renner kam zu spät und als er bemerkte, daß es zu spät sei, ließ er die Dinge ihren Weg gehen und ging seiner Wege. Die Abteilung der Sicherheitswache, die im Parlament selbst eingeschlossen war, blieb von der Weisheit ihrer vorgesetzten Behörde so abgeschnitten, daß sie sich völlig ratlos fand und auf Wunsch von ein paar Soldatenräten ihre Waffen abließerte, um freien Abzug zu erlangen. Ein hervorragendes Beispiel von kongenialer Kopflosigkeit lieferte auch der diensthabende Regisseur des Burgtheaters, der um halb 8 Uhr die Vorstellung abbrechen ließ, indem er dem Publikum die beruhigende Mitteilung machte, es müsse nach Hause gehen, weil die Absicht bestehe, das Haus anzuzünden. Daß da keine Panik entstand, und daß zu den zwei Tausend Opfern, die die Regie im Parlament kostete, nicht noch ein paar weitere Opfer der Theaterregie dazukamen, ist fast ein Wunder zu nennen.

Man denke sich nun einen Augenblick, daß die Gelegenheit, die unsere Behörden beim Schopf ergriffen haben, um so zu versagen, keine so harmlose gewesen wäre wie gestern. Die Zuhörer waren diesmal nicht organisiert, sie hatten keinen Plan und keine eigentliche Absicht — das war das Glück, das unsere Regierung und wir dabei hatten. Beschämt muß man eingestehen, daß es unverbientes Glück war, denn gestern sah es wirklich so aus, als ob eine Handvoll Leute unseren ganzen Staatsapparat hätte umwerfen können. Man kann nur nachsich und schäktern die Hoffnung aussprechen, daß unsere Regierung aus dieser unfehlwilligen und völlig improbierten Probe etwas gelernt hat. Mit so wenig Voraussicht und Umsicht könnte sie bei künftigen ernstlichen Zwischenfällen ihr Auslangen kaum mehr finden.

Kopfloßigkeit.

Wien war gestern abends sehr aufgereggt. Wilde Gerüchte durchschwirren die ganze Stadt, Theatervorstellungen wurden abgebrochen, Menschen eilten fliegenden Schrittes mit hochgeröteten Wangen durch die Straßen und brachten förmlich vor Begierde, die Neuigkeiten, die ihnen frisch zugeflogen waren, wieder an den Mann zu bringen. Sturm aufs Parlament — das Parlament in Brand gesetzt — wilde Schießereien — Handgranaten — zahllose Tote und Verletzte — Revolution — Kommunismus — Räteregierung — alles verloren.

Aber es war nicht alles verloren, sondern bloß alles kopflos, Tote, Schwer- und Leichtverletzte gab es leider wirklich, aber ihr Blut war wieder einmal nicht für eine gute Sache, nicht einmal für eine tolle Utopie, sondern nur für den alten österreichischen Schländrion geflossen. Was war eigentlich vorgegangen? Ganz ordentlich und pflichtgemäß war eine Arbeitslosenversammlung vor dem Rathaus angefaßt. Die Behörden hatten davon Kenntnis genommen, die Beamten des Rathauses machten früher Bureauschluß, die Tore wurden geschlossen und ein paar Sicherheitswachen zur

20. / IV. 1919

Das Spiel mit dem Feuer.

Vom Staatssekretär a. D.
Josef Mayer.

Der Gründonnerstag brachte einen neuen Rückschlag in die Vorgänge der Novemberrevolution. Leider muß festgestellt werden, daß die damaligen Ereignisse übertroffen wurden. Es ist ja bekannt, daß in Wien eine große Zahl unverantwortlicher Elemente daran tätig ist, einen neuen Umsturz vorzubereiten und die Ruhe und Ordnung zu stören. Es ist Tatsache, daß diese Leute vielfach nicht Wiener sind, daß sie vielleicht nicht einmal in Deutschösterreich das Heimatsrecht haben, daß sie aber außerdem von ausgesprochenen Ausländern in ihrer unterminierenden Tätigkeit unterstützt und gefördert werden, ja daß sogar Geldmittel aus dem Auslande hier mitwirken und mit tätig sind, um den sogenannten Bolschewismus auch auf dem Wiener Boden Triumphe feiern zu lassen. Da in der ruhig denkenden und wohlorganisierten Arbeiterschaft diese Ideen vorläufig keinen Boden zu gewinnen vermochten, bemühen sich diese Leute, in jenen Kreisen sich Anhänger zu erwerben und Stimmung zu machen, wo die Unzufriedenheit aus begrifflichen Gründen zu Hause ist, wo aber auch durch die mangelnde Arbeitsgelegenheit und die Unmöglichkeit, schon im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Versorgung, die einer dauernden Beschäftigung gleichkommt, zu finden, dieser Unzufriedenheit Tür und Tor geöffnet ist.

Man sieht, daß sich das Bestreben dieser kommunistischen Drahtzieher von Woche zu Woche in steigendem Maße bewegt. Sie bedienen sich zuerst einer kleineren Anhängerzahl, ziehen immer weitere Kreise und erhöhen so von Tag zu Tag die Gefahr, in der Wien schwebt. Die Arbeitslosen, die trotz der Unterstützung bei den heutigen Feuerungsverhältnissen das Auslangen nicht zu finden vermögen, bieten den verbundenen Auswiegern eine billige Anhängerzahl, die leicht die Zeit aufbringt, die Versammlungsräume zu füllen und die geplanten Umzüge mitzumachen. Unter den Kriegswunden wirkt die erlebte Enttäuschung, die sie von einem undankbaren Vaterlande erfahren mußten, bestimmend mit, um die Reihen dieser Leute zu füllen, und dabei vergißt der Invalide, daß bei der zunehmenden Unordnung und Unsicherheit die Frage seiner Versorgung weit mehr gefährdet ist als bei dem beabsichtigten ruhigen Aufbau unserer gesamten Volkswirtschaft. Die Heimkehrer endlich, die nach jahrelangem Sehnen bei der Rückkehr in die liebe Heimat ein ausgehungertes und verarmtes Land widerstanden, werfen sich vielfach aus Verzweiflung diesen Leuten in die Arme, abgesehen davon, daß es in ihren Reihen so manchen gibt, der als eifriger Schüler des Bolschewismus dessen Lehren nach Mitteleuropa heimgebracht hat. Wenn wir Arbeitsgelegenheit hätten, so wäre der gute Stern, der in unserer Bevölkerung steht, hinreichend, um in kürzester Frist eine Befundung unserer Verhältnisse herbeizuführen. Aber gerade die mangelnde Arbeitsgelegenheit schafft überschüssige Zeit und damit die Grundlagen für die Vorgänge am Donnerstag, die berechnende Elemente in schlauer Weise auszunützen verstehen. Und welche Gefahren birgt das für Wien?

Wenn statt des italienischen Autos ein italienischer Soldat getroffen worden wäre, würde es der Wiener Bevölkerung schon in den nächsten Tagen schmerzlich vor Augen geführt werden, was solche Unruhen bedeuten. Wenn statt eines tschecho-slowakischen Arztkorps, wie es in der Breiterstraße geschah, einer der in Prag führenden Männer aus dem Auto geworfen worden wäre, um den Uebermut der Demonstranten zu befriedigen, so könnten schon in den nächsten Tagen wieder Schwierigkeiten in der Kohlenzufuhr eintreten. Wenn endlich durch solche Vorfälle die allgemeine Unsicherheit zur Gewohnheit werden sollte, so wären die Folgen für Wien unabsehbar. Die letzten Wahlen in Wien haben ergeben, daß zwei Drittel der Bevölkerung hinter den sozialdemokratischen Führern stehen und es muß hiermit festgestellt werden, daß bei dieser Stimmenabgabe die Verantwortung und die Führung dieser Gruppe zufällt. Es ist bekannt, daß die maßgebenden Persönlichkeiten in der Sozialdemokratie

alles anbieten, um in maßvoller Weise den Übergang in die neue Wirtschaft durchzuführen. Aber es muß endlich auch Klarheit darüber werden, daß die Arbeiterschaft hinter den Männern ermiter ruhiger Sachlichkeit steht und nicht hinter den Desperados ihres linken Flügels. Diese Entscheidung muß aber auch über kurz oder lang die Gesamtheit der Volkswehr treffen, deren ausgerückte Abteilungen sich ja bei der Niederwerfung der Unruhen bestens bewährt haben. Aber sonst muß dagegen Abhilfe geschaffen werden, daß immer erst verhandelt werden muß, ob bestimmte Abteilungen der Volkswehr bei einer Demonstration eingzugreifen bereit sind oder nicht. Sie hat sich den Anordnungen der Regierung und ihrer Organe, die allein die Verantwortung für ihre Handlungsweise zu tragen haben, zu fügen. Die Volkswehr ist lediglich Werkzeug, Instrument des Staates und darf nicht danach fragen, warum sie in einzelnen Fällen eingzugreifen berufen wird. Genau so wie die Sicherheitswache, welche die Regierung und damit die junge Republik vor den größten Gefahren, die ihr seit ihrem Bestehen drohen, geschützt hat.

Wien und auch die sozialdemokratische Mehrheit der Wiener Bevölkerung darf sich nie und nimmer einbilden, daß sie allein der Staat sind. Die zahlenmäßige Ueberlegenheit hat das flache Land. Es will gehört werden, wenn es sich um die Ordnung der Dinge im Staate handelt, und es wird sich einem Terror, der von Wien ausgeht, zu widersetzen wissen. Heute liegen die Verhältnisse so, daß der Terror von Wien, der gegen den Willen der Landbevölkerung einsetzt, gar bald gebrochen wäre. Denn heute wird nicht nur die Entente in solchen Fällen ihre Hilfsmittel sperren, auch das flache Land würde mit Wien den Verkehr abbrechen, bis die Gesamtheit der Wiener Bevölkerung wieder zur Vernunft gekommen ist. Aber es wird notwendig sein, daß alles zusammenhilft, daß die sehr auffälligen Gruppenbildungen, wie sie am Donnerstag beobachtet werden konnten und die den einzelnen Bolschewistführern Gelegenheit boten, gehört zu werden, nicht gefördert werden, daß man trachtet, dem Geleite Geltung und Ansehen vor allen Staatsbürgern zu verschaffen. Jedenfalls darf es nicht geschehen, daß Leute, die in verbrecherischer Absicht einen Stadtschutzmänn niedergeknallt haben, dies noch brünstig vor der Menge zum Besten geben. Wien und seine Bevölkerung sind ernstlich krank. An der Befundung müssen alle mitarbeiten, die eine baldige Besserung unserer Verhältnisse überhaupt wünschen.

Das Räteystem.

Von Abgeordneten Dr. Leopold Waber.

Der Kampf um die politische Macht tobt noch immer in den Staaten, die das schwere Unglück zu tragen haben, in dem furchtbaren Weltkriege besiegt worden zu sein. Die aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretungen werden angefochten, trotzdem die Regierungen unter dem entscheidenden Einflusse der Sozialdemokratischen Partei stehen. Das scheint aber einem Teil der Sozialdemokraten nicht zu genügen. Nach den Bestrebungen dieser Gruppe, die unter dem Einflusse ausländischer Kommunisten steht, sollen die Volksvertretungen beseitigt und an ihre Stelle eine nackte Klassenherrschaft gesetzt werden. Alle Regierungsfunktionen sollen von den rein parteimäßig gebildeten Arbeiter- und Soldatenräten übernommen werden. An Stelle der gesetzgebenden Macht der Nationalversammlungen soll die diktatorische Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte treten, die im Wege des sozialen Umsturzes die wirtschaftliche und soziale Neuordnung herbeiführen soll.

Im Räteystem steckt ohne Frage ein richtiger Grundgedanke. Die Großdeutsche Vereinigung hat schon bei der Beratung der Verfassung den Antrag gestellt, daß neben die aus den allgemeinen Volkswahlen hervorgegangene Volksvertretung eine auf Grund des Berufskammerystems gebildete Berufsvertretung treten soll, in der das in jedem Berufe enthaltene Fachwissen zur Geltung kommen würde. Der Unterschied gegenüber dem Räteystem liegt darin, daß die Arbeiter- und Soldatenräte eine rein sozialdemokratische Parteiorganisation der Arbeiter und Soldaten, also der Parteiorganisation eines Bruchteiles der Bevölkerung bilden, während wir durch eine entsprechende Wahlordnung eine Vertretung aller werktätigen Berufe angestrebt haben. Die Arbeiterräte würden also nur eine Umkehrung des alten Herrenhaussystems sein. Im Herrenhaus waren nur die reichen Landwirte, Industrielle und die Gelehrten vereint, während in den Arbeiterräten unter Ausschluß aller Gewerbetreibenden und Beamten nur die Arbeiter und die Soldaten vertreten sein sollen.

Gewiß ist auch im Vorschlag eines Soldatenrates ein sehr annehmbarer Gedanke enthalten. Es könnte sehr wohl die Meinung vertreten werden, daß alle die Männer, welche in der Front bei der Verteidigung des Vaterlandes ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, ein besonderes Vorrecht bei der Neuordnung unseres Staates haben sollen. Das aber ist gewiß nicht entsprechend, daß nur die Soldaten, welche jetzt unter weniger gefähr-

lichen Verhältnissen ihren Dienst verrichten, bevorrechtet sein sollen. Den gesunden Prinzipien, die in diesen Bestrebungen zum Ausdruck kommen, hätten wir längst Rechnung tragen sollen. Wir hätten die Berufsvertretung als zweite Kammer in unsere Verfassungsgesetzgebung einführen müssen, wir sind aber auf die unbedingte Ablehnung der Sozialdemokratischen Partei gestoßen. Einen gesunden Gedanken durchzuführen, ist jedoch nie zu spät, besonders wenn er den Wünschen eines Teiles der Bevölkerung entgegenkommt. Es wäre aber gewiß für die Entwicklung unseres Freistaates verhängnisvoll, wenn an Stelle eines Klassensystems ein anderes Klassensystem treten würde und wenn ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung in der Berufskammer ausgeschlossen wäre. Auch die Sozialdemokratische Partei scheint dies zu empfinden und Wert darauf zu legen, das Räteystem wenigstens scheinbar auf die Beamtenschaft auszudehnen; die Sozialdemokratische Partei hat nämlich die Staatsangehörigen der verschiedenen Verwaltungszweige aufgefordert, Arbeiterräte zu entsenden. Sie hat allen Beamten wohl das aktive Wahlrecht eingeräumt, das passive Wahlrecht aber an die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei geknüpft. Das ist eine ganz einseitige Einschränkung des Mitbestimmungsrechtes der Beamten, die natürlich in einen Rat den tüchtigsten und verlässlichsten Mann, der das allgemeine Vertrauen genießt, entsenden wollen, nicht aber einen Parteimann, der möglicherweise wohl eine einseitige parteipolitische, nicht aber eine sachliche Signung für die Ausübung des übertragenen Mandats besitzt.

Wenn das Räteystem für ein ganzes Volk und für die Entwicklung des Staates segensreich wirken soll, dann muß es ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit und unter Mitwirkung sämtlicher werktätiger Berufe gebildet werden. Für die heutige Zeit ist die Förderung der Produktion im Interesse der Gesamtbevölkerung ein Gebot des Tages; gerade deshalb müssen die produktiven Berufe, auch unsere Gewerbetreibenden also, zur Mitarbeit herangezogen werden, Arbeiter- und Soldatenräte als Klassenvvertreter haben keine volle Uebersicht über unsere Volksinteressen und die so wichtigen Produktionsverhältnisse, sie würden infolgedessen unsere Wirtschaftsordnung nur auf einer schiefen und einseitigen Grundlage aufbauen und damit nur zu einer weiteren Störung der Grundlagen der Entwicklung des Staates beitragen. Damit würde aber die Unruhe und die Verzweiflung in der Bevölkerung noch weiter wachsen, es würde ein Kampf aller gegen alle entstehen und die auf Zerstörung gerichteten Instinkte wachgerufen werden, die sich am letzten Donnerstag auch schon in Wien gezeigt

haben. Die Not, die in der Bevölkerung herrscht, kann durch solche Verzweiflungskulte niemals behoben, sondern nur verhärtet werden. Die Vorkommnisse in Berlin, München und Budapest und die ganze Entwicklung in Rußland zeigt uns wohl deutlich, daß auf diesem Wege eine Besserung der Verhältnisse nicht zu erzielen ist. In der bei uns herrschenden Not liegt natürlich eine ungeheure Gefahr. Um so notwendiger ist es, daß sich alle besonnenen Elemente zusammenschließen und daran mitarbeiten, die Masse unseres Volkes vor einer Verschärfung des Elends und vor Verzweiflungsschritten zu bewahren. Die Bevölkerung muß aber das Bewußtsein haben, daß jeder gute Gedanke von der Regierung und der Volksvertretung sofort aufgegriffen, daß jede vernünftige Anregung beherzigt und der Notstand mit aller Kraft gemildert wird. Ein gesunder Gedanke ist mithin das Räteystem, wenn es auf allgemeine und gerechte Grundlage gestellt wird, wenn es aus dem Klassenprinzip und dem Massenkampf herausgehoben und das Gewaltprinzip aufgegeben wird. Die ganze Bevölkerung muß auf den Grundsatz eingeschworen werden: Gerechtigkeit und Macht muß eins werden!

20. IV. 1919

Die Stadt Wien und die Sonderbestrebungen der Länder.

Äußerungen der Staatssekretäre Paul, Loewenfeld - Ruf, des Landeshauptmannes Steiner, der Abgeordneten Friedmann, Müller-Guttenbrunn, der Landtagsabgeordneten Hellingner, Silberer, des Dr. Julius Dfner, der Bürgermeister Heißler, Knoppel, der Präsidenten Landesberger, Darnaut und Ermer.

Das Schlagwort: „Los von Wien!“

„Los von Wien!“ Wer hätte es noch vor ganz kurzem für möglich gehalten, daß solch ein Ruf ergeht, daß mit diesem Schlagwort mehr als nötig gespielt wird, daß Landes-, politische und soziale Gegensätze bis zu einer fast ernstlichen Erwägung der Trennung von der ehemaligen Reichshauptstadt führen könnten? Und es sind nicht vielleicht Slawen und Nichtdeutsche, die sich gegen Wien stellen. Die alte Monarchie ist in Trümmer gegangen und Wien ist heute nur mehr die Hauptstadt eines kleinen Staates. Was wäre natürlicher, als daß man die auf sich selbst gestellten deutschen Lande des ehemaligen Oesterreich fest sich zusammenschließen, um den kommenden schweren Entscheidungen gegenüber eine starke Einheit zu bilden. Einst rief man stolz: „Wir gravitieren nach Wien!“, jetzt wird bittere Klage darüber erhoben, daß die nötige Geschlossenheit immer mehr verloren gehe, ja, daß in wirtschaftlicher Beziehung bereits von einer „Verdröhung“ gesprochen werden müßte. Mannigfach sind die Ursachen dieser betrüblichen Erscheinung, die übrigens ihr Gegenbild in dem Rufe „Los von Berlin!“ gefunden hat. Von dem Gedanken ausgehend, daß diese ganz unnatürlichen und ungeunden Trennungsbestrebungen erhöhte Aufmerksamkeit und erhöhte Wachsamkeit verdienen, erschien uns eine Umfrage über Ursache, Ausdehnung und Ziele dieser Sondergestirfte wichtig und zeitgemäß. Wir haben uns daher an eine Reihe von Persönlichkeiten mit dem Ersuchen gemeldet, uns ihre Ansicht über den in Frage stehenden Gegenstand mitzuteilen. Im nachfolgenden veröffentlichen wir eine Anzahl uns hierüber in freundlichster Weise zur Verfügung gestellter Äußerungen.

Professor Hugo Darnaut,

Präsident der Gewerkschaft der Bildenden Künstler Wiens.

Vom Standpunkte des schaffenden Künstlers (wie auch des Kunstfreundes) wäre natürlich nur zu wünschen, daß unser Wien das Herz Deutschösterreichs für alle Zeiten verbleibe, daß es seinen altbewährten Ruf als Stadt der Künste nicht nur bewahren, sondern daß es seine Bedeutung in dieser Hinsicht noch mehr vertiefen, erhöhen, noch glanzvoller gestalten möge.

Rudolf Ermer,
Präsident des Wiener Kunstgewerbevereins.

Die Gegenwart steht bedauerlicherweise im Zeichen, oder soll man sagen, unter dem Zwange von Schlagworten. Ueberausflatternd flattert seit kurzem eine Phrase durch unser Land: „Los von Wien!“ Ich nehme keinen Anstand, es herauszusagen: Ich halte diesen vergifteten Pfeil für eine große Gefahr. Nicht bloß für Wien, diese so schwer heimgesuchte Stadt, als auch für ganz Deutschösterreich. Was soll das heißen: „Los von Wien?“ Glauben die verblendeten Eigenbrödlerr wirklich, daß Deutschösterreich, daß die Kulturwelt ohne Wien, dieses alterwürdige Kulturzentrum, bestehen kann? Hält man es für möglich, diesen herrlichen Mittelpunkt deutschen Kunstschaffens, deutscher Gelehrsamkeit, deutscher Gewerbetätigkeit, von der Tafel der Weltgeschichte wegzulöschen oder in einen Winkel stellen zu können? Wien bedeutet eine Notwendigkeit. Es erscheint als Stapelplatz von Gütern, die unermessliche Werte umschließen, es ist und bleibt berufen, das Bindeglied zu bilden zwischen dem Westen und Osten. Gebe es kein Wien — man müßte es erfinden, neu gründen, als Sitz von Kunst, Wissenschaft, Handel und Gewerbe. Und von einem solchen Gemeinwesen will man sich lösen, es „links oder rechts liegen lassen“?! Nein. Zusammenhalten ist Pflicht gegenüber der unterwühlenden, zerstörenden Desorganisation. Ein fester Zusammenschluß tut not; eine geschlossene und zielbewusste Orientierung der deutschösterreichischen Wirtschaftspolitik ist das dringendste Gebot der Stunde. Ich fasse meine Meinung dahin zusammen: Haltet Wien in Ehren, fördert seine Entwicklung, bewahrt ihm Treue und macht Euch um ein Kronjuwel im Städtebiadem von Deutschösterreich nicht ärmer. Wir sind so nockleidend geworden, daß wir uns den zweifelhaften Luxus von Sonderbestrebungen nicht erlauben dürfen.

Max Friedmann,

Abgeordneter der Nationalversammlung.

Die Separationsbestrebungen der Länder haben immer bestanden; aber besonders stark haben sie doch erst seit dem Kriege eingesetzt. Nicht zuletzt trug dazu die Art der Zwangswirtschaft bei. Nicht nur die Länder, auch die Bezirke haben sich abgeschlossen. Wien wurde immer mehr abgeschnürt. Seit dem Umsturze ist es sicherlich nicht besser geworden. Die Länder sondern sich auch aus politischen Gründen von Wien ab. Sie schreiben es den Einflüssen und Versäumnissen Wiens zu, daß die extreme Rich-

tung überhand nimmt, und wollen sich nicht von Wien regieren lassen. In dem Maße, in dem die Zentralgewalt verjagt, nehmen die Separationsmaßnahmen zu. Seitdem seit dem 3. April auch Steiermark und Kärnten das Beispiel der übrigen Länder befolgt haben, ist auch das bisherige Freizügigkeit innerhalb des kleinen Deutschösterreich geschwunden. Von einer „Belebung des Wirtschaftslebens“ kann unter solchen Umständen nicht die Rede sein, das bisherige Geschäftsverkehr muß völlig erstarren. Aber auch Niederösterreich rückt von Wien ab. Anlässlich der Behandlung der Wahlgesetzvorlage für den niederösterreichischen Landtag haben die bauerlichen Vertreter ihre entschiedenen Vorbehalte gemacht.

Eine fortgesetzte Isolierung Wiens, das infolge der Auflösung des alten Oesterreich genug schweren Zeiten entgegengeht, würde die ehemalige Reichshauptstadt zur Verkümmern verurteilen, aber auch den Ländern schwere Nachteile bringen. Doffentlich macht auf beiden Seiten den jetzigen Erscheinungen, die aus der erregten und unsicheren Zeit fließen, bald eine ruhigere und besonnenere Auffassung Platz, vor allem bei den von einer Seelenkrankheit erfaßten breiten Schichten der Bevölkerung.

Dr. Alois Hellingner,

Landtagsabgeordneter der Stadt Wien.

Der Ruf „Los von Wien!“ ist nichts anderes als der Ausdruck trassen Eigenwunnes der Landbevölkerung, deren Interesse sich von Wien immer mehr abwendet, weil diese im Kriege am meisten gepeinigete Stadt ganz entkräftet und ausgefogen ist und daher dormalen nicht die ergiebige Melfluh ist wie früher. Vergessen hat die Landbevölkerung, daß Wien das geistige Zentrum ist, das von seinen kulturellen Schätzen reidlos und mit vollen Händen allen gab, die hier Wissenschaft und Kunst, technischen Fortschritt oder Heilung suchten. Die Landbevölkerung hat auch vergessen, daß Wien die Produkte des Landbaues und der Viehzucht zu besten Preisen abnahm und durch opferwillige Duldung hoher Agrarzölle die Grundlagen zum heutigen Wohlstande der ländlichen Bevölkerung schuf. Vergessen hat die Landbevölkerung auch, daß Wien einen Großteil aller direkten Steuern dem Reiche entrichtete und sohin die Hauptlasten auch schon im Frieden tragen mußte.

Aber die Landbevölkerung möge bedenken, daß wieder einmal geordnete Verhältnisse und mit diesen die Zeiten wiederkehren werden, da der Bauer an die Städte gemiesen sein wird. Die Kurzfristigkeit der Politik der Absperrung könnte sich an der Landbevölkerung dann bitter rächen.

Gewiß, es bestehen politische Gegensätze zwischen Stadt und Land. Doch sollte es hier beim Kampfe der Meinungen bleiben und nicht Aushungerung als politisches Pressionsmittel gegenüber der mehrlosen und ruhigen Wiener Bevölkerung gebraucht werden.

Wir müssen hoffen, daß, wenn auch mit der dem ländlichen Elemente eigentümlichen Langsamkeit, die bessere Einsicht Platz greift und eine gegenseitige Hilfsbereitschaft aller Bevölkerungsschichten sich Bahn bricht.

Dr. Karl Heißler,

Bürgermeister von St. Pölten.

Ich halte dafür, daß die selbständige Stellung der Stadt Wien in ihrem und im Interesse Niederösterreichs geboten ist. Das derzeitige Wien hatte seine Stellung als Reichshaupt- und Residenzstadt eines Großstaates zur notwendigen Voraussetzung. Durch deren Wegfall ist Wien nichts anderes als die Hauptstadt eines kleinen Staates, vielleicht nur die Hauptstadt Niederösterreichs geworden. Will es noch weiterhin mehr bleiben, so muß es seinen Charakter ändern, sei es, daß es, was ja vielfach erwogen wird, Handelszentrale, Kunststadt, Fremdenstadt, Industriestadt zc. im hervorragenden Maße wird. All das ist meines Erachtens nur denkbar, wenn seine Bestrebungen und Ziele weit über die Grenzen des Kleinstaates hinausgreifen. Damit löst es sich aber im wesentlichen von den Interessen dieses kleinen Staates und andererseits lösen sich des letzteren Interessen von Wien los. Niederösterreich insbesondere kann nicht weiterhin die Haupternährungsquelle für Wien bilden, weil es vielfach seinen eigenen Bedarf in dieser Richtung nicht decken kann und unter den Bedürfnissen der Zweimillionenstadt seit den staatlichen Neubildungen rings um dasselbe schwer leidet. Ich meine daher die Loslösung dürfte im beiderseitigen Interesse liegen.

Dr. Hans Loewenfeld-Ruf,

Staatssekretär für Volksernährung.

Die Behandlung der Ernährungsfragen darf durch keinerlei politische Stellungnahme beeinflusst werden. Jede Äußerung von mir würde jedoch als eine solche Stellungnahme gedeutet werden können, weshalb ich es vorziehe, von einer solchen Äußerung abzusehen.

Leopold Knoppel,

Bürgermeister von Tulln.

Das in der Doffentlichkeit hineingeworfene Schlagwort „Los von Wien!“ ist so recht geeignet, den Wirrwarr in Deutschösterreich nur noch größer zu machen, als es die allgemeinen Verhältnisse leider ohnehin schon sind. In politischer und wirtschaftlicher Beziehung würde diese Trennung für beide Teile, die Großstadt und die Länder, nur empfindliche Nachteile bringen. Das Herz Oesterreichs war, ist und bleibt Wien, es ist mit allem Fühlen, Denken, allem Fasern des pulstrenden Lebens der Bevölkerung, und zwar nicht nur der unmittelbaren Umgebung, sondern auch der angrenzenden deutschösterreichischen Länder, so vielfach und enge verknüpft, daß man sich ein Ausschalten Wiens von den übrigen Ländern gerade in der gegenwärtigen Zeit des Aufbaues unseres Staates gar nicht gut vorzustellen vermag.

Wenn nicht tiefere politische Gründe als die dormaligen, nach Ansicht vereinzelter Politiker bestehenden, sich geltend machen, dann wäre es ein Vergehen gegen das deutsche Volk, eine solche Trennung durchzuführen.

Professor Dr. Julius Landesberger,

Präsident der Anglo-österreichischen Bank.

Die Parole „Los von Wien!“ heute gegen Wien gerichtet und in der schweren Uebergangszeit, in der wir leben, tatsächlich von großer Gefahr für

besuche zugelassen wird, eine Prüfung ablegen. Es dürfe nicht Krethi und Plethi überlassen bleiben, über das Können, über Gegenwart und Zukunft eines kunstbehördlich gestempelten Darstellers zu entscheiden!...

Doch lassen wir, meine Herrschaften, allgemeine Erörterungen. Gehen Sie mit mir auf einzelne Fälle ein, auf die Prüfungsergebnisse, auf den Entwicklungsgang von Angehörigen der darstellenden Kunst, vor denen Sie alle Respekt haben. Da fällt mir ein: Im alten Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde gab es einmal eine Professorenprüfungskommission für Schauspiel, die aus folgenden Persönlichkeiten bestand: Bernhard Baumeister, Friedrich Mitterwurzer, Fritz Krastel, Karl Arnau und Professor Josef v. Weilen. Sie werden mir zugeben: Eine Kommission, in der mindestens zwei Halbgötter saßen. Und nun hören Sie weiter: Gerade auf dem Wege in Ihre Versammlung sah ich auf der Straße ein Filmplakat: Jhres in seiner Art genialen Kollegen Rudolf Schildkraut, in Wien und Berlin als Star anerkannt. Und da erinnerte ich mich: Dieser Schildkraut ist von dieser halbgöttlichen Kommission als talentlos entlassen

Was kann für Wien beim Anschluß an Deutschland geschehen?

Von Dr. Otto Fescher.

Wien, 19. April.

Es pflegt kein gutes Zeichen zu sein, wenn der Ruf ertönt: Da muß etwas geschehen! Die Lage Wiens ist in der Tat mehr als kritisch. Ueber Nacht wurde das Hinterland der Zwei-Millionen-Stadt von zweihundertfünfzig Millionen Seelen auf sechs Millionen verringert, wurde eine halbttausendjährige Ueberlieferung abgebrochen, wurde aus einem Zentrum ein Grenzort. Begreiflich daher und löblich zugleich, daß die Bürger und Freunde der Stadt sich mit der Erwägung und mit Vorschlägen befaßten, wie die Festigkeit des ungeheuren Ruckes gemindert, wie die geschlagenen Wunden geheilt, wie eine bange Gegenwart zu einer hoffnungsvollen Zukunft gestaltet werden könnte. Begreiflich ferner, daß jedermann, von seiner eigenen Sphäre ausgehend, zunächst mit solchen Plänen hervortrat, die sich auf den eigenen Berufskreis bezogen. So verlangte man die Sanierung der Oper und der Burg, die Popularisierung der Kunstsammlungen, ein noch regeres Musikleben, Modernisierung der Kliniken, mannigfache Ausgestaltung der Fach- und Hochschulen, intensiveren Sportbetrieb, Erschließung der Natur Schönheiten und vieles andere. All das aber hauptsächlich in der Erwartung, Wien durch solche Maßregeln zu einem strahlenden Kulturmittelpunkt zu erheben und ihm durch den Zustrom von auswärtig Ersatz für die Verluste zu bieten, welche ihm durch seine katastrophale *capitis diminutio* zugefügt werden.

Keinem der vorgebrachten Rezepte soll Bedeutung und Würdigung abgesprochen werden, obgleich bei manchen die wohlthätigen Folgen sich erst in einem späteren Zeitpunkt, bis die große Krisis ohnehin überwunden sein wird, einstellen dürften. Auch ist die Finanzlage eine derartig ernste, daß an kostspielige und weitabsehende Investitionen vorläufig kaum zu denken ist. Dies um so weniger, als die bezüglichen Ausgaben meist nur einer verhältnismäßig kleinen Oberschichte von Wienern und Fremden zugute käme, die *miseria contribuens plebs* aber nach wie vor ausgeschlossen bliebe. Ein Beispiel: Wer ist heute in der Lage, zu einer guten Opern- oder Burgtheatervorstellung einen entsprechenden Sitz zu verschaffen? Die Preise sind für den Mittelstand, wenn man von einem solchen überhaupt noch reden darf, unerschwinglich, die Billette selbst aber, was die Hauptsache ist, für den gewöhnlichen Sterblichen ohne Protektion und Beziehungen überhaupt nicht zugänglich. Das Interesse daher, welches der gebildete Wiener an diesen beiden Kunstinstituten, die einst sein Stolz waren, nimmt, ist nicht allein ein geringes, sondern geradezu ein negatives. Man ist es satt, das Defizit für Anstalten zu zahlen, die zum Vergnügen einer relativ kleinen Reihe begünstigter Personen dienen. Will man das Kunstleben von Staats wegen beleben, was gewiß ein Ziel, aufs innigste zu wünschen wäre, dann muß man dasselbe auf eine wahrhaft demokratische Grundlage stellen und das Volk nicht verurteilen, draußen Spalier zu bilden, während die Genussaristokraten vorfahren.

Der Gedanke, aus Wien ein edleres Voluptuar zu machen, scheint mir nur insoweit durchführbar und empfehlenswert, als er den großen Massen der Bevölkerung zugute käme. Darin unterscheidet sich die republikanische Zeit ganz wesentlich von der abgeschlossenen monarchischen. Die Stadt verbannt ihrer Eigenschaft als Residenz des deutschen Kaisers, dem prachtliebenden Hofleben, der Anwesenheit der Edelleute und anderer reicher Personen zum Teil die glänzende Entwicklung ihrer Vergangenheit. Heute ist das vorüber. Wien muß seine Kraft und Blüte nicht aus der Gnade irgendeines Mäzenatentums, sondern aus dem Volke schöpfen und dem Volke dienstbar halten. Wenn jemand in dem Wandel der Dinge ein Unglück erblickt, so kann ihm nicht geholfen werden. Viel besser aber wäre es, aus den neuen Verhältnissen eine andere Folgerung zu ziehen, nämlich die, alles aufzubieten, um den Geschmack des Volkes zu veredeln und auf solchem Wege der Kunst eine neue Stätte in den Herzen der Allgemeinheit zu bereiten.

Aber von Kunst, Sport und Up to date-Kliniken kann man nicht leben und auch die herbeigewünschten Fremden müssen verköstigt werden. Die Ernährungsfrage ist und bleibt das Weh und Ach der ihrer früheren agrarischen Ressourcen beraubten Zwei-Millionenstadt. Deutschösterreich ist ein Bauerland, dabei zu klein und im Durchschnitt zu wenig fruchtbar, um Wien zu versorgen. Die Produktivität der Landwirtschaft kann und soll gehoben werden. Das braucht Zeit und hat seine Grenzen. Wien ist daher auf den Import von Mehl, Fett, Milch, Eiern, Fleisch, Kartoffeln, Zucker, Hülsenfrüchten, ferner von Kohle, Mineralöl und zahlreichen industriellen Rohstoffen angewiesen. Womit kann man die große Einfuhr bezahlen? Mit den Früchten der gewerblichen Arbeit, mit den Zinsen der Sparkapitalien und mit Krediten, die man vielleicht noch erreicht. Langt es nicht, dann ist man genötigt, das Kapital selbst zuzusetzen. Den Hauptposten sollte freilich die gewerbliche Produktion bilden, die wieder in Schwung zu bringen das allergrößte Lebensinteresse darstellt.

So führt uns denn auch das Wiener Problem zu jener Einsicht, zu jener Forderung, zu jener Sehnsucht, die heute alle denkenden Menschen, so eines guten Willens sind, erfüllt, der Sehnsucht nach Arbeit. In dem Wiederaufleben der gewerblichen Erzeugung im weitesten Sinne des Wortes, in dem Wiederaufleben des Handels, des Kredits liegt das Heil auch für Wien. Mit Spezialmaßregeln ist wenig getan. Die Stadt ist so volkreich, ihre Interessenabhängigkeit ist eine so vielfache und weitverzweigte, daß sie nur als Glied eines ganz großen Wirtschaftskomplexes leben und gedeihen kann. Die oft gestellte Alternative: Anschluß an Deutschland oder Donauföderation, war eine durchaus berechtigte Schicksalsfrage. Denn für sich allein, das heißt bloß als Haupt Deutschösterreichs, wäre Wien zum Tode verurteilt. Der Anschluß an Deutschland soll die Rettung bringen. In erster Linie dadurch, daß er uns aus den künstlich verengten Verhältnissen herausführt und die Volkswirtschaft wieder auf eine natürliche Grundlage stellt. Das gilt von der Verkehrs-, der Handels-, der Währungs- und der Kreditpolitik. Bezüglich aller dieser Belange könnte Wien seine

Lage als Glied des Deutschen Reiches wesentlich verbessern. Die leider nicht immer freundliche Haltung, welche einzelne Teile der deutschösterreichischen Provinz ihrem alten Reichszentrum gegenüber einnehmen, würde an Schärfe und Bedeutung verlieren, wenn durch den Zusammenstoß ein großer Zug in die Dinge käme. Heute ist es so, daß fast jeder Tag eine neue Barriere aufrichtet, daß der Verkehr immer mehr unterbunden und der Warenaustausch gehindert wird. Bei dieser Methode müssen und werden alle erstickt. Bringt die Vereinigung mit dem Deutschen Reich jedoch Freizügigkeit von Person und Ware, Anteilnahme an dem Weltgetriebe, dann ergibt sich auch für Wien und seine gewerbe- und handelsleißige Bevölkerung die Aussicht, in die Bahn der Arbeit und des Erwerbes zurückzufinden, aus der sie der Krieg grausam gerissen hat.

Dem Donauföderationsprojekt liegt ein durchaus gesunder Gedanke zugrunde. Ist das Projekt ein Irrtum, dann muß man es dadurch unschädlich machen, daß man den in ihm enthaltenen guten Kern verwirklicht. Die jahrhundertalten Beziehungen Wiens nach dem Osten, das heißt heute nach den Nationalstaaten und dem Balkan, können und sollen nicht schlankweg und für ewig abgebrochen und aufgegeben werden. Die Richtung unserer Wasser- und Schienenstraßen weist den Weg, von wo wir in erster Linie Lebensmittel zu holen, wohin wir Industrieprodukte abzuführen haben. Die Wiederanknüpfung der alten Wirtschaftsverbindungen ist nicht allein ein Bedürfnis für Wien, sondern auch für dessen ehemalige Kunden in jenen Gebieten. Was die Diplomaten und Feldherren verdorben haben, werden die Kaufleute wieder gutmachen, wenn man sie nur gewähren läßt. Das ist bisher nicht der Fall. Auch in diesem Belange bringt anscheinend jeder Tag neue Erschwerungen des Verkehrs, Geld- und Warenverkehrs. Es ist, als ob eine fixe Idee die allmächtigen Staatsmänner beherrscht. Man verkennet, daß der Schaden des anderen noch lange nicht der eigene Nutzen ist, daß im Gegenteil im Wirtschaftsleben in der Regel das Gedeihen des einen auch zum Wohlbefinden des anderen beiträgt. Dem kläglichen Zustand wird der Anschluß an Deutschland hoffentlich ein Ende bereiten. Die Nationalstaaten stünden dann einer Großmacht gegenüber, die schon infolge ihrer geographischen Lage Kompensationen zu bieten vermag, welche Wien allein nicht zur Verfügung stehen. Auch viele jene nicht sehr vorteilhafte Verwechslung hinweg, der zufolge man in dem heutigen Wien noch immer den präntziösen Repräsentanten des alten und verhassten starren Zentralismus erblickt. Ebenso könnte Wien als Glied des Deutschen Reiches, in seinem völkischen Bewußtsein gesichert, manche nationale Konzeption machen, die bisher mehr aus Tradition und Mengstlichkeit, als wegen wirklicher Gefahr bekämpft worden ist.

Wohin ich sehe, erblicke ich daher in dem Anschlusse an das Deutsche Reich für Wien, wie die Sachen heute stehen, Vorteile, vorausgesetzt, daß eine wirklich großzügige, energische Produktionspolitik statthat. Die Gefahr, welche hier droht, besteht in einer falschen Betätigung der Sozialisierungsbestrebungen. Ein Ausschwingen des Handels, namentlich in bezug auf den Export, ist mit Unterbindung der Unternehmungslust und des Unternehmergewinnes nicht vereinbar. Die Ausnützung aller technischen und kommerziellen Möglichkeiten ist Aufgabe der Privatinitiative und des Privatkapitals. Je mehr man dessen Wirkungsfeld einschränkt, um so weniger könnte man hoffen, auf dem Weltmärkte wieder jene gewinnbringende Stellung zu erobern, die dem schwergeprüften Wien Nahrung und Arbeit verschafft. Wenn ich somit die Beantwortung der im Titel gestellten Frage in einem kurzen Satz zusammenfassen soll, so würde ich sagen: Man reiße alle unnatürlichen Schranken hinweg, welche eine übel beratene Staatskunst der Anteilnahme Wiens an der Entwicklung des freien Weltverkehrs entgegensetzt.

dem sie sich zum Schutz gegen hungrige Arbeiter mit einer Polizeiwache umgaben. Sie haben alles mögliche getan und dazu beigetragen, daß das österreichische Proletariat nur durch einen Kampf der Waffen zur Macht gelangen soll. Und sie haben dadurch dem Proletariat wider ihren Willen einen großen Dienst erwiesen. Die Schüsse vor dem Parlament, die am 17. nicht zum ersten Male krachten, haben den revolutionären Willen zur Tat der Masse geweckt, sie haben dem Proletariat besser als alle Zeitungsartikel, als alle Agitationsreden, die Notwendigkeit einer Massenkampforganisation des Proletariats, die Notwendigkeit nicht der bürokratischen (wie sie den Sozialdemokraten eigen sind), sondern der Organisationsmethoden der Massen vor Augen geführt. Jeder Arbeiter, der beim Parlament stand, weiß jetzt nicht nur, daß der alte Staatsapparat, der seinem Wesen nach sich gegen die Arbeiterklasse richtet, der sich stets zur Unterdrückung der gerechtesten Forderungen der Arbeiterklasse mit den Waffen ausnützen läßt, vernichtet werden müsse, daß es in diesem Kampfe keinen Mittelweg gibt, daß es sich um die vollständige Niederringung seiner Feinde handelt, er weiß aber auch, daß diese Ziele nicht durch Versammlungen, Abordnungen und Reden zu erringen sind, daß der Unterdrückungsorganisation der Bourgeoisie eine Kampf- und Machtkorganisation des Proletariats entgegengestellt werden müsse. Durch das im Klassenkampf vergossene Blut von den Illusionen des Burgfriedens geheilt, vom Rückzug zur alten Ordnung durch das schreckliche Bild des gegenwärtigen Elends abgesperrt, im Fegefeuer der Revolution gereinigt von allen Vorurteilen, von allen Krankheiten des ökonomischen Kleinkampfes, der Anpassungspolitik, des Indifferenzismus und der Spießerei, die ihr von der Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokraten eingeimpft worden, wird die österreichische Arbeiterklasse zur Macht gelangen mit dem Bewußtsein, die Diktatur des Proletariats, die Errichtung einer Räterepublik sei ihre einzige Rettung, der einzig mögliche Ausweg aus dem jetzigen Elend. Sie wird aber auch die Konsequenzen aus dieser Ueberzeugung ziehen, und die Diktatur des Proletariats gegen alle inneren und äußeren Feinde auf Leben und Tod verteidigen.

Pester Lloyd
26

gelangen. Die wichtigsten materiellen Forderungen sind: Auszahlung einer Abfertigung von 5000 Kronen für jeden Heimkehrer, Erhöhung des Unterhaltsbeitrages auf 25 Kronen täglich, Schaffung einer Erzeugungs- und Verwertungs-genossenschaft für abgerüstete Soldaten und unentgeltliche Freigabe brachliegender Grundstücke in der Nähe Wiens für Soldaten. Dazu kommen noch verschiedene materielle Forderungen der Invaliden.

Nach einer langen und stürmischen Debatte wurde dieser Vorschlag angenommen und eine achtegliedrige Deputation gewählt, die beim Staatskanzler vorzusprechen wird. Ferner wurde beschlossen, am nächsten Mittwoch 2 Uhr nachmittags eine neue öffentliche Versammlung vor dem Rathaus zu halten, in der über die Antwort des Staatskanzlers berichtet werden wird.

Der Kommunist Lipschütz bemerkte, daß im Falle der Erfüllung der Forderungen diese Versammlung ohne Zwischenfall verlaufen werde. Sollte diese Voraussetzung nicht zutreffen, dann müßten die Kommunisten die Verantwortung für die weiteren Geschehnisse ablehnen. Nach Schluß der Versammlung entfernten sich die Teilnehmer in Ruhe.

(Telegramm des Pester Lloyd.)
Wien, 19. April.

Über die Versammlung der Soldatenheimkehrer im Zirkus Busch wird noch berichtet: Ein Volkwehrcorps verließ die Aufrechterhaltung der Ordnung. Vor dem Zirkus wurden bolschewistische Flugblätter verteilt, in denen dazu aufgefordert wurde, bei den bevorstehenden Wahlen für die kommunistischen Kandidaten zu stimmen. Auch Ansichtskarten von Lenin, Trotzki, Rosa Luxemburg und anderen wurden verkauft.

Schutzmaßnahmen der Wiener Regierung.
(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 19. April.

Der heutige Tag und der Abend sind bisher ruhig verlaufen. Die Versammlung der Arbeitslosen im Zirkus Busch und die Versammlung der Kriegsinvaliden nahmen einen ziemlich ruhigen Verlauf. In der Arbeitslosenversammlung wurde beschlossen, neuerlich der Regierung die bekannten Forderungen mit einer Befristung von dreimal vierundzwanzig Stunden zu überreichen. Uebrigens hat auch der Staatssekretär für soziale Fürsorge Hanusch die Antwort der Regierung für Dienstag in Aussicht gestellt.

Die Regierung hatte umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die im Parlament konfigurierte Volkswehr wurde bedeutend verstärkt. Mittags kam zu der 360 Mann und zwanzig Maschinengewehre zählenden Volkswehr-Abteilung ein Detachement in der Stärke von 127 Mann mit Maschinengewehren und später noch mehrere Aufgebote in derselben Stärke hinzu. Die Mannschaften wurden mit Stahlhelmen ausgerüstet. Da die Truppen in der großen Säulenhalle und in den Gängen nicht Platz fanden, wurden ihnen auch Parkterrelokale zugewiesen. Die Ringstraßeneingänge des Parlaments waren gesperrt und von schwächeren Detachements der Volkswehr besetzt. Der Eingang in das Haus war nur vom Schmerlingplatz aus möglich. Im Hofe des zum Schmerlingplatz führenden Torres stand eine Abteilung der Volkswehr mit Stahlhelmen und harzte dort der weiteren Befehle. An den Hydranten waren Schläuche angebracht, um etwaige Angriffe von Demonstranten mit kalten Wasserstrahlen abzuwehren. Alle Tore des Parlaments waren auch mit Maschinengewehren besetzt. Von 1 Uhr ab gab es strenge Bereitschaft. Auch in den dem Parlament benachbarten Gebäuden befanden sich Volkswehrmannschaften.

Nach Schluß der Versammlung zerstreuten sich jedoch die Teilnehmer in aller Ruhe und die erwartete Demonstration vor dem Parlament fand nicht statt. Im Rathaus waren, wie immer am Karfreitag, die Bureaus vollständig geschlossen. Das Rathaus war übrigens auch von einer Kompagnie Volkswehr besetzt. Aber auch dort fand keinerlei Demonstration statt.

R. Fried.

Auch die Franzosen drohen mit der Hungerpeitsche.
Wien, 19. April.

Der außerordentliche Gesandte der französischen Republik Alizé hat dem Staatssekretär für Außenwesens Dr. Bauer folgende Note überreicht:

Die Regierung der französischen Republik ist entschlossen, zusammen mit den alliierten Regierungen die Mittel zu suchen, um die Bevölkerung des früheren Oesterreich auf eine ausgiebigere Art mit Lebensmitteln zu versorgen, als es bisher bei den geringen Vorräten möglich war. Besonders ist in letzter Zeit ein ansehnliches Ergebnis erzielt worden. Ueberdies wurden Vorschläge erstattet, wie man eine Zuschußversorgung für die Arbeiterschaft der Städte durchführen könnte, die sich nicht so leicht versorgen kann, wie jene auf dem Lande. Frankreich hat auch Verhandlungen eingeleitet, die die direkte Führung von Lebensmitteln zwischen Frankreich und Deutschösterreich über die Schweiz zum Ziele haben.

Alle diese Bemühungen wären jedoch vergeblich und die Versorgung mit Lebensmitteln müßte vollständig eingestellt werden, wenn die Alliierten angesichts ungesetzlicher Handlungen, die die öffentliche Ruhe zu stören geeignet wären, die Gewähr für die Haltung der Bevölkerung verlieren würden und nicht mehr sicher wären, unter welchen Bedingungen sich in Zukunft die Transporte und die Verteilung der Lebensmittel vollziehen würden. (U. T. A. B.)

Eine Versammlung der Heimkehrer.
(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 19. April.

Im Gebäude des Zirkus Busch fand heute nachmittags eine von der Vereinigung der Frontheimkehrer einberufene Versammlung statt, auf deren Tagesordnung nur die Besprechung wirtschaftlicher Fragen stand. Die meisten Mitglieder dieser Vereinigung vertraten radikale Anschauungen und demgemäß nahm die Erörterung politischer Angelegenheiten den größten Raum in der Debatte ein. Es hatten sich etwa zweitausend Personen eingefunden. Die Debatte war häufig von stürmischen Zwischenrufen begleitet, die sich vor allem gegen gemäßigte Redner richteten. Naturgemäß wurden auch die Vorfälle vor dem Parlament besprochen, wobei die Redner die Schuld den Ausschreitungen der Polizei zuschoben, die noch immer im reaktionären Geiste geleitet werde. Andere Redner erklärten überdies, daß unverantwortliche Elemente, vor allem halbwüchsige Burschen, die Gelegenheit benützt hätten, um bedauerliche Ausschreitungen zu begehen.

Der Kommunist Lipschütz, der als Kriegsgefangener während des russischen Umsturzes in Petersburg eine Rolle gespielt hatte, warnte davor, die Versammlung, die nur zur Erörterung wirtschaftlicher Fragen einberufen und auch nur zu diesem Zwecke gestattet worden sei, zu politischen und agitatorischen Zwecken auszunützen. Er schlug der Versammlung vor, aus ihrer Mitte eine Deputation zu wählen, die dem Staatskanzler ein Memorandum mit den Forderungen der Heimkehrer überreichen und zugleich eine dreitägige Frist zur Beantwortung stellen soll. Im Falle einer ungünstigen Erledigung der Forderungen würden aber die Kommunisten vor keinem Mittel zurückschrecken, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Die kommunistische Kundgebung in Wien.

Budapest, 19. April.

Die schweren und blutigen Kämpfe, die das Wiener Proletariat zur Erringung der Herrschaft führt, bilden das Gegenstück zur blutlosen Umwälzung in Ungarn. Wien erlebt jetzt Tage, wie es sie wohl seit 1848 nicht gesehen hat. An Stelle des abgestumpften Massenbewußtseins, an dem die Verbündungspolitik der Sozialdemokratie der letzten Jahre eine nicht geringe Schuld trägt, tritt jetzt als Folge der grausamen Lehren der Geschichte eine revolutionäre Kampfbereitschaft. Wäre diese Kampfbereitschaft und das Massenbewußtsein der Wiener Arbeiter früher erwacht, hätte der von den Sozialdemokraten gepredigte Burgfriede sein Gift nicht tief in das Gehirn der österreichischen Arbeiterschaft geträufelt, wären ihr jetzt viele schwere Opfer und Niederlagen, viel Blut erspart geblieben. Die Wiener Arbeiterschaft hat es ruhig mitangeschaut, wie die Bourgeoisie sich zum Kampfe rüstete, sie hat, eingeschläfert durch die Zählungsreden und Versprechungen der sozialdemokratischen Minister, weder an eine Zerstörung des alten Unterdrückungsapparats des bürgerlichen Staates, noch an die Verwirklichung einer gegen das alte System gerichteten Machtkorganisation gedacht. Das österreichische Proletariat mußte alles seit der Novemberrevolution erleben Elend noch einmal durchkosten, um davon überzeugt zu werden, daß der bürgerliche Staat, mögen noch so viele Sozialdemokraten in seinem Ministerium sitzen, der hungernden, arbeitslosen Arbeiterschaft außer Maschinengewehrfeuer und bewaffneter Gendarmerie nichts zu bieten habe.

Aber je grausamer die Lehren der Geschichte sind, desto schärfer prägen sie sich ein in das Gehirn eines jeden Proletariats. Jeder Blutstropfen, der auf den Straßen Wiens vergossen ward, jedes Proletariatsleben, das den Gendarmen der alten Ordnung zum Opfer fiel, vertieft die Klüft zwischen Proletariat und seinen Ausbeutern, und alle Bemühungen eines Renner, eines Otto Bauer oder anderer sind vergebens, sie vermögen die Klüft nicht zu überbrücken. An Stelle eines jeden Kämpfers werden hundert neue entstehen. Denn Tatsachen sind das beste Agitationsmittel, und die Herren von der Arbeiterzeitung sind tief im Unrecht, wenn sie behaupten, die Wiener Ereignisse seien bloß dem Einflusse der ungarischen Agitation zuzuschreiben. Die eine Ehre muß ihnen belassen werden: Niemand hat mehr zur Diskreditierung, zur Entlarbung der gegenrevolutionären Velleitäten innerhalb der sozialdemokratischen Partei beigetragen als sie selber, in-

Eine soziale Tagung der Nationalversammlung.

Mitteilungen über die Auffassung der Regierung.

Wien, 22. April.

Nach der Osterpause der Nationalversammlung wird die Konstituante mit frischen Kräften daran gehen, große soziale Aufgaben ihrer Lösung entgegenzubringen, die dieser Lösung dringend bedürfen. Es wird sich hierbei um Bedürfnisse handeln, die für Staat und Gesellschaft Deutschösterreichs von höchster Bedeutung sind. Die konstituierende Versammlung Deutschösterreichs ist bisher eigentlich noch wenig in die Lage gekommen, derartige große Fragen in den Kreis ihrer Erörterungen zu ziehen, handelte es sich doch vor allem nur um die Aufrichtung eines Verfassungsgerüsts für das künftige Staatswesen. Nunmehr pocht an die Pforten des Hauses der Gesetzgebung die große soziale Frage, die heute für die gesamte Bevölkerung unseres, wenn auch kleinen Staates von größter Wichtigkeit ist. Kein Staatswesen kann derzeit der Lösung derartiger Aufgaben entraten, zumal an den Folgen des großen Krieges das gesamte Reich und die Bevölkerung schwer leiden und ohne eine wirksame soziale Gesetzgebung in Zukunft gar nicht leben können.

Aus dem Komplex der sozialen Fragen, welche die konstituierende Versammlung Deutschösterreichs zunächst beschäftigen werden, seien drei hervorgehoben, deren Lösung ein Aufschieben nicht mehr verträglich ist. Sie alle hängen mit den furchtbaren Folgen des großen Völkerringens zusammen, und ein Vernachlässigen dieser Angelegenheiten würde unserer staatlichen Gemeinschaft schwere Nachteile bringen. Es sind dies: die Versorgung unserer Invaliden, die Errichtung von Volkshilfsstätten und die Sozialisierung. Die beiden ersten Gegenstände, welche die Nationalversammlung beschäftigen werden, sind dazu bestimmt, die schweren Folgen der Verwüstung so weit als möglich wieder gutzumachen, die der Krieg an unserer Bevölkerung verschuldet hat. Die Versorgung unserer Invaliden ist nicht nur eine unaufschiebbare Zahlung einer Dankeschuld an diejenigen, die auf den Schlachtfeldern für unser Land ihre Gesundheit und ihr Leben hingegeben haben,

sondern auch ein unabweisbares Bedürfnis für unseren Staat, die Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade wenigstens in Unversehrtheit wieder aufzurichten. Das Invalidengesetz, das die Regierung dem Hause unterbreitet hat, sucht einen statlichen Teil dieser Schuld den Opfern des Krieges zu entrichten; freilich nicht alles und nicht so viel wie wünschenswert gewesen wäre, bringt das Invalidengesetz unseren Kriegsschädigten und den Familien der auf dem Schlachtfelde Gefallenen. Aber immerhin, den Armen und Unglücklichen, die von dem schweren Kriegsunheil getroffen wurden, wird so viel geboten, daß sie ohne die Sorge um die niedrigsten Werte des Lebens der Zukunft entgegenblicken können. Die Regierung war sich dessen bewußt, daß sie in dieser Beziehung viel größere Opfer bringen mußte, als jemals nach dieser Richtung hin geschah. Es ist kein Bettel, was sie bietet, es ist vielmehr unveräußerliches Recht, das unseren armen Opfern des Krieges gegeben wird. Die Regierung will den Bewohnern dieses Staatswesens durch die Tat beweisen, daß sie von ernstem sozialen Willen zu ernster sozialer Tat erfüllt ist.

Der zweite Gesetzentwurf, der der konstituierenden Nationalversammlung zugehen wird, betrifft eine kraftvolle Fürsorge für die durch den Krieg an ihrer Gesundheit geschädigte Bevölkerung und vor allem unsere so schwer betroffene Jugend. Es ist dies das sogenannte „Schlößergesetz“. Mehr als auf irgendeiner Schichte unserer Bevölkerung lastete der Krieg auf den großen Massen des Volkes, die jahrelang dulden und das Allernotwendigste entbehren mußten. Die furchtbare Not an Lebensmitteln, das Ertragen von Drangsalen aller Art haben weite Kreise der Bevölkerung Deutschösterreichs auf das schwerste bedrückt. Die Erwachsenen mußten hungern und frieren, und die Kinder hatten kaum, ihren Hunger zu stillen, zumal ihnen nur die allerdürftigste Nahrung geboten werden konnte. Für beide, für die krank gewordenen Erwachsenen und für die entkräftete Jugend, soll Sorge getragen werden. Dies muß rasch geschehen, falls nicht jung und alt der Entkräftung, der Verzweiflung anheimfallen sollen. Diesem Zwecke ist die von der Regierung eingebrachte Vorlage zu dienen bestimmt. Die Prunkschlösser auf dem Lande und die Palais in den Städten, die bisher einzelnen Privaten gebient haben, sollen geöffnet werden, damit jung und alt Heilung und Erholung finden, um neuerdings körperlich gekräftigt wieder in das feindliche Leben hinaustreten zu können. Die Regierung war sich auch nach dieser Richtung hin ihrer sozialen Pflicht be-

wußt. Es ist eine Pflicht der besitzenden Klassen, sich der Pflicht des Besitzes zu erinnern. Die breiten Schichten des Volkes trugen die großen Lasten des Krieges, sie empfanden am schwersten das furchtbare Leid in den Kriegsjahren. Ihnen muß geholfen werden, sollen nicht das ganze Staatswesen und die bürgerliche Ordnung erschüttert werden.

Die dritte und vielleicht die bedeutsamste Vorlagen-Gruppe, mit der sich die Nationalversammlung in ihrer kommenden Tagung zu beschäftigen haben wird, betrifft die Sozialisierung. Eine neue Zeit mit neuen Forderungen ist herangebrochen und die wirtschaftliche Produktion wird ganz andere Wege gehen müssen als vor 1914. An dem Produktionsprozesse sollen alle jene teilnehmen, die an ihm mit-schaffen, und diesem Zwecke dienen in erster Linie die Gesetzesvorlagen über die Sozialisierung. Die Regierung gibt sich keiner Täuschung hin, wenn sie annimmt, daß gerade diese Gesetzesentwürfe vielfachen Widerständen begegnen werden. Allein sie ist überzeugt und sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die weitaus größte Mehrheit unserer gesetzgebenden Körperschaft sich der Forderung der Zeit nicht wird verschließen können und dürfen, denn zu laut und zu eindringlich sind die Stimmen der Massen, die draußen außerhalb der Nationalversammlung nach einer Aenderung der Wirtschaftsweise rufen.

So wird denn die kommende Tagung der Konstituante sich fast ausschließlich mit sozialen Fragen zu beschäftigen haben, mit Fragen, an deren Lösung das ganze Volk Deutschösterreichs interessiert ist. Das künftige Wohlergehen unseres Gemeinwesens, die Ruhe unserer Produktion und die künftige Gestaltung unserer ganzen Gesellschaft hängen von dem Ergebnisse der Beratung der Nationalversammlung über diese sozialen Gesetzentwürfe ab. Mögen die Abgeordneten, die hierüber beraten und beschließen werden, sich der großen Augenblicke bewußt sein, mögen sie geleitet sein von dem Gedanken, daß eine glückliche Gestaltung der Dinge in Deutschösterreich nur dann möglich sein wird, wenn die genannten Gesetzentwürfe jene Erledigung erfahren werden, wie sie zum Gedeihen unseres Freistaates notwendig ist. Kein Freund unserer Republik, kein Freund der ruhigen Entwicklung unserer staatlichen Gemeinschaft wird sich der Einsicht verschließen können, daß es in diesem Augenblicke notwendiger denn jemals ist, daß die bevorstehende soziale Tagung unserer Konstituante ein großes Geschlecht von Gesetzgebern findet.

Das parlamentarische Arbeitsprogramm.

Wien, 22. April.

Der Hauptausschuß wird morgen das Programm für die Nationalversammlung feststellen. Die von der Sozialisierungskommission durchberatene Sozialisierungsgesetze werden als Regierungsvorlagen eingebracht und wahrscheinlich im beschleunigten Wege von der Nationalversammlung behandelt werden. Die von der Regierung ausgearbeitete Vorlage über die Enteignung von Schlössern, Palästen und Luxuswohnungen zum Zwecke der Errichtung von Volkspflegestätten erregt bei den Christlichsozialen Widerstand. Es wird auch von den bürgerlichen Parteien anerkannt, daß die Errichtung von Volkspflegestätten so rasch wie möglich erfolgen müsse. Auch die Enteignung von Schlössern und Palastbauten für diesen Zweck wird als berechtigt angesehen. Widerstand erregt nur die Bestimmung, daß die Enteignung ohne Entschädigung für die gegenwärtigen Besitzer erfolgen soll. Man findet, daß die Regierung mit dieser Bestimmung den von ihr in den Sozialisierungsgesetzen selbst aufgestellten Grundsatz verleugnet. Die Gesetzesvorlage wird daher wahrscheinlich eine Veränderung in der Richtung erfahren, daß das Prinzip der Entschädigung in ihr zur Geltung kommen werde. Auch gegen den Antrag auf Verstaatlichung des Schulwesens macht sich bei den Christlichsozialen eine ziemlich starke Gegenströmung bemerkbar. Es wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß die Entscheidung darüber vorläufig hinausgeschoben wird. Es

steht nunmehr fest, daß sich der Hauptausschuß morgen dahin aussprechen wird, daß kein Grund für eine Demission des Unterstaatssekretärs Miklas vorliege. Da auch die christlichsoziale Partei auf dieser Demission nicht bestehen wird, wird Unterstaatssekretär Miklas auch weiterhin im Amte verbleiben.

Im Laufe des heutigen Tages haben Verhandlungen der Regierung mit den Arbeitslosen und Heimkehrern stattgefunden. Die Regierung hat eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, von denen sie erwartet, daß sie von den Arbeitslosen und Heimkehrern akzeptiert werden. Da morgen nachmittag Versammlungen der Arbeitslosen und Heimkehrer stattfinden, werden im Parlamentsgebäude abermals verschärfte Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Man glaubt jedoch, daß der morgige Tag ruhig verlaufen werde.

Eine Nachsitzung des Kabinettsrates.

Wien, 22. April.

Heute fand unter dem Vorstehe des Staatskanzlers Dr. Renner ein mehrständiger Kabinettsrat statt, der sich außer mit laufenden Angelegenheiten auch noch mit der Frage der Arbeitslosen beschäftigte. Weiter beschäftigt mit der Vorbereitung der Vorlagen für die bevorstehende Tagung der Nationalversammlung. Es wurden mehrere sozialpolitische und finanzielle Gesetzentwürfe erledigt. Einer eingehenden Beratung wurden die Gesetzentwürfe über die Sozialisierung unterzogen.

Abends wurde der Kabinettsrat unterbrochen, worauf die Staatssekretäre um halb 10 Uhr abends neuerdings zu einer Sitzung zusammentraten.

Der Kabinettsrat währte bis nach halb 1 Uhr nachts.

Ostdeutsche

Konstituierende Nationalversammlung.

Sitzung vom 24. April 1919.

Präsident Seig eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 10 Minuten.

Angelobung der einberufenen Abgeordneten.

Die auf Grund des Beschlusses der Nationalversammlung vom 4. April einberufenen Abgeordneten: Alois Dengg, Anton Fidl, Emil Krast, Karl Viesche neegg, Dr. Josef Buchner, Hans Ruchti, Dr. Eduard Reut-Wikolissi, Dr. Nemilian Schöpfer, Josef Schraffl, Dr. Franz Schumacher, leisten die Angelobung.

Die Umtriebe gegen den Anschluss.

Präsident bringt dem Hause zur Kenntnis, daß von verschiedenen Körperschaften und Vereinen aus Deutschösterreich sowie auch aus dem Deutschen Reich an das Präsidium Zuschriften eingelaufen sind, worin gegen Bestrebungen Stellung genommen wird, die auf die Hintertreibung des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reich und die Abtrennung der in geschlossenen Siedlungsgebieten wohnenden deutschen Volksgenossen abzielen.

Diese Zuschriften werden der Staatsregierung übermittelt werden.

Einladung zur Entsendung d. 3. Vertreter in den deutschen Verfassungsausschuss.

Es ist eine Zuschrift der Staatskanzlei eingelaufen, in der mitgeteilt wird, daß die deutsche Reichsregierung an die deutschösterreichische Staatsregierung die Einladung hat ergehen lassen, fünf Mitglieder der deutschösterreich. Nationalversammlung in den Beratungen des deutschen Verfassungsausschusses zu entsenden.

Diese Abordnung hätte die Aufgabe, an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen. Der Kabinettsrat habe beschlossen, bei der Nationalversammlung die Wahl solcher Delegierter zu beantragen. Die Staatskanzlei eruche daher, die Wahl der fünf Delegierten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Nationalversammlung zu stellen.

Der Präsident gibt bekannt, daß der Hauptauschuss in seiner gestrigen Sitzung beschlossen habe, der Nationalversammlung vorzuschlagen, diesem Ersuchen der deutschen Reichsregierung zu entsprechen.

Das Haus stimmt diesem Vorschlage des Hauptauschusses zu.

Staatskanzler Dr. Renner: Die Reichsregierung und die deutschösterreichische Staatsregierung begegnen sich in dem Bunde, daß beim Verfassungswerte die Stimme Deutschösterreichs gehört werde. Die deutsche Nation, deren integrierender Bestandteil wir Deutschöreicher sind, zimmert sich heute in Not und Drang ein neues Haus. Wie immer die Würfel beim nächsten geschichtlichen Wurf fallen mögen, wir werden dieses Haus mitbewohnen.

Wir haben das Interesse, unsere künftige Stellung in der Gemeinschaft aller deutschen Stämme zu wahren. Ich bitte deshalb im Namen der Staatsregierung, die Wahl der Experten vorzunehmen und damit zu befehlen, daß die Gemeinschaft der Sprache, des Blutes und der Kultur stärker als als der vorübergehende Zufallswellenanschlag der Tagesereignisse.

Staatssekretär Bauer.

führt aus, er sei beauftragt, der Nationalversammlung vier Gesetzentwürfe vorzulegen, die das erste Ergebnis der Arbeit der Sozialisierungskommission sind. Der grundlegende Gesetzentwurf ist der über die Betriebsräte, der den Abschluß einer alten und den Beginn einer neuen Entwicklung darstellt. Er gibt den Betriebsräten das Recht, unmittelbar mitzuwirken an allen jenen Fragen,

die die rechtliche Stellung, das seibliche Wohl und Wehe der Arbeiter in dem Betriebe berühren, aber auch an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes sich zu beteiligen.

Die weiteren drei Gesetzentwürfe sollen die Sozialisierung für eine Reihe von Industrien vorbereiten. Die größten Meinungsverschiedenheiten hat jener über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben hervorgeworfen, und zwar wegen der Frage, ob mit oder ohne Entschädigung enteignet werden und in welcher Höhe die Entschädigung bemessen werden soll. Staatssekretär Bauer erklärt hierzu: Das Eigentum ist wie jedes andere Recht vom Staate verliehen. Der Staat kann das Recht, das er gegeben hat, auch widerrufen. Wir lehnen daher eine Enteignung ohne Entschädigung durchaus nicht prinzipiell ab. Nach unserer Ueberzeugung schien es nicht möglich, den Grundbesitz, der auf zehrendes Vermögen ohne weiteres angewendet werden kann, auch dort anzuwenden, wo es sich um das ganze komplizierte System der Industrie, des Handels, des Bergbaues oder gar der Land- und Forstwirtschaft handelt. Eine einfache Konfiskation ist da nicht möglich. Das Kapital als Vermögen muß geschieden werden von dem Kapital als Vermögen. Die vorliegenden Entwürfe handeln ausschließlich von der Enteignung der Betriebe und es wird dabei an dem Grundbesitz der Entschädigung festgehalten. Dem Richter wird es überlassen bleiben müssen, auf Grund der im Gesetze enthaltenen allgemeinen Bestimmungen die Bemessung der Entschädigung dem konkreten Einzelfalle anzupassen.

In enger Verbindung mit dem Gesetzentwurf über die Enteignung steht der, betreffend die Vergeiselung von Unternehmungen durch die Gemeinden.

Der Gesetzentwurf über gemeinwirtschaftliche Anstalten und Gesellschaften gemeinwirtschaftlichen Charakters endlich soll jene wirtschaftlichen Organisationen schaffen, in deren Hände die Verwaltung der enteigneten Betriebe übergeben wird. Er sucht sowohl die Gefahr des Syndikalismus als auch des Statismus zu vermeiden. Zur Beschaffung der erforderlichen Betriebsmittel ermächtigt er den Staatssekretär für Finanzen, Kreditinstitute und Versicherungsanstalten zur Uebernahme der von den sozialisierten Unternehmungen ausgehenden Obligationen zu verpflichten. Es ist dies der erste Schritt zur Sozialisierung des Bankwesens.

Staatssekretär für soziale Fürsorge Hanusch

begründet zunächst den Gesetzentwurf über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und jugendlichen Personen in gewerblichen Betrieben.

In Besprechung der Vorlage über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflagestätten bemerkt der Staatssekretär: Dieses Gesetz hat in der Presse bereits eine ziemlich rege Diskussion entfacht. Aber wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß schon vor dem Kriege ein großer Mangel an öffentlichen Einrichtungen zur Pflege der Kranken und Siedhen sich fühlbar machte. Durch den Krieg wurden der Bevölkerung zu große Wunden an der Volkskraft geschlagen, daß das Bedürfnis nach Pflagestätten und Heilanstalten heute ins Angemessene gestiegen ist und die Bevölkerung ein Recht darauf hat, derartige Einrichtungen zu fordern.

Da dem Staate die Mittel für derartige Bauten fehlen, müssen Baläste, Schlösser und Luxusbauten diesem Zwecke zugeführt werden. Eine Entschädigung könnte man sich noch gefallen lassen, wenn diese Baläste produktiven Zwecken zugeführt werden könnten; sie sind aber heute passiv und werden, auch wenn sie enteignet sind, passiv bleiben. Soweit landwirtschaftliche Flächen in Frage kommen, sollen sie entsprechend entschädigt werden, weil es sich um produktive Werte handelt.

Unterstaatssekretär Glöckel

begründet den Gesetzentwurf, betreffend die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren. Er beleuchtet den bisherigen Zustand und bemängelt es vor allem, daß bei der Auswahl der Personen bei Besetzung der Bezirksschulinspektorate manchmal nicht pädagogische, sondern politische Gesichtspunkte maßgebend waren. Es werden in Zukunft nur solche Inspektoren ernannt werden, die sich auf dem Gebiete der Volksschule bereits betätigt haben, ohne jede Rücksicht auf ihre politische Parteistellung.

Der Unterstaatssekretär betont die Notwendigkeit einer planmäßigen und obligatorischen Fortbildung der jungen Lehrer, wozu es in erster Linie der Mitarbeit der Bezirksschulinspektoren bedürfe, die daher auf der Höhe der Zeit stehen müßten.

Präsident Seig weist die Vorlage über die Erklärung des 12. November und des 1. Mai als allgemeine Ruhetage dem Verfassungsausschuss zu. Er erklärt weiters, die Vorlagen über die Volkspflagestätten, über die Mindestruhezeit, den Ladenschluß und die Sonntagsruhe in Handelsgewerben und anderen Betrieben, sowie das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und jugendlichen in gewerblichen Betrieben dem Ausschusse für soziale Verwaltung zuweisen zu wollen.

Hg. Dr. Seipel beantragt, das Gesetz über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflagestätten einer ersten Lesung zu unterziehen.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Präsident Seig weist weiters das Gesetz über die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht, jenes über die Ermächtigung der Regierung zu Zoll- und handelspolitischen Verfügungen dem Finanz- und Budgetausschuss, letzteres mit dem Erlaß um möglichst baldige Berichterstattung zu.

Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Sozialisierungsvorlagen.

Hg. Eldersch beantragt im Auftrage des Hauptauschusses, zur Vorbereitung der Sozialisierungsvorlagen einen

Grundsätze und Gewohnheiten des Krieges... rechtes widerprechen, wird von der Kommission dahin beantwortet...

Die Kommission fordert, daß eine neuerliche Untersuchung eingeleitet werde, die es ermöglichen soll, eine möglichst vollständige Liste aller von Deutschland und seinen Verbündeten begangenen Kriegsverbrechen aufzustellen.

Im dritten Kapitel ihres Berichtes kommt die Kommission bei der Prüfung der Verantwortlichkeiten für die Kriegsverbrechen zu dem Schluß, daß sie bei allen Angehörigen der feindlichen Streitkräfte zu suchen und zu bestrafen seien, die dieser Verbrechen schuldig befunden wurden...

Anlangend die Frage, ob die Staatsoberhäupter vor diesem Tribunal gestellt werden könnten, haben, wie der Bericht besagt, Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika Einwendungen erhoben...

Resümierend gelangt die Kommission zu dem Schluß, daß die Notwendigkeit und die Möglichkeit bestehe, die Urheber der Kriegsverbrechen, den deutschen Kaiser als Mitschuldigen inbegriffen, zu verfolgen und zu bestrafen.

Eine soziale Tagung.

Sitzung der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung, die heute, nach den kurzen Osterferien, wieder zusammengetreten ist, tritt nun an ihre sozialen Aufgaben heran. Während ihrer ersten Arbeiten dem verfassungsmäßigen Aufbau gewidmet waren, wird sie nun große und vielfältige soziale Leistungen zu vollbringen haben...

Der Verlauf der Sitzung.

10. Sitzung. Der Präsident eröffnet die Sitzung nach 3 Uhr. Die aus Steiermark und Südtirol einberufenen Abgeordneten, die heute in der Sitzung erschienen sind, leisten die Angelobung.

Fünf Delegierte nach Weimar.

Die deutsche Reichsregierung hat der deutschösterreichischen Regierung die Einlage übermitteln, zu den Beratungen des deutschen Verfassungsausschusses nach Weimar fünf Mitglieder der Nationalversammlung zu entsenden...

Die Reichsregierung und die deutschösterreichische Staatsregierung begeben sich in dem Wunsche, daß beim Verfassungswerk die Stimme Deutschösterreichs gehört werde. Die deutsche Nation, deren integrierender Bestandteil wir Deutschösterreich sind, zittert heute in Not und Drang ein neues Haus...

Als Delegierte werden gewählt: die Abgeordneten Abram, Dr. Kamel und Dr. Waber, ferner Dr. Karl Sogelmann und Oswald Hillebrand.

Nun machen der Staatssekretär Bauer und der Staatssekretär Hanusch ihre Mitteilungen (die wir an anderer Stelle bringen), worauf Unterstaatssekretär Gieseler den heute eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über

Die definitive Anstellung von Bezirksschulinspektoren

begründet. Nach dem Gesetz werden für dieses Amt geeignete Fachmänner in Betracht genommen. Vorläufig provisorisch nach drei Jahren zufriedenstellender Verwendung werden sie definitiv ernannt. Sie gehören der achten Rangklasse an. Der Unterstaatssekretär machte dabei auch folgende Bemerkungen:

Bei der Auswahl der Persönlichkeiten für die Schulaufsicht hatte man bis vor kurzem meist eine wenig glückliche

Hand. Nicht nur bei der Auswahl von Mittelschullehrern, sondern auch bei der von Volks- und Bürgerschullehrern waren Mißgriffe möglich. Man wählte willkürlich Personen, die sich vorher weder praktisch noch literarisch auf dem Gebiet der Pädagogik hervorgetan hatten. Aus das Schlimmste aber muß getadelt werden, daß bei der Auswahl der Personen oft nicht pädagogisch, sondern rein politische Gesichtspunkte maßgebend waren. Wir haben Fälle kennen gelernt, wo die Lehrerschaft ganzer Bezirke durch solche Personen moralisch verseucht wurde...

Ein Obstruktionsantrag der Christlichsozialen.

Die Christlichsozialen marieren ihre Feindschaft gegen den Gesetzesentwurf über die Errichtung von Volkspflegerstätten damit, daß der Abgeordnete Seipel den Antrag stellt, den Entwurf einer ersten Lesung zu unterziehen. Der Antrag wird aber abgelehnt! Die Bauernbünde der Christlichsozialen sind dabei recht leer. Es scheint, daß diese plutokratische Rücksichtnahme nur gerade bei den Wiener Christlichsozialen vorherrscht.

Für die Kriegsoffer.

Nun wird der Ausschussbericht über das Invaliden- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz verhandelt. Wir haben den Inhalt in drei Artikeln (dieses Sonntag, Mittwoch und Donnerstag) ausführlich wiedergegeben. Den Bericht erstattet Widholz. Nach ihm spricht noch Dr. Wigner. Danach wird die Verhandlung abgebrochen.

Eingebracht werden sieben Anträge und drei Anfragen. Nächste Sitzung, morgen Freitag um 11 Uhr vormittags. Schluß der Sitzung um 3/6 Uhr.

Die Sozialisierungsgesetze.

Die Regierung hat heute vier Sozialisierungsgesetzesentwürfe eingebracht. Der erste betrifft die Errichtung von Betriebsräten, der zweite die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben, der dritte bezieht sich auf gemeinwirtschaftliche Anstalten und Gesellschaften gemeinwirtschaftlichen Charakters, der vierte betrifft die Vergesellschaftung von Unternehmungen durch die Gemeinden. Der für die Arbeiterschaft allerwichtigste ist der über die Betriebsräte, den wir weiter unten im Wortlaut folgen lassen...

Der grundlegende Gesetzesentwurf ist der über die Betriebsräte. Denn jede Sozialisierung muß nach unserer Ueberzeugung von der Demokratisierung der Betriebsverwaltung ausgehen. Der Gesetzesentwurf stellt den Abschluß einer alten Entwicklung dar und zugleich den Beginn einer neuen. Der kapitalistische Betrieb war anfänglich eine reine Herrschaftsorganisation. Der Unternehmer stand den Arbeitern

als eine Obrigkeit gegenüber, die vollaehende und die richterliche Gewalt über die Arbeiter. Dieser Absolutismus in der Fabrik ist allmählich ausgehöhlt worden durch die jahrzehntelange, zähe, opfervolle, systematische Arbeit der Gewerkschaften, denen später die Tagelöhnerorganisationen gefolgt sind. Heute obliegt uns in dieser Hinsicht nur, nun auch rechtlich abzuschließen, was sich gesellschaftlich vollzogen hat, die neue Rechtsordnung, die das Ergebnis der jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Arbeit ist, nun auch in das Gesetzbuch einzutragen. In dem Maße, als der Absolutismus des Unternehmers gefallen ist, in dem Maße, als der Betrieb aufgehört hat, eine Herrschaftsorganisation zu sein, in demselben Maße hat sich die Auffassung vom Betriebe als einer Gemeinde, gleichsam

als einer Genossenschaft derer entwickelt, die in ihm arbeiten, die das System seiner Produktionsmittel besitzen, deren gemeinsamer Arbeitsertrag die Waren sind, die in dem Betrieb hergestellt werden. Diese Auffassung, längst auch schon gefestigt im Bewußtsein der arbeitenden Massen, längst schon in den Formen des gewerkschaftlichen Vertrauensmännerchens verkörpert, sie soll nun auch die rechtliche Form finden, indem wir den Betrieb nun auch von Rechts wegen als Gemeinde organisieren, den Arbeitern eine Vertretung in dem Betriebsrat schaffen, den der Grundgesetz festsetzt, daß in allen Dingen, die unmittelbar das Interesse der Arbeiter und Angestellten betreffen, kein absolutes Gebot des Unternehmers mehr entscheiden darf, sondern nur die Vereinbarung zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat der Arbeiter und Angestellten. So gibt der Gesetzesentwurf, von diesem Gedanken zunächst ausgehend, den Betriebsräten das Recht, unmittelbar mitzuwirken an allen Fragen, die die rechtliche Stellung, das Wohl und Wehe der Arbeiter in dem Betrieb betreffen, und insofern stellt er in der Tat nur den Abschluß einer Entwicklung dar, die schon vollzogen war. Unbereits geht der Entwurf darüber hinaus und darin

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

als einer Genossenschaft derer entwickelt, die in ihm arbeiten, die das System seiner Produktionsmittel besitzen, deren gemeinsamer Arbeitsertrag die Waren sind, die in dem Betrieb hergestellt werden. Diese Auffassung, längst auch schon gefestigt im Bewußtsein der arbeitenden Massen, längst schon in den Formen des gewerkschaftlichen Vertrauensmännerchens verkörpert, sie soll nun auch die rechtliche Form finden, indem wir den Betrieb nun auch von Rechts wegen als Gemeinde organisieren, den Arbeitern eine Vertretung in dem Betriebsrat schaffen, den der Grundgesetz festsetzt, daß in allen Dingen, die unmittelbar das Interesse der Arbeiter und Angestellten betreffen, kein absolutes Gebot des Unternehmers mehr entscheiden darf, sondern nur die Vereinbarung zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat der Arbeiter und Angestellten. So gibt der Gesetzesentwurf, von diesem Gedanken zunächst ausgehend, den Betriebsräten das Recht, unmittelbar mitzuwirken an allen Fragen, die die rechtliche Stellung, das Wohl und Wehe der Arbeiter in dem Betrieb betreffen, und insofern stellt er in der Tat nur den Abschluß einer Entwicklung dar, die schon vollzogen war. Unbereits geht der Entwurf darüber hinaus und darin

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

kündigt sich das Neue an, das der Entwurf begründen will, daß er die Wirksamkeit des Betriebsrates nicht beschränkt auf die sozialen Fragen im engeren Sinne des Wortes, nicht auf die Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne, der Arbeitsordnung u. i. w., sondern daß er den ersten Schritt dazu tut, den Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiter und Angestellten auch zu beteiligen an der wirtschaftlichen und technischen Leitung des Betriebes. Er setzt fest, daß der Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsinhaber über die Grundsätze der Geschäftsführung, über die Verbesserungen der Geschäftsbedingungen beraten soll, er gibt dem Betriebsrat das Recht, Einsicht zu verlangen in die Bilanzen und die Lohnstatistiken des Unternehmens. Er gibt dadurch den Arbeitern Rechte, die es ihnen allmählich ermöglichen werden, über das Soziale im engeren Sinne hinaus auch

auf die wirtschaftliche Leitung des Unternehmens Einfluß zu gewinnen.

Freilich, es hängt nicht von den paar Paragraphen dieses Gesetzes ab, welchen Einfluß die Betriebsräte ausüben vermögen werden. Die Arbeiter und Angestellten, die in diesen Betriebsräten sitzen werden, werden es sicherlich erst allmählich lernen müssen, die Bilanz, die sie bekommen, auch zu lesen und das Recht der Beratung über die Geschäftsführung auch praktisch auszuüben. Aber gerade das erscheint uns als das Wichtigste in dem Gesetzesentwurf, daß er so eine erzieherische Funktion ausübt, daß er allmählich in den Betriebsräten einen Stab von Arbeitern und Angestellten heranzieht, die gewöhnt sind, sich mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen, und die dann die eigentlichen Träger der Sozialisierung sein werden, jene Männer und Frauen, denen es obliegen wird, die fähige Organisation unserer Produktion zu leiten.

Von den anderen Gesetzesentwürfen hat am meisten Meinungsverschiedenheiten über die

Enteignung von Wirtschaftsbetrieben

herausgerufen. Das Eigentum ist wie jedes andere Recht vom Staate verliehen. Der Staat kann das Recht, das er gegeben hat, auch widerrufen, es wieder an sich ziehen, und es obliegt ihm selbst, festzustellen, unter welchen Bedingungen er es tun will. Wir lehnen daher eine Enteignung ohne Entschädigung durchaus nicht prinzipiell ab. Die Regierung hat gerade heute dem Hause eine Vorlage unterbreitet, die in der Tat eine Enteignung ohne Entschädigung vorsieht. Dort handelt es sich freilich um Voluptuärbetrieb, um einen Betrieb, der keinen Ertrag abwirft. Ob derselbe Grundgedanke auch auf Wirtschaftsbetriebe anwendbar ist, das mühte Gegenstand sorgfältiger Erwägung sein. Nach unserer Ueberzeugung schien es nicht möglich, den Grundbesitz, der auf zehrendes Vermögen ohne weiteres angewendet werden kann, auch dort anzuwenden, wo es sich um das ganze komplizierte System der Industrie, des Handels, des Bergbaues oder gar der Landwirtschaft und Forstwirtschaft handelt. Die Expropriation, die notwendig ist als die Grundlage der Sozialisierung, muß sich da, wie wir glauben, in einer komplizierteren Weise vollziehen. Sie kann sich nicht vollziehen in der einfachen, primitiven Form der Konfiskation. Es ist eine der charakteristischsten Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung, daß sie allmählich in immer weiteren Sphären das Kapital differenziert hat, das Kapital als Betrieb getrennt hat von dem Kapital als Vermögen.

Wenn in der frühkapitalistischen Periode der Betrieb das Vermögen eines Mannes oder einer Familie ist, so haben wir in der modernen Mittelschicht auf der einen Seite den Betrieb, der der Gesellschaft gehört, also der Gesamtheit der Aktionäre, wobei die einzelnen Aktien Vermögensobjekte sehr vieler Individuen sind, und andererseits die fluktuierende Aktie, die Aktie, die ein ganz selbständiges Leben führt, ganz unabhängig vom Betrieb. Dieser Differenzierung zwischen produktivem und aktivem Kapital, zwischen Kapital als Betrieb und Kapital als Vermögen muß auch der Akt der Enteignung folgen. Auch hier müssen wir genau und deutlich scheitern die Enteignung der Betriebe von der Enteignung der Vermögen. Der Gesetzesentwurf handelt ausschließlich von der Enteignung der Betriebe. Der Kapitalist verliert durch die Enteignung die Unternehmerfunktion, das Unternehmerrisiko, aber damit natürlich auch die Unternehmermacht, die Macht in dem Betrieb und auf dem Marke, und den Unternehmergewinn.

Der Betrieb ist expropriert.

Nicht expropriert ist damit das Vermögen, da der Unternehmer ja für die Aktie Vollstreckungssolidaritäten eintauscht. Aber die Expropriation des Vermögens ist dann eine ganz andere Aufgabe, eine Aufgabe, die durch die Konfiskation nicht gelöst werden kann, da die Konfiskation nicht zu unterscheiden vermöchte das, was dem Großen, und das, was dem Kleinen, was dem Inländer und was dem Ausländer gehört, sondern nur gelöst werden kann mit viel raffinierteren Methoden, mit Methoden der Besteuerung, also mit Mitteln, die uns in anderem Zusammenhang beschäftigt haben, mit Vermögensabgaben, mit dem Ausbau der Besteuerung des arbeitlosen Einkommens, mit Reformen des Erbschafts. So versteht es sich von selbst, daß sie den Grundgedanke der Entschädigung für die enteigneten Wirtschaftsbetriebe festhalten. Nun war es freilich nicht leicht,

Die Bemessung der Entschädigung

zu regeln. Es sind da ganz verschiedene Gesichtspunkte gegeneinander gestellt worden. Von der einen Seite wurde angeführt, daß man die Entschädigung hinreichend bemessen müsse, damit die Betriebe, die vorläufig noch in privaten Händen bleiben, aber die Enteignung für die Zukunft zu fürchten haben, nicht etwa abgedrückt werden von der Investitionsstätigkeit, von dem Ausbau, von der Entwicklung der Unternehmung, an der die Volkswirtschaft ein Interesse hat. Von der anderen Seite ist dem entgegengehalten worden, daß wir durch eine allzu reichliche Bemessung der Entschädigung selbstverständlich die neuen sozialisierten Unternehmungen allzu schwer belasten und damit die ganze Sozialisierungsoffensive ihres Erfolges berauben würden. Es war notwendig, einen Mittelweg einzuschlagen. Es wird in jedem Falle notwendig sein, dem Richter die Freiheit zu geben, die Bemessung der Entschädigung dem konkreten Einzelfall anzupassen. Immerhin glauben wir, daß das, was wir vorschlagen, als eine Weisung an das Gericht, als eine nicht ausnahmslos anzuwendende Regel doch vor allzu großen Gefahren auf der einen oder anderen Seite uns bewahren könnte.

Der Staatssekretär besprach dann noch die anderen Gesetze; mit ihnen allen wird ein ganz neues Rechtssystem angebahnt; die Regierung kann dann das Werk der Sozialisierung praktisch beginnen und zunächst die wichtigsten Kraftquellen und die Gewinnung unserer wichtigsten Rohstoffe unter gesellschaftliche Kontrolle und gesellschaftliche Verfügungen legen und damit die eigentliche Grundlage einer neuen Gesellschaftsordnung legen. Ein so umfangreiches Rechtssystem entsteht nicht so schnell, wie es diesmal entstanden ist. Man arbeitet sonst an solchen Vorlagen oft Monate, wir waren aber gezwungen, die Arbeit in wenigen Wochen abzuschließen. Die Massen sind ungeduldig (Zustimmung), die Massen wollen den Beginn des Werkes der Sozialisierung sehen und sie haben ein Recht darauf, ihn so bald als möglich zu sehen. (Stärkerer Beifall.)

Die Konstituierung der Sozialisierungskommission.

Die vier Sozialisierungsgesetze wurden einem Spezialausschuß zugewiesen, in den gewählt wurden: Abram, Dancberg, Domes, Eisler, Eidersch, Emmy Freundlich, Gimpel, Jauels, Heinf, Hollersbacher, Hueber, Kraft, Kunzsch, Paulitsch, Dr. Michael Mayr, Schumacher, Stoder, Wiedenhofer, Wiesmeier, Wihany, Butte.

Nach der Hausung hielt die Sozialisierungskommission eine Sitzung ab. Zum Obmann wurde Hueber, zu seinem Stellvertreter Dr. Heinf, zum Schriftführer Dr. Gimpel gewählt. Als Referenten wurden bestellt: Für die Betriebsräte Hueber,

29. IV. 1919

Aufwerfen der Kabinettsfrage durch Doktor Bauer im Sozialisierungsausschusse.**Eine Ministerkrise nach der Auffassung parlamentarischer Kreise unwahrscheinlich.**

Wien, 29. April.

Der Sozialisierungsausschuß, der heute den Gesetzentwurf über die Errichtung von Betriebsräten in Verhandlung zog, hat an dem grundlegenden § 1 der Vorlage zwei wesentliche Änderungen beschlossen. Während die Regierungsvorlage vorschlägt, daß Betriebsräte in allen Betrieben errichtet werden, in denen dauernd wenigstens zehn Arbeiter oder Angestellte gegen Entgelt beschäftigt sind, hat der Ausschuß den Antrag angenommen, daß erst bei einer Zahl von 20 Arbeitern oder Angestellten Betriebsräte zu errichten seien. Weiter wurde in § 1 der Vorlage gestrichen, daß in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft Betriebsräte errichtet werden sollen, wenn die Zahl der Beschäftigten mindestens 20 be-

trägt. Es wurde beschlossen, daß Betriebsräte nur für die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe eingeführt werden sollen.

Staatssekretär Dr. Bauer erklärte, daß diese Beschlüsse möglicherweise politische Konsequenzen haben würden und kündigte an, daß er über die Abstimmung der Staatsregierung Bericht erstatten werde.

Die Beratung im Ausschuß nahm folgenden Verlauf:

Die Errichtung von Betriebsräten.

Der Sozialisierungsausschuß trat heute vormittag unter Vorsitz seines Obmannstellvertreters Seidl zu einer Sitzung zusammen, in der das Gesetz, betreffend die Errichtung von Betriebsräten, in Verhandlung gezogen wurde. Berichterstatter Hueber leitete die Verhandlung ein.

Abg. Dr. Simpl erklärt, die Christlichsozialen sind prinzipielle Gegner des Kapitalismus, der seine Macht dazu benützt, um das Volk auszubeuten. In der Sozialisierung erblicken sie ein Mittel, um diese schädliche Wirkksamkeit des Kapitalismus zu paralysieren, und sind deshalb, abgesehen von ihrer Weltanschauung, schon aus diesem Grunde Freunde der Sozialisierung. Es müsse aber festgestellt werden, daß in der Anschauung in bezug auf Eigentum zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten ein wesentlicher Unterschied besteht.

Nach Auffassung der Christlichsozialen ist das Eigentum ein primäres Naturrecht, hervorgehend aus der menschlichen Natur selbst, weshalb sie in erster Linie das Recht auf Eigentum betonen und dieses Recht vor allem entschieden gewahrt wissen wollen, soweit es nicht zum Schaden des Allgemeinwohles arbeitet. Die in der Nationalversammlung abgegebenen Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Bauer in Verbindung mit den im Hause unterbreiteten Sozialisierungsvorlagen haben in der Öffentlichkeit vielfach Beunruhigung hervorgerufen, da sie den Anschein erwecken, als ob die Sozialdemokratie nichts anderes wolle, als auf gesetzlichem Wege das zu erreichen, was die Kommunisten mit Gewalt wollen, ein Weg, auf dem wir ihnen niemals folgen können. Die Christlichsozialen stehen auf dem Standpunkte, daß in erster Linie die Produktion in Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe gehoben werden muß, weil wir gezwungen sind, Waren auszuführen und die Baluta zu verbessern. Unsere Aufgabe besteht jetzt vor allem darin, unter Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Staate die Arbeitsfreudigkeit in den breiten Massen des Volkes zu heben. Es muß daher jener Weg beschritten werden, der mit Sicherheit zur Hebung der Produktion führt. Wenn gezeigt werden kann, daß durch die Sozialisierung die Arbeitsfreudigkeit und die wirtschaftliche Hebung des Volkes erzielt wird, dann sind die Christlichsozialen Freunde der weitestgehenden Sozialisierung.

Abgeordneter Dr. Wutte gibt die Erklärung ab, daß alles getan werden müsse, um die wirtschaftliche Produktion zu heben. Es muß einen modernen

20. IV. 1919

Die Maifeier in Wien.

Um die Maifeier imposant und der besonderen Bedeutung, die sie heuer haben wird, angemessen zu gestalten und um die restlose Beteiligung der proletarischen Massen an der Maifeier zu ermöglichen, wird jeder der einundzwanzig Wiener Bezirke vormittags eine eigene große Maifeier veranstalten.

In allen Bezirken werden vormittags Massenmärsche mit Musik, Fahnen und Standarten stattfinden. Im Laufe der Demonstration werden Reden und Ansprachen gehalten werden, in denen die Bedeutung des Weltfeiertages der Arbeit gewürdigt wird.

An die Stelle der Maifeier im Prater treten im heurigen Jahre festliche Veranstaltungen in sämtlichen Theatern und großen Konzertsälen, weiter in allen Kinos sowie auf allen großen Sportplätzen.

Sammelplätze der Feier am Vormittag.

Die Teilnehmer an der Maifeier versammeln sich am 1. Mai um 9 Uhr vormittags in den Bezirken auf folgenden Plätzen:

- Innere Stadt:** Werderergasse.
- Leopoldstadt:** Hof der Wilhelmstafel. Zugang Vorgartensstraße Nr. 221.
- Landstraße:** Hof des Stablflements Lembacher, Hauptstraße Nr. 97.
- Wieden:** Spielplatz im Drajshpark.
- Margareten:** Siebenbrunnentplatz.
- Mariahilf:** Esterhazypark.
- Neubau:** Urban Vorplatz.
- Josefstadt:** Damerlingplatz. Bei Regenwetter im Saale „zum grünen Tor“, Lerchenfelderstraße Nr. 14.
- Alsergrund:** Spittelau: platz beim Franz Josefs-Bahnhof.
- Favoriten:** Arbeiterheim, Bayenburgerstraße Nr. 10.
- Simmering:** Simmeringer Brauhaus, Hauptstraße Nr. 99.
- Meidling:** Trainkaserne.
- Diezing:** Müllendorferstraße Nr. 2.
- Rudolfsheim:** Lokgasse Nr. 4.
- Häufhaus:** Aufmarschstraße beim Zirkus Schumann.
- Ottakring:** Arbeiterheim, Kreitnergasse.
- Servite:** am Platz Matzergasse, Richtigausenstraße und Vorort-Anie.
- Währing:** Lumanplatz.
- Döbling:** Kuhdorferplatz. (In der Arim: 1/2 9 Uhr, Webers Gasihaus, Billrothstraße.)
- Brightenau:** Sachsenplatz.
- Floridsdorf:** Am Spitz.

Die Karten zu den Theaterveranstaltungen, die für alle Wiener Organisationen gemeinschaftlich sind, können heute im Laufe des Tages von den Bezirksvertrauensmännern im Unterrichtsamt, Rechte Wienzeile Nr. 97, behoben werden, ebenso die Karten zu den größten Kinos.

Für die Sportfeste, die auf den größeren Sportplätzen Wiens abgehalten werden, sind die Karten (Preis 1 Krone) für jeden organisierten Genossen bis Mittwoch mittag im Unterrichtsamt, am Freitag auf den Sportplätzen selbst erhältlich.

Theater- und Kinokarten für die Maifeier. Organisationen, die wegen der Theater- und Kinokarten für die Maifeier telefonisch anfragen, können nur Telefonnummer 11.159 anrufen.

Margareten. 5 Uhr nachmittags Theater vorst. I. u. g. n.: Im Volksbildungshaus, Stöbergasse Nr. 11/13. Aufgeführt wird: Hinter dem Vorhang. Komödie in drei Akten von Marco Brochner;

im Eisenbahnerheim, Margaretenstraße Nr. 166. Aufgeführt wird: Die spanische Fliege. Schwank in drei Akten von Bach. Karten zu diesen Vorstellungen zum Preise von 1.20 Kronen, Einheitspreis für das Theater im Eisenbahnerheim, und von 1.— bis 2.50 Kronen für das Volksbildungshaus bei dem Bezirkskassier, Kothgasse Nr. 27, Parterre.

Neubau. 6 Uhr abends Künstlerdarstellung im Kosmos-Kino, Siebensterngasse Nr. 42. Karten bei den Vertrauensmännern im Sekretariat und im Festlokal.

Mariahilf. 9 Uhr vormittags Blasmusik und Festversammlung im Esterhazypark. Festrede von Abgordneten Karl Deutschner und Vorträge des Gesangvereines der Wäcker Wiens. Umzug mit Musik, Fahnen und Standarten.

1/2 6 Uhr abends im Verbandsheim, Königseggasse Nr. 10, Festkonzert und Vorträge.

Meidling. Die Fahnenenthüllung findet am 1. Mai um 9 Uhr vormittags und nicht, wie auf den Zeiteln irrtümlich steht, um 9 Uhr abends statt.

Meidling. 1/2 9 Uhr vormittags in der Trainkaserne, Rüdergasse Nr. 62, Fahnenenthüllungsfeier des Volkswehr-bataillons Meidling. Redner bei der Enthüllung: Staatssekretär Dr. Julius Deutsch. Nach Schluss der Feier, Ummarsch zur Versammlung am Meidlinger Marktplatz, wo die Kandidaten des Bezirkes sprechen werden.

Rudolfsheim. 6 Uhr früh: Tagwache, 9 Uhr vormittags: Umzug und Versammlung unter freiem Himmel.

6 Uhr abends: Bezirks-Maifeier in Holab Saal, Hnglgasse Nr. 15. Programm: Konzert, Gesangsvorträge des Eisenbahnergesangvereines, verschiedene Künstlervorträge.

6 Uhr abends: Gemeinsame Maifeier der Bezirke Rudolfsheim und Häufhaus im Gebäude des Zirkus Schumann, Märzstraße Nr. 6/8, mit großem reichhaltigen Programm.

Zu der Veranstaltung im Zirkus Schumann werden für die Arbeitslosen Karten im Lokal, Lokgasse Nr. 4 (am 1. Mai zwischen 10 und 12 Uhr), gratis ausgefolgt.

Döbling. Zwischen 1 und 5 Uhr nachmittags, Kinder-vorstellungen im Kino Ideal, Hauptstraße, Kino Universum, Billrothstraße und Kuhdorfer Kino, Diengasse, mit Ansprachen von Viktor Zwilling.

5 Uhr nachmittags im Kasino Jögernitz, Hauptstraße Nr. 76, Künstlerabend unter Mitwirkung von Bühnenkünstlern und der Kapelle des Musik- und Theatervereines „Vpra“. Preis der Eintrittskarten samt Programm und Liedertexter 3 Kronen. Karten bei allen Sektionsvertrauensmännern und im Privatlokal, Pyrlergasse Nr. 38.

Brightenau. Zusammenkunft der Genossen von Zwischensbrücken am Allerheiligenplatz um 8 Uhr früh, von dort Um-marsch zum Sachsenplatz.